



Landtag von Baden-Württemberg

105. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 11. Dezember 2019 • Haus des Landtags

Beginn: 10:05 Uhr

Mittagspause: 15:18 bis 16:16 Uhr

Schluss: 21:40 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin.	6421	Abg. Klaus Dürr AfD.	6486
1. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21 (Staatshaushaltsgesetz 2020/21 – StHG 2020/21) – Drucksache 16/7171		Abg. Daniel Karrais FDP/DVP	6487
a) Einzelplan 02: Staatsministerium – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7202	6421	Minister Thomas Strobl.	6488
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	6421, 6463	Beschluss.	6493
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	6424, 6467	c) Einzelplan 05: Ministerium der Justiz und für Europa – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7205	6497
Abg. Andreas Stoch SPD.	6427, 6449	Abg. Jürgen Filius GRÜNE.	6497
Abg. Bernd Gögel AfD	6430, 6453, 6475	Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU	6499
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP.	6433, 6457	Abg. Dr. Boris Weirauch SPD	6500
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	6436	Abg. Emil Sänze AfD	6502, 6509
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	6438	Abg. Nico Weinmann FDP/DVP.	6505
Ministerpräsident Winfried Kretschmann.	6438, 6471	Abg. Reinhold Pix GRÜNE.	6506
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung).	6476	Abg. Joachim Kößler CDU	6507
Beschluss.	6476, 6477	Abg. Sabine Wölfle SPD	6508
b) Einzelplan 03: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7203.	6478	Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP	6509
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE.	6478	Minister Guido Wolf	6511
Abg. Thomas Blenke CDU	6480	Beschluss.	6514
Abg. Sascha Binder SPD.	6482	d) Einzelplan 07: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7207.	6516
Abg. Daniel Rottmann AfD.	6484	Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE.	6516
Abg. Nico Weinmann FDP/DVP.	6485	Abg. Claus Paal CDU	6517
		Abg. Daniel Born SPD	6520
		Abg. Carola Wolle AfD	6522
		Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP.	6523
		Abg. Susanne Bay GRÜNE.	6525
		Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut	6526
		Beschluss.	6531

e) **Einzelplan 16: Verfassungsgerichtshof** – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7216 6534

Beschluss 6534

f) **Einzelplan 11: Rechnungshof** – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7211 6534

Beschluss 6534

Nächste Sitzung 6534

Protokoll

über die 105. Sitzung vom 11. Dezember 2019

Beginn: 10:05 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 105. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Dr. Balzer sowie Herr Abg. Palka.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztätig Herr Staatssekretär Klenk, ab 13 Uhr bis zur Mittagspause und ab ca. 17 Uhr Herr Minister Lucha. Außerdem ist Frau Staatsrätin Erler ganztätig entschuldigt.

Meine Damen und Herren, Herr Abg. Stefan Herre und Herr Abg. Harald Pfeiffer haben mir jeweils mit Schreiben vom 29. November 2019 den Austritt aus der Fraktion der AfD mitgeteilt.

(Vereinzelt Beifall)

Somit haben beide Herren jetzt den Status eines fraktionslosen Abgeordneten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Bald haben wir Fraktionsstärke! – Unruhe)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21 (Staatshaushaltsgesetz 2020/21 – StHG 2020/21) – Drucksache 16/7171

Buchstabe a:

Einzelplan 02: Staatsministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7202

Berichtersteller: Abg. Claus Paal

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 02 – Staatsministerium – eine Redezeit von insgesamt 15 Minuten je Fraktion festgelegt. Innerhalb der Redezeit – dies gilt für die Beratungen aller Einzelpläne – sind sowohl die allgemeinen Ausführungen zu den Einzelplänen – also zu den Kapiteln und Titeln – zu machen als auch die Änderungs- und gegebenenfalls die Entschließungsanträge zu begründen und zu beraten.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Haushalt ist und bleibt ein Haushalt der Verantwortung. Denn wir haben die Mehreinnahmen genutzt, um an einzelnen Punkten sinnvoll nachzusteuern. Verantwortung für das Ganze bleibt unsere Linie; auf Schnörkel und Ornamente haben wir verzichtet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zurufe der Abg. Andreas Stoch und Reinhold Gall SPD)

Stattdessen setzen wir klare Schwerpunkte. Wir sind gewählt worden, und wir haben uns als Koalition zusammengefunden, damit Baden-Württemberg ein starkes, ein innovatives, ein lebenswertes Land bleibt, und daran orientieren wir uns in diesem Haushalt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Uns ist es wichtig, jedem in Baden-Württemberg bestmögliche Bildungschancen zu bieten. Deswegen investieren wir in Lehrerstellen, deswegen führen wir eine Meistergründungsprämie für das Handwerk ein, deswegen stocken wir bei den Hochschulen noch einmal deutlich auf.

Uns ist es wichtig, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Deswegen investieren wir in den Klimaschutz, in den Natur- und Artenschutz, in nachhaltige Mobilität und in ökologische und naturnahe Landwirtschaft.

Uns ist ein starker sozialer Zusammenhalt wichtig. Deswegen investieren wir in soziale Infrastruktur, in bezahlbares Wohnen, in die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger sowie in die politische Bildung. All diese Vorhaben finden sich in diesem Haushalt wieder. Daher ist dieser Haushalt ein guter Haushalt für Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Weihnachten steht vor der Tür.

(Heiterkeit – Oh-Rufe – Abg. Rüdiger Klos AfD: Halleluja!)

Das Parlament als Haushaltsgesetzgeber ist jedoch nicht der Weihnachtsmann. Es geht nicht um Farben, es geht nicht um Geschenke, sondern es geht um Zukunftsaufgaben, um Verantwortung. Es geht darum, politisch zu gestalten.

(Andreas Schwarz)

Wenn wir über diesen Doppelhaushalt reden, sprechen wir über mehr als 100 Milliarden €. Ein großer Teil der Einnahmen, die diesen Haushalt erst ermöglichen, sind Steuern und Abgaben. Das heißt, hinter diesem Haushalt stecken Bürgerinnen und Bürger. Dieser Haushalt ist nur möglich, weil wir in Baden-Württemberg eine starke Wirtschaft haben.

(Zuruf: Noch!)

Jeder Euro in diesem Haushalt hängt an Arbeit und Wirtschaftskraft. Deswegen ist uns eine nachhaltige, eine innovative Standortpolitik für Baden-Württemberg so wichtig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Baden-Württemberg ist ein starker Wirtschaftsstandort, und wir haben in Baden-Württemberg starke Kommunen. Das soll auch so bleiben. Das Land trägt mit dem Finanzausgleich mit der kommunalen Seite und mit dem Kommunalen Investitionsfonds zu starken Kommunen bei. Konkret gesagt: Die Kommunen haben etwa 6 Milliarden € mehr aus dem Finanzausgleich zur Verfügung, als es im Jahr 2011 der Fall war. Das ist das Ergebnis unserer Politik. Das kann sich sehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir sind jetzt noch einmal einen großen Schritt auf die Kommunen zugegangen. Mein Dank gilt insbesondere Ihnen, Frau Ministerin Sitzmann, und den Ministern Strobl und Lucha. Gemeinsam haben Sie ein gutes Angebot geschnürt. Das betrifft insbesondere die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, die Beteiligung des Landes an den Ausgaben der Stadt- und Landkreise für Geduldete, das betrifft den Integrationslastenausgleich. Das ist ein sehr gutes Ergebnis; es ist für alle eine sehr gute Lösung, die Sie gefunden haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

So viel Geld wie jetzt hat das Land Baden-Württemberg den Kommunen noch nie zur Verfügung gestellt. Ich freue mich, dass wir in der kommenden Woche eine neue Finanzvereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden unterzeichnen können. Ihnen, Frau Ministerin Sitzmann, ein ganz herzliches Dankeschön. Sie haben da einen tollen Job gemacht. Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Die Herausforderungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, des kommenden Jahrzehnts sind groß. Mit diesem Haushalt stellen wir die Weichen über die Jahre 2020 und 2021 hinaus. Umso wichtiger ist es, die richtigen Prioritäten zu setzen, damit Baden-Württemberg diese Herausforderungen gut meistert. Dazu müssen wir investieren, dauerhaft Geld in die Hand nehmen. Das geht, weil Baden-Württemberg ein starkes Land ist. Wenn aber in dieser Situation über Steuersenkungen nachgedacht wird – Teile im Bund tun das –, dann passt das nicht in die Zeit. Ein Milliardenloch im Landeshaushalt wäre die Folge, wenn das umgesetzt würde.

Ebenso schädlich ist der Antrag der FDP/DVP, hier im Land die Grunderwerbsteuer zu senken.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Höchstens für Sie!)

Dann würden uns faktisch 650 Millionen € fehlen. Das würde bedeuten, Baden-Württemberg kleiner zu machen. Das ist der falsche Ansatz. Wer Baden-Württemberg gut für die Zukunft vorbereiten möchte, kann auf diese Einnahmen nicht verzichten. Wir brauchen gerade heute einen starken Staat, der seine Aufgaben gut erfüllen kann.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD:
Danke für das Zitat zum starken Staat!)

Denn die Aufgaben wachsen in einer kompliziert werdenden Welt. Nehmen Sie das ganze Feld der Digitalisierung und die dafür notwendige Infrastruktur. In meinen Augen ist das eine neue Form der Daseinsvorsorge. Die erste Frage, die diejenigen stellen, die heute ein Unternehmen gründen oder ihren Handwerksbetrieb auf die digitale Zukunft vorbereiten möchten, ist doch: Wie sieht es mit schnellem Internet aus, wie sieht es mit der Breitbandanbindung aus? Ich möchte, dass dann überall im Land – im Schwarzwald und auf der Schwäbischen Alb, auch auf der Ostalb – gesagt wird: Schnelles Internet, Breitband, das haben wir, das ist kein Problem im Schwarzwald, auf der Schwäbischen Alb und natürlich auch im Allgäu.

(Unruhe)

Deswegen war es richtig, dass wir hier noch einmal nachgesteuert haben. Die 400 Millionen €, die wir im Haushalt zusätzlich zur Verfügung stellen, sind gut angelegtes Geld.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Rüdiger
Klos AfD)

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch etwas dazu sagen, wie wir mit den Konjunkturbotschaften umgehen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Lesen!)

Wenn Sie sich umhören, wird schnell klar, dass wir aktuell einen leichten Konjunkturabschwung erleben.

(Abg. Carola Wolle AfD: Ein richtiger!)

Insgesamt wächst die Wirtschaft in Baden-Württemberg weiter. Es wäre also falsch, von einer Krise zu reden. Genauso falsch wäre es allerdings, einfach wegzuschauen. Das, was wir hier erleben, ist eine Konjunkturdelle, die sich abzeichnet. Aber das Problem ist, dass sich unterhalb dieser Konjunkturdelle ein erheblicher Strukturwandel verbirgt, und dieser Strukturwandel kommt auf uns zu. Wer das ignoriert, wer einfach auf „Weiter wie bisher“ setzt, der landet dann irgendwann im Ruhrgebiet.

Wir begleiten unsere starke baden-württembergische Wirtschaft im Strukturwandel. Das steht ganz oben auf der politischen Agenda. Wir kümmern uns darum, dass Menschen in Baden-Württemberg Lohn und Arbeit haben. Wir gestalten den Strukturwandel aktiv.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Rüdiger Klos AfD: Bei der Automobilindustrie, ja?)

Denn Innovation und Weiterbildung stehen im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik. Wir kümmern uns um verlässliche

(Andreas Schwarz)

Rahmenbedingungen, um eine gute Infrastruktur. Der kurze Draht der Wirtschaft zu den Hochschulen ist wichtig. Die steuerliche Forschungsförderung werden wir rasch umsetzen. Das ist genauso wichtig wie der Ausbau der zusätzlichen IT-Studienplätze für das innovative Mittelstandsland Baden-Württemberg. Wir stärken die Weiterbildung. Wir tragen zur Fachkräftesicherung bei.

Diese Maßnahmen schließen an das an, was die Landesregierung, Herr Ministerpräsident, bereits unternommen hat; und das ist einig.

Das Arbeitsprogramm Bürokratieabbau wurde erfolgreich auf den Weg gebracht. Mit dem Forum Gesundheitsstandort, mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft werden mit großem Erfolg sektorenbezogene Strategien entwickelt.

Und: Baden-Württemberg geht bei der künstlichen Intelligenz voran. Wir wollen, dass ein Kompetenzzentrum Quantencomputing hier im Land entsteht. Damit wären wir bei diesem Zukunftsfeld Quantencomputing ganz vorn dabei. Die Regierungsfaktionen stellen dazu 40 Millionen € zusätzlich im Haushalt zur Verfügung.

Sie können daran erkennen: Wir haben einen klaren Plan, um den Strukturwandel aktiv zu gestalten. Deswegen bin ich auch zuversichtlich, wenn ich auf die nächsten Jahre schaue.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Unser Ziel ist ganz klar: Wir wollen, dass Baden-Württemberg auch in den kommenden Jahren, im kommenden Jahrzehnt ganz vorn mit dabei ist. Ich möchte das exemplarisch an den Themen Brennstoffzellentechnik und Wasserstofftechnik festmachen. Das emissionsfreie Auto der Zukunft wird hier in Baden-Württemberg erfunden, es wird hier gebaut, und es fährt hier. Das kann in unseren Augen ein batteriebetriebenes Fahrzeug sein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist aber nicht emissionsfrei!)

– Warte mal!

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dafür bauen wir beispielsweise die Zahl der Ladestationen aus und setzen auf digitale Vernetzung. Es kann aber auch ein Fahrzeug sein, das Wasserstoff als Energieträger nutzt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

das auf Brennstoffzellen setzt.

Herr Kollege Rülke, Sie gehen fälschlicherweise davon aus, dass wir die Wasserstofftechnologie nicht im Auge behalten würden.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das stimmt nämlich überhaupt nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So, so!)

Ich habe jetzt extra mal nachgerechnet, welche Projekte wir schon in der Pipeline haben. Wir haben ein Programmvolumen von 100 Millionen € zur Förderung der Wasserstofftech-

nologie hinterlegt. Während die FDP/DVP noch Änderungsanträge schreibt, haben die Regierung und die Koalition bereits gehandelt. – Nur so viel dazu.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] und Carola Wolle AfD)

Klar ist aber auch, Wasserstoff als Energieträger der Zukunft braucht dringend Windkraft und Fotovoltaik hier im Land. Sonst ist es eine Mogelpackung, Herr Kollege. Da würde ich Sie bitten, gerade was den Windkraftausbau angeht, was den Fotovoltaikausbau angeht, hier noch einmal Ihre Politik zu überdenken.

Ich habe in der letzten Rede bereits die Bedeutung der Hochschulen für das Innovationsland Nummer 1 angesprochen.

(Zurufe von der AfD)

Unsere Hochschulen sind das Innovationsherz für das ganze Land. Wichtig sind mir die 200 Millionen €, die jetzt zusätzlich an die Hochschulen gehen. Dazu kommen nochmals 16 Millionen € für IT-Studienplätze. Wir verstetigen die 285 Millionen €. Das ist wichtig; denn hier geht es um Verlässlichkeit.

In der Summe stellen wir den Hochschulen im neuen Hochschulfinanzierungsvertrag 1,8 Milliarden € zusätzlich zur Verfügung. Damit können die Hochschulen verlässlich planen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Starke Hochschulen, mehr Studienplätze, ein besserer Transfer von den Hochschulen in den Mittelstand, das ist aktive Wirtschaftspolitik für unser Land. Damit ermöglichen wir Innovationen; damit sichern wir den Wohlstand, der die Grundlage für den Erfolg von Baden-Württemberg darstellt.

Ein Grund, warum mir Innovationen so wichtig für unser gut aufgestelltes Land sind, sind die weiteren Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Ganz besonders geht es hier um die Klimakrise, um das Artensterben. Klimaschutz sowie Arten- und Naturschutz haben für uns hohe Priorität. Im Landeshaushalt haben wir daher die zusätzlichen Mittel von 300 auf 600 Millionen € verdoppelt – Radwege, Ressourceneffizienz, Energieeffizienz, Ausbau von Bus und Bahn –; zusätzlich stellen wir pro Jahr 10 Millionen € für die Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts zur Verfügung. Dieses wird momentan mit vielen Ideen aus der Bürgerschaft erarbeitet. Viele Forderungen von „Fridays for Future“ sind da enthalten,

(Oh-Rufe von der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

und ich glaube, man kann daran gut erkennen: Baden-Württemberg ist beim Klimaschutz ganz vorn dabei.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Oje, Oje!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben gesehen: Wir gehen die großen Herausforderungen, die in den nächsten Jahren vor uns liegen, mutig an. Wir investieren in Klimaschutz, in Artenschutz, wir erhalten die natürlichen Lebensgrundlagen, wir investieren in Bildung und Innovation, damit auch

(Andreas Schwarz)

zukünftig Arbeit und Wertschöpfung im Land generiert werden. Wir fördern den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie – und damit letztendlich die Werte, die dieses Land ausmachen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie zerstören unser Land! Sie vernichten unser Land!)

Mit dem Haushalt der Verantwortung bringen wir Baden-Württemberg voran. Wir können mit Stolz und Zuversicht auf diesen Doppelhaushalt blicken. Wir stellen die richtigen Weichen, damit Baden-Württemberg die Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte gut meistern wird.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wolfgang, gute Krawatte! Völker, hört die Signale! – Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Neue Zeit, neue Zeit.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, dieser Haushalt ist nicht nur ein guter Haushalt; es ist ein sehr guter Haushalt, der vor uns liegt und der von uns eingebracht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Noch mal, das klappt noch nicht!)

Denn in 20 Tagen beginnt ein neues Jahrzehnt. Es bringt uns große Aufgaben und große Veränderungen, und es wird uns viel abverlangen. Die Durststrecke hat begonnen. Wir haben Auftragsrückgänge, Sparprogramme, Stellenabbau, Kurzarbeit in den Unternehmen in unserem Land. Heute Morgen werden Sie die Einschätzung des Bosch-Chefs gelesen haben, dass die Gefahr des Jobbaus real ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Danke, CDU!)

In den nächsten Jahren wird es wieder um die harten Themen gehen, nämlich um Arbeitsplätze, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und auch Standortpolitik. Deshalb müssen wir uns darauf besinnen, unsere Stärken zu stärken und vor allem auch zu erneuern. Wir werden auf Innovationskraft, auf Industrie und Mittelstand, auf Technologie und auch auf Forschung und Entwicklung setzen müssen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Damit muss sich Baden-Württemberg als Industrieland beweisen und behaupten. Damit muss Baden-Württemberg Investitionsland und Innovationsland bleiben. Wir Baden-Württemberger sind immer dann gut, wenn wir gefordert sind. Darauf wird es jetzt auch wieder ankommen. Dafür sind wir mit diesem Haushalt bereit; denn wir starten mit einer klaren Roadmap in eine neue Dekade. Die Frage wird sein: Gibt es goldene Zwanzigerjahre, oder wie bewältigen wir diese Veränderungen, die in unglaublicher Schnelligkeit tagtäglich auf uns zukommen?

Mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 machen wir dieses Land noch stärker, noch sicherer, noch innovativer, noch nachhaltiger. Wir gestalten unser Land und seine Zukunft. Wir investieren in neue Chancen. Wir bewahren unser Baden-Württemberg als Land der Ideen, des Zusammenhalts und vor allem des gelingenden Wandels. Darauf muss es ankommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich will dabei auch unterstreichen: Der Doppelhaushalt ist so, wie er uns jetzt vorliegt, ein echter Parlamentshaushalt. Die Regierungsfractionen haben über 270 Änderungsanträge eingebracht und auch durchgesetzt. Das sind mehr als jemals zuvor in den letzten 30 Jahren.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Gegenüber wem?)

– Ja. In den parlamentarischen Beratungen haben wir, verehrter Kollege, nochmals 2,1 Milliarden € bewegt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ausgegeben! – Abg. Andreas Stoch SPD: Große Leistung!)

Damit haben wir einen Umfang von 104,6 Milliarden € in diesem Doppelhaushalt. Noch nie zuvor hat ein Parlament

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So viel ausgegeben!)

so umfangreich gestaltet. Wir üben damit übrigens unser Königsrecht als Parlamentarier in der Budgethoheit aus.

Wir machen zugleich deutlich: Wir nutzen die Spielräume, die uns die Steuerschätzung gegeben hat, für konkrete, für gezielte Politik; denn wir wollen das Geld aus Steuermehreinnahmen nicht einfach nur zurücklegen, nein, wir wollen, dass es im Land wirksam wird.

Dass wir für ein starkes Baden-Württemberg arbeiten, war uns, der CDU-Fraktion, wichtig. Solide vorzusorgen und aktiv zu gestalten, das ist im Grunde die Handschrift, die diesen Haushalt prägt. Damit stellen wir das Land sicher und auch erfolgreich auf. Wir investieren damit in die Zukunft – und das Wichtige: Wir investieren ohne neue Schulden.

Ich will hier die Kanzlerin zitieren.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje!)

Sie hat völlig richtig gesagt:

Man kann doch Investitionen nicht erst gut finden, wenn sie Schulden verursachen.

Genau darum geht es. Das gilt für den Bundeshaushalt und auch für den Landeshaushalt.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Ich kann alle nur vor einem neuen Marsch in die Verschuldung warnen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Ja! – Zuruf von der CDU: So ist es!)

– Ja.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Es wird immer unterschlagen, dass die Steuereinnahmen in Deutschland allein in der letzten Dekade um 250 Milliarden € gewachsen sind. Da muss es doch möglich sein, dass der Staat seine Aufgaben ohne neue Schulden erfüllt. Darum muss es gehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf von der CDU: Richtig!)

Wir sind überzeugt, damit auf dem richtigen Weg zu sein.

Die Konjunktur wurde angesprochen. In der Tat gibt es Wolken. Es besteht sogar die Gefahr – so die Prognosen –, dass Hessen und Baden-Württemberg zum Abschluss dieses Jahres nicht mehr die Spitzenplätze, sondern die Plätze 15 und 16 beim Wachstum belegen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Beides Grün-Schwarz oder Schwarz-Grün!)

– Herr Kollege Stoch, ich habe beim letzten Mal den VDMA-Präsidenten zitiert und gesagt: „Die Party ist noch nicht vorbei, aber man sollte nahe am Ausgang tanzen.“ Das gilt weiterhin. Denn wir alle wissen: Die wirtschaftliche Abkühlung ist spürbar. Deshalb haben wir noch weitere klare Schwerpunkte und Akzente gesetzt: für Sicherheit, Recht und Ordnung, für Innovation, Wirtschaftskraft und Digitalisierung, für Schule, Bildung und Betreuung, für Klima- und Artenschutz und für ein gutes Leben – und zwar ein gutes Leben in Stadt und Land; es ist uns immer wichtig, dass wir alle mitnehmen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Dem werden wir uns engagiert und kraftvoll widmen. Wir sorgen mit 3 000 neuen Stellen für Polizisten in den nächsten beiden Jahren für noch mehr Sicherheit im Land.

(Abg. Sascha Binder SPD: Stimmt doch nicht! Das ist falsch!)

Die größte Einstellungsoffensive in der Geschichte der baden-württembergischen Polizei geht weiter, verehrter Herr Innenminister.

Wir verstärken auch die baden-württembergische Justiz. Denn mit mehr Richtern und mehr Staatsanwälten geht es darum, dass Baden-Württemberg ein starker Rechtsstaat bleibt. Dazu brauchen wir auch eine handlungsfähige Justiz.

Wir bringen auch ein neues Antiterrorpaket auf den Weg. Denn unsere Demokratie muss sich gegen extremistische Gefahren wehrhaft zeigen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Salafismus! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir wollen nicht nur Recht setzen, sondern auch Recht durchsetzen. Wir schaffen eine völlig neuartige Cybersicherheitseinheit, mit der wir auch den Kampf gegen Angriffe aus dem Netz aufnehmen. Sicherheit ist wesentlich. Sie ist die Voraussetzung für Freiheit und für Wohlstand.

(Zuruf von der AfD)

Dafür stehen wir. Das ist uns in diesem Zusammenhang wichtig.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Wir setzen ganz entschieden auf Innovation und Digitalisierung. Wir wollen, dass Baden-Württemberg Innovationsregion Nummer 1 in Europa bleibt.

Zu Recht wurde angesprochen: Seit 2016 wurden 2 000 Breitbandprojekte mit knapp einer halben Milliarde Euro gefördert. Jetzt planen wir in diesem Doppelhaushalt einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen nochmals über 600 Millionen € für den Ausbau der digitalen Infrastruktur ein. Zusammen macht das deutlich über 1 Milliarde € für das Glasfasernetz in Baden-Württemberg. Das ist ein gewaltiges Investitionsprogramm für die digitale Zukunft in diesem Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Wir werden sogar über den Regierungsentwurf hinaus nochmals weitere 350 Millionen € in Innovation und Technologie investieren, in künstliche Intelligenz, in Quantencomputing – die 40 Millionen €, die zusätzlich etatisiert werden, wurden schon angesprochen –, aber auch in Wasserstoffforschung.

Ich will hinzufügen, Kolleginnen und Kollegen auch von der FDP/DVP: Uns ist nicht nur die Elektromobilität wichtig – diese fördern und unterstützen wir –, sondern uns sind auch der Wasserstoff, die Brennstoffzelle und die synthetischen Kraftstoffe wichtig. Hier investieren wir in die Zukunft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Thomas Blenke CDU: Jawohl!)

Wir investieren in die Digitalisierung, in die digitale Weiterbildung in Industrie und Mittelstand. Wir haben gestern von der Wirtschaftsministerin gehört: Die Forschungsfertigung in der Batterieproduktion in Ellwangen für die Firma VARTA wird mit einer dreistelligen Millionensumme gefördert. Das Land wird kofinanzieren. Das ist ein wichtiger Invest in die Zukunft.

Genauso konnte die Wissenschaftsministerin vermelden, dass der Spitzenplatz Baden-Württembergs unter den deutschen Bundesländern bei der Einwerbung von EU-Forschungsmitteln ein erneuter Beleg für die Exzellenz in Baden-Württemberg ist. Das sind wichtige Faktoren, die wir mit diesem Haushalt, auch mit dem Hochschulfinanzierungsvertrag II, unterstützen und unterstreichen.

Wir führen erstmals eine Meisterprämie ein.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Das ist für uns ein wichtiges Projekt. Jeder neue Meister im Handwerk bekommt in Zukunft einen Bonus von 1 500 €. Das ist auch ein deutliches Zeichen für die Wertschätzung, für das Modell, das wir ausgerufen haben.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr richtig!)

Denn uns geht es darum, auch Karriere durch Lehre zu unterstützen und damit als innovative Gesellschaft zu sagen: Dieses Land braucht nicht nur Master, sondern auch Meister. Das ist unser Anliegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Anton Baron AfD: Eijei!)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Für uns ist klar: Baden-Württemberg ist Autoland, und das soll auch so bleiben. Wir wollen, dass die Automobilindustrie hier bei uns im Land ist und wir sie hier behalten.

Jeder, der in Baden-Württemberg neue, zukunftssichere Arbeitsplätze in der Autoindustrie schaffen will, ist in diesem Land ausdrücklich willkommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Stefan Herre [fraktionslos] – Abg. Winfried Mack CDU: Bravo! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nicht bei jedem in dieser Regierung! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Für uns bleibt das Auto Träger und Treiber für Technologie und Innovation und damit eines der zentralen Zukunftsthemen. Deshalb investieren wir auch in den kommenden Jahren in den Strategiedialog Automobilwirtschaft.

(Abg. Anton Baron AfD: Kaffeeklatschrunde!)

Das will ich klarstellen, auch gegenüber den Tausenden, die momentan für ihre Arbeitsplätze bei Herstellern und Zulieferern auf die Straße gehen. Wir sind an ihrer Seite.

Ein besonderer Schwerpunkt im Haushalt ist die Bildung. Gegenüber dem Jahr 2015 wächst der Etat der Kultusministerin um 2,6 Milliarden €. Dieser Haushalt bringt Rekordinvestitionen in die Bildung. Das oberste Ziel, dem dies dienen soll und das wir unterstützen, ist: beste Qualität und bester Unterricht. Darum muss es gehen.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Damit ist auch eine neue Kultur im Bildungswesen auf den richtigen Weg gebracht worden.

(Vereinzelt Lachen bei der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Na Mahlzeit!)

Wir wollen und wir müssen in diesem Zusammenhang noch besser werden. Deshalb schaffen wir in diesem Doppelhaushalt

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

– Herr Kollege – 1 000 zusätzliche, neue Lehrerstellen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Unzureichend!)

– Ja, ja. – Wir stocken die Krankheitsreserve auf.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Und so weiter!)

– Herr Kollege Fulst-Blei, das haben Sie immer gefordert. – Wir sagen damit dem Unterrichtsausfall den Kampf an.

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Allein die neuen Ausgaben sind mehr, als Sie einstellen! – Abg. Rüdiger Klos AfD: „Fridays for Future“!)

Wir stärken auch die Schulleiter, auch in ihrer wichtigen Rolle als Qualitätsmanager – und das an allen Schulen. Denn uns

sind auch die kleinen Dorfschulen wichtig: „Kurze Beine, kurze Wege“. Das ist hierbei unser Motto.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! So ist es!)

Wir haben dafür gesorgt und uns dafür eingesetzt, den familienfreundlichen, flexiblen Ganztags anbieten zu können. Wir steigen endlich wieder ein in die Förderung der Ganztagsangebote unter der Regie der Kommunen. Flexible Betreuung statt starrer Stundenpläne am Nachmittag, das ist es, was die Eltern im Land wirklich wollen und brauchen. Dafür machen wir den Weg frei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Wir geben den Kindern in unserem Land gute Chancen mit ins Leben. Ich möchte aber auch betonen: Bei den Etatansätzen der Kindergartenförderung für die Drei- bis Sechsjährigen verdoppeln wir von 529 Millionen € auf über 1 Milliarde €; wir verzehnfachen die Förderung für die unter Dreijährigen gegenüber dem Jahr 2009 von damals 100 Millionen € auf über 1 Milliarde €. Das sind gewaltige Summen, die zeigen, dass uns die Kinder wichtig sind. Wir geben ihnen gute Chancen mit ins Leben.

Dazu gehört auch, dass wir ihnen eine gesunde Umwelt hinterlassen wollen. Deshalb prägen auch der Klimaschutz und die Verantwortung für die Schöpfung diesen Doppelhaushalt – quer durch alle Ressorts.

Klimaschutz ist wie Zehnkampf: Es reicht nicht, nur in einer Disziplin gut zu sein. Wir stärken deshalb vor allem den Klimaschützer Wald mit über 100 Millionen €, und wir setzen auf klimafreundliche Innovationen, auf Technologien; denn nicht mit Verboten, sondern nur mit neuen Ideen werden wir beim Klimaschutz erfolgreich sein. Das ist unser Anliegen in diesem Zusammenhang.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Stefan Herre [fraktionslos])

Deshalb gehen wir auch mit der Klimaschutzstiftung einen neuen Weg. Hierfür haben wir 50 Millionen € vorgesehen.

Die Kommunen wurden angesprochen. Ich danke allen, die mitgewirkt haben, dass wir jetzt den Weg für eine faire Partnerschaft mit den Kommunen gefunden haben. Eine optimale Ausstattung der Kommunen, das ist einmalig in Deutschland. Es wurde angesprochen: Die Zuweisung wurde in zehn Jahren von 5,6 Milliarden € auf über 12 Milliarden € verdoppelt.

Entsprechendes gilt auch bei der digitalen Ausstattung, aber jetzt auch beim Bundesteilhabegesetz und bei den geduldeten Flüchtlingen. Bei den geduldeten Flüchtlingen geben wir über 170 Millionen € in den Etatansatz.

Wir sind gute Partner. Deshalb stehen die Kommunen in diesem Land im Vergleich aller 16 Länder am besten da, haben die geringsten Schulden. Das ist uns wichtig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Es ist vor allem auch mehr Geld für die Feuerwehren im Land, für die Musikschulen, für die Chöre, für das Brauchtum, für die Freilichtmuseen, für die Dorfgasthäuser, für Schwimmkurse oder für das Engagement im Freiwilligen Sozialen Jahr eingeplant. Es ist uns wichtig, dass diese Förderung des Landes im ganzen Land ankommt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Auch das Ehrenamt sorgt für Zusammenhalt. Es ist unbezahlt, aber unbezahlbar. Daher unterstützen wir auch die vielen Ehrenamtlichen, denen unsere Wertschätzung gilt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Reinhart, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wir wollen das Land gerade in unruhigen Zeiten zu einem gelingenden Miteinander führen und dafür sorgen, dass dies bestehen bleibt. Wir stärken, was Verbindung schafft, wir stärken, was Gemeinschaft stiftet.

Das Land Baden-Württemberg ist stark. Gemeinsam gehen wir die Herausforderungen von morgen an. Wir bewahren unsere Heimat als Innovationsland, als Land der Sicherheit, auch als Land des guten Lebens und der guten Chancen. Dafür arbeiten wir in dieser Koalition gut zusammen, und darum geht es uns: dass wir mit guten Ideen, mit ganzem Herzen und mit den richtigen Entscheidungen die Zukunft dieses Landes für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land gestalten. Dafür trägt dieser Haushalt die entsprechende Handschrift.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut! – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich glaube, es ist zunächst einmal eine erfreuliche Entwicklung, dass auf die Regierungsfractionen heute die SPD-Fraktion antwortet.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU – Lachen bei der AfD – Zurufe, u. a. Abg. Rüdiger Klos AfD: Sie haben ja sonst nichts!)

Das war noch breiter Applaus.

(Zurufe)

Wenn wir aber auf den Inhalt der Reden der beiden Fraktionsvorsitzenden von Grünen und CDU kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann merken wir sehr schnell, dass das Programm immer das gleiche ist, nämlich eine Ansammlung von sehr viel heißer – vielleicht sollte ich lieber sagen: lauwarmer – Luft,

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Na ja!)

vieler Phrasen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das reicht nicht, um das Land Baden-Württemberg erfolgreich in die Zukunft zu führen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir über die Zukunft dieses Landes Baden-Württemberg sprechen, dann müssen wir auch über diesen Doppelhaushalt sprechen; dann ist dieser Doppelhaushalt eine wichtige Prüfmarke, ob diese Regierung diesem Anspruch gerecht wird.

Ich schicke voraus: Die Voraussetzung für erfolgreiches Regierungshandeln ist wahrscheinlich so gut wie noch nie in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg. Die Steuereinnahmen sind auf Bundes-, Landes- und auch auf kommunaler Ebene so gut wie noch nie. Durch die zuletzt entstandenen Effekte der Steuermehreinnahmen, der Steuerschätzungen und auch der Bußgelder, die aus der Automobilindustrie kamen, hat diese Landesregierung einen großen Handlungsspielraum.

Die Frage ist nur: Nutzt sie diesen Handlungsspielraum auch für die richtigen Ausgaben? Denn allein Geld auszugeben, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist überhaupt keine Leistung für eine Regierung. Es geht darum, dass Geld in die richtigen Felder investiert wird – und das tun Sie nicht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Rudi Fischer FDP/
DVP)

Ein Beispiel ist doch das Verhalten gegenüber den Kommunen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das haben wir doch geklärt, Herr Kollege! Zeitung lesen! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Zeitung lesen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben wir getan!)

Das Verhältnis der Kommunen zu dieser Landesregierung ist – ich glaube, das kann man mit Fug und Recht behaupten – von erheblichem Misstrauen geprägt. Vor zwei Jahren, bei der Einbringung des letzten Doppelhaushalts in diesen Landtag, hat es diese Landesregierung – erstmals seit Jahrzehnten – nicht geschafft, mit der kommunalen Seite eine Einigung herbeizuführen. Sie sind mit voller Kraft gegen den Brückenpfeiler geknallt und haben sich die eine Seite Ihres Autos ziemlich ruiniert.

(Abg. Nese Erikli GRÜNE: Quatsch!)

Dieses Mal war es wieder das gleiche Thema: Die Kommunen erbringen wichtige Aufgaben, die sie gar nicht originär zu finanzieren haben. Beispiele sind die Unterbringung von Flüchtlingen und die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes.

Die Landesregierung brauchte tatsächlich bis Anfang dieser Woche, um eine Einigung mit den Kommunen herbeizuführen. Das stiftet kein Vertrauen bei den Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist gut, dass inzwischen eine Einigung herbeigeführt wurde – die höchst überfällig war. Aber wenn ich in dieser Woche lese, dass Frau Eisenmann, Spitzenkandidatin der CDU, gegenüber Frau Sitzmann, Finanzministerin, öffentlich erklärt, dass die Kommunen zu Recht auf dem Geld bestehen und dass eine gesetzliche Regelung notwendig ist, dann sage ich Ihnen: Das Gleiche habe ich an dieser Stelle bereits vor vier Wochen gesagt. Es hat viel zu lange gedauert. Ich bin froh, dass jetzt alles auf dem richtigen Weg ist. So geht man allerdings nicht mit den Kommunen in Baden-Württemberg um.

(Andreas Stoch)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wir müssen in einer solchen Haushaltsdebatte, gerade in der Generaldebatte, natürlich über die großen Fragen diskutieren, nämlich: Was sind die Zukunftsaufgaben dieses Landes? Die großen Aufgaben dieses Landes sind beispielsweise mehr Bemühungen beim Klimaschutz, aber auch die Bewältigung der Großen Transformation – der Transformation in unserer Gesellschaft, aber vor allem auch in unserer Wirtschaft.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir diese Herausforderungen bewältigen wollen, dann müssen wir sie jetzt angehen. Wir dürfen nicht nur zuschauen.

Gerade beim Klimaschutz müssen wir auch auf die Leistungsbilanz dieser Landesregierung blicken. Dabei stellen wir fest, dass diese Regierung aus Grünen und CDU sowohl beim Thema Energiewende als auch beim zentralen Thema Mobilitätswende keinen Meter weiterkommt, weil zwischen den Parteien schwerwiegende ideologische Unterschiede bestehen, weil die Regierung bei diesen wichtigen Zukunftsthemen keine Schnittmenge hat. Daraus kann keine gute Politik entstehen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der zweiten großen Herausforderung, nämlich den Transformationsprozessen in unserer Wirtschaft, fehlt mir bei der Landesregierung jedes Anzeichen der notwendigen Ernsthaftigkeit. Wir stehen vor gewaltigen wirtschaftlichen Veränderungen. Es wurde bereits angesprochen – Herr Kollege Reinhard hat es gesagt –: Die Aussagen darüber, was in den nächsten Wochen und Monaten im Bereich der Arbeitsplätze in Baden-Württemberg passiert, müssen uns Sorgen machen.

In der Wirtschaft laufen derzeit mehrere Veränderungsprozesse gleichzeitig.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Das war doch vorhersehbar!
Ist doch nichts Neues!)

Das ist u. a. der Prozess der Digitalisierung. In der wichtigen Automobilindustrie finden erhebliche Umwälzungen statt. Deswegen ist es gerade dort besonders wichtig, dem Handlungsbedarf auch politisch zu entsprechen.

Wenn es um Arbeitsplätze geht, hören wir allerdings von der Landesregierung, von dem Verkehrsminister – es ging um die Frage der Ansiedlung der Automobilfirma Tesla in Baden-Württemberg –, dass das Land Baden-Württemberg gar nicht so besonders scharf auf diese Firma gewesen sei.

(Lachen bei der AfD – Abg. Martin Rivoir SPD:
„Missverständnis“!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, stellen Sie sich doch mal vor die zigtausend Menschen, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben, die Arbeit suchen, und lassen einen solchen Spruch los. Das ist zynisch gegenüber den Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/
DVP)

– Dass die Grünen nicht klatschen, ist mir klar. Dass die CDU deutlich sichtbar nickt, ist aber auch ein klares Zeichen für diese Landesregierung.

Herr Ministerpräsident Kretschmann, wo waren denn Sie, oder wo waren Sie, Herr Verkehrsminister Hermann, oder Sie, Frau Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut, am 22. November, als da drüben auf dem Stuttgarter Schlossplatz ca. 15 000 Beschäftigte, organisiert von der IG Metall, aus Angst vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze demonstriert haben?

Diese Menschen haben Angst davor, dass sie durch Rationalisierung, Digitalisierung, aber vor allem durch die weiteren Umwälzungen im Automobilbereich ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Diese Menschen lassen sich nicht von wohlfeilen Phrasen, wie Sie sie heute Morgen im Parlament verbreitet haben, besänftigen. Diese Menschen brauchen konkrete Antworten. Diese Menschen brauchen Qualifizierung und Weiterbildung. Diese Menschen brauchen Arbeitsplätze in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Wie sieht es denn aus? Was macht das Land gerade? Wir fordern die Wirtschaft auf, sich auf diesen Wandel einzustellen. Wir fordern die Bürgerinnen und Bürger auf, sich für diesen Wandel fit zu machen. Wir fordern gewaltige Anstrengungen von allen. Aber das muss dann eben auch für die Landesregierung, für den Staat gelten.

Deswegen ist es umso verwunderlicher, wofür diese Landesregierung glaubt Geld ausgeben zu müssen. Verwunderlich ist auch – das habe ich schon vor vier Wochen gesagt –, wenn diese Landesregierung glaubt, durch die Erhöhung von Rücklagen und das Anlegen von Geld auf dem Sparbuch etwas für die Zukunft dieses Landes tun zu können. Das Land darf nicht nur den Wandel bei anderen fordern, sondern muss den Wandel selbst konkret gestalten.

Wir wollen, dass unser Land in die Gänge kommt. Firmen, Beschäftigte, Forschung und Bildung sind da die zentralen Aufgabenfelder. Das muss dringend angegangen werden. Aber dann muss auch die Landesregierung größere Schritte machen. Es reicht nicht, nur das Ziel zu definieren. Wir müssen gemeinsam auch dafür sorgen, dass möglichst alle Menschen an dieses Ziel kommen können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Peter Hofelich SPD: Sehr richtig!)

In dieser Frage und in vielen anderen Fragen reicht es eben nicht, nur zu sagen, das passiere schon von allein oder die Wirtschaft werde es schon machen. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die vom Staat, von unserem Gemeinwesen organisiert werden müssen. Der Staat ist die Organisationsform, die dafür sorgen muss, dass nicht die Einzel- und Individualinteressen obsiegen, sondern das Gemeinwohl im Mittelpunkt steht.

Deswegen ist es wichtig, dass wir den Menschen Antworten geben. Draußen demonstrieren Menschen, weil sie Sorge um Klima- und Artenschutz haben. Genauso demonstrieren Menschen, weil sie sich um bezahlbaren Wohnraum in diesem Land sorgen. Die Menschen demonstrieren, weil sie Angst vor

(Andreas Stoch)

dem Verlust ihres Arbeitsplatzes haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir diese Ängste nicht ernst nehmen und uns hier im Parlament ständig nur erzählen, wie schön und gut alles laufe, dann werden wir irgendwann nicht mehr ernst genommen, und dann verliert vor allem auch der Staat seine Autorität. Wir alle müssen dafür sorgen, dass der Staat die Autorität hat, dass die Menschen auch glauben können, dass hier Lösungen entstehen und nicht nur wohlfeile Sprüche.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Das sagt der Richtige! – Zuruf von der AfD: An die eigene Nase fassen!)

Deswegen müssen wir handeln. Dieses Land, diese Landesregierung muss handeln. Die Ausgangslage ist gut; ich habe es erwähnt. Die baden-württembergische Wirtschaft läuft noch immer gut, und dank des Fleißes und des Ehrgeizes aller Menschen in diesem Land haben wir noch immer hohe Einnahmen aus Steuern und Abgaben. Deswegen steht viel Geld zur Verfügung.

Es reicht aber nicht, nur Material, Pläne und Geld zu haben. Wir brauchen das Material nicht im Keller, wir brauchen das Geld nicht auf dem Konto, und wir brauchen uns die Pläne auch nicht einzurahmen. Wir müssen alles zusammennehmen und endlich loslegen.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Sozialistische Logik!)

Dieses Land ist in den letzten dreieinhalb, vier Jahren von allein gelaufen. Da fiel ein zurückhaltender Staat nicht sonderlich auf. Jetzt aber, in dieser Umbruchphase, ist ein handlungsfähiger Staat, der die Themen aufgreift, ein extrem wichtiges Instrument.

Es gibt noch eine weitere wichtige Aufgabe: Der Wandel wird unsere Gesellschaft verändern. Darum ist es auch eine gesellschaftliche Aufgabe, diesem Wandel zu begegnen. Der Wirtschaft geht es noch gut, aber die Spaltung in unserer Gesellschaft nimmt zu. Wenn Sie den Menschen zuhören, die z. B. über steigende Mieten berichten, dann stellen Sie fest, dass viele Menschen inzwischen nicht mehr nur etwa ein Drittel ihres Einkommens für Wohn- und Mietkosten aufwenden, sondern in manchen Städten die 50-%-Grenze mittlerweile überschritten ist.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Höherbelastung!)

Diesen Menschen können wir nicht sagen, weil das Land jährlich 250 Millionen € zur Verfügung stelle, entstünden in den nächsten Jahren einige Wohnungen mehr. Wir brauchen in ganz Deutschland, aber besonders im Land Baden-Württemberg mit seiner wachsenden Einwohnerzahl dringend eine Wohnraumoffensive, die diesen Namen auch verdient. Wenn Sie im Land unterwegs sind und mit Bürgermeistern sprechen, stellen Sie fest, dass diese das Problem haben, dass die Grundstücke fehlen.

(Abg. Karl Klein CDU: Aber warum?)

Aber auch wenn sie Grundstücke haben, fehlt ihnen oft das Instrumentarium. Dann reicht es nicht, wenn ein privater Investor dieses Grundstück kauft – was der Gemeinde natürlich

zunächst einmal Geld in die Kasse spült –; denn wir brauchen Wohnraum, der für einen breiten Teil der Bevölkerung bezahlbar ist.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Grunderwerbsteuer!)

Wir brauchen uns nicht um jene zu sorgen, die 15 oder 20 € pro Quadratmeter zahlen können. Aber wir müssen uns um jene sorgen, die nur 5, 6 oder 7 € pro Quadratmeter zahlen können.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Dafür wird in diesem Land zu wenig getan, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wenn wir diesen Ängsten nicht begegnen, wenn wir nicht konkret Politik für die Menschen machen, dann wird ein Spalt in diese Gesellschaft getrieben. Was die Folge eines Spalts in der Gesellschaft ist, auch was die Folge von fehlendem Vertrauen in den Staat ist, können wir doch jeden Tag in diesem Parlament besichtigen. Wenn dieses Land, diese Landesregierung, dieser Landtag die Probleme löst, dann brauchen wir uns auch nicht mit Populisten herumzuschlagen.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Denn Populisten arbeiten doch nur auf dem Nährboden, dass die Menschen Angst um ihre Zukunft haben.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der AfD)

– Sehen Sie, die Richtigen fühlen sich angesprochen.

(Zuruf von der AfD: Der Bezug zum Volk!)

Denn wo Vertrauen in den Staat und in die soziale Verantwortung fehlt, fehlt auch Offenheit für Neues, es fehlen Innovation und Solidarität. Das ist aber das, was unser Land stark gemacht hat. Wer diesen Zusammenhang nicht erkennt, wer diese Funktionsweise unserer Gesellschaft nicht begreifen kann oder will –

(Unruhe)

Haben Sie schon einmal das Wort „Impulskontrolle“ gehört? Das ist etwas, was man normalerweise ganz früh lernt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der AfD)

Eine gut funktionierende Gesellschaft braucht Solidarität und Vertrauen, und sie bedarf der sozialen Verantwortung des Staates.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Nur dann ist auch der Zukunftsoptimismus möglich, den Sie einfordern. Deshalb brauchen wir das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit von Politik.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Echt geil!)

(Andreas Stoch)

Fangen wir doch beim Verkehr an: Wenn Sie eine Mobilitätswende wollen, dann sollten Sie die Menschen nicht mit Verboten drangsaliieren,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das sagt die SPD! – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

sondern den Menschen attraktive Angebote machen, die es ihnen erleichtern, ihr Auto möglicherweise auch einmal stehen zu lassen. Deshalb ganz konkret unser Antrag, ein 365-€-Ticket in Baden-Württemberg einzuführen. So geht Mobilitätswende, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD: Sozialismus!)

Sie wollen auch optimale Bildung. Dann fangen Sie doch gleich ganz früh an! In Sonntagsreden hören wir, auf den Anfang komme es an. Wenn Sie optimale Bildung wollen, dann stärken Sie die frühkindliche Bildung in unserem Land – gebührenfreie Kitas für alle Familien in diesem Land, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wenn Sie die Transformation meistern wollen und vor allem dafür sorgen wollen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder mit Zuversicht in die Zukunft blicken, dann sorgen Sie doch dafür, dass Weiterbildung und Weiterqualifizierung unterstützt werden. Stimmen Sie dem Antrag der SPD auf Einrichtung eines Weiterbildungsfonds zu. Wir brauchen nämlich diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wenn Sie etwas gegen die Wohnungsnot tun wollen, dann schaffen Sie mit uns gemeinsam die Instrumente dafür. Dort, wo es keine kommunalen Wohnungsbaugesellschaften gibt, braucht dieses Land eben eine Landeswohnungsbaugesellschaft, um endlich die Wohnungen zu bauen, die so viele Menschen in diesem Land dringend brauchen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Nie wieder Sozialismus! – Weitere Zurufe von der AfD)

All das, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind konkrete Maßnahmen, die Sie ergreifen könnten. Nur wenn wir die Grundlagen einer intakten sozialen und solidarischen Gesellschaft schaffen, wird diese Gesellschaft auch mit Zuversicht in die Zukunft gehen. Wir brauchen nicht Angst vor der Zukunft, sondern Mut zur Zukunft. Wir brauchen Gewissheit, dass Veränderung nicht Verschlechterung bedeutet.

Deshalb brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Wir brauchen eine Regierung, die die Zeichen der Zeit erkennt und endlich handelt. Handeln Sie endlich, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Ohne SPD!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel das Wort.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stoch, es ist ja wunderbar, dass Sie direkt nach dem ersten Akt der Regierungskoalition hier sprechen können. In jedem Theater gibt es nach dem ersten Akt eine Pause, und diese füllt dann auch jemand,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das sind Sie! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

bevor es dann im zweiten Akt mit der echten Opposition weitergeht – der einzigen Oppositionspartei in diesem Parlament, meine Damen und Herren.

Die Regierungsfractionen von Grün und Schwarz haben in einem wahren Schweinsgalopp den Doppelhaushalt 2020/2021 durch den Finanzausschuss getrieben. Sämtliche Anträge der Oppositionsparteien wurden wie üblich – und dieses Mal auch ohne große Aussprache – abgelehnt, und, meine Damen und Herren, dieser Haushalt gleicht einem Räumungsverkauf unter dem Motto „Alles muss raus!“.

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Täglich werden es weniger! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Zu den Sonderangeboten gehören links-grüne ideologische Vorhaben – bei denen überraschenderweise, Herr Reinhart, diesmal auch die CDU gern zugegriffen hat. Allerdings ist es schon beschämend, wenn Sie die Menschen in den Kommunen, die das Geld erwirtschaften, zunächst einmal von diesen Wühltischen fernhalten wollen und ihnen dann, kurz bevor Sie das Kaufhaus schließen, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion noch 40 Millionen zuschustern – sehr beschämend, und einer Landesregierung

(Beifall bei der AfD)

dieses Landes und vor allem auch des Föderalismus in Deutschland nicht würdig.

Meine Damen und Herren, der aktuelle Konjunkturreinbruch und die zu erwartenden Steuermindereinnahmen sind nur die Spitze des Eisbergs.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wie bei jedem Eisberg, so liegt auch bei Ihrem Haushalt die weitaus größere Gefahr unsichtbar unter dem Wasserspiegel. Es handelt sich hierbei um den unverantwortlichen weiteren Aufbau des Beamtenapparats. In diesem Punkt waren sich bei den Haushaltsberatungen alle Oppositionsfractionen einig wie selten zuvor: Diese Landesregierung hat so viele Beamten- und Angestelltenstellen aufgebaut wie keine andere zuvor. Seit 2018 wurden bereits über 5 000 neue Stellen geschaffen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Aus diesem Grund bezeichnen wir Ihren Haushalt mit Recht als den größten Schuldenhaushalt in Baden-Württemberg aller Zeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

(Bernd Gögel)

Sie erwähnen mit keiner Silbe und in keiner Zeile Ihres Haushalts, dass Sie bereits heute für jede geschaffene Beamtenstelle Pensionsrücklagen in Höhe von 800 000 € einstellen müssten. In den vergangenen Jahren hat die AfD-Fraktion hierbei Vorarbeit erbracht und mit Anträgen immer Widerstand geleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Mit unseren Änderungsanträgen zu diesem Haushalt wollten wir auch erreichen, dass durch die Zusammenlegung von Ministerien und den damit verbundenen Bürokratieabbau eine hohe Zahl von Beamtenstellen flexibel zur Verfügung gestellt wird. Und wir erwarten von der Landesregierung insgesamt, dass auch die für die AfD nicht zur Diskussion stehenden neuen Stellen in den Bereichen innere Sicherheit, Justiz oder Lehrkräfte aus vorhandenen Stellenkapazitäten gedeckt und nicht durch einen neuen Stellenaufbau geschaffen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Genau so und nicht anders!)

Im Übrigen, Herr Ministerpräsident, versprechen Sie seit Jahren die digitale Verwaltung.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das war ein Versprecher!)

Allerdings warten wir auch heute noch darauf, und außer Stellenaufwüchsen haben wir nichts entgegenezunehmen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das war ein Versprecher!)

Das Staatsministerium, meine Damen und Herren, ist hierbei keine Ausnahme; es ist eher ein negatives Vorbild. Sie bauen im Staatsministerium elf neue Beamtenstellen auf. Das ist ein Wachstum von 6,4 % bei den Beamten.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Ich frage Sie: Welches baden-württembergische Automobilunternehmen kann sich ein Stellenwachstum von 6,4 % leisten? Keines. Herr Kretschmann, Sie sind also ein schlechtes Vorbild in Ihrer Landesregierung. Während Familienväter um ihre Stellen bangen, bringen Sie Ihre grüne Klientel in Beamtenverhältnissen unter.

(Beifall bei der AfD)

Doch das ist nicht genug, meine Damen und Herren. Sie haben es auch in diesem Jahr geschafft, einen Ausgabenrekord aufzustellen. 2011 – beim damaligen Haushalt – hat das Staatsministerium den Steuerzahler noch 42 Millionen € gekostet – damals wohlgernekt inklusive Staatsgerichtshof und Landeszentrale für politische Bildung. Im Jahr 2021 wird das Staatsministerium den Steuerzahler knapp 61 Millionen € kosten.

(Zuruf von der AfD)

Das ist ein Wachstum von 50 % in zehn Jahren. Herr Ministerpräsident, fragen Sie die Bürger einmal, ob die Leistungen Ihres Staatsministeriums tatsächlich um 50 % verbessert worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Aber das ist noch nicht alles. Rechnen wir die Landeszentrale für politische Bildung dazu, die den Bürger im Jahr 2021 über 10 Millionen € kosten soll, dann ergibt sich: Die Kosten sind innerhalb von zehn Jahren von 42 Millionen € auf 71 Millionen € gestiegen. Damit haben die Bürger in diesem Zeitraum ein Kostenwachstum von 70 % zu tragen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Ein Baden-Württemberger verdiente im Jahr 2018 laut Statistischem Landesamt im Durchschnitt 3 151 € brutto im Monat. Da werden sich viele wundern – vielleicht auch auf der Zuhörertribüne –, wenn das zu Hause nicht so ist. In diesen Durchschnitt sind natürlich auch die Topverdienste mit eingerechnet.

Die meisten haben in den letzten zehn Jahren nicht einfach so 70 % mehr bekommen. Die meisten Bürger unseres Landes machen sich Sorgen darum, was im Jahr 2020 auf sie zukommt. Sie, Herr Kretschmann, und die Landesregierung sprechen von „Gürtel enger schnallen“. Aber statt bei sich selbst anzufangen, fingern Sie am Gürtel des normalen Bürgers, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie tragen die neu erfundene CO₂-Steuer gern mit, es ist Ihnen sogar noch zu wenig. Klar, damit kann man diese Staatsausgabenparty nicht nur weitergehen lassen, man kann sie richtig befeuern. Wir, die AfD-Fraktion, wollen einen starken Staat. Starker Staat bedeutet aber nicht, dass so lange grüne Parteikollegen verbeamtet werden, bis kein Platz mehr frei bleibt in der Villa Reitzenstein. Das ist genau das Gegenteil von einem starken Staat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Wir, die AfD-Fraktion, wollten mit unseren Anträgen dafür sorgen, dass die Ausgabenflut zurückgedrängt wird. Mit Ihren eigenen Anträgen machten Sie jedoch deutlich, dass Sie in keiner Weise bereit sind, Einsparungen in diesem Haushalt vorzunehmen.

Ein Beispiel für Ihre unsinnigen und unbegründeten Ausgaben möchte ich Ihnen gern geben. Im Rahmen der Donauraumstrategie im Staatsministerium wollen Sie 45 000 € mehr für Radiosender in Osteuropa ausgeben und wollen damit Mittel gegen den Populismus bereitstellen.

(Lachen der Abg. Dr. Christina Baum und Rüdiger Klos AfD)

Unglaublich! Ich sage Ihnen: Unsere osteuropäischen Freunde aus Ungarn und Polen brauchen von Ihnen keine Nachhilfe in Demokratie; ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der AfD)

Ich kann nur sagen: Schämen Sie sich, eine solche Wählerarbeit zu finanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Da geht es um Rechte deutscher Minderheiten!)

(Bernd Gögel)

Im Gegensatz zu Ihnen schafft es Viktor Orban sogar, eine funktionierende Grenze zu bauen und zu sichern.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Da können Sie sich eine Scheibe abschneiden und noch einiges von diesen Ländern und Regierungschefs lernen, meine Damen und Herren.

Wir, die AfD-Fraktion, wollen statt Ihrer ideologischen Aufgaben lieber Zukunftstechnologien erforschen. Wir haben im Haushalt Mittel für ein Kernforschungsinstitut eingefordert.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Das bedeutet, dass wir untersuchen, wie wir in Zukunft möglicherweise ohne Müll und ohne Gefahren günstig Energie gewinnen können.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenn Sie hier darüber lächeln, dann sage ich Ihnen: Ihre Wasserstofftechnologie braucht schon das Dreifache an Energie wie der E-Motor, und wenn Sie auf E-Fuels gehen, verdoppelt sich der Bedarf nochmals. Das ist unbezahlbar. Sie müssen einmal über das nachdenken, was Sie hier propagieren und woher Sie den Strom dafür nehmen und wie Sie das bezahlen wollen.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Das, was wir hier wollen, ist Technologieoffenheit und keine Ideologie.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: So ist es!)

Herr Ministerpräsident, auch Ihr Strategiedialog Automobilwirtschaft ist aus Sicht der AfD nutzlos und zu streichen. Sie sollten sich für die Automobilwirtschaft einsetzen, statt sie zu bekämpfen.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Ich nenne Ihnen zwei Stellungnahmen Ihrer Landesregierung, die das grün-schwarze Denken offenbaren. Finanzministerin Frau Sitzmann will den Verbrenner aus den Innenstädten verbannen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Na super!)

Der Verkehrsminister – vielleicht sollte ich lieber sagen: der Gegner des Individualverkehrs –, Herr Hermann, hat vor wenigen Tagen gesagt – ich zitiere –: „Wir brauchen nicht noch mehr Automobilindustrie in Baden-Württemberg.“ Meine Damen und Herren, das sieht die AfD-Fraktion grundsätzlich anders.

(Beifall bei der AfD)

Die Familienväter in unserem Land brauchen Arbeitsplätze, die Familien in unserem Land wollen ernährt werden. Ja, wir brauchen mehr Automobilindustrie; denn davon lebt Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Carola Wolle AfD: Das haben die Grünen noch nicht bemerkt!)

Deshalb wollten wir natürlich mit unserem Antrag auch die Mittel für den Strategiedialog Automobilwirtschaft streichen. Wir halten Gespräche zwischen der Automobilwirtschaft und Gegnern des Individualverkehrs für sinn- und zwecklos.

Wir, die AfD-Fraktion, fordern statt eines Automobildialogs mehr Investitionen in die Infrastruktur Straße und Schiene.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: So ist es!)

Wir fordern von Ihnen als Landesregierung, dass Sie auch Visionen im Straßenausbau in Baden-Württemberg entwickeln und unterstützen.

Ihr Verkehrsminister hat in den vergangenen Jahren zwar Mittel für den Straßenbau in den Haushalt eingeplant, doch diese Mittel wurden teilweise für Fahrradwege und andere fremde Zwecke verwendet. Seitens der AfD-Fraktion fordern wir eine Südautobahn von Memmingen über den Bodenseeraum nach Freiburg, um die Achse München–Stuttgart zu entlasten.

(Beifall bei der AfD)

Das wäre einmal eine Vision. Dafür könnten Sie Mittel bereitstellen, und dafür könnten Sie sich im Bundesrat starkmachen, um im Bundesverkehrswegeplan und im Folge-Bundesverkehrswegeplan solche Ideen für Baden-Württemberg einzubringen. Sie wollen Baden-Württemberg verkehrstechnisch ins 19. Jahrhundert zurückkatapultieren,

(Beifall bei der AfD)

in eine Pferdekutschenlandschaft, in der Radler und Reiter am Verkehr teilnehmen und kein Individualverkehr mit Motor-technik.

(Zuruf von der AfD)

Sie sollten wieder für annehmbare Verhältnisse auf den Straßen und Schienen in Baden-Württemberg sorgen.

Doch damit sind wir immer noch nicht am Ende der grün-linken Ideologie. Hier kommen wir zu einem besonderen Thema: Sie betreiben über fast alle Einzelpläne verstreut eine wirre afrikanische Entwicklungshilfe. Sie verstecken im Haushalt von Baden-Württemberg

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

ein Entwicklungshilfeministerium und bewilligen für eine Diktatur in Burundi 3 Millionen € pro Jahr.

Aber damit nicht genug; es wird noch etwas verwirrender: Weil CDU-Generalsekretär Manuel Hagel Gambia besucht hat – und dort tatsächlich auch empfangen wurde –, hat sein Ziehvater, Innenminister Strobl, im Haushalt des Innenministeriums 50 000 € pro Jahr für Bienenprojekte in Gambia eingestellt.

(Lachen der Abg. Dr. Christina Baum und Rüdiger Klos AfD)

Das müssen Sie sich auf der Zunge zergehen lassen. Außenminister – Verzeihung: Innenminister – Strobl stellt für seinen Generalsekretär 50 000 € ein zum Projekt Aussiedler; so ist das mal versteckt. Meine Damen und Herren, ich frage Sie:

(Bernd Gögel)

Was haben Bienenprojekte in Afrika im Innenministerium zu suchen? Und was haben Bienenprojekte bei Aussiedlern zu suchen? Das sind berechnete Fragen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Carola Wolle AfD: Ein Weihnachtsgeschenk! – Lachen des Abg. Andreas Stoch SPD)

Hören Sie auf, Weltpolitik zu machen. Hören Sie auf, sich bei den Ungarn und den Polen einzumischen. Hören Sie auf, Afrikapolitik zu machen. Machen Sie endlich vernünftige Politik für Baden-Württemberg, meine Damen und Herren! Das ist Ihre eigentliche Aufgabe.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir bieten den Bürgern eine Alternative. Statt Mitteln für Afrika beantragen wir seitens der AfD-Fraktion ein Landesfamiliengeld.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

Wir verlangen, dass das Steuergeld zurück an die Bürger fließt. Die Familie aus Mutter, Vater, Kind – oder Kindern – ist der Kern unserer Gesellschaft.

(Abg. Carola Wolle AfD: Das haben die Grünen auch nicht kapiert!)

Unsere AfD-Fraktion versteht sich als Familienfraktion.

(Beifall bei der AfD)

In diesem Zusammenhang fordern wir auch die kostenlose Schülerbeförderung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Für alle Familien? – Gegenruf der Abg. Carola Wolle AfD: Haben Sie den Antrag nicht gelesen? – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nee! – Gegenruf der Abg. Carola Wolle AfD: Wäre aber mal interessant!)

– Ich komme gleich zu Ihnen, Herr Rülke.

(Unruhe)

In diesem Zusammenhang fordern wir auch eine kostenlose Schülerbeförderung in Baden-Württemberg. Damit könnten auch die finanzschwächeren Familien in Baden-Württemberg entlastet werden.

(Anhaltende Unruhe)

Das sind die Themen, die die Menschen da draußen interessieren, meine Damen und Herren – nicht Bienen in Afrika oder der Genderwahn mit den erfundenen 68 oder 70 sozialen Geschlechtern.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir denken an die Bürger, wir denken an die Familien. Diese stehen im Mittelpunkt der AfD-Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Leider haben die anderen Fraktionen diesen wichtigen Anträgen nicht zugestimmt.

(Beifall des Abg. Winfried Mack CDU)

Selbst die FDP/DVP stimmte in den Ausschüssen gegen eigene Anträge, wenn sie deckungsgleich mit AfD-Anträgen waren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die FDP/DVP stimmt nicht gegen eigene Anträge! – Weitere Zurufe)

So werden Sie es in Zukunft schwer haben. Herr Rülke, Sie möchten praktisch mit allen Fraktionen koalieren, außer mit der AfD.

(Unruhe)

Ich sage Ihnen, Herr Rülke: Wer mit jedem kann, der ist in einem Swingerclub erfolgreich, aber nicht an der Wahlurne.

(Lebhafte Heiterkeit bei der AfD – Beifall bei der AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Da müssen Sie sich ja auskennen!)

Die Bürger werden schnell erkennen, dass nur sie den Gürtel enger schnallen müssen, und werden Ihnen an der Wahlurne Ihr Weihnachtsgeschenk überreichen. Freuen Sie sich darauf! Wir tun es auch.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal haben wir am heutigen Tag gelernt, wo sich Herr Gögel in seiner Freizeit so herumtreibt.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD – Zuruf von der FDP/DVP)

Wir möchten uns das aber nicht wirklich vorstellen, Herr Gögel. Wir möchten uns das nicht wirklich vorstellen und auch nicht, wen Sie aus Ihrer Fraktion und von den inzwischen Fraktionslosen dort vielleicht noch treffen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Sie reden von sich!)

Aber der eigentliche Gegenstand des heutigen Tages, der heutigen Debatte ist der Haushalt des Staatsministeriums, ist der Haushalt des Ministerpräsidenten und seiner Politik.

Herr Ministerpräsident, seit Ihrem Amtsantritt im Jahr 2011 haben Sie im Staatsministerium um 73,5 Stellen zugelegt – schon stattlich, muss ich sagen. Da ist die inzwischen ausgegliederte Europaabteilung eingerechnet. Das sind 35 % mehr an Stellen als beim viel gescholtenen Stefan Mappus. Also, Herr Ministerpräsident: Maßvoll, zurückhaltend und sparsam geht anders.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auch in diesem Haushalt legen Sie wieder kräftig zu, was Stellen anbelangt.

(Abg. Gabi Rolland SPD: „Einzelfall“!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Dazu passt auch die andere Programmatik in Ihrem Haus. Beispielsweise wurde das Arbeitsprogramm „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ von der Regierungskoalition im Nachtrag 2019 erfunden, zunächst einmal mit 10 Millionen € und jetzt mit weiteren 10 Millionen € in diesem Haushalt – ein Sammelsurium von „Wünsch dir was“, ohne wirkliche Klammer, mit dem einzigen Ziel, mal hier, mal da irgendwelche kleinen propagandistischen Erfolge zu setzen.

Ihren Strategiedialog Automobilwirtschaft können Sie auch vergessen – so, wie die Mobilitätspolitik im Land Baden-Württemberg abläuft. Repräsentationsmittel 2020: 1 Million €; 2021: 600 000 €. Da kann ich nur sagen: Streichen, solche haushaltsverschwendenden Mittel!

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wer hier den Haushalt und auch den gesamten Staatshaushaltsplan anschaut, fühlt sich erinnert an einen Satz des Aphoristikers Fritz Schaarschuh, der gesagt hat:

Maßlosigkeit ist, wenn du ein Fass aufmachst, wo eine Flasche genügt.

Das trifft Ihren Haushalt, meine Damen und Herren, und den Haushalt des Ministerpräsidenten im Besonderen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Niemand weiß, wohin diese Landesregierung will. Machterhalt ist die einzige Klammer. Das zeigt dieser Haushalt von Grün-Schwarz auch wieder: Einzelaktionen mit dem Ziel, den Ministerpräsidenten auftreten zu lassen, z. B. die Dialektinitiative; 100 000 € für eine Dialektinitiative, meine Damen und Herren. Das ist es nicht, was das Land Baden-Württemberg voranbringt. Die zentralen Herausforderungen, die Herausforderungen der Zukunft fallen unter den Tisch, oder es werden völlig falsche Weichen gestellt, völlig falsche Weichen in die Zukunft.

Immer wieder, wenn man von dieser Landesregierung hört – Kollege Schwarz hat zwar eine Feigenblatt-Wasserstoffinitiative vorgestellt,

(Abg. Bernd Gögel AfD: Ja!)

aber es ist doch völlig klar, in welche Richtung das Ganze geht: Sie wollen die batterieelektrische Mobilität auf Teufel komm raus durchsetzen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So ist es!)

Welche Folgen das hat, meine Damen und Herren – was das für die Arbeitsplätze im Land Baden-Württemberg bedeutet –, können Sie heute in der „Stuttgarter Zeitung“ und den „Stuttgarter Nachrichten“ in einem Interview mit dem Bosch-Chef nachlesen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist eine Deindustrialisierung, die Sie da vorantreiben. Von Strukturbruch durch diese Politik war die Rede – nicht von Strukturwandel. Es ist doch völlig klar, in welche Richtung das Ganze geht. Sie sprachen davon

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

– Kollege Reinhart –: „Ja, wir können uns auch E-Fuels, synthetische Kraftstoffe vorstellen.“ Herr Hermann hat im Bundesrat letzte Woche gegen die synthetischen Kraftstoffe gekämpft

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

mit der scheinheiligen Begründung, das wäre dann ein teurer Konkurrent der fossilen, der sich nicht durchsetzt. Der eigentliche Grund ist die Angst, dass die synthetischen Kraftstoffe zur Konkurrenz für die Batterie werden. Das ist der eigentliche Grund.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Und wenn Herr Hermann jetzt so tut, als sei er für die batterieelektrische Mobilität, dann sind wir ja dankbar für einen ehrlichen Satz, nämlich für den Satz, die wolle er auch nicht. „Gut, dass Elon Musk das Werk in Brandenburg baut – wir brauchen nicht noch mehr Automobilindustrie in Baden-Württemberg.“

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Unglaublich!)

Nicht mal die batterieelektrische Mobilität will er; die ist nämlich für ihn nur eine Übergangstechnologie

(Zuruf von der SPD: Fahrrad!)

mit dem Ziel, dass die Leute gar nicht mehr Auto fahren. Das ist das eigentliche Ziel, das Sie im Auge haben:

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

eine Demobilisierung, eine Deindustrialisierung des Landes Baden-Württemberg. Sie wollen ein Volk von Fahrradhelmtägern, Herr Hermann; das ist Ihr Ziel im Land Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Oder Roller!)

Der Ministerpräsident schließt sich wunderbar an. In Ihrem an Monty Python erinnernden kabarettistischen Dialog mit Harald Schmidt haben Sie erklärt, Herr Ministerpräsident: „Ja, am Ende hat dann jeder die Solaranlage auf dem Dach und tankt umsonst.“ Jeder hat die Solaranlage auf dem Dach. Das zeigt die ganze Abgehobenheit Ihrer Regierung. Sie sind mittlerweile nur noch der Ministerpräsident einer neu-grünen Boheme aus der Stuttgarter Halbhöhe.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ja!)

Was ist mit den Leuten, die zur Miete wohnen? Was ist mit den Leuten, die im Hochhaus wohnen? Was ist mit den Leuten, die sich die Garage und die Solaranlage auf dem Dach sowie das Eigenheim gar nicht leisten können? An diese denken Sie nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Man kann doch nicht nur eine Politik für den Eigenheimbesitzer machen und erklären, für den sei die Batteriemobilität

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

das Richtige – und allen anderen treiben wir das Autofahren schon aus oder verbieten es im Stuttgarter Talkessel,

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

und am Schluss haben wir die Mobilität dann besiegt. Das ist das eigentliche Ziel dieser Landesregierung und das eigentliche Ziel grüner Politik, meine Damen und Herren.

Der Umwelt helfen Sie dadurch gar nicht. Das hat Herr Denner heute zu Recht auch kritisiert. Das, was in Brüssel, auch von Frau von der Leyen, vorgebracht wird – – Dort herrscht eine CO₂-Ideologie, die der Realität gar nicht entspricht. Da wird dann der Lithiumabbau in Bolivien unter den Teppich gekehrt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr gut!)

Der Kobaltabbau in Afrika wird unter den Teppich gekehrt. Dass die Batterie dann mit Kohlestrom, der in Polen auf den Weg gebracht wurde, betankt wird,

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

wird unter den Teppich gekehrt. Die Entsorgung der Batterie wird unter den Teppich gekehrt. Jahrzehntlang war für die Grünen die Entsorgung das Thema Nummer 1. Bei der Batterie interessiert es Sie plötzlich nicht;

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie haben nämlich nur die Demobilisierung zum Ziel.

Deshalb, Herr Ministerpräsident, kann ich Ihnen nur raten: Schauen Sie sich Ihren Verkehrsminister noch einmal gut an, und dann denken Sie an jenes chinesische Sprichwort, das da lautet: „Ein törlicher Freund ist eine größere Plage als ein weiser Feind.“

(Lachen der Abg. Nicole Razavi CDU)

Und dann überlegen Sie sich, wie Sie weiter mit diesem Verkehrsminister verfahren.

Meine Damen und Herren, die Politik dieser Landesregierung, die Politik beider Koalitionspartner, ob auf Bundes- oder Landesebene, ist – – Wie soll man das formulieren? Schauen wir uns einmal Ihre Bundesvorsitzende, die Bundesvorsitzende der CDU, an: AKK, das TÜV-geprüfte Fettnäpfchensuchgerät aus dem Saarland –

(Vereinzelt Heiterkeit)

missglückter Scherz über das dritte Geschlecht, tollpatschiger Umgang mit dem Youtuber Rezo, Ausschluss von Herrn Maaßen, Bundeswehreinsetzung in Nordsyrien, verfassungswidriger Vorschlag für eine allgemeine Dienstpflicht. Manche in der CDU sagen, die Partei sei insolvent.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

So hart würde ich das jetzt nicht formulieren,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Warum nicht?)

aber man sollte darüber diskutieren.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr gut!)

Aber wenn ich mir dann anschau: „Wie sieht es in Baden-Württemberg aus? Ist Herr Kretschmann konkurrenzfähig mit Frau Kramp-Karrenbauer?“, dann kommt – na ja – auch schon einiges zusammen. Nehmen wir beispielsweise das Thema „Direkte Demokratie“. Da sind Sie, Herr Ministerpräsident, gestartet mit einer „Politik des Gehörtwerdens“, mit dem Gedanken von mehr direkter Demokratie. Zuweilen saß da auch eine Staatsrätin, die dafür zuständig ist. Sie haben erklärt, das Volk müsse mehr beteiligt werden. Dann kamen die Mühen der Ebene, und dann hieß es schon: Gehört zu werden heißt nicht, erhört zu werden.

(Zuruf: Richtig!)

Jüngst haben wir erfahren, Herr Ministerpräsident, dass Sie in Bezug auf direkte Demokratie umgedacht hätten. Sie ist doch nicht mehr so toll. Dazu fällt einem nicht Hannah Arendt ein, sondern Karl Marx: „Das Sein bestimmt das Bewusstsein“, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Solange man in der Opposition ist, ist direkte Demokratie schön. Dann kann man sich mit der Bevölkerung verbünden und die Mächtigen treiben. Ist man dann selbst an der Macht, stellt man plötzlich fest: Das Volk stört eigentlich bei der Machtausübung.

(Vereinzelt Lachen)

Dann denkt man um und sagt: „Die direkte Demokratie ist doch nicht mehr so toll, wie ich mir das vorgestellt habe.“ Ja, ja, Herr Ministerpräsident, so sieht es offensichtlich aus. In der Opposition ist das Volk recht, bei der Machtausübung stört es eher.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Eigene Erfahrung?)

Ein Unbekannter hat mal einen Satz dazu geprägt, was Heuchelei ist.

(Zuruf)

– Ich war es nicht; ich bin ja nicht unbekannt.

(Heiterkeit)

Er hat es so formuliert: Ein Heuchler ist ein Mensch, der ein Buch schreibt, in dem er den Atheismus preist, und dann heimlich betet, dass es ein Bestseller wird.

(Heiterkeit)

So ungefähr läuft die Politik im Land Baden-Württemberg.

Wir können fortfahren: Tunichtgute, Herr Ministerpräsident – also nicht die Tunichtgute in der Regierung, sondern die Tunichtgute unter den jungen Männern, die zum Problem werden –, wollten Sie in die Pampa schicken. Dann haben manche aus dem ländlichen Raum gefragt: Was meinen Sie denn mit Pampa? Sie haben dann festgestellt: „Das war vielleicht nicht so geschickt; das würde ich so nicht mehr formulieren.“

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Auch nicht besonders geschickt war es, als Sie erklärt haben: „Wir machen kein Programm zur Schwimmbadförderung, die Kinder sollen in der Donau schwimmen lernen.“ Jeder, der mit Lebensrettung zu tun hat, hat die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diejenigen, die schneller als mit Tempo 130 auf den Autobahnen fahren, werden mit Waffennarren in den USA verglichen.

Das Schönste war, wie gesagt, Ihr kabarettistischer Dialog mit Harald Schmidt, zu dem Sie dann erklärt haben, Sie seien nervös gewesen – „so einer wie Harald Schmidt“! Ich habe aber gelesen, Sie waren der Überraschungsgast und nicht Harald Schmidt. Dann müsste doch eigentlich eher er überrascht gewesen sein. Aber sei es drum!

Dann wurden Sie gefragt, welcher Grüne Bundeskanzler werden soll. Sie haben gesagt: Habeck.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Oh Gott!)

Dann haben sich die Grünen aufgeregt und gesagt: „Diese Diskussion können wir vor dem Parteitag nicht gebrauchen.“ Dann haben Sie abgewunken und gesagt: „Ich habe ja nur so gedacht; das steht gar nicht zur Entscheidung an – und schon gar nicht von mir und jetzt. Außerdem kann Frau Baerbock das auch.“

(Abg. Thomas Axel Palka AfD: Was hat das mit dem Haushalt zu tun? Nichts!)

Als der Parteitag um war, haben Sie wieder festgestellt: „Habeck und Baerbock – und eigentlich fällt mir auch noch Özdemir ein.“

(Zuruf von der AfD: Oh Gott! Drei Pfeifen!)

Jetzt haben wir sogar drei. In der Vergangenheit war eine Doppelspitze bei den Grünen genug. Wenn sie jetzt ins Kanzleramt wollen, dann sollen es sogar drei werden. Gleichzeitig wahrscheinlich – wahrscheinlich ein Fabelwesen namens „Özbaerbeck“ oder irgend so etwas.

(Zuruf von der AfD: Wie damals bei der SPD!)

Wenn man sich in diesem Jahr die Politik dieser Landesregierung und die ganzen Ausrutscher anschaut, die durchaus AKK-kompatibel sind, dann kann man nur mit einem Satz nicht von Harald, sondern von Helmut Schmidt schließen. – Helmut Schmidt, Kollege Stoch!

(Zurufe)

Helmut Schmidt wird zitiert.

(Vereinzelt Beifall – Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zurufe)

Er hat mal gesagt: „Die Dummheit von Regierungen sollte niemals unterschätzt werden.“ Wir in Baden-Württemberg sind gut beraten, das auch nicht zu tun.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich Herrn Abg. Dr. Fiechtner das Wort.

(Unruhe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Acht Jahre lang schon plagt uns der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann, einer der gefährlichsten Demagogen dieser Republik.

(Heiterkeit bei der AfD – Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Im Gepäck führt er das trojanische Pferd für eine totalitäre faschistoide Politik.

(Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, ...

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident?

(Abg. Andreas Stoch SPD: „-in“!)

Präsidentin Muhterem Aras: ... ich bitte Sie, sich parlamentswürdig auszudrücken und bestimmte Ausdrücke zu vermeiden. Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Das ist ein erneutes Beispiel, durch die Frau Präsidentin dargebracht, für die hier mittlerweile eingezogene, übliche Zensur der Wortwahl.

(Abg. Sascha Binder SPD: Anstand!)

Sie geriert sich quasi als Reichsschrifttumskammervorsitzende.

(Oh-Rufe – Unruhe)

Ich verwahre mich ausdrücklich gegen diese Art der Wortzensur.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Hier geht es ein Stück weit um Anstand! – Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, es gibt auch bei der Meinungsfreiheit eine Grenze, ...

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Aber die setzen Sie nicht.

Präsidentin Muhterem Aras: ... und die ist bei Ihnen sehr oft überschritten. Jetzt mäßigen Sie sich. Ansonsten muss ich Ihnen das Wort entziehen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Wir haben jetzt hier schon Zustände wie in Parlamenten, die ich an dieser Stelle jetzt lieber nicht zitieren möchte – eine ständige Wortzensur durch die Präsidentin.

Diese bleierne Glocke, dieses ganze Gift, dieses sozialistisch-totalitaristische Gift wurde durch die Grünen, durch das trojanische Pferd Kretschmann, in die Parlamente hineingetragen. Dies breitet sich aus; man versucht, durch Gängelung bei

(Dr. Heinrich Fiechtner)

der Wortwahl, durch Gängelung bei Äußerungen den freien Meinungsdiskurs zu unterbinden.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Dagegen sollten sich alle – ich rede die FDP/DVP an, ich rede die CDU an; die Grün-Linken brauche ich nicht anzusprechen, vielleicht den einen oder anderen – wehren. Seit acht Jahren haben wir diese Politik. Baden-Württemberg ist auf dem besten Weg, ein neues Venezuela zu werden.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Die werden sich freuen!
– Abg. Reinhold Gall SPD: Meine Güte! – Weitere Zurufe)

Wir haben die orwellsche Gegenwelt von Herrn Schwarz entworfen bekommen, der zwar meinte, einen Haushalt ohne Schmuck vorstellen zu können; dieser ist aber voller Sumpfbüden. Er spricht von einer wachsenden Wirtschaft. Was hören wir hier? Wir haben heute schon durch Herrn Rülke gehört: Herr Denner von Bosch spricht von einem Strukturbruch, von einem Abbau in der Automobilindustrie in den nächsten Jahrzehnten, der beispiellos sein wird und letztlich in Baden-Württemberg ein dramatisches Ende einläutet.

Die Hoffnung auf Elektromobilität oder auf Wasserstoff ist doch einfach ein Irrwitz.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ist die Redezeit nicht vorbei?)

Hier wurde schon gesagt: Der Energiebedarf dafür kann niemals gedeckt werden.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das können niemals nur drei Minuten sein!)

Dies ist mitnichten nur eine Delle. Dies ist ein gravierender Absturz.

Diesen Absturz erfahren wir auch auf allen anderen Ebenen. Der Bildungsabsturz: Baden-Württemberg ist mittlerweile auf einem der letzten Plätze, was die Lesefähigkeit und Vorlesefähigkeit anlangt.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Die Bildung ist im Einsturz begriffen. Die Unis sind nicht mehr das, was sie waren.

Das Wohnen wird immer teurer. Ja, was tut man dagegen? Immer mehr Vorschriften, die Landesbauordnung, die Baugesetze machen Bauen immer teurer.

(Abg. Winfried Mack CDU: Die Zukunft war früher auch noch besser!)

Es wird immer komplexer, überhaupt eine Wohnung zu erstellen. Die privaten Investoren ziehen sich doch zu Recht zurück. Das Ende vom Lied ist, dass weniger Wohnraum da ist.

Dazu haben wir noch viele ungebetene Gäste, die ebenfalls Wohnraum brauchen. Statt dass das Innenministerium endlich dafür sorgt, dass diese ungebetenen Gäste außer Landes gebracht werden,

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

müssen wir jetzt noch für deren Wohnungen sorgen.

Dann kommen irgendwelche Punkte zur Sicherheit. Die Sicherheit darbt. Wir haben jetzt Weihnachtsmärkte wie im Kriegsgebiet – sprich mit Pollern, mit Polizisten. Wenn Sie wissen wollen, wie Weihnachten im Kriegsgebiet ist, dann gehen Sie auf den Stuttgarter Weihnachtsmarkt; da sehen Sie es.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Oh liebe Leute!)

Dann wird uns dies noch als wachsende Sicherheit verkauft. Das ist doch irre. Wir sind in einer völlig irren, paranoiden Gesellschaft. Das hat damals angefangen mit einer medial verbreiteten Angstkampagne wegen eines Erdbebens in Japan, aus dem ein Atomunfall gemacht wurde, wodurch dann dieser unselige Ministerpräsident an die Macht gespült wurde –

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

damals noch unterstützt von Rot, und jetzt leider unterstützt von der CDU.

Ich würde mir erhoffen, dass man diese bleierne Glocke, die hier immer mehr Einzug hält, ablegt. Es macht keinen Sinn, z. B. über Stauffenberg zu reden, den Widerstand zu beschwören und ehrfürchtig darüber zu rasonieren, wenn man selbst zu feige ist, auf die Barrikaden zu gehen, und wenn man stattdessen um seines Postens willen, seines Einkommens willen – ich rede die CDU an – hier die Position beibehält und jeden Mist – diesen ganzen Klimawahnschmu, den Sie hier verbreiten –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist jetzt abgelaufen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Mit Popanzen von CO₂, wofür es keinerlei wissenschaftliche Grundlagen gibt,

(Zuruf: Nein, nein!)

mit Popanzen von einer angeblich tödlichen Wirkung von Feinstaub ruinieren Sie unsere Automobilindustrie.

(Beifall der Abg. Stefan Räßle und Rüdiger Klos AfD – Abg. Stefan Räßle AfD: Bravo! – Zuruf: Nein, nein!)

Es ist kein Strukturwandel, es ist ein Strukturbruch. Am Ende haben wir nicht die Große Transformation – vor diesem Begriff sollten wir sowieso zusammenschrecken –, sondern wir haben ...

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, kommen Sie zum Schluss, sonst muss ich Ihnen das Wort entziehen!

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... so etwas wie den „Großen Sprung“ in China, der am Ende ein verheertes Land, ein ruiniertes Land, möglicherweise auch noch mit vielen Toten nach sich zieht.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Ich wünsche mir, dass dieses Land auch in Zukunft ein Land mit Zukunft bleiben wird.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich entziehe Ihnen das Wort. – Vielen Dank.

(Präsidentin Muhterem Aras)

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich erteile nun das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

(Oh-Rufe – Abg. Reinhold Gall SPD: Es wird nicht besser!)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das war ja wieder eine wahnsinnige phraseologische Veranstaltung:

(Abg. Stefan Räßle AfD: Lauter!)

„Gut“, „sehr gut“, „Exzellent“, „fantastisch“ – das hat mir noch gefehlt, Herr Reinhart, Herr Schwarz –; das wären noch Vokabeln gewesen,

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: „Halleluja“!)

um das Selbstlob zu steigern. Selbstlob stinkt, und dieses Selbstlob hier stinkt zum Himmel, meine Damen und Herren.

Die SPD, Herr Stoch hat es dann ganz scharf kritisiert: Geld ausgeben. – Ja, wir dürfen jetzt kein Geld ausgeben. – Die SPD kritisiert das Geldausgeben. Ich muss sagen: Das ist schon ein Witz, Herr Stoch. Niemand ist ein größerer Weltmeister im Ausgeben von Geld, das man nicht hat, als die SPD.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Das hat sich über Jahrzehnte gezeigt, und das zeigt sich auch jetzt wieder in der Diskussion. Warum? Was machen die Sozen? Sie bringen die schwarze Null. Der Kampf gegen die schwarze Null ist plötzlich ein zentrales Thema der rot-grünen Finanzpolitik. Das ist nichts anderes als wieder Schulden machen – Schulden machen, weil man das Geld nicht hat.

Was will man damit machen? Das ist das Problem. Sie haben in den letzten Jahren rein finanzpolitisch ein Milliardengrab geschaffen, ein Milliardengrab, das finanziell überhaupt nicht zu stemmen ist. Wovon rede ich? Herr Reinhart, Sie wissen es: von der Zuwanderung. Die Zuwanderung ist ein finanzpolitisches Phänomen, das wir finanziell nicht hinbekommen können.

Was machen wir? Wir zahlen Unsummen, offiziell bis zu 23 Milliarden € auf Bundesebene. Aber dieses Geld haben wir auf Dauer nicht mehr. Was passiert dann? Wir haben jetzt einen relativen sozialen Frieden. Wir haben Kriminalität, Terrorismusgefahr usw., alles schlimm genug. Aber es wird noch schlimmer, meine Damen und Herren. Es geht um den sozialen Frieden. Der soziale Frieden ist hochgradig gefährdet.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum, Dr. Heiner Merz und Stefan Räßle AfD)

Warum haben wir jetzt noch sozialen Frieden? Weil wir ihn uns in typischer Kohl-Manier, in deutscher CDU-Manier erkaufen. Wir erkaufen uns die Dinge. Wir zahlen den Leuten Fahrräder, Nike-Schuhe, Handyverträge, Smartphones usw. Mit Milliarden erkaufen wir uns den sozialen Frieden. Was aber passiert, wenn wir die Knete nicht mehr haben, weil wir pleite sind und immer mehr Schulden machen? Das hat seine Grenze. Das weiß sogar die SPD. Oder wisst ihr das nicht? Was passiert? Es kommt zum Bürgerkrieg, es kommt zu Unruhen.

Das ist das große Problem, das Sie geschaffen haben. Das kommt nicht vom lieben Gott – im Gegensatz zur Klimakatastrophe; hierbei ist die Einwirkung des Menschen minimal, wenn überhaupt, vorhanden. Aber die Migration ist ein hausgemachtes Problem. Es ist hausgemacht von den Systemparteien. Jetzt kommt auch die finanzpolitische Problematik voll auf uns zu. Dafür sind wir nicht gerüstet. Sie reagieren wie? Mit Phrasen, mit Selbstlob usw. usf., bis hin zu den Dönekes von Herrn Rülke.

Meine Damen und Herren, der grün-schwarze Regierungskaiser hat keine Kleider an. Das, was man mit Phrasen vertuscht, ist: keine Kleider.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Dieser Kaiser ist nackt, splitternackt. Er sieht auch nicht sehr schön aus. Es ist die Aufgabe der Opposition, Ihnen diesen Spiegel vor Augen zu halten.

Danke schön.

(Beifall der Abg. Stefan Räßle und Dr. Heiner Merz AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Ministerpräsident Kretschmann.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wirtschaft und Gesellschaft befinden sich in einem tiefen Wandel. Die Umbrüche in Wissenschaft und Technik prasseln nur so auf uns ein. Auch unsere Lebensgrundlagen stehen nicht außen vor: Klima, Umwelt und Natur sind bedroht. Das Wort von den „disruptiven Veränderungen“ macht die Runde – sprunghafte Veränderungen, die schnell und tiefgreifend sind. Es gibt dort oft keine Übergänge mehr. Das bedeutet natürlich für viele beteiligte Menschen oft Sprünge ins Ungewisse und unsichere Perspektiven. Ja, wir haben es heute – mehrere Redner haben darauf hingewiesen – noch einmal in einem Interview mit Bosch-Chef Denner gelesen.

Das sind sehr ernste Herausforderungen. Die Umbrüche sind komplex, sie sind teilweise dramatisch und teilweise auch beängstigend. Es geht eben nicht mehr nur um ein paar kleine Veränderungen, sondern wir leben inmitten einer Großen Transformation, wie es der Wirtschaftssoziologe Karl Polanyi genannt hat.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Hat Sie das überrascht?)

Politik muss dem Rechnung tragen. Das kleine Karo reicht da nicht aus, auch die tagespolitische Brille nicht. Wir müssen heute in langen Linien denken, Orientierung geben. Eine Regierung muss auch führen und darf nicht nur moderieren. Dies nimmt meine Landesregierung sehr ernst. Wir gehen die Umbrüche und den Wandel mit drei Schwerpunkten in unserer Politik langfristig an, nämlich bei der Nachhaltigkeit, bei der Innovation und beim gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wenn ich einen Vergleich ziehen darf: Zu Beginn der Industrialisierung fürchteten sich ebenso viele Menschen vor den großen Innovationen der Zeit: vor der Dampfmaschine, vor den ersten Eisenbahnen. Heute ist es die Digitalisierung, die viele beunruhigt, oder der große Umbau in der Automobilindustrie.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Abbau! Abbau! Den machen Sie ja! Herr Kretschmann, für diesen Einbruch sind Sie verantwortlich! Sie ruinieren unser Land!)

Viele Menschen sind ganz unmittelbar betroffen. Klar kommen Menschen, die bei Automobilzulieferern arbeiten, zu einem und fragen: Was ist mit meinem Job? Gibt es den in fünf oder zehn Jahren noch?

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Bei den Grünen nicht!)

Deswegen müssen wir alles dafür tun, dass das emissionsfreie Auto

(Zuruf von der AfD: Das gibt es nicht!)

der Zukunft weiter in Untertürkheim und Zuffenhausen vom Band rollt und für gute Arbeitsplätze für die Menschen hier sorgt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Deswegen begleiten wir diesen Strukturwandel sehr ernsthaft. Wir wollen gerade alles dafür tun, dass es eben nicht zu Strukturbrüchen kommt. Genau das ist unsere Aufgabe, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Rüdiger Klos AfD: Sie haben sie doch ausgelöst!)

Wir erleben natürlich auch solche disruptiven Veränderungen in der Umwelt und der Natur, das größte Artensterben nach dem Ende der Dinosaurier.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Windräder! Windräder! – Oh-Rufe)

Beim Klimawandel heißen die disruptiven Veränderungen „Kipppunkte“.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wieder Lügen! Fake News! Schämen Sie sich, Herr Ministerpräsident!)

Wenn wir diese Kipppunkte reißen, dann droht ein irreversibles Umkippen der Erdatmosphäre, und dann können wir die Erderwärmung gar nicht mehr stoppen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Auch davor haben viele Menschen Angst. Ich denke an die jungen Leute von „Fridays for Future“,

(Zurufe der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] und Stefan Räßle AfD)

mit denen ich mich schon ein paar Mal getroffen habe. Sie sorgen sich um die Zukunft

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD – Gegenruf von den Grünen: Hallo?)

auf diesem Planeten und sagen uns: Tut etwas, bevor es zu spät ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Diese Landesregierung packt das mit dem Klimaschutz als einem der Schwerpunkte dieses Haushalts an.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Stefan Räßle AfD: Die Bürger lachen über Sie, Herr Ministerpräsident!)

– Man kann Zwischenrufe machen, aber ich glaube, das sollte nicht in eine fortwährende Geräuschkulisse ausarten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Gernot Gruber SPD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Ich habe mich noch nie beschwert!)

Tiefe Veränderungen erleben wir schließlich drittens beim gesellschaftlichen Zusammenleben: Eine fortschreitende Individualisierung der Gesellschaft,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Dafür sind auch Sie verantwortlich! Grüne Ideologie!)

eine Spaltung durch den Populismus, der Zusammenhalt bröckelt, und die liberale Demokratie wird angegriffen. Auch das spüren viele Menschen.

Junge Eltern fragen mich: „Können meine Kinder in Zukunft noch in einem Land leben, in dem man respektiert wird, oder schaut jeder nur noch auf sich selbst?“ Die Landesregierung sieht sich in der Pflicht, alles zu tun, um eine liberale und offene Gesellschaft zu erhalten und den Zusammenhalt in ihr zu gewährleisten.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Abg. Stefan Räßle AfD: Dann akzeptieren Sie doch mal die Position!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen:

Der Planet Erde steht vor einem Klima-Notfall.

(Oh-Rufe von der AfD – Abg. Stefan Räßle AfD: Dafür brauchen wir Sie!)

Die Bemühungen zur Erhaltung unserer Biosphäre müssen immens ausgeweitet werden, um unermessliches Leid aufgrund der Klimakrise zu vermeiden.

Diese Warnung haben kürzlich – das waren Zitate – über 11 000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt

(Lachen bei der AfD – Abg. Stefan Räßle AfD: Guter Witz! Windmüller!)

in dem renommierten Fachmagazin „BioScience“ veröffentlicht.

Wir spüren die Dringlichkeit der Klimakrise immer deutlicher, nur Sie offensichtlich nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau! – Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Stefan Räßle: Wir gehören nicht zu Ihrer Sekte! Wir denken noch nach!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Jeder Mensch, der sich nur einigermaßen in der Welt informiert, sieht das, erfährt das ganz konkret.

(Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Dr. Rainer Podeswa:
Genau das würden wir von Ihnen erwarten!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident Kretschmann hat das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Und wenn er auf die Wissenschaft hört, dann weiß er auch,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das ist doch Blödsinn!)

dass das stimmt – nur Sie nicht. Deshalb fallen Sie als ernsthafter Gesprächspartner aus.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von der AfD: Oder Sie! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Rattenfängerei!)

Ich will Ihnen sehr deutlich sagen: Ich bin die völlig falsche Adresse für Ihre Polemik. Wenn Sie das, was Sie behaupten, ernsthaft meinen würden, dann würden Sie sich mit der Wissenschaft auseinandersetzen.

(Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Dr. Rainer Podeswa:
Das machen wir!)

Dann würde Ihre Fraktion mal eine Tagung oder einen Kongress organisieren, auf dem das besprochen wird.

(Zurufe von der AfD, u. a.: Haben wir!)

Wenn Sie glauben, dass Sie recht haben, dann bringen Sie doch die Wissenschaftler bei, die Ihre Thesen unterstützen.

(Abg. Udo Stein AfD: Aber gern! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Herr Kretschmann, können Sie auch mal selbst denken?)

Dann können wir ernsthaft ins Gespräch kommen. Sie müssen sich mal mit der Wissenschaft auseinandersetzen –

(Abg. Udo Stein AfD: Oder Sie!)

nicht mit mir.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dann ist schnell Ende da drüben! – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein, ganz sicher nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Stefan Räßle AfD: Da hat er Angst!)

Man muss dazu nur mal in den Wald gehen. Das habe ich in den Sommerferien gemacht.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Da stehen die Windräder!)

Ich habe gesehen, wie allein durch zwei trockene Jahre so viele Bäume im Nachlauf durch die Borkenkäfer geschädigt worden sind, dass ich zum ersten Mal von Förstern gehört habe: „Diesen Wald mussten wir aufgeben.“ Sie hatten weder die Maschinen noch die Waldarbeiter, um das Käferholz überhaupt noch aus dem Wald zu bekommen. Sie mussten diese Waldstücke dem Borkenkäfer überlassen. Da kam in mir wirklich das Gefühl auf: Auch uns hat es volle Kanne erwischt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Aber das hat doch jetzt nichts mit dem Klimawandel zu tun!)

Klimawandel, das ist – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, warten Sie bitte einen Moment.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich lasse keine Zwischenfragen der AfD zu diesem Thema zu. Warum, das habe ich gerade begründet.

(Abg. Udo Stein AfD: Weil Sie keinen Dialog wollen! – Abg. Anton Baron AfD: Das hatte was mit der Trockenheit zu tun, Herr Kretschmann!)

Sie müssen sich erst mal mit der Wissenschaft auseinandersetzen. Dazu können Sie dann auch Zwischenfragen stellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur AfD: Keine Ahnung! Dumm wie Bohnenstroh!)

Das bedeutet, wir müssen unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen und unseren Wohlstand auf ein neues Fundament stellen – ein Fundament, das nicht aus Kohle, Öl und Gas besteht, sondern aus nachhaltiger Energie, ein Fundament, das den Reichtum in unserer Tier- und Pflanzenwelt nicht verzehrt, sondern erhält.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Wer hat Ihre Rede geschrieben?)

Die Große ökologische Transformation – darum geht es. Wir müssen beweisen, dass Ökologie und Ökonomie zusammen gehen. Wir müssen zeigen, dass man auch gut leben kann, ohne die Erde zu zerstören.

Unsere Aufgabe ist es, ein Modell eines klimaverträglichen Wohlstands zu liefern. Ein Wissenschaftler hat das letzts „Kopierfähigkeit“ genannt. Haargenau darum geht es: dass Baden-Württemberg als eine der innovativsten Regionen der Welt zeigt,

(Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Dr. Christina Baum:
Das war einmal!)

dass man es nicht nur machen muss, sondern dass man es auch machen kann.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Wirtschaftsentwicklung vom Naturverbrauch und von der Naturzerstörung zu entkoppeln, genau das ist unsere Aufgabe. Wenn wir da unsere globale Verantwortung zeigen, dann können wir auch davon ausgehen, dass andere Regionen der Welt,

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

die sehr viel mehr emittieren als Baden-Württemberg, diesen Weg mitgehen. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zurufe von der AfD)

Wenn wir erfolgreich die Blaupause für klimafreundliches Wirtschaften schaffen, dann werden sich auch andere daran orientieren, weil sie sehen, dass es funktioniert.

(Unruhe bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um etwas mehr Ruhe.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Haargenau dieses Ziel prägt den Doppelhaushalt, den wir beraten. Über 800 Millionen € stellen wir in den nächsten beiden Jahren bereit, um den Klimawandel zu bekämpfen und unsere Lebensgrundlagen zu schützen. Das ist ein Rekordwert.

Was tun wir konkret? Wir setzen an bei der Mobilität.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Tempolimits!)

In den letzten Jahren konnten wir in fast allen Bereichen den Ausstoß von Klimagasen reduzieren, nicht aber im Verkehr. Deswegen setzen wir hier einen besonderen Schwerpunkt. Wir wollen weg vom fossil betriebenen Verkehr hin zur klimafreundlichen Mobilität. Deswegen unterstützen wir die Entwicklung von umweltfreundlichen Antrieben, bauen den öffentlichen Verkehr massiv aus

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das merkt man bei der Deutschen Bahn!)

und investieren mehr denn je auch in Radwege.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Und in der Tat dürfen wir stolz sein: Der erste Schnellradweg in Deutschland befindet sich in Baden-Württemberg, nämlich der Schnellradweg von Böblingen nach Stuttgart.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Stefan Räßle AfD: Eine Stunde Zugverspätung heute Morgen!)

Wir stellen in den nächsten beiden Jahren über 300 Millionen € für ein besseres Angebot bei Bussen und Bahnen zur Verfügung.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Eine Stunde Verspätung heute Morgen! – Gegenrufe von den Grünen)

Da geht es um einen dichteren Takt in den städtischen Regionen, aber auch um bessere Verbindungen im ländlichen Raum.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Viel Spaß dabei!)

Wir sorgen nicht nur für einen dichteren Takt, sondern auch für zeitgemäße Technologie und mehr Komfort. 13 Millionen € stehen zur Förderung des E-Tickets im bwtarif bereit. Über 90 Millionen € sind für Verkehrswege für das umweltfreundlichste Verkehrsmittel, das es gibt, nämlich das Fahrrad, vorgesehen.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Ein Großteil der Wege, die die Menschen täglich zurücklegen, ist kürzer als 5 km. Deswegen ist ein gutes Radwegenetz

(Abg. Anton Baron AfD: Das verursacht auch viel Feinstaub! – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

eine richtige Maßnahme, um zu erreichen, dass Menschen häufiger das Auto stehen lassen und mit dem Rad zur Arbeit fahren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Den Zustand der Wälder habe ich schon kurz angesprochen. Die Schäden sind sehr massiv. Es ist klar, dass wir da handeln müssen. Wir stellen 80 Millionen € für den Notfallplan Wald bereit. Damit wollen wir die Folgen der Klimakrise für den Wald lindern.

(Abg. Anton Baron AfD: Das hat etwas mit Trockenheit zu tun! – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Wir treiben die Energiewende weiter entschlossen voran. Mit unserer Solaroffensive sorgen wir für mehr Sonnenstrom. Wir fördern die Bereitstellung von Wärme für Heizung und Warmwasser aus erneuerbaren Energien. Wir fördern die energetische Sanierung von Gebäuden, und wir erneuern unser Klimaschutzgesetz.

Wir sind auf dem richtigen Weg. Das hat eine Studie von DIW und ZSW kürzlich wieder bestätigt. Danach liegt Baden-Württemberg bei der Energiewende im bundesweiten Vergleich ganz vorn.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Lassen Sie mich aber noch ein Wort zur Windkraft sagen.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje!)

Wir haben hier in der letzten Legislaturperiode den gordischen Knoten zerschlagen und die Voraussetzungen für einen schnellen Ausbau der Windkraft geschaffen. Innerhalb kurzer Zeit haben wir die Zahl der Windräder verdoppelt, die durch Windkraft erzeugte Strommenge sogar verdreifacht.

Aber dann hat der Bund durch seine Novelle des EEG die Bremse reingehauen. Die Folgen sind dramatisch. In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind in ganz Deutschland gerade mal 148 Windenergieanlagen ans Netz gegangen. Zum Vergleich: Allein in Baden-Württemberg waren es im Jahr 2017 noch über 120 Windräder.

(Abg. Anton Baron AfD: Jetzt brauchen wir keine mehr!)

Ich frage mich allen Ernstes: Womit sollen wir bitte die Elektroautos antreiben, wenn das so weitergeht?

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Dr. Rainer Podeswa: Fragen Sie mal, womit Sie den Strom bezahlen wollen!)

Die Windkraft ist eine Schlüsselbranche zur Rettung des Planeten, und wir dürfen nicht zulassen, dass sie den Bach run-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

tergeht. Über 30 000 Arbeitsplätze sind allein 2017 verloren gegangen; das sind weit mehr Jobs, als es sie im Bereich der Braunkohle überhaupt noch gibt. Aber danach kräht kein Hahn. Auch Heil hat sich nicht für sie verwendet, und auch Altmaier wollte die Branche nicht retten.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Ich finde, das ist eine verheerende Entwicklung, auch ökonomisch. Eine vitale Windkraftbranche ist ein Exportschlager Deutschlands geworden;

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das merkt man ja!)

deshalb müssen wir das ändern. Auf der letzten Ministerpräsidentenkonferenz haben wir daher zusammen mit der Kanzlerin beschlossen, dass nun endlich eine Arbeitsgruppe zwischen den Ländern und der Bundesregierung eingesetzt wird, um die Energiewende wieder ins richtige, erfolgreiche Gleis zu bringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Die höchsten Strompreise auf der Welt, das nennen Sie erfolgreich?)

Der Markt ist natürlich ein wichtiger Hebel, um die nötigen Innovationen auf den Weg zu bringen. Das ist der große Vorteil der Marktwirtschaft: Sie kann schnell sein und sehr innovativ am Markt etwas durchsetzen. Aber dazu müssen die Rahmenbedingungen stimmen.

Dabei spielt natürlich eine CO₂-Bepreisung eine zentrale Rolle. Wenn es spürbar und berechenbar wird, dass es mehr kostet, CO₂ zu emittieren, dann ist das ein wichtiges Signal. Warum? Weil dann die Innovationen, Geschäftsmodelle und Start-ups, die in diese Richtung gehen, Wettbewerbsvorteile gegenüber Technologien haben, die CO₂ emittieren. Genau das ist unsere Aufgabe: die Marktwirtschaft in diese Richtung zu lenken, dass sich diese grünen Produktlinien und Geschäftsmodelle am Markt durchsetzen können.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: CO₂-freie Erdenergie z. B.! – Abg. Stefan Räßle AfD: Mit grünen Geschäftsmodellen kennen Sie sich aus!)

Ich denke, es ist auch weltweit das Richtige, dieses Instrument durchzusetzen. Wir haben europaweit den ETS-Handel. Jetzt müssen wir eine CO₂-Bepreisung haben, die auch lenkt. Darüber verhandeln wir im Vermittlungsausschuss nochmals. Mal sehen, wie das Ergebnis sein wird; denn dies alles sind Signale, auch weltweit auf diese wichtige Lenkungsmaßnahme

(Abg. Sascha Binder SPD: Welche Haltung hat die Landesregierung?)

zu setzen und sie möglichst Schritt für Schritt auf der ganzen Welt auszuweiten. Europa hat sie, wie gesagt, im zentralen Feld. Andere große Regionen, wie etwa Kalifornien, machen es ebenfalls. Dies ist genau der richtige Weg in einer Marktwirtschaft.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Meine Damen und Herren, das Klima ist so etwas wie der Makrokosmos der natürlichen Lebensgrundlagen. Der Mikrokosmos ist die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten. Diese vielfältige Tier- und Pflanzenwelt zu schützen ist eine weitere große Aufgabe unserer Zeit. Unsere Natur- und Kulturlandschaften sind Lebensraum für schätzungsweise 50 000 Tier- und Pflanzenarten.

Aber auch dieser Reichtum ist bedroht. Zwei von fünf Tier- und Pflanzenarten gelten als gefährdet. Der Rückgang der Artenvielfalt hat dramatische Folgen; denn die biologische Vielfalt ist ein eng gespanntes Netz. Mit jeder Pflanze und jedem Tier, das verschwindet, wird dieses Netz löchriger und weniger tragfähig. Deswegen ist dieser Haushalt auch ein Haushalt des Artenschutzes. Wir führen unser Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt fort und investieren dafür 36 Millionen €.

Zusammen mit den Initiatoren des Volksbegehrens „Pro Biene“ und den Landwirten haben wir uns auf weitere Schritte verständigt, um die Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt zu erhalten. Wir werden dazu in Bälde einen Gesetzentwurf vorlegen. Über die Eckpunkte besteht Einigkeit. Das heißt, wir wollen in den nächsten zehn Jahren den Anteil des Ökolandbaus auf 30 bis 40 % steigern, den Anteil der chemisch-synthetischen Pestizide um 40 bis 50 % reduzieren, und auch in den Städten und den Siedlungsgebieten stärken wir den Artenschutz.

Ich freue mich sehr, dass es uns gelungen ist, Artenschutz und Landwirtschaft hier zusammenzubringen und eine drohende Spaltung zu verhindern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Auch diese Politik ist mit 40 Millionen € finanziell unterlegt.

Also, meine Damen und Herren: Ich denke, wenn wir Wirtschaft und Umwelt zusammen denken, wenn wir zwischen beiden ein „und“ und nicht ein „oder“ setzen, dann können wir trotz der großen Herausforderungen auch mit einiger Zuversicht in die Zukunft schauen. Das ist die Grundlinie dieses Haushalts – genauso wie das nächste Thema, nämlich Innovation.

Innovation ist der Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg und für den Wohlstand von morgen. Wir haben in Baden-Württemberg – auch darauf haben ja viele Redner hingewiesen – ein gutes Jahrzehnt hinter uns: den längsten Wirtschaftsaufschwung seit Erhards Zeiten, die geringste Arbeitslosenquote seit Späths Zeiten, die höchste Beschäftigung aller Zeiten. In meiner Zeit als Ministerpräsident sind über 750 000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden.

(Abg. Klaus Dürr AfD: In grünen Ministerien! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Aber freilich: Es ziehen dunkle Wolken am Konjunkturhimmel auf.

(Abg. Anton Baron AfD: 10 800 Stellen hat Kretschmann seit seinem Amtsantritt geschaffen!)

Wir lesen fast wöchentlich: Die Unternehmen fahren Sparprogramme, kündigen an, Stellen abzubauen.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

(Abg. Anton Baron AfD: Aber unsere Landesregierung baut auf!)

Man muss einfach sehen: Das ist insbesondere durch die dramatischen Rückgänge der Auslandsnachfrage verursacht – vor allem im Fahrzeugbau und daraus folgend natürlich auch im Maschinenbau, der ja zum großen Teil eben für die Fahrzeugindustrie produziert. Es gibt dramatische Nachfragerückgänge in China, auch in Indien und anderen Regionen. Das ist zunächst einmal der Grund.

Wir können ja heute in einem Interview mit Herrn Denner lesen: Er rechnet damit, dass dieser Nachfragerückgang in den kommenden Jahren nicht aufgeholt wird. Das ist seine Prognose.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Von Ihnen verschuldet, Herr Kretschmann!)

Aber – auch das ist von Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz schon gesagt worden –: Hinter diesem Abschwung verbergen sich natürlich

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

auch strukturelle Probleme, zum Teil auch Wettbewerbsprobleme.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Die Wirtschaftswelt wird sozusagen neu vermessen. Ich verweise auf neue Technologien, rasend schnelle Innovationszyklen, disruptive Geschäftsmodelle und auch hungrige Konkurrenten. Wir haben mit China einen völlig neuen Player im globalen Wettbewerb. Es ist klar, dass dies die Kernbranchen in unserem Land fundamental herausfordert.

Der ehemalige Daimler-Chef Zetsche sagte:

Es ist kein Naturgesetz, dass Daimler ewig besteht.

Wenn dies der Chef eines Automobilkonzerns sagt, dann weiß man, was die Stunde geschlagen hat.

(Zuruf des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Genauso wenig ist es ein Naturgesetz, dass Baden-Württemberg wirtschaftlich ewig Spitze ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Vielmehr ist die nächste Dekade für den Wirtschaftsstandort entscheidend. Deshalb stellen wir die Innovationskraft unseres Landes in den Mittelpunkt unserer Politik. Genau das ist der Grund dafür, dass wir rund 1 Milliarde € in die Hand nehmen, um die Technologien der Zukunft

(Abg. Stefan Räßle AfD: Kaputt zu machen!)

zu entwickeln, den Strukturwandel zu meistern und den Wohlstand von morgen zu sichern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Stefan Räßle AfD: Das erzählen Sie schon seit acht Jahren!)

– Wir erzählen es seit acht Jahren, und wir machen es auch seit acht Jahren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Räßle AfD: Das sieht man!)

Das gilt gerade für die Automobilindustrie. Sie ist mit dem größten Strukturwandel ihrer Geschichte konfrontiert: klimaneutrale Mobilität, autonomes Fahren, neue Geschäftsmodelle.

Das Auto wird sozusagen neu erfunden. Meine Landesregierung hat diese Herausforderung frühzeitig erkannt und gehandelt, und zwar nicht nach Schema F, sondern zielgerichtet mit einem neuen politischen Format. Das ist unser Strategiedialog Automobilwirtschaft. Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Rülke, halte ich das für eine sehr weitsichtige Herangehensweise.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es kommt darauf an, was dabei herauskommt!)

– Dabei kommen gute Dinge heraus. Diese können Sie übrigens im Haushalt alle nachlesen.

(Abg. Anton Baron AfD: Nennen Sie ein paar Beispiele!)

Wir brauchen solche Formate. Wir können nicht immer irgendwelche Gipfel machen und dann den Problemen nur hinterherrennen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau das passiert bei diesem Strategiedialog!)

Wir müssen uns mit allen Akteuren committen. Das machen wir mit den OEMs, mit den Zulieferern, mit der Energiewirtschaft, mit der Wissenschaft, mit den Kommunen, mit der Zivilgesellschaft. Wir arbeiten in einem ständigen Arbeitsprozess zusammen, damit man sichten kann: Was kommt auf uns zu? Was sind die nächsten Herausforderungen?

(Abg. Stefan Räßle AfD: Die sind dann aber alle weg!)

Dann können wir auf sie reagieren und mit Zwischenergebnissen in den Haushalt gehen und dafür Maßnahmen treffen. Genau das machen wir, Herr Kollege Rülke. Nur so können wir für die Unternehmen, ihre Arbeitnehmer und auch für das Klima erfolgreich arbeiten.

Wir haben viel vorangebracht:

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

das Testfeld Autonomes Fahren in Karlsruhe, massive Investitionen in alternative Antriebe – von der Batterie über synthetische Kraftstoffe bis zum Wasserstoff. Baden-Württemberg hat das erste flächendeckende Ladetz für Elektroautos in Deutschland. Das ist ein ganz konkretes Ergebnis dieses Strategiedialogs. Wir haben heute ein Netz von Ladestellen in Baden-Württemberg. Die nächste Ladestelle ist nirgendwo mehr als 10 km, eine Schnellladestation nicht mehr als 20 km entfernt. Damit ist Baden-Württemberg allen anderen Bundesländern weit voraus.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, beim Arbeitsplatzabbau!)

Während der Bund damit erst anfängt, sind wir im September damit fertig geworden. Jetzt haben wir eine Grundstruktur, bei der wir, wenn der Markthochlauf der batterieelektrischen Fahrzeuge kommt, das Ganze systematisch weiterentwickeln können, weil wir dann wissen, an welchen Stellen wir mehr tun müssen. Denn wir haben erkannt: Es kommt nicht nur darauf an, wie viele man baut, sondern auch darauf, wo man sie baut. Das ist wirklich, glaube ich, eines der großen Highlights gewesen, und alle anderen versuchen, schnell auch auf diesen Weg zu kommen.

Herr Kollege Rülke, wir machen Karlsruhe zum Zentrum für synthetische Kraftstoffe,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: „Wir machen“!)

die Metropolregion Rhein-Neckar zur „Wasserstoff-Vorzeigeregion“ und stärken unsere Kompetenzen bei der Batterie – von der Herstellung bis zum Recycling. Darum haben wir so erbittert um eine Batteriezellenforschungsfabrik gekämpft.

Sie sehen also: Wir setzen auf Technologieoffenheit. Denn wir bilden uns nicht ein, dass wir jetzt Autos besser bauen könnten als die Automobilindustrie. Technologieoffenheit heißt nicht Beliebigkeit. Deswegen setzen wir zurzeit die Priorität auf batteriebetriebene E-Mobilität,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: „Wir setzen die Priorität“! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist eben genau die falsche Technologie!)

ohne den Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe zu vernachlässigen. Warum? Wir richten uns nach dem Markt, Herr Kollege Rülke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der Markt! Und die eine Million Autos, die Frau Merkel versprochen hat?)

Die Automobilhersteller in unserem Land setzen jetzt auf batterieelektrische Fahrzeuge. Das ist einfach eine Tatsache, und die können Sie nicht wegdiskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weil die Politik sie dazu zwingt und nicht der Markt!)

Das rate ich Ihnen auch: Bei der Technologieoffenheit muss man auch Prioritäten setzen, wie sie der Markt setzt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, genau!)

Wir können nicht Prioritäten am Markt vorbei setzen. Das wäre das Allerfalscheste, was man machen kann.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Wir geben damit den Unternehmen in unserem Land – Daimler, Porsche, Audi, Bosch –, auch den Zulieferern ZF, Mahle, vor allem aber auch den vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die wirklich zur DNA unseres Landes gehören, die

richtigen Rahmenbedingungen, die sie für den Transformationsprozess brauchen. Und wir tun das, was eine Landesregierung tun kann. Aber Autos baut nun mal die Automobilindustrie und nicht die Landesregierung. Das ist nun mal so.

(Beifall bei den Grünen)

Was ist unser Ziel? Unser Ziel ist natürlich, dass die Firmen in unserem Land beim Auto vorneweg fahren und dass Tesla in ein paar Jahren nur noch deren Rücklichter sieht. Genau das ist unser Ziel, Herr Rülke, und da bin ich optimistisch.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Lachen des Abg. Bernd Gögel AfD – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Nur noch den Auspuff sehen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist aber Rasen! Sie predigen Rasen! Sie wollen doch ein Tempolimit! – Weitere Zurufe)

– Nein, das ist ja nur eine Metapher. Herr Rülke, Sie sind doch Germanist. Nehmt mir doch nicht alles wörtlich!

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ach so, was Sie sagen! – Weitere Zurufe)

– Auch das, was ich sage, muss man nicht immer wörtlich nehmen.

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Okay!)

Das muss man wirklich nicht. Es ist manchmal auch einer politischen Auseinandersetzung dienlich, wenn man sich überlegt, was der andere mit dem, was er sagt, eigentlich zum Ausdruck bringen will, statt mit aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen, die man dann noch ultimativ zuspitzt, dem anderen etwas um die Ohren zu hauen, was er überhaupt nicht gemeint hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie der Verkehrsminister!)

Das bringt zwar viel Unterhaltung, aber wenig Klarheit in der Sache.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Also: Die Umbrüche gehen aber noch tiefer. Wir stehen an einem Wendepunkt der Technologiegeschichte. Alles, was analog ist, wird digital; alles, was technisch ist, wird intelligent. – Das ist natürlich auch wieder falsch; das ist klar. Alles wird natürlich nicht digital. Ich muss jetzt einfach ein bisschen vorsichtiger formulieren, wenn ich den Rülke immer so vor mir sitzen sehe.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, wir passen auf! – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Ich denke: Das Allermeiste von dem, was analog ist, wird digital, und das, was technisch ist, wird intelligent. Das ist diese Große Transformation 4.0. Ich bin der Überzeugung: Digitalisierung und künstliche Intelligenz haben vielleicht die stärkste Veränderungskraft, die der technische Fortschritt in den letzten 200 Jahren gesehen hat. Sie betreffen alle Branchen, sie betreffen alle Anwendungsbereiche.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Deswegen haben wir als erste Landesregierung eine umfassende Digitalisierungsstrategie auf den Weg gebracht und nehmen in dieser Legislaturperiode die Rekordsumme von jetzt über 1 Milliarde € in die Hand. Wir legen nach beim Breitbandausbau. Weitere 600 Millionen € investieren wir in ein Glasfasernetz. Das schnelle Internet ist heute so wichtig wie Wasser und Strom. Für die Digitalisierungsprämie sind schon fast 4 000 Anträge eingegangen. Über 100 Millionen € an Investitionen konnten wir damit mobilisieren. Auf diesen Erfolg bauen wir auf und legen noch einmal nach.

Auch die Cybersicherheit wird eine absolute Schlüsseltechnologie der Zukunft sein. Mit unserer neuen Cybersicherheitsagentur schützen wir die Unternehmen in unserem Land bestmöglich vor Angriffen aus dem Netz.

In dieser ganzen Digitalisierung ist künstliche Intelligenz die Königstechnologie von morgen. Hier dürfen wir uns nicht von den Amerikanern und den Chinesen die Regeln diktieren lassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb haben wir mit dem Cyber Valley das führende Forschungszentrum für künstliche Intelligenz in Europa geschaffen: ein Zusammenschluss der Universitäten Tübingen und Stuttgart, der Max-Planck-Gesellschaften, vieler Unternehmen. Dazu möchte ich kurz aus der „Stuttgarter Zeitung“ vom 8. November zitieren:

Die Skeptiker waren schnell bei der Hand, als ...

– es –

vor drei Jahren den Startschuss für das Cyber Valley gab. ... Die Skeptiker sagten damals voraus, dass aus dem Land der Automobil- und Maschinenbauer nie ein digitales Wunderland würde. Der Zug sei abgefahren.

Heute zeigt sich: Die Kritiker lagen falsch. Das Cyber Valley ist eine Erfolgsgeschichte.

Und weil das Cyber Valley ein solcher Hotspot ist, weil es beim maschinellen Lernen ganz vorn mitspielt, bauen wir die Spitzenforschung mit einem weiteren Institut aus. Bosch wird dazu ein Forschungszentrum ansiedeln. Aber dazu haben wir auch weitere wichtige Schwerpunkte: den Digital Hub in Karlsruhe beim KIT oder – ebenfalls ein Schwerpunkt – an der Universität Freiburg. Man sieht: Wir treiben diesen Technologietransfer auch voran – aus diesen Institutionen heraus –, damit aus Forschung schnell konkrete Produkte und Wertschöpfung entstehen.

Darüber hinaus stellen wir 100 Millionen € bereit, um Projekte im Rahmen der KI-Strategie des Bundes zu kofinanzieren. Nur muss der Bund endlich mal liefern. An uns liegt es wirklich nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Stefan Räßle AfD steht an einem Saalmikrofon.)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, Herr Ministerpräsident. – Herr Abg. Räßle, ich habe Ihre Wortmeldung gesehen. Der Herr Ministerpräsident hat vorhin gesagt, er lasse keine Zwischenfragen von der AfD zu.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Intervention!)

– Intervention geht anders.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Intervention muss der Redner genehmigen, Herr Kollege!)

Nehmen Sie jetzt erst einmal Platz.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Dann frage ich ihn, ob er sie genehmigt!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein.

(Heiterkeit)

Das sind die Technologien von morgen, aber wir vergessen auch nicht die Technologien von übermorgen. Dahinter findet nämlich ein internationaler Wettlauf um die Quantentechnologie statt. Deshalb legen wir im Doppelhaushalt noch einmal 40 Millionen € zur Seite, um das Kompetenzzentrum Quantentechnologie nach Baden-Württemberg zu holen.

Meine Damen und Herren, lieber Kollege Stoch, von wegen „heiße und lauwarme Luft“.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jede Menge!)

Einen Titel mit der Bezeichnung „Für heiße und lauwarme Luft“ finden Sie nicht im Haushalt.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Ich habe von den Reden dieser beiden Herren gesprochen!)

Darum kommen Sie mit einer solchen Polemik nicht weiter. Das, was die Herren gesagt haben, was auch ich sage, zeigt, dass wir in die wichtigen Zukunftstechnologien so massiv investieren, wie es noch nie geschehen ist. Das ist eine Tatsache, und daran kommen Sie einfach nicht vorbei. Darauf können Sie noch so polemisch reagieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Sie sind aber arg empfindlich, oder? – Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Fakten!)

Meine Damen und Herren, wir wissen aber auch, dass wir den Wirtschaftsstandort noch breiter aufstellen müssen. Deshalb haben wir ein ähnliches Strategieformat wie bei der Automobilindustrie auch für die Gesundheitswirtschaft gestartet: das „Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg“. Auch hier gibt es ein enormes Potenzial, über eine Million Beschäftigte, eine Wertschöpfung von mehr als 50 Milliarden € – ein herausragendes Cluster, das international spitze ist.

Auch diese Branche steht vor zahlreichen Durchbrüchen: Die Digitalisierung schafft neue Möglichkeiten, Krankheiten zu erkennen und zu behandeln. Biotechnologie und personalisierte Medizin machen wegweisende Fortschritte, und die Ingenieur- und Lebenswissenschaften wachsen immer mehr zusammen.

Die Gesundheitsbranche hat also das Zeug, zu einer Leitbranche der Zukunft zu werden. Auch das treiben wir voran mit 50 Millionen € für Projekte, die sich aus diesem Dialog ergeben haben, die die verschiedenen Ressorts umsetzen werden.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Meine Damen und Herren, das Rückgrat des Innovationslands sind natürlich unsere hervorragenden Hochschulen. Sie haben in den vergangenen Jahren Enormes geleistet: Forschungsleistungen verdoppelt, Transfer- und Gründeraktivitäten ausgebaut, einen Anstieg der Studierendenzahl von über 40 % gemeistert.

Baden-Württemberg hat mehr Exzellenzuniversitäten als jedes andere Land – doppelt so viele wie Bayern. Es geht uns aber nicht nur um Exzellenz an der Spitze, sondern auch um Exzellenz in der Breite und um verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Hochschulen. Bis 2025 investieren wir deshalb 1,8 Milliarden € zusätzlich in unsere Hochschulen. Meine Damen und Herren, das ist ja wohl ein Wort.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Man muss es sich ja auch noch mal vor Augen halten: Baden-Württemberg ist jetzt schon die mit Abstand innovativste Region unter allen deutschen Ländern, ist aber auch europaweit absolut führend.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Das, meine Damen und Herren, ist die Grafik zu FuE. Da sehen Sie Baden-Württemberg weit an der Spitze. Mit einem Anteil von sage und schreibe 5,6 % wird in diesem Land durch die Unternehmen und durch die öffentliche Hand in Forschung und Entwicklung investiert – europaweit ein absoluter Spitzenwert.

Diese Werte sind aus dem Jahr 2017. Mit den Investitionen, die wir mit dem vorliegenden Haushalt jetzt zusätzlich vorsehen, werden diese Werte nochmals steigen. Wir sind also absolut führend auf diesem Gebiet, und darauf können wir wirklich stolz sein. Aber das ist auch die entscheidende Grundlage dafür, dass Baden-Württemberg auch in Zukunft Spitze bleibt – und das ist das, was wir wollen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, deswegen machen wir auch eine Standort-Werbekampagne und nehmen dafür in der Tat noch einmal erheblich Geld in die Hand. Denn wir kämpfen heute um die besten Köpfe in der ganzen Welt. Das ist ganz entscheidend. Wir sehen es etwa beim Cyber Valley: Hast du gute Leute, ziehen diese weitere gute Leute an. Das ist das Entscheidende, wenn es darum geht, dort voranzukommen, und darum machen wir das auch.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die besten Köpfe laufen weg!)

Die Landesregierung und die Landesverwaltung haben daher auch den Mut, neue Wege zu gehen und auch einmal Ressortzuschnitte, Geschäftsverteilungspläne und Organisationsverfügungen zu überwinden. Mit dem neuen InnovationLab schaffen wir einen Ort, an dem wir schnell, kreativ und fachübergreifend an der Lösung von konkreten Problemen arbeiten können. Wir schaffen damit einen Denk- und Experimentierumfeld, in dem wir an einem „Betriebssystem“ für das Regieren im 21. Jahrhundert arbeiten wollen. Damit bringen wir sozusagen den Geist des Start-ups auch in die Landesregierung.

Meine Damen und Herren, ich habe letztes den schönen Satz gelesen: „Innovation ist Anlass für die Hoffnung, dass es bes-

ser wird.“ Unsere Innovationspolitik ist in diesem Sinn eine Politik der Zuversicht. Wir wollen damit unseren Wirtschaftsstandort fit machen für die Zukunft, wir wollen den Wohlstand von morgen sichern und damit das Leben der Menschen besser machen.

Dazu ist es – das darf ich zum Schluss noch sagen – allerdings auch erforderlich, dass wir den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken, also die Resilienz der Gesellschaft. „Resilienz“ ist ein Begriff aus der Psychologie; gemeint ist damit die psychische Widerstandsfähigkeit eines Menschen und seine Fähigkeit, Krisen zu bewältigen. Diese Fähigkeit brauchen wir auch in unserem Gemeinwesen: innere Stärke, ein grundständiges Maß an Sicherheit und Freiheit von Angst. All das ist entscheidend für den Zusammenhalt. Wir wollen die Menschen befähigen, mit den Umbrüchen umzugehen und der Spaltung entgegenzuwirken.

Dabei ist mir wohl bewusst: Die Abwehrkräfte unserer Gesellschaft gegen die Polarisierung zu stärken ist alles andere als einfach.

(Abg. Winfried Mack CDU: Da sollte jeder seinen Beitrag leisten!)

Daher kann das Bemühen um Zusammenhalt auch nicht nur Aufgabe eines einzelnen Ministeriums sein, sondern ist eine Aufgabe für die ganze Landesregierung. Da müssen alle ran, jeder an seiner Stelle. Deswegen setzen wir an unterschiedlichen Stellen an, insbesondere natürlich bei den Institutionen. Es ist wichtig, dass sie funktionieren, dass sie in einem guten Zustand sind. Sie bilden das Rückgrat eines Gemeinwesens, sie sorgen dafür, dass Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, und sie vermitteln Identität und Zugehörigkeit. Es geht also um eine funktionierende Justiz, um Krankenhäuser, die für jeden erreichbar sind und die die Patienten gut heilen, es geht um eine gute Infrastruktur im öffentlichen Verkehr sowie im Individualverkehr, es geht um eine Polizei, die überall präsent ist, um Hochschulen, die auf Qualität setzen – aber diese Forderung gilt natürlich auch für unsere Schulen und Kitas.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Wo ist denn da noch Qualität?)

Wir stecken jeden vierten Euro dieses Haushalts in die Bildung der Kinder, damit jeder junge Mensch etwas aus seinem Leben machen kann.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Geben Sie das Geld lieber wieder an die Leute zurück! Da ist es besser aufgehoben! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Dabei fangen wir bei den Kleinsten an. Wir investieren in den kommenden Jahren jeweils über 1 Milliarde € in die Kleinkindbetreuung. Das ist neun Mal mehr als zu Beginn des Jahrzehnts. Das ist ein Erfolg.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Geben Sie das Geld den Familien wieder zurück! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Heute ist die Zahl der Krippenplätze um 80 % höher als damals. Baden-Württemberg hat den besten Betreuungsschlüssel der Republik.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

(Abg. Stefan Räßle AfD: 2 000 € jeden Monat!)

Aber auch bei den Schulen wollen wir natürlich besser werden. Deswegen haben wir eine Qualitätsoffensive gestartet.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Kleine Anfrage im Bundestag!)

Wir kümmern uns darum, dass so wenig Unterricht ausfällt wie möglich. Deshalb schaffen wir rund 230 zusätzliche Stellen für Krankheitsvertretungen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Geben Sie es einfach wieder an die Steuerzahler zurück!)

Das sind 14 % mehr als bisher. Wir treiben den Ausbau von Ganztagschulen voran. Heute haben wir fast 1 900 Ganztagschulen im Land. Das sind über 750 Schulen mehr als im Jahr 2010. Wir schaffen ebenso zusätzliche Lehrerstellen für den Ausbau des Ethikunterrichts, des Informatikunterrichts, die individuelle Förderung an den Realschulen und die Inklusion. Über 1 000 neue Stellen insgesamt! Das kann sich wahrlich sehen lassen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Mit unserem Schulleiterpaket stärken wir gezielt die Rektorinnen und Rektoren. Sie erhalten mehr Geld und mehr Fortbildung und sollen perspektivisch mehr Zeit für ihre Leitungsfunktion bekommen. Sie sehen: Auch das, glaube ich, machen wir richtig.

Aber das Lernen endet in unserer heutigen Welt nicht mehr mit dem Schulabschluss oder der Gesellenprüfung, nicht mit dem Meistertitel oder dem Master. Heute ist lebenslanges Lernen angesagt. Deswegen treiben wir auch die Weiterbildung entschlossen voran. Deswegen wird die Landesregierung im neuen Jahr alle relevanten Akteure für eine umfassende Weiterbildungsstrategie an den Tisch holen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sicherheit ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt genauso wichtig. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie haben unsere Sicherheit verkauft!)

Deshalb nehmen wir unsere Verantwortung für die Sicherheit von rund elf Millionen Menschen im Land sehr ernst. Wir bekämpfen die Kriminalität entschlossen. Gegenüber den Feinden unserer offenen Gesellschaft und unserer freien Lebensweise zeigen wir uns wehrhaft,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie lassen die Bürger allein!)

ganz egal, ob es sich um rechtsextreme oder islamistische Terroristen handelt. Da müssen wir ganz wachsam sein,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was ist mit Ihrer Schutztruppe, der Antifa?)

ganz im popperschen Sinn klarmachen:

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was ist mit Ihrer Schutztruppe, mit Ihrer SAntifa?)

Keine Toleranz den Feinden der Toleranz! Wir müssen uns wehrhaft gegenüber allen erweisen, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung untergraben oder offen angreifen. Deshalb haben wir die größte Einstellungsoffensive in der Geschichte gestartet und bilden so viele Polizisten aus wie nie zuvor: 1 600 neue Polizisten 2020, 1 400 Polizisten im Jahr 2021. Das sind fast doppelt so viele wie zu Beginn des Jahrzehnts.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Wir nehmen das ernst. Auch mein Innenminister legt ein umfassendes Sonderprogramm gegen den Rechtsextremismus auf;

(Abg. Stefan Räßle AfD: Ja, das ist wirklich das Wichtigste!)

denn der rechtsextreme Terror zeigt leider wieder sein Gesicht.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Der erfundene Terror!)

Wir haben das jetzt wieder bei dem Anschlag auf die Synagoge in Halle gesehen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Da war aber komischerweise gar kein Rechtsextremer!)

Deswegen wollen wir das Vertrauen in den Rechtsstaat weiter stärken.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Wir schaffen 300 neue Stellen für Gerichte, Staatsanwaltschaften und den Justizvollzug. Sie sehen also: Wir sorgen für eine starke Justiz und eine starke Polizei.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich will auch sagen: Unsere Anstrengungen sind sehr erfolgreich. Die Kriminalität im Land ist so niedrig wie seit 30 Jahren nicht mehr.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf von den Grünen: So ist es!)

Meine Damen und Herren, wir werden auch weiter mit der Politik des Gehörtwerdens und der Einbeziehung engagierter Menschen in unsere Arbeit fortfahren.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau! Mittlerweile ist es mit dem Hören etwas schwer geworden!)

Wir stützen sie, schauen, dass sie gut arbeiten können. Deswegen hat der Normenkontrollrat gerade ein Dokument veröffentlicht, in dem wir 49 Vorschläge für den Abbau der Bürokratie bei den Vereinen machen, damit die Vereine besser als bisher arbeiten können

(Abg. Stefan Räßle AfD: Bei der Antifa!)

und die ehrenamtlich Tätigen nicht durch zu viel Bürokratie, die dort herrscht, abgeschreckt werden. Sie sehen: Wir tun auch etwas, damit sich die Bürger weiterhin engagieren.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

(Beifall bei den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD:
Da wird gar nichts gemacht! Das hat der Normenkontrollrat nur vorgelegt! Nichts ist umgesetzt!)

Baden-Württemberg ist heute bei der Bürgerbeteiligung deutschlandweit führend. Das belegt eine Studie der Bertelsmann Stiftung.

Darauf können wir stolz sein – auch darauf, dass Gisela Erler die berühmten Zufallsbürger mit einbezieht. Es werden Leute zufällig ausgewählt, also nicht nur Leute, die für oder gegen etwas sind, sondern Leute, die bei einem Konflikt erst einmal gar kein Eisen im Feuer haben. So findet die Politik des Gehörtwerdens ihre Beheimatung.

Herr Kollege Rülke, natürlich wird nicht jeder erhört. Das geht auch gar nicht. Denn es kommt vor, dass in nur drei Minuten einer das Gegenteil von dem wünscht, was der andere möchte. Also kann ich nicht beiden recht geben. Das ist schon ein Gesetz der Logik. Das ist klar.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Uns ist das ja schon lange klar! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:
Aber Sie haben doch das mit dem Gehörtwerden erfunden, nicht wir!)

– Gehörtwerden heißt, Bürger mit einzubeziehen, damit sie sich einbringen können. Aber zum Schluss entscheiden natürlich die von der Verfassung vorgesehenen Organe.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Und dann das Gegenteil von dem machen, was der Bürger sagt! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber was ist daran neu?)

– Daran ist neu, dass das auf einer ganz anderen Stufe steht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Zufallsbürger! – Zuruf: Aha!)

– Auch mit den Zufallsbürgern. – In der Verwaltung gibt es Leitfäden. Selbst die Industrie übernimmt diese Leitfäden. Das Ganze ist strukturell einfach auf eine ganz neue Stufe gestellt worden und wird systematisch bei allen Vorhaben mit großem Erfolg angewandt, etwa bei Nachbarschaftsgesprächen – das habe ich mir in der Stadt Pforzheim zeigen lassen –

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

oder auch beim Freiwilligen Sozialen Jahr – da verdoppeln wir ja auch. Das alles sind Maßnahmen, die dazu beitragen, dass sich Bürgerinnen und Bürger beteiligen, dass sie bei den Entscheidungen ernst genommen werden, dass ihre Argumente einfließen. Aber jeden zu erhören, das geht nicht. Dazu sind die Meinungen der Menschen zu unterschiedlich. Das ist einfach so.

(Beifall bei den Grünen)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie, wenn Sie mal Ihre Polemik weglassen, mir da ernsthaft widersprechen können. Das geht einfach nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich habe aber meine Meinung zur Bürgerbeteiligung nicht geändert! – Heiterkeit)

– Das brauchen Sie auch nicht. Sie sind ein freier Mensch in einer freien Gesellschaft.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Machen wir jetzt hier eine Therapiesitzung?)

Aber ich denke, den Gesetzen der Logik sollte sich trotzdem jeder fügen.

Zum Schluss noch einmal: Das ist ein Haushalt, der in die wichtigen Zukunftsbereiche investiert. Er investiert in einem Maß, Herr Fraktionsvorsitzender Stoch, wie es in diesem Land noch niemals der Fall war,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Es war ja auch noch niemals so viel Geld da!)

weil wir die nötigen Steuermittel für diese Investitionen einfach haben.

Wir machen aber keine neuen Schulden. Wir haben 2016 und 2017 keine neuen Schulden gemacht, und wir machen 2021 keine neuen Schulden. In den Jahren 2018, 2019 und 2020 tilgen wir sogar fast 1,4 Milliarden € Schulden. Das gab es in Baden-Württemberg noch nie. Ich darf Ihnen auch da noch einmal die Tabelle zeigen.

(Der Redner hält eine Grafik hoch. – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Falsch herum! – Abg. Anton Baron AfD: Sie halten es falsch herum! – Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Von 1972 bis 2021 – das ist auch aus der Entfernung leicht erkennbar – sind hier gute Fortschritte gemacht worden. Die Balkenwand lichtet sich. Ich glaube, auch das ist ein echtes Zukunftssignal, dass wir Schulden – beim Abbau der Sanierungsstaus vor allem auch implizite Schulden – tilgen. Also auch hier sorgen wir für morgen, meine Damen und Herren.

Wir stärken auch die Kommunen. Das muss ich aber nicht wiederholen, weil die Fraktionsvorsitzenden das schon ausführlich dargelegt haben.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Schade!)

Meine Damen und Herren, wir legen also mit diesem Doppelhaushalt ein ambitioniertes politisches Programm vor. Damit werden wir die großen Herausforderungen der Zeit meistern. Davon bin ich überzeugt. Wir übernehmen Verantwortung für Klima und Natur. Wir gestalten den wirtschaftlichen Wandel und stellen unseren Wohlstand auf neue Beine. Wir stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nachhaltigkeit, Innovation, Zusammenhalt, das ist das Angebot für eine gute Zukunft.

Die allermeisten Menschen – über 80 % – blicken in diesem Land deshalb auch optimistisch in die Zukunft. Sie sind zuversichtlich, weil sie wissen, dass wir nur im tätigen Handeln die Zukunftsprobleme bewältigen können. Deshalb wollen wir eine Politik machen – das können wir mit diesem Haushalt –, die diesen Menschen Mut macht. Gemeinsam mit den Menschen werden wir die Chancen, die sich uns bieten, anpacken und gemeinsam die Große Transformation gestalten.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem der Herr Ministerpräsident gesprochen hat, kommen wir jetzt nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung zur sogenannten Fraktionsvorsitzendenrunde.

Als Erster spricht Herr Fraktionsvorsitzender Stoch für die SPD.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Schönes Gefühl, oder?
– Weitere Zurufe von der CDU)

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Er strahlt! – Zuruf von der CDU: Schönes Gefühl, gell? – Heiterkeit)

– Die CDU denkt mit; das ist schon mal erfreulich.

Ich freue mich, auf die Ausführungen von Herrn Ministerpräsident Kretschmann reagieren zu dürfen. Herr Ministerpräsident, ich möchte vorwegschicken: Sie haben zu Beginn Ihrer Rede ausführlich die Frage der Veränderungen in unserer Gesellschaft analysiert. Sie haben das Thema „Strukturwandel in der Wirtschaft“ angesprochen. Es ist die Frage, ob es sich um einen Strukturwandel oder um Strukturbrüche handelt. Sie haben die Herausforderungen durch den Klimawandel, aber auch im Bereich des Artenschutzes angesprochen. Sie haben das Thema „Zunehmende Individualisierung in unserer Gesellschaft“ angesprochen. In dieser Analyse wird Ihnen, glaube ich – bis auf einen ganz kleinen Teil dieses Parlaments –, grundsätzlich niemand widersprechen.

Ich habe vorhin in meinen Ausführungen und auch schon vor vier Wochen in der Haushaltsrede darauf hingewiesen, dass diese Veränderungen Antworten benötigen. Bei dem, was Sie uns jetzt in fast einer Stunde geboten haben, kam zu einem Bereich sehr viel – auch da wird Ihnen sinnvollerweise niemand widersprechen –, nämlich zum Thema „Investitionen und Innovationen“ und zur Frage, ob Innovationen – wir könnten es auch Erfindergeist nennen – der Schlüssel sein können, um den Wohlstand unseres Landes, Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Erfolg, vor allem aber auch gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, wie es Ihnen erging. In den Ausführungen des Ministerpräsidenten zur Frage der Investitionen, z. B. im Bereich der künstlichen Intelligenz, im Bereich der Digitalisierung – dort hatte er insbesondere über die Infrastruktur gesprochen –, ging es um Aufgaben, die, glaube ich, in allen Bundesländern, in allen Ländern, die in diese Zukunft gehen wollen, selbstverständlich sind. Deswegen halten wir diesen Teil der Aufgaben, die das Land hat, auch für richtig. Aber wir müssen dann schon schauen, ob hinter der Überschrift, die gesetzt wird, auch konkretes politisches Handeln steht.

Ich nehme einmal ein ganz konkretes und sehr aktuelles Beispiel, nämlich die Ausführungen des Chefs von Bosch, Herrn Denner, der davor warnt, dass Strukturbrüche zu nachhaltigem Schaden in einem Land wie Baden-Württemberg führen können, dass aber ein Strukturwandel etwas ist, was wir in Baden-Württemberg durch die Qualität unserer Produkte, durch die Qualität der Menschen, die hier arbeiten, bewältigen können. Er nimmt ganz konkret Bezug auf die Europäi-

sche Kommission, den dort angekündigten „Green New Deal“ und die – so jedenfalls die politische Absicht – möglicherweise zu verschärfenden Grenzwerte im politischen Bereich.

Dann brauchen wir Antworten. Dann brauchen wir Antworten, Herr Ministerpräsident, auf die Frage: Was sind die richtigen politischen Rahmenvorgaben, die es uns ermöglichen, diesen Strukturwandel mit den Menschen in diesem Land gemeinsam zu bewältigen, oder ab welcher Stelle sorgt die Politik selbst dafür, dass Strukturbrüche entstehen, die nachhaltigen Schaden verursachen? Dazu haben wir von Ihnen kein Wort gehört.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie haben sich sehr ausführlich mit dem Thema Innovationen beschäftigt. Ganz am Ende Ihrer Rede – Sie haben mehrfach gesagt, Sie kämen zum Ende; bei einem dieser Ansätze war es – haben Sie gesagt, Sie wollten noch etwas zum Zusammenhalt der Gesellschaft sagen. Ich sage Ihnen: Die Voraussetzung dafür, den Wandel in den verschiedenen Bereichen gut zu meistern, ist, dass wir diesen Zusammenhalt der Gesellschaft auf der Strecke dorthin nicht verlieren. Zu diesem Punkt waren Sie – außer in einigen sehr abstrakten Sätzen – relativ wenig konkret.

Ich nehme jetzt einmal einen Punkt aus dem Themenbereich „Klima- und Umweltschutz“. Wenn wir im Moment in der politischen Debatte über die Frage „Wie schnell kann die Energiewende gelingen?“ sprechen, dann höre ich von der Landesregierung von Baden-Württemberg regelmäßig, dass der Bund die Wurzel allen Übels sei.

(Zuruf: Stimmt ja auch!)

Jetzt habe ich aber gehört, dass das Land Rheinland-Pfalz, das bekanntermaßen auch in Deutschland liegt, es in diesem Jahr schafft, mehr als zehn Mal so viele Windkraftanlagen aufzustellen wie das Land Baden-Württemberg. Meine sehr geehrten Damen und Herren, könnte die schlechtere Bilanz Baden-Württembergs etwas mit Ihrer Verantwortung zu tun haben?

(Beifall bei der SPD)

Es hat ganz konkret etwas mit Politik zu tun, wenn z. B. Herr Mastiaux auf dem Parteitag der Grünen davon redet, dass ein Genehmigungsverfahren für eine Windkraftanlage in Baden-Württemberg mittlerweile nicht mehr 36 Monate – was auch schon lang ist –, sondern 59 Monate dauert. Das ist konkrete politische Verantwortung, und der wird diese Landesregierung nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Werden wir doch konkret beim Thema Klimaschutz: Ja, für uns, die SPD, waren die Verhandlungen mit der CDU/CSU im Bund nicht einfach. Wir hätten uns beim Thema Klimaschutz an manchen Stellen mehr vorstellen können.

(Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

Nehmen Sie einmal als ein Beispiel den CO₂-Preis. – Auch wenn Herr Hermann wieder nicht an sich halten kann, er muss jetzt einfach zuhören.

(Andreas Stoch)

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Der CO₂-Preis ist ein wichtiger Schlüssel; Herr Ministerpräsident, da gebe ich Ihnen recht. Denn wenn wir den logischen Schluss ziehen, dass umweltschädliches Verhalten teurer werden soll und umweltfreundlicheres Verhalten entlastet werden soll, dann kann der CO₂-Preis da eine ganz wichtige Schraube sein.

Aber wir dürfen dann nicht nur über den CO₂-Preis reden, ohne die Frage zu stellen: Was heißt denn das nicht nur für die Wirtschaft in diesem Land, sondern auch für die Menschen in diesem Land? Wenn jemand ein Fahrzeug fährt, das vielleicht sechs, sieben oder acht Jahre alt ist und noch einen Verbrennungsmotor hat, dann will derjenige von einem Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg nicht dafür beschimpft werden, dass er ein „dreckiges Auto“, gar einen „dreckigen Diesel“ fährt, sondern dann will dieser Mensch erfahren, wie er sich für die Zukunft aufstellen soll.

Da spielen z. B. Prämien eine Rolle, um dies zu unterstützen, aber da spielt es eben auch eine Rolle, dass Menschen, die dringend auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, um an ihren Arbeitsplatz zu kommen, nicht unnötig belastet werden, sondern dass eben auch ein sozialer Ausgleich stattfindet. Der fehlt in Ihrer Argumentation, Herr Ministerpräsident, und den brauchen wir dringend, wenn wir alle Menschen mitnehmen wollen bei mehr Klimaschutz.

(Beifall bei der SPD, der Abg. Winfried Mack und Paul Nemeth CDU sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Über den Zusammenhalt der Gesellschaft haben Sie im Zusammenhang mit Resilienz philosophiert. Es wird ganz konkret, wenn wir über die Aufgaben des Staates reden. Ein Thema wie „Sozialpolitische Herausforderungen“ habe ich in Ihrer Rede vermisst. Der einzige Schlenker in diese Richtung war, als Sie darüber gesprochen haben, dass Baden-Württemberg für Gesundheitsberufe ein wichtiger Standort sein kann, dass auch dort die Digitalisierung eine wichtige Rolle spielt. Ich höre bloß komischerweise von Ihnen nie, wie es mit den Arbeitsbedingungen in der Pflege, wie es mit den Arbeitsbedingungen in der Gesundheitsbranche aussieht. Wir brauchen doch in Baden-Württemberg bei einer alternden Gesellschaft vor allem motivierte Beschäftigte in diesem Bereich. Davon höre ich nichts von Ihnen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Es ist eben Tatsache, dass wir in Baden-Württemberg inzwischen bei den Menschen, die in stationärer Unterbringung, in stationärer Pflege sind, Zuzahlungen von über 2 500 € pro Monat leisten. Das heißt, dass wir den Menschen das Gefühl geben, dass ihre Rente möglicherweise im Alter nicht mehr ausreicht. Das ist natürlich auf Bundesebene zu lösen,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha!)

aber aus meiner Sicht ist es dringend notwendig, dass wir darüber sprechen, wie wir die Menschen gerade auch dann, wenn sie alt und krank sind, entlasten.

Ganz konkret wird es dann in Baden-Württemberg, wenn von etwa 400 000 Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg 300 000

in ambulanter Pflege und etwa 100 000 in stationärer Pflege sind. Dann spielt es natürlich für die politische Debatte eine ganz große Rolle, wie wir mit den Menschen umgehen, die vielleicht noch nicht in stationärer Pflege sind. Wenn wir aber im Bereich der Kurzzeit- und Tagespflege in Baden-Württemberg so schlecht aufgestellt sind, wie wir es tatsächlich sind, dann hätte ich von dem Ministerpräsidenten erwartet, dass er zu diesem wichtigen Thema, nämlich wie wir gute Pflege in Baden-Württemberg schaffen können, heute auch etwas sagt.

(Beifall bei der SPD)

Diejenigen, die gerade vor dem Landtag demonstrieren, nämlich die Träger von Einrichtungen, die nicht von Ihrem Deal mit den Kommunen profitieren, werden auf den Folgekosten des Bundesteilhabegesetzes – nach Berechnungen in etwa 17 Millionen € – sitzen bleiben. Den Trägern, die in dem Bereich arbeiten, in dem es um die soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderungen geht, entstehen durch das Bundesteilhabegesetz Umstellungskosten. Zu diesen Umstellungskosten habe ich von der Landesregierung überhaupt noch nichts gehört.

Deswegen: Es reicht nicht, nur Überschriften zu setzen, sondern wir brauchen gerade bei den sozialpolitischen Herausforderungen Antworten der Politik. Das gilt auch für diese Landesregierung.

Tauchen wir in die verschiedenen Bereiche ein, beispielsweise in den Bereich der Mobilität. Herr Ministerpräsident, Sie haben über die Investitionen in Busse und Bahnen gesprochen. Da sind wir nicht weit voneinander entfernt. Ich habe vorhin gesagt: Wir brauchen attraktive Angebote, damit die Menschen ihr Mobilitätsverhalten ändern. Aber wenn wir über die Qualität sprechen, dann sagen Ihnen viele Menschen, die z. B. die Deutsche Bahn benutzen – der Kollege Palmer, der Oberbürgermeister von Tübingen, hat diesbezüglich kürzlich mal wieder einen Brief geschrieben –, dass im Bereich der Qualität vieles im Argen liegt.

(Zuruf: Ja!)

Gerade wenn es um die Umstellung auf die verschiedenen Bahnbetreiber geht, die Herr Minister Hermann verhandelt hat, stellen wir fest, dass an vielen Stellen die Strecken nicht bedient werden, Zugmaterial nicht vorhanden ist, Lokführer fehlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können hier noch so viel von einer Mobilitätswende reden, wir können noch so viel davon reden, die Menschen zu bewegen, ihr Auto stehen zu lassen – wenn die Alternative nicht funktioniert, wird das auch in Baden-Württemberg nicht umgesetzt.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Die Alternative funktioniert!)

Bei der Bildung sind Sie wirklich extrem an der Oberfläche geblieben, Herr Ministerpräsident. Bildung ist für mich eines der zentralen, wenn nicht das zentrale Thema, das wir bei der Bewältigung des Wandels im Auge behalten müssen. Wenn ich bei der Bildungsbiografie eines Kindes anfangen, dann stelle ich fest, dass Sie sich dafür rühmen, dass wir in diesem Bereich das, was bis 2011 in diesem Land versäumt wurde, und zwar von CDU-FDP/DVP-Regierungen, ganz erheblich aufgeholt haben.

(Andreas Stoch)

Wir haben damals in unserer Regierungszeit durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer die Grundlage dafür geschaffen, dass in unseren Kommunen sehr viele neue Plätze entstanden sind, dass in Qualität investiert werden konnte und sich die Zahl der Erzieherinnen und Erzieher nahezu verdoppelt hat.

In jeder Sonntagsrede hören wir: „Auf den Anfang kommt es an.“ Schauen Sie sich Ihre Bilanz mit Ihrem jetzigen Koalitionspartner an. So arg viel Innovationen und vor allem Investitionsfreude stelle ich im Bereich der frühkindlichen Bildung nicht fest.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Stimmt doch nicht!
„Pakt für gute Bildung und Betreuung“! – Abg. Nicole Razavi CDU: Das sagt der Richtige!)

Schauen wir uns an, wo das Geld herkommt. Der Bund hat das „Gute Kita“-Gesetz beschlossen, und zwar mit Regie-rungsbeteiligung der SPD.

(Abg. Tobias Wald CDU: Ja, ja!)

– Sie waren auch dabei, Herr Wald; CDU und CSU waren dabei. – Daraus erhält das Land Baden-Württemberg in den nächsten dreieinhalb Jahren 729 Millionen €. Andere Bundesländer legen noch mal das Gleiche obendrauf, und zwar neues Geld. Das kommt von der Landesregierung Baden-Württembergs nicht.

Wer es ernst meint mit der These: „Auf den Anfang kommt es an“, wer es ernst meint mit dem Thema „Qualität in der früh-kindlichen Bildung“, der muss hier investieren und darf nicht nur zuschauen, wenn der Bund investiert.

(Beifall bei der SPD)

Das Trauerspiel geht weiter, wenn es um die Frage der Digitalisierung von Bildung geht. Wir alle bekommen doch regelmäßig von Wissenschaftlern oder auch von Stiftungen, wie zuletzt von der Bertelsmann Stiftung, den Spiegel vorgehalten mit der Aussage: Im Bereich der Digitalisierung der Bildung ist zu wenig passiert. Lernprozesse, Bildungsprozesse finden heute anders statt. Wir haben funktionierende Hilfsmittel, die aber nicht eingesetzt werden.

Dass sich Baden-Württemberg in diesem Punkt gegen das Geld gestemmt hat, das den Ländern vom Bund für diesen Zweck gegeben werden sollte, ist schon ein eigenes Thema. Aber wer nicht kapiert, dass wir gerade in die Digitalisierung der Bildung, und zwar gerade im schulischen Bereich, intensiv investieren müssen – nicht nur in Hardware, sondern vor allem in die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte –, der hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Wir brauchen in diesem Land Baden-Württemberg endlich funktionierende Bildungsprozesse an den Schulen unter Zu-hilfenahme von Digitalisierung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Desaster, was „ella“ angeht, hat Baden-Württemberg in diesem Bereich drei Jahre zurückgeworfen. Das ist eine Katastrophe für ein Bildungsland.

(Beifall bei der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Wer hat's erfunden? – Abg. Tobias Wald CDU: An die eigene Nase fassen!)

– Auf diesen Zwischenruf gehe ich sehr gern ein.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, bitte!)

Im Dezember 2015 hat die frühere Regierung aus Grünen und SPD beschlossen,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wer war denn da Kultusminister? – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Er hat es anständig gemacht!)

dass es eine solche digitale Bildungsplattform geben soll; einige Anwesende wissen das sehr genau. Wir haben dann im heraufziehenden Wahlkampf einen solchen Beschluss gefasst, aber haben noch lange keine Beauftragung irgendeiner Firma vorgenommen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: So! – Zuruf von der CDU)

Sie kommen mir jetzt mit Ihren Zwischenrufen so vor wie jemand, der irgendwann einmal jemanden heiratet, der vorher mit jemand anderem zusammen war. Anfänglich haben sich diese beiden vielleicht einmal überlegt, ob sie sich zusammen ein Häuschen kaufen. Es kam nie dazu – also bei uns jetzt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Daraufhin hat sich dann die neue gute Partie diese Braut geschnappt

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gute Partie?)

und geheiratet. Dann haben sie ein Haus gebaut und irgendwann festgestellt, dass das Haus eine Bruchbude ist, aus der man tunlichst herausgehen sollte bzw. in die man nie einziehen sollte. Sie kommen mir vor wie die, die zum früheren Geliebten dieser Frau kommen, um zu sagen: „Hör mal zu: Eigentlich bist ja du schuld, denn die Idee mit dem Haus kam von dir.“ Wie blöd kann man eigentlich argumentieren? Die Verantwortung liegt allein bei Ihnen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Unsinn! – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Lassen Sie den Quatsch. Das ist völliger Unfug.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Nebelkerzen werfen! – Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD: Rechnungshofbericht!)

Ich habe gerade etwas zur Weiterbildung von Lehrkräften gesagt. Jetzt darf ich Ihnen einmal sagen, was unter der Überschrift „Qualität“ gerade passiert. Die Landesregierung, vor allem die Kultusministerin, schmückt sich mit einer „Qualitätsoffensive“ – dieses Wort kann man in ganz, ganz große Anführungszeichen setzen. Die Kultusministerin hat nämlich eines geschafft: Sie hat die komplette Struktur der Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte in Baden-Württemberg, verkörpert durch die staatlichen Seminare, zerschlagen und hat zwei neue Institute geschaffen.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ja!)

Diese beiden neuen Institute sind aber in keiner Weise arbeitsfähig, sodass mir Personen aus der Bürokratie, aus der Verwaltung sagen: „Wir werden nächstes Jahr, im Jahr 2020, noch ein paar Fortbildungen haben, die noch aus der alten Struktur

(Andreas Stoch)

stammen, aber wir werden aus dieser neuen Struktur auf absehbare Zeit keine einzige Fortbildungsmaßnahme für unsere Lehrkräfte anbieten können.“

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Stimmt nicht!)

Und das in einer Zeit, in der die Fortbildung von Lehrkräften ein Lebenselixier ist! Das ist die Leistungsbilanz dieser Landesregierung im Bereich der Bildungspolitik.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Katastrophe!)

Das ist schlicht eine Katastrophe, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Der Bereich Bildung wird in diesem Land Baden-Württemberg vor allem für die Zeit eine zentrale Aufgabe sein, wenn es mit Schule, Ausbildung oder Hochschule vorbei ist. Ich sage es ausdrücklich: Es ist richtig, dass diese Landesregierung in Hochschulen investiert. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass es Wochen und Monate gedauert hat und in dieser Zeit viele Angehörige von Hochschulen, Studierende, Professoren auf der Straße waren, um gegen die ursprünglichen Pläne dieser Landesregierung zu demonstrieren. Das sollte auch im Staatsministerium hoffentlich niemandem entgangen sein. Die Erhöhung der Mittel in diesem Bereich ist definitiv richtig.

Aber das, was Sie, Herr Ministerpräsident, vorhin als Wandel – auch mit dem Stichwort Disruption – beschrieben haben, zeichnet sich besonders durch die Geschwindigkeit dieser Veränderung aus. Wir alle haben die Aussagen von Zukunftsforschern im Ohr, wonach in etwa drei Viertel der heutigen Grundschüler einmal in einem Beruf tätig sein werden, den es heute noch nicht gibt. Das heißt, es bestehen riesengroße Herausforderungen für unsere Bildungsinstitutionen, mit diesem Wandel umzugehen und die junge Generation in unserem Land darauf vorzubereiten. Aber von diesem Wandel ist ja nicht nur die junge Generation betroffen. Von diesem Wandel sind alle Menschen in diesem Land betroffen, vor allem jene, die mit ihrer Hände oder Köpfe Arbeit ihr Geld verdienen.

Wenn dann Menschen, die 40, 45 Jahre alt sind, merken, dass sie mit ihrer ursprünglichen beruflichen Qualifikation nicht mehr ihren Platz auf dem Arbeitsmarkt finden, weil ihre Arbeit durch Rationalisierung oder Digitalisierung wegfällt, dann wird daran deutlich, dass wir nicht nur in den Sonntagsreden vom lebenslangen Lernen sprechen dürfen, sondern dass wir Bildungsstrukturen brauchen, die uns helfen, diese Herausforderung zu bewältigen. Denn die Menschen brauchen in diesem Wandel eines: Das ist Sicherheit. Sicherheit im Wandel muss die Aufgabe von Politik sein. Deshalb muss die Bildungsaufgabe ein Kern dessen sein, was in der Verantwortung des Staates liegt. Auch dazu, Herr Ministerpräsident, habe ich heute leider kein Wort von Ihnen gehört.

(Beifall bei der SPD)

Wozu ich ebenfalls nichts gehört habe, und zwar überhaupt nichts, das ist das Thema Wohnen. In diesem Bereich liegt einer der größten sozialen Sprengsätze, die wir im Land Baden-Württemberg haben. Wir stellen fest, dass wir inzwischen nicht mehr nur in den Ballungsräumen erheblich steigende

Mietkosten und Kaufpreise für Immobilien haben und dass sich diese Welle jetzt quasi schon flächendeckend auf das ganze Land Baden-Württemberg ausbreitet. Festzustellen ist diese Entwicklung nicht mehr nur in einem Speckgürtel von 20 bis 30 km um die Ballungsräume, sondern bereits 70 bis 80 km außerhalb.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir nicht wollen, dass unsere Gesellschaft an dieser Stelle auseinanderfällt, dann brauchen wir dringend mehr Wohnraum. Ich sage Ihnen eines: Es wird nicht ausreichen, nur zu sagen, der Markt würde das schon irgendwie richten. Das haben wir viel zu lange geglaubt, weil wir auch davon ausgegangen sind, dass die Gesellschaft kleiner werde. Vor 15 Jahren haben uns Statistiker gesagt: Die Gesellschaft wird kleiner, und sie wird älter. Die Bevölkerung wird im Durchschnitt älter, aber es werden nicht weniger, sondern mehr Menschen.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Warum?)

Darin liegt ein riesengroßes Problem: Der Standort Baden-Württemberg hat eine solche Wirtschaftskraft und Attraktivität, dass Menschen zu uns kommen, um hier zu arbeiten – aus anderen Bundesländern, aus der EU und darüber hinaus. Meine sehr geehrten Damen und Herren, für diese Menschen brauchen wir Wohnraum. Das, was bisher passiert, nämlich hier ein Töpfchen und dort ein Töpfchen hinzustellen, reicht nicht aus. Wir, die Politik, müssen eines ganz klar formulieren: Wohnen ist nicht nur eine Frage von marktwirtschaftlichen Prozessen. Wohnen ist für die Menschen ein existenzielles Bedürfnis und gehört für mich zur Daseinsvorsorge. Deshalb müssen wir natürlich auch Investitionsanreize für privates Kapital schaffen.

(Zuruf: Aha!)

Das ist ein wichtiger Teil der Wirklichkeit. Aber wir werden das nicht allein durch das private Kapital schaffen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Wenn Sie es nur einfach machen würden!)

Wir brauchen Grund und Boden, der nicht meistbietend verkauft wird, sondern der z. B. über kommunale Wohnungsgesellschaften mit Häusern und Wohnungen bebaut wird, die für die Menschen auch bezahlbar und leistbar sind. Wir brauchen bis 2025 – das sind nur noch fünf Jahre – etwa 500 000 zusätzliche Wohnungen in Baden-Württemberg. Im Moment entsteht etwas mehr als die Hälfte dieser notwendigen Zahl.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Lassen Sie uns doch Anreize schaffen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen uns dann über Mietendeckel oder Ähnliches überhaupt keine Gedanken mehr zu machen. Die Mieten gehen durch die Decke. Mietpreissteigerungen von 8 bis 10 % pro Jahr sind auch bei einer exzellenten Wirtschaftslage und Lohnzuwächsen von 3 % für die Menschen eine Katastrophe.

Herr Ministerpräsident, zu solch grundlegenden Themen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft wirklich entscheiden, haben wir in Ihrer Rede heute nichts gehört. Diese Landesregierung und dieser Landtag müssen mehr dafür tun, dass nicht

(Andreas Stoch)

nur über den Zusammenhalt der Gesellschaft geredet wird, sondern dass dieser auch garantiert werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zusammenfassen. Es genügt nicht, an dieser Stelle nur über die Innovationskraft des Landes zu sprechen. Sie ist eine wichtige, notwendige und zwingende Voraussetzung. In der Mathematik gibt es eine notwendige, aber auch eine hinreichende Bedingung. Um den Wohlstand, aber vor allem den Zusammenhalt der Gesellschaft zu bewahren, ist die Investitionstätigkeit, die Sie angesprochen haben, eine notwendige, aber noch lange keine hinreichende Bedingung.

Wir brauchen ein Bewusstsein, dass diese Gesellschaft den Wandel, vor dem wir alle stehen, nur dann bewältigen wird – und zwar in einer solidarischen Gesellschaft –, wenn wir uns unserer Verantwortung als staatliche Institutionen bewusst sind. Es genügt nicht, nur Investitionsanreize zu setzen. Es genügt nicht, nur den Rahmen zu definieren, sondern wir brauchen einen gestaltenden Staat, der den Menschen einen gibt: Sicherheit im Wandel. Wir brauchen keine Angst vor der Zukunft zu haben, sondern können mit Zuversicht in die Zukunft gehen. Dazu kommt von dieser Landesregierung zu wenig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat für die AfD Herr Fraktionsvorsitzender Gögel das Wort.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie hätten sich, was diese 11 000 Wissenschaftler angeht, von Ihrem Assistenten vielleicht besser beraten lassen sollen. Das sind keine 11 000 Wissenschaftler.

(Zuruf: Mehr!)

Darunter sind über 1 000 Studenten. Das geht bis hin zu Politologen,

(Zuruf des Abg. Jonas Weber SPD)

bis hin zu Mickymaus, die auch gezeichnet hat.

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD – Abg. Anton Baron AfD: Super Wissenschaftler!)

Selbst Professor Dumbledore – aus der Harry-Potter-Serie – hat bei diesen 11 000 Wissenschaftlern unterzeichnet.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Gehen Sie einmal ins Netz und schauen Sie sich an, wie kritisch diese Studie gesehen wird. Das ist genau das Thema, über das wir hier jedes Mal diskutieren und das wir anzweifeln. Wenn ich ein Umfrageinstitut beauftrage – INSA oder wie sie alle heißen –: Das, was ich beauftrage, kommt als Ergebnis heraus. Dafür bezahle ich, und dieses Ergebnis möchte ich.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das sind die Wissenschaftler, die Sie engagieren und bezahlen, und dieses Ergebnis kommt dann unter dem Strich auch

heraus. So können wir nicht miteinander diskutieren. Man kann immer nur Meinung und Gegenmeinung, These und Gegenthese einander gegenüberstellen und muss dann sehen, welcher Seite man mehr Glauben schenken möchte.

Meine Damen und Herren, Jean-Jacques Rousseau sagte in seinem Werk „Vom Gesellschaftsvertrag“:

(Zuruf: Oh!)

„Wahnsinn schafft kein Recht.“ Dieses Zitat spiegelt wunderbar auch die Handlungen der aktuellen Regierungen in der Bundesrepublik und auch hier in Baden-Württemberg wider,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und zwar insbesondere, wenn es um den Klimakult geht. Die von den Grünen inszenierte Klimahysterie ist inzwischen in der Tat schon eine Klimareligion geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

In ihrem hysterischen Aufbruch ignorieren sie die wissenschaftlichen Fakten und Belege,

(Lachen des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

sie basieren lieber auf ihren persönlichen Überzeugungen. – Herr Katzenstein, wenn man gern Rad fährt, ist das doch auch schön. Das ist eine persönliche Überzeugung, muss aber nicht für jeden Menschen gleich geeignet sein.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Sie vertreten Ihren irrationalen und unbeweisbaren Glauben an einen Klimauntergang, an das Ende der Welt und das Ende der Menschheit. Da muss man sich natürlich auch über vieles nicht wundern. Da müssen wir uns nicht wundern, dass Sie ein krankes Mädchen für ideologische Zwecke missbraucht haben und aus ihr diese „Fridays for Future“-Göttin geschaffen haben, um eine propagandisch motivierte Aufklärung in unsere Gesellschaft hineinzutragen und zu verbreiten. Mir fällt da nur ein Satz ein, den ich als Jugendlicher häufig gehört habe,

(Zuruf des Abg. Jonas Weber SPD)

wenn es um die ehemalige DDR ging. In Anlehnung daran müsste es heute heißen: Den Ökosozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs' noch Esel auf.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das ist das, was Sie in diesem Bereich als Politik zu verbreiten versuchen.

Warum signalisieren Sie Ihre Wünsche und Träume in versteckten Botschaften? Warum sagen Sie nicht, dass Sie Parlamentarismus, Nationalstaat und Marktwirtschaft abschaffen wollen

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Was?)

und ein neues Weltordnungssystem errichten wollen?

(Bernd Gögel)

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf: Wir haben es zwar aufgebaut, aber jetzt wollen wir es abschaffen!)

Transformation in dieses neue Weltordnungssystem wird von allen Gruppen und Institutionen, die Sie mit unterstützen, favorisiert und betrieben. Da die „gretische“ Klimahysterie vielleicht noch durch eine noch radikalere Klimabewegung unterstützt werden muss, entstand inzwischen – Achtung, man staune – eine Art Antifa der Grünen, und zwar die extreme Gruppe „Rebellen gegen das Aussterben und den Klimakollaps“. Diese Klimapropheten sind radikaler als die Schulschwänzer von „Fridays for Future“.

(Heiterkeit des Abg. Stefan Räßle AfD)

Das beweisen die neuesten Polizeiberichte.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die sind doch für das Aussterben!)

Das Innenministerium lieferte auf eine von der AfD-Fraktion gestellte Anfrage folgende Zahlen zu den Delikten der XR-Klimaextremisten: Innerhalb von vier Monaten – Mitte April bis Mitte August 2019 – kam es insbesondere in Heidelberg und Freiburg zu mehreren Hausfriedensbrüchen, Sachbeschädigungen, Nötigungen und 14 Verstößen gegen das Versammlungsgesetz. Auf unsere Anfrage an das Innenministerium kam noch ergänzend die Antwort: Im Zusammenhang mit der Aktion der XR in Freiburg wurde am 6. Juli dieses Jahres ein polizeilicher Einsatz mit fast 100 Polizeibeamten durchgeführt, bei welchem das Land Kosten in Höhe von rund 40 000 € übernehmen musste.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

So gehen Sie in Ihrer ideologischen Klimapolitik mit dem Steuergeld dieses Landes um und beschaffen sich jetzt auch noch radikale Kräfte zur Verbreitung dieser Thesen.

Was noch an viel Schlimmerem auf die Menschen zukommen wird, ist versteckt unter dem Ausdruck „Klimanotstand“.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!)

Denn das ist ein weiterer Beweis für Ihren Klimawahn, in den Sie unsere Gesellschaft treiben wollen. Die Regierenden benutzen diesen Begriff, obwohl er in keinem Zusammenhang mit den gültigen Notstandsgesetzen steht. Nicht nur in unseren Städten in Baden-Württemberg, sondern in ganz Deutschland und auch EU-weit soll dieser Klimanotstand ausgerufen werden.

(Abg. Anton Baron AfD: Regierungsnotstand!)

Warum? Das ist ganz einfach: Der Ausruf erlaubt den Regierungen, jegliche Maßnahmen zum Klimaschutz dringend zu ergreifen. Das bedeutet, dass sonst rechtswidrige Taten dieser Regierungen im Rahmen des Klimanotstands erlaubt sein können, wenn diese der Abwendung der Gefahr für Umwelt, Natur, Leib, Leben, Freiheit, Eigentum dienen,

(Zurufe von der AfD, u. a.: Notstandsgesetze!)

also im Prinzip eine Handlungsfreiheit eines jeden Gemeinderats bis hin nach Brüssel, um willkürlich Handlungen durch-

führen zu können, die aus einem dieser Gründe abgeleitet werden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das nennt man auch Ermächtigungsgesetz!)

Das erinnert mich und viele Kollegen in der AfD sehr stark an ein Ermächtigungsgesetz aus dem Jahr 1933, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Die fatalen Folgen der „gretisch-racketischen“ klimahysterischen Rebellion werden auf jeden Fall wir von der AfD nicht akzeptieren, und unsere Wähler werden das auch nicht tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

In den letzten 17 Jahren haben wir auch in Baden-Württemberg eine Verdopplung der Steuereinnahmen erlebt. Das nimmt eine Regierung gern in Anspruch. Wir haben Haushaltsdebatten geführt und die Mittel verteilt. Man vergisst dabei immer, dass es die Bürger sind, die diese Mittel erarbeiten müssen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja!)

Wir haben 17 Jahre lang keine Steuerreformen durchgeführt, wir haben die Progression nicht abgesenkt. Das heißt, mit jeder Lohnerhöhung sprudeln die Steuereinnahmen hier im Staat.

Das reicht aber nicht aus. Was erfindet man jetzt? Einen CO₂-Preis, eine CO₂-Steuer, eine völlig neue Steuerform, die noch willkürlich ausgeweitet werden kann. Das sollte eigentlich jetzt harmlos mit 10 € pro Tonne CO₂ ab 2021 beginnen und dann auf 60 € im Jahr 2030 aufwachsen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Warum ist man da nicht ehrlich? Warum sagt man nicht: „Das Geld reicht hinten und vorn nicht, wir brauchen mehr Steuern; wir erhöhen die Mehrwertsteuer um 3 oder 4 Punkte“? Das wäre eine ehrliche Maßnahme, aber doch nicht eine so versteckt eingeführte, hinterlistige CO₂-Steuer, die in Deutschland überhaupt nichts bewirkt.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Deutschland kann überhaupt keinen Einfluss auf das Weltklima und die Veränderungen des Weltklimas nehmen.

(Beifall bei der AfD)

Ihre These „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ erinnert mich auch eher an vergangene Zeiten als an die Zukunft.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Sie wollen den Menschen nicht ehrlich gegenüberreten. Sie wollen den Menschen nicht erklären, dass Sie die Milliarden, die Unsummen – die wir gar nicht mehr zusammenrechnen können aus den vielen einzelnen Titeln, weder in den Kommunen noch in Baden-Württemberg noch bundesweit –, die

(Bernd Gögel)

Sie hier für eine illegale Einwanderungspolitik aufbringen müssen, jetzt unter diesem klimahysterischen Wandel in einer CO₂-Steuer verstecken wollen.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Das ist aus unserer Sicht wirklich eine große, große Unverschämtheit.

(Beifall bei der AfD)

Wenn Länder wie die USA das Pariser Klimaabkommen verlassen, wenn dort nach wie vor Länder wie China und Indien als Entwicklungsländer gehandelt werden, die jährlich weitere CO₂-Zuwächse erlaubt bekommen, ohne Strafzahlungen leisten zu müssen, der deutsche Bürger aber mit einer CO₂-Steuer belastet werden soll, dann verkaufen Sie das bei den nächsten Wahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Auch wir werden unsere Argumente an den Wähler weitergeben und werden ihn entscheiden lassen,

(Beifall bei der AfD)

was er tatsächlich davon hält, dass Sie diese Welt auf dem Rücken der deutschen Steuerzahler retten möchten.

Ich will mich gar nicht dazu hinreißen lassen, zu erzählen, wie viele Klimawandel dieser Planet schon hinter sich gebracht hat. Ich will mich auch nicht dazu hinreißen lassen, wiederum die Frage zu stellen: Welche Ressource hat diesen Planeten jemals verlassen?

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Genau!)

Diese Steuer ist, wie wir finden, sinn- und verantwortungslos gegenüber den Bürgern, und das werden wir im Jahr vor den Wahlen den Bürgern auch deutlich machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Sie manipulieren die Bevölkerung, Sie manipulieren – und das ist das Schlimme – junge Menschen. Sie benutzen junge Menschen.

Wir sind froh, wenn wir bei jeder Veranstaltung – auch bei Schulbesuchen hier im Haus – Ihren Thesen tatsächlich widersprechen und die Schüler ihr Handy, ihr Smartphone zur Hand nehmen und sofort in den Suchmaschinen danach suchen, ob wir die richtigen Argumente ausgeteilt haben. Immer mehr kommen auf uns zu und sagen: „Die Verteufelung verstehen wir gar nicht mehr; das sind ja tatsächlich Antithesen, die glaubhaft sind.“

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!)

Diesen Prozess werden wir fortführen, meine Damen und Herren.

Wir sind Realisten und Patrioten, und unsere Argumente basieren auf Daten, Zahlen und Fakten. Für uns sind fiktive, imaginäre Behauptungen keine Fakten, sondern eine ideologisch motivierte Klimareligion, die von Globalisten und Lobbyis-

ten geprägt wird, um den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Kurs in unserem Land zu übernehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Ihr Motto lautet – und das über Jahrzehnte hinweg, seit ich Politik und Debatten verfolge, und da schließe ich alle Parteien einmal mit ein – Ich muss auch sagen: Wenn ich hier Debatten höre, kann ich genauso gut das Radio einschalten oder ein Tonband abspielen; die habe ich schon hundert Mal gehört. Da kommt nichts Neues, da kommen auch keine neuen Forderungen, keine neuen Thesen, keine Dinge, die die Menschen draußen tatsächlich bewegen. Und dann wundert man sich über Politikverdrossenheit. Das gibt es nicht. Das ist unglaublich.

Aber Ihr Motto ist ganz einfach: Verbieten, verteuern und versteuern.

(Beifall bei der AfD)

Das ist das Wichtigste.

Herr Ministerpräsident, vor zwei Jahren sagten Sie an gleicher Stelle hier im Haus – ich zitiere –:

Meine Landesregierung kämpft wirklich ... dafür, dass die Zeitenwende beim Automobil ein Erfolg wird ...

An dieser Stelle könnte ich eigentlich schon aufhören, weil jeder weiß, was Sie vor zwei Jahren erzählt haben und wo wir heute stehen, da Hunderttausende Arbeitsplätze in Baden-Württemberg gefährdet sind.

Für uns, die AfD, bedeutet ein Erfolg in der Automobilwirtschaft den Erhalt der Arbeitsplätze, die Steigerung der Produktivität und Innovationen in diesem Sektor, Forschung im Bereich Wasserstoff, E-Fuels, und vor allem auch Projekte mit Visionen, neue Verkehrswegeplanungen und tatsächlich ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr. Das sind Dinge, die die Bürger brauchen und die die Bürger interessieren; sie brauchen keine Versprechungen, die man nach zwei Jahren hier noch einmal wiederholt, ohne dass sich an dem Zustand etwas geändert hätte.

Ihre Politik bedeutet, Autos von den Straßen zu verbannen, erst einmal eine CO₂-Steuer einzuführen und sich dann an den Einnahmen für das zu bedienen, was man so benötigt, Benzin-, Kerosinpreise zu überteuern, Dieselfahrzeuge aus den Innenstädten zu verbannen, Arbeitsplätze in der Mobilbranche aufs Spiel zu setzen. Und die Liste ist noch deutlich länger.

Wenn schon der Umweltverband BUND damit rechnet, dass innerhalb von zehn Jahren mehr als 360 000 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie wegfallen, dann lässt das aufhorchen; denn 203 000 davon sind in Baden-Württemberg gefährdet und betroffen. Spaltung, gesellschaftliche Verwerfungen und Unruhen – darin steckt sicherlich der größte Sprengsatz, wenn die Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen.

Die weniger komplexe Herstellung des Elektroautos führt automatisch dazu, dass Automobilwerke und Zulieferer weniger Mitarbeiter benötigen. Logische Folge: Stellenabbau. An der Her-

(Bernd Gögel)

stellung eines benzinbetriebenen Fahrzeugs sind drei Bosch-Mitarbeiter beteiligt, beim Elektrofahrzeug ist es nur noch einer. Also brauchen wir uns über die Nachrichten nicht zu wundern. Die Nachrichten sind unausweichlich.

Dann stellt sich auch die Frage: Woher kommt denn der Strom für diese E-Fahrzeuge? Sie können – auch als Nichtphysiker – ganz einfache Rechnungen aufmachen, was bereits passiert, wenn hier in Baden-Württemberg eine halbe Million bis eine Million E-Fahrzeuge abends zu Hause an die Steckdose angeschlossen werden.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Das Licht geht aus!
– Abg. Carola Wolle AfD: Dunkel!)

Dann ist aus, Ende.

Man sollte immer über die Konsequenzen nachdenken. Wie ich heute Vormittag schon gesagt habe, besteht bei der Brennstoffzelle und auch im E-Fuels-Bereich ein deutlich höherer Energiebedarf bei der Umwandlung. Bei den Preisen, die wir heute bezahlen und die geplant sind, ist das für normale Beschäftigte überhaupt nicht bezahlbar und erschwinglich.

Die Frage, woher der Strom kommt, wenn Wind und Sonne nicht ausreichen, kann ich Ihnen beantworten. Das haben Sie auch schon exerziert und werden Sie jetzt im Winter und nächstes Jahr weiter exerzieren müssen. Den Strom, der fehlt, den müssen Sie importieren, und den importieren Sie aus Polen – aus Kohle wird er hergestellt – und aus Frankreich – Atomstrom.

(Abg. Carola Wolle AfD: Hört, hört!)

Das ist Ihre CO₂-neutrale

(Zuruf von der AfD: Heuchelei!)

Heuchelei, die Sie hier dem deutschen Bürger vormachen und für die Sie ihn auch noch mit einer Steuer abkassieren.

Ja, Baden-Württemberg ist der bedeutendste Standort für die Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen in Deutschland. 17 % der Arbeitsplätze hier in unserem Land sind in diesem Sektor. 17 % der Menschen sind in diesem Automobilsektor beschäftigt. Dieser große Erfolg, an den Sie geglaubt haben und an den Sie heute noch glauben, hat sich bis heute nicht eingestellt.

Die Landesregierung sprach auch von Fachkräftemangel und von sehr gut ausgebildeten Menschen mit sogenanntem Fluchthintergrund. So muss man die jetzt nennen. Das ist also jetzt ein moderner Deutsch-Speak. Wir sagen dazu immer „Flüchtlinge“. Das werden wir auch weiterhin so tun.

Der Herr Ministerpräsident hat noch vor zwei Jahren an dieser Stelle von Bestrebungen gesprochen, die Neankömmlinge in unserem Land gut zu integrieren. Ich will Sie nicht mit Zahlen langweilen, aber die Zahlen dazu sind hochinteressant, was Sie mit Ihren Anstrengungen, diese gut zu integrieren, bis heute hier in Baden-Württemberg erreicht haben.

Der „GesellschaftsReport BW“, Ausgabe 4 aus dem Jahr 2018, bestätigt unsere Prophezeiung einer „sehr gelungenen“ Integration der zu uns geflüchteten Fachkräfte. Der Report weist

auf Potenziale und Hemmnisse der Integration von Geflüchteten in den baden-württembergischen Arbeitsmarkt hin. Die Zahlen wurden vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg erhoben. Ich betone das immer, weil es sonst wieder heißt, das seien AfD-Fake-News, die hätten wir uns irgendwo – was weiß ich – gepflückt.

Der genannten Erhebung zufolge war im Jahr 2018 der Stand der Arbeitsmarktintegration in Baden-Württemberg in Prozent wie folgt: Nicht erwerbstätig waren 74 %, erwerbstätig 26 %. Aber diese Gruppe der Erwerbstätigen muss man natürlich auch noch einmal unterteilen: 3 % dieser Menschen befanden sich in einem Praktikum oder in einem Ein-Euro-Job, 2 % in einer Fortbildungsmaßnahme oder einer Qualifizierung – das kann etwa eine Sprachschule sein –, 4 % in einer Ausbildung – die in der Regel von 70 % dieser Auszubildenden dann nicht beendet wird –, sage und schreibe 9 % arbeiteten in Vollzeit

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Oh, ist das langweilig!)

und 8 % in Teilzeit. – So viel mal zu den „großen Erfolgen“ der Integration in unsere Gesellschaft.

Für die anderen 74 % plus die Maßnahmen für die Menschen in diesem Restbereich fallen die Kosten an, die die Kommunen gern von Ihnen beglichen sähen; denn diese Kosten haben die Kommunen zu tragen. Bis heute Morgen oder zumindest doch bis gestern Mittag haben Sie nun gebraucht, um zumindest annähernd etwas zu erreichen; damit es hier vor dem Landtag keine schlechten Bilder gibt, haben Sie 40 Millionen € noch irgendwo ausgekehrt. Sie wissen aber ganz genau, dass das hinten und vorn nicht reicht, weder für die Kosten im Zusammenhang mit dem Teilhabegesetz noch für die Unterbringung dieser Flüchtlinge.

Über 80 % dieser Menschen verfügen über keine Schulbildung

(Abg. Anton Baron AfD: Doch so viele!)

und auch über keinerlei berufliche Vorbildung.

Herr Ministerpräsident, ich will Sie gern noch einmal mit einer Aussage aus dem Jahr 2017 zitieren:

So sorgen wir dafür, dass jeder Neankömmling bald auf eigenen Beinen stehen kann.

Was bedeutet für Sie „bald“, Herr Ministerpräsident? Für uns bedeutet „bald“ in absehbarer Zeit, also in einer Zeit, die wir noch erleben. „Bald“ eröffnet auch der Berliner Flughafen;

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

das hat man auch schon seit vielen Jahren angekündigt. Für uns bedeutet es so schnell wie möglich; denn Ihre Ankömmlinge krabbeln noch und stehen nicht auf eigenen Beinen. Und von denen, die bereits auf eigenen Beinen stehen, hören wir Tag für Tag im TV oder lesen in der Zeitung oder im Internet, etwa auf Instagram.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Mal schauen, wie lange Sie noch an der Spitze Ihrer Fraktion stehen!)

(Bernd Gögel)

Wir sehen da, wozu diese Menschen, wenn sie tatsächlich auf eigenen Beinen stehen – diese jungen Straftäter –, fähig sind. Die sollten auf dem Koffer sitzend mit dem One-Way-Ticket nach Hause fahren.

(Beifall bei der AfD)

Aber keine Sorge, Baden-Württemberg ist das sicherste Land der Republik – das hört man vom Innenminister, man hört es vom Ministerpräsidenten; man hört es wirklich immer wieder von den Regierenden. Aber ich sage Ihnen: Die sichersten Orte sind immer da, wohin Sie selbst, Herr Ministerpräsident und alle Regierungsbeteiligten, in Begleitung von Sicherheitskräften und Personenschützern von einer Veranstaltung zur nächsten eskortiert werden. Das sind die sichersten Orte in diesem Land. Sie, meine Damen und Herren, haben nichts zu befürchten. Aber – und das ist für uns nicht nachvollziehbar – soll der Bürger da draußen nur ein Sicherheitsgefühl – ein Gefühl von Sicherheit – zum Trost bekommen? Warum soll Sicherheit nur gefühlt sein? Warum soll er sich nur pseudosicher fühlen?

Fragen Sie die Bürger, wie sicher sich diese seit 2015 hier im Land fühlen. Fragen Sie sie, wie sich ihr Bewegungsspielraum verändert hat, wie sich ihre Gewohnheiten verändert haben, was sie in der Öffentlichkeit noch tun oder auch nicht tun.

Es gibt keine Sicherheit mehr, auch nicht in Baden-Württemberg. Es fehlt an Haftplätzen für Straftäter, es fehlt an Abschiebungen, es fehlt tatsächlich am Habhaftwerden von kriminellen Zugewanderten; es fehlt an allem, was ein Land für seine Sicherheit benötigt. In erster Linie sind das natürlich sichere Grenzen. Das fordern wir seit 2015 Tag für Tag, und wir werden damit auch nicht aufhören. Denn das ist die Grundlage für ein Staatsgebilde: Ohne sichere Grenzen gibt es keinen sicheren Staat. Es ist eine Grundvoraussetzung für den Staat, dass er sein Staatsgebiet schützt.

Wir haben letzte Woche ein Interview mit Herrn Seehofer gehört. Ich habe das mitverfolgt: Es wurde getestet, wie es denn mit den Abgeschobenen so läuft und wie viele wiederkommen. Es wurde gefragt: Stimmt es überhaupt, dass wieder welche kommen? Es wurde getestet, ob es diesen „Kreisverkehr“, den die AfD schon lange anprangert und darstellt, tatsächlich gibt, oder ob wir lügen. Dabei wurden innerhalb von vier Wochen bei Schwerpunktkontrollen 180 Einreiseversuche von Menschen festgestellt, die mit Wiedereinreisesperren belegt waren.

Ein kleiner Nebeneffekt: Wenn genügend Haftplätze vorhanden gewesen wären, hätten 250 Haftbefehle vollstreckt werden können. Aber das können wir nicht, weil wir keine freien Haftplätze haben. Also schieben wir zurück und warten, bis sie wieder reinkommen. Ein ewiger Kreislauf! Wir schieben ab – sie kommen wieder.

Natürlich kommen die nicht mit dem gleichen Namen oder den Papieren wieder, mit denen sie abgeschoben wurden. Sie kommen ohne Namen und ohne Papiere wieder und stellen einen Asylantrag. Deshalb gibt es auch keine Informationen und keine Statistiken über das Phänomen. Auch das könnte man nur mit einem erheblichen Aufwand über Grenzkontrollen erreichen.

(Unruhe)

Die Wohnungskatastrophe hier im Land wurde von Herrn Stoch bereits thematisiert. Ich möchte das nicht alles wiederholen. Ich kann nur sagen: Die Wohnungsbaulücke von 88 000 Wohnungen, die bereits 2011 bestand, hat Sie nicht überrascht. Diese Zahlen haben Sie übernommen. Sie konnten bis heute weder diese Zahlen verbessern noch überhaupt irgendetwas im Wohnungsbaubereich annähernd zum Besseren wenden.

Selbstverständlich möchten Menschen nach Baden-Württemberg, solange es hier noch Arbeitsplätze gibt. Sie möchten in die Ballungszentren, in denen die Firmen ansässig sind. Das ist selbstverständlich und auch etwas Positives für unser Land. Aber für die Infrastruktur sind Sie verantwortlich. Sie müssen sie dafür herstellen, nicht für ideologische Träume, sondern für die Bedürfnisse der Bürger. Das ist Ihre Aufgabe als Regierung. Dafür haben Sie eine Regierung gebildet. Dieser Verpflichtung sollten Sie nun endlich im letzten Jahr ihrer Regierungszeit nachkommen. Das würden wir uns wünschen.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Rülke, der Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP, hat jetzt das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den Eindruck, Herr Gögel, je weniger Abgeordnete in Ihrer Fraktion sind, desto länger und langweiliger werden Ihre Reden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Bernd Gögel AfD:
Das ertrage ich schon drei Jahre! – Weitere Zurufe)

Sie haben zunächst mal wesentliche Teile Ihrer Ausführungen darauf konzentriert, den Klimawandel zu leugnen

(Abg. Anton Baron AfD: Ach!)

bzw. zu behaupten, er hinge überhaupt nicht mit menschlichem Tun zusammen.

(Abg. Anton Baron AfD: Jetzt gebrauchen Sie schon die grüne Sprache! Das ist sehr peinlich!)

Die Hälfte Ihrer Partei sagt, es gebe überhaupt keinen Klimawandel.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach!)

Seit selbst Donald Trump eingesehen hat, dass es einen Klimawandel gibt, sagen Sie nur noch, der Mensch könne nichts dafür. Sie müssen mir nur eines erklären, Herr Gögel.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Er ist gar nicht da!)

– Ja, ist ja gut, dann sage ich es den anderen.

(Lachen bei der AfD)

Wenn Sie von der AfD der Meinung sind, es gebe keinen Klimawandel, oder wenn Sie der Meinung sind, der Mensch habe keinen Einfluss darauf,

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

warum erzählen Sie dann irgendetwas von E-Fuels, von Brennstoffzelle und Wasserstoff? Dann können Sie doch einfach weitermachen wie bisher.

(Abg. Emil Sänze AfD: Weil die endlich sind!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sie können sagen: Wir können Benzin oder Diesel verbrennen, und eine Mobilitätswende ist nicht notwendig.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das passt doch alles überhaupt nicht zusammen, was Sie da erzählen.

(Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Anton Baron: Man muss es verstehen!)

Eines ist in diesem Haus klar, glaube ich: Mit Ausnahme dieser Schreihäse am rechten Rand sind sich, glaube ich, alle einig.

(Zurufe von der AfD)

Zumindest ein hinlänglicher Teil der Wissenschaft ist davon überzeugt, dass der Klimawandel Realität ist. Der Klimawandel ist eine hinreichende Gefahr für die Zukunft der Menschheit,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Sind Sie jetzt bei den Grünen?)

sodass man das Ganze nicht einfach abtun, leugnen und sagen kann: Wir tun nichts.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das ist großer Populismus!)

Wir haben schon die Verantwortung, das ernst zu nehmen und darauf zu reagieren. Zumindest wenn 90 % der Wissenschaft der Überzeugung sind, dass etwas so sein könnte,

(Zuruf von der AfD: Noch so ein Mythos!)

dann ist es fahrlässig, zu sagen: „Wir negieren das einfach und tun nichts.“ Das ist die Realität.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Stefan Räßle AfD: Sie arbeiten sich an der Opposition ab!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bitte?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bitte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein echter Liberaler!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Wunderbar, Herr Dr. Rülke – Sie sind ein wahrhaft Liberaler –, dass Sie mir eine Frage gewähren.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Stellen Sie mir lieber die Frage und reden nicht lange herum.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Stefan Räßle AfD: Das machen Sie doch auch! – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich habe laut Geschäftsordnung für die Fragestellung zwei Minuten Zeit.

(Abg. Reinhold Gall SPD: So gehen sie auch herum! – Weitere Zurufe)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, ja.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sie sprechen ein ganz gewichtiges Thema an,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist der Unterschied zu Ihnen!)

nämlich das Thema des sogenannten Klimawandels, der Taktgeber für viele politische Entscheidungen ist – auch zur Eingrenzung der Bürgerrechte. Sie scheinen hier bei der Wahrnehmung des politischen Gegners eine gewisse Sehschwäche zu haben. Hemianopsie nennt man das medizinisch.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt stellen Sie Ihre Frage.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Die kommt. Sie müssen einfach Geduld haben. Das fällt Ihnen schwer, ich weiß. Das ist jetzt aber eine gute Übung für Sie. Ich kenne die AfD-Position, auch wenn ich kein Mitglied bin, zum Thema Klimawandel.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die bemühen sich, dass Sie wieder reinschlupfen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Die Positionen dieser Partei sind durchaus so, dass der Klimawandel nicht bestritten wird. Denn es ist ja Allgemeingut, dass sich das Klima schon immer geändert hat.

(Beifall des Abg. Anton Baron AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es! Genau! Richtig! – Zurufe von den Grünen und der SPD: Frage! – Weitere Zurufe)

Der Ministerpräsident, der Chef der „Grünen Khmer“, hat –

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kommt die Frage heute noch? – Frau Präsidentin, kann man seine Zustimmung zur Zwischenfrage auch zurückziehen?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen, der CDU und der SPD – Vereinzelt Heiterkeit – Unruhe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Nein, die kann man leider nicht zurückziehen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Er hat jetzt eine Minute und 15 Sekunden für die Einleitung gebraucht.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Fiechtner, wenn Sie jetzt nicht die Frage stellen, werde ich nie wieder eine Zwischenfrage von Ihnen zulassen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Er hat noch 30 Sekunden.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Der Ministerpräsident hat hier angeboten, dass man eine wissenschaftliche Konferenz abhalten könne mit Menschen, Wissenschaftlern, ...

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn Sie jetzt nicht die Frage stellen, werde ich auch keine beantworten.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... die den vom Menschen gemachten Klimawandel zumindest hinterfragen, und solchen, die auf dieser Welle weiter voranschreiten. Würden Sie diese Aktivitäten des Ministerpräsidenten unterstützen und ebenfalls – am besten hier im Plenarsaal – eine solche wissenschaftliche Diskussion fordern und fördern?

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt setzen Sie sich wieder hin. Das war Ihre letzte Zwischenfrage bei mir.

(Zuruf von der AfD: Das ist aber schwach! – Weitere Zurufe)

Es geht weiter mit dem Ministerpräsidenten. Es ist also völlig klar, dass man den Klimawandel nicht einfach abtun kann und erklären kann: Das ignorieren wir. Es ist auch klar, dass – egal, ob man jetzt der Auffassung ist, dieser sei gesichert oder nicht – die Wahrscheinlichkeit hinreichend groß ist, dass man einfach reagieren muss.

(Abg. Emil Sänze AfD: Sind Sie der Juniorpartner der Grünen, oder was?)

Ich glaube, das ist Konsens bei den vier demokratischen Fraktionen des Verfassungsbogens und eben nicht bei Ihnen.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Jetzt, Herr Ministerpräsident, stellt sich die Frage: Was folgt daraus? Daraus folgt aus meiner Sicht, dass wir im Land Baden-Württemberg, was die Automobilwirtschaft und die Mobilität der Zukunft anlangt, drei Ziele verfolgen müssen:

(Abg. Stefan Räßle AfD: Grün-gelbe Koalition!)

erstens eine möglichst klimaneutrale Transformation des Automobil- und Fahrzeugbaus,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Ampelkoalition! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Nur kein Neid!)

zweitens möglichst den Erhalt der Arbeitsplätze und drittens den Erhalt der individuellen Mobilität der Bürger. Das sind die drei Ziele.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich sage sehr deutlich: Für die FDP ist das zweite Ziel – der Erhalt der Arbeitsplätze – genauso wichtig wie das erste Ziel. Die Frage ist: Wie bringen wir das Ganze jetzt zusammen?

Sie haben den früheren Daimler-Chef Zetsche zitiert, es sei kein Naturgesetz, dass dieser Konzern immer bestehe. Richtig, denn nach unserer Überzeugung ist es so: Wenn wir die Politik fortsetzen, die Sie am heutigen Tag auch bestätigt haben – Sie haben gesagt: „Wir setzen primär auf die batteriegestützte Elektromobilität“ –, dann ist in der Tat nicht sicher, ob ein solcher Konzern fortbesteht, dann ist in der Tat nicht sicher, wie es mit den Arbeitsplätzen in der Automobil- und Zulieferindustrie weitergeht.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Verlagerung!)

Deshalb müssen wir uns die Frage stellen: Ist das der richtige Weg? Sie haben sich für den Ausbau der Ladenetze gefeiert und haben erklärt, das sei notwendig, weil der Markt da-

zu führe, dass die Menschen diese batterieelektrischen Fahrzeuge jetzt kauften. Diesen Eindruck habe ich nicht. Die Bundeskanzlerin – sie ist es ja noch –, Frau Merkel, hat erklärt –

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Kluge Frau!)

– Na ja.

(Zuruf von der CDU: Stimmt doch!)

Herr Kollege von Eyb, Sie können vielleicht gleich eine Zwischenfrage oder eine Kurzintervention machen, ob diese Äußerung, die ich jetzt gleich zitiere, so klug war. Sie hat erklärt: Im Jahr 2020 werden wir eine Million batterieelektrische Fahrzeuge in Deutschland haben. War das eine kluge Äußerung, Herr von Eyb, oder wie sieht die Realität aus?

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

2020 ist in drei Wochen, und wir haben 100 000. Warum haben wir 100 000? Weil subventioniert wird. Die Bundespolitik kam jetzt zum Ergebnis: Die Leute kaufen die Dinge einfach nicht oder zu wenig, deshalb müssen wir die Subventionen erhöhen, vielleicht wird es dann besser. Wir bauen die Ladenetze, vielleicht wird es dann besser. Wir reden den Leuten ein schlechtes Gewissen ein,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja!)

vielleicht kaufen sie dann die Dinge. Andere Technologien bringen wir weniger voran – Herr Ministerpräsident, Schwerpunkt „batterieelektrisch“, nicht E-Fuels oder die Brennstoffzelle –, vielleicht wird es dann besser. Den Diesel bekommen wir vielleicht mit CO₂-Grenzwerten nicht kaputt, aber mit Stickstoffgrenzwerten bekommen wir ihn vielleicht kaputt, vielleicht klappt es dann.

Kürzlich war Professor Staiß vom Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung bei uns in der Fraktion. Er hat einmal vorgerechnet, wie weit man mit dem Diesel fahren kann und wie weit man mit dem batterieelektrischen Fahrzeug fahren kann bzw. muss, bis sich die beiden Technologien an einem Punkt beim Thema Klimaneutralität treffen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Weit in der Zukunft!)

Man muss mit dem batterieelektrischen Fahrzeug über 150 000 km fahren,

(Abg. Emil Sänze AfD: Das ist nicht ganz richtig!)

damit es tatsächlich etwas bringt.

– „Das ist nicht ganz richtig“, sagt irgendein Klugscheißer dort.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Das sagt Herr Professor Staiß, führender Forscher in diesem Bereich.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Rülke, bitte. Bestimmte Begriffe wollen wir hier nicht hören.

(Abg. Anton Baron AfD: Frau Präsidentin, eine Rüge! – Abg. Rüdiger Klos AfD: Das geht nicht! – Abg. Reinhold Gall SPD zu Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die haben gar nicht begriffen, was Sie sagen wollten!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja. – Der führende Forscher in diesem Bereich. – Ich habe niemanden konkret angesprochen. Ich habe auch nicht gehört, von wem der Zwischenruf kam.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das hat Herr Rappke damals auch nicht! – Abg. Anton Baron AfD: Das muss schon eine Rüge wert sein, Frau Präsidentin!)

Wenn jemand meint, er sei in diesen wissenschaftlichen Themen schlauer als Herr Professor Staiß, dann gilt dieser Satz, den ich gesagt habe, durchaus. Er hat gesagt, es sind über 150 000 km. Welche Batterie hält so lange? Inwieweit macht es Sinn?

Man muss sich doch wirklich fragen, Herr Ministerpräsident, ob es Sinn macht, eine funktionierende Technologie kaputt zu machen, wenn das der Klimaerfolg ist. Welche Auswirkungen hat das Ganze auf die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg? Dazu hat sich Herr Denner auch geäußert – nicht in dem bereits angesprochenen Interview, sondern schon früher. Da hat er gesagt, wenn er für den Diesel zehn Arbeitsplätze vorhalten kann, dann ist es für die Batterie noch einer. Das heißt, wir vernichten 90 % der Arbeitsplätze und tun für das Klima nichts. Das ist die Konsequenz dieser Ideologie der batterieelektrischen Mobilität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es kann doch nicht vernünftig sein, zu sagen – – Wir haben drei Ziele – ich wiederhole sie noch einmal –: möglichst Klimaneutralität, Erhalt der Arbeitsplätze und Erhalt der Mobilität der Bürger. Letztere wird auch eingeschränkt. Ich habe Ihnen schon in der ersten Runde gesagt: Ihre Vorstellung, jeder habe eine Solaranlage auf dem Dach und tanke dann umsonst, bildet die Realität nicht ab. Was ist mit den Menschen, die auf der Straße parken? Was ist mit den Menschen mit Anwohnerparkplätzen, in Hochhäusern?

Sie schränken mit dieser Politik Mobilität ein. Das Ziel dieser Politik und das Ergebnis dieser Politik ist: Wir machen in Baden-Württemberg die Arbeitsplätze kaputt – Denner spricht von einem Strukturbruch –, wir tun zu wenig bis überhaupt nichts für das Klima und schränken die individuelle Mobilität der Leute ein. Das kann doch nicht der richtige Weg sein, Herr Ministerpräsident. Da kann man doch nicht primär auf die batterieelektrische Mobilität setzen. Setzen Sie primär auf das Thema Wasserstoff, setzen Sie primär auf das Thema Brennstoffzelle, setzen Sie primär auf das Thema E-Fuels. Damit können wir nämlich den Verbrennungsmotor, der klimaneutral betrieben wird,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

und somit 80 % der Arbeitsplätze erhalten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig!)

Das ist doch eine bessere Politik als das, was Sie im Moment machen.

(Zurufe der Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Deshalb wird das, was Sie hier im Moment machen, dem Standort Baden-Württemberg nicht gerecht.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie sind gar kein Liberaler mehr!)

Ich frage mich allen Ernstes: Womit sollen wir ... die Elektroautos antreiben ...?

Das ist ein Zitat von Ihnen aus der heutigen Debatte, Herr Ministerpräsident. Sie haben ja sogar Zweifel, ob Sie den notwendigen Strom hier in Baden-Württemberg erzeugen können.

„Es ist nämlich“ – so Herr Ministerpräsident Kretschmann sinngemäß weiter – „auch kein Naturgesetz, dass Baden-Württemberg an der Spitze des wirtschaftlichen Wohlstands in der Bundesrepublik Deutschland steht.“

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Richtig!)

Das ist richtig. Das, was in der Automobilwirtschaft, im Fahrzeugbau, bei den Zulieferern im Moment abläuft, ist eine Gefährdung dieser Rolle. Dieser Strukturbruch, den Sie mit Ihrer Priorität für den batterieelektrischen Antrieb befördern, ist in der Tat eine Gefährdung unseres Wohlstands.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Hören Sie doch auf mit dieser Politik. Setzen wir doch auf den klimafreundlichen Diesel, setzen wir auf die synthetischen Kraftstoffe, setzen wir darauf, den Verbrennungsmotor am Ende mit Wasserstoff und der Brennstoffzelle weiter zu betreiben, und setzen wir doch auf den Erhalt der Arbeitsplätze in Baden-Württemberg. Das ist eine Standortpolitik, die gerade unserem Land hilft. Alles andere ist falsch.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Stefan Rappke AfD)

Mit Wasserstoff können Sie dem Klima wirksamer helfen als mit dieser Batterieideologie, die Sie sich auf die Fahnen geschrieben haben. Das Ganze macht nur dann Sinn, wenn man tatsächlich das vorhat, was Herr Hermann offensichtlich vorhat,

(Abg. Carola Wolle AfD: Ja!)

nämlich zu sagen: Batterieelektrische Mobilität wollen wir nämlich auch nicht, das eigentliche Ziel ist, die Leute zu einem Mobilitätsverhalten zu zwingen, das dazu führt, dass sie die individuelle Mobilität aufgeben

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja!)

oder bestenfalls mit dem Fahrrad unterwegs sind oder zu Fuß gehen. Das ist das eigentliche Ziel Ihres Fokus auf die batterieelektrische Mobilität. Denn die eigentlichen Ziele werden nicht erreicht.

Herr Ministerpräsident, Sie sprachen von CO₂-Bepreisung. In der Tat, wenn wir einen wirksamen Emissionshandel wollen, dann muss der CO₂-Preis höher liegen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Richtig!)

Das ist durchaus richtig. Wir wollen einen funktionierenden Emissionshandel,

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das sagt ein Liberaler!)

der dann auch sektorübergreifend funktioniert. Herr Kollege Schwarz, Sie hatten in der ersten Runde gesagt: „Für Wasserstoff braucht man dann Windkraft.“ Da haben Sie recht. Das kann man beispielsweise mit Windkraft machen. Die Windräder sollten allerdings dann auch dort stehen, wo Wind weht.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Selbstverständlich!)

Wenn der Kollege Stoch vorhin gesagt hat, in Rheinland-Pfalz gebe es zehn Mal so viele Windräder in der Entwicklung wie in Baden-Württemberg, dann hat das vielleicht auch ein bisschen damit zu tun, dass es in Rheinland-Pfalz mehr Wind gibt als bei uns.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dafür ist Rheinland-Pfalz ja bekannt!)

Das hat auch ein bisschen damit zu tun.

Die Mobilitätswende und die Frage, wo wir den Wasserstoff erzeugen, erfordern auch, dass man sich einmal die Frage stellt, wo welche Energieträger sinnvollerweise angesiedelt sind, und dass man sich auch die Frage stellt, wie wir transportieren und wie wir vielleicht die erzeugte Energie in den einen oder anderen Zustand bringen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Solche Projekte wie DESERTEC sind intelligenter, wenn Sie zu einer wasserstoffbasierten Energiewende kommen wollen, als zu sagen: „Wir bauen jetzt möglichst viele Windräder in Baden-Württemberg.“ Es sollte jeder nach Möglichkeit das tun, wobei er am besten ist. Wir in Baden-Württemberg sind bei Energieeffizienz, bei Innovation, bei Speicherung und vielleicht auch beim Netzausbau gut. Baden-Württemberg ist aber nicht der primär geeignete Windstandort in Deutschland. Es wäre gut, wenn Sie das endlich einmal verstehen würden.

Zum Thema Bildung, Herr Kollege Stoch, hatten Sie gesagt: „Wir holen auf.“

(Abg. Andreas Stoch SPD: Haben Sie schon gehört, dass ich frühkindliche Bildung sehr ausführlich dargestellt habe?)

– Ja.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wo waren wir da 2011? – Gegenruf des Abg. Rüdiger Klos AfD: Ein blindes Huhn findet auch ein Korn!)

– Bei der frühkindlichen Bildung ist es in der Tat so, dass die zurückliegenden Landesregierungen zu wenig getan haben und dass es mehr geworden ist. Das räume ich durchaus ein.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Andreas Stoch SPD: Gut!)

Aber zur Bildung insgesamt zu sagen: „Wir holen auf“,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das ist ein starkes Stück!)

da sollte man sich das eine oder andere vielleicht doch einmal anschauen.

(Abg. Anton Baron AfD: Selbstreflexion!)

Ich weiß, Sie werden dann wieder erklären, das seien die Versäumnisse Liberaler im 19. Jahrhundert, vielleicht in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das habe ich noch nie gesagt!)

Aber schauen wir uns mal an, wie sich andere Länder entwickeln, gerade bei PISA und sonstigen Studien. Nehmen wir Bayern, Sachsen und Thüringen.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Gehört Bayern nicht zu Deutschland?)

– Was ist mit Bayern?

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Gehört Bayern nicht zu Deutschland, wenn Sie es im Zusammenhang mit PISA erwähnen?)

– Doch. Es gibt auch PISA-Studien innerhalb Deutschlands. Bayern gehört dazu, das haben Sie richtig erkannt. Diese Studie gibt es. Da können wir Baden-Württemberg mit Bayern, Sachsen und Thüringen vergleichen. Das machen Sie nicht so gern, weil wir dann ziemlich schlecht aussehen. Früher konnten wir da noch mithalten. Bevor Ihre Bildungsreformen kamen, konnten wir mithalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Was ist der Unterschied zwischen Bayern, Sachsen, Thüringen und Baden-Württemberg? In Baden-Württemberg wurde die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft, in Bayern, Sachsen und Thüringen nicht. Die Erfolge können wir jetzt bei PISA und in anderen Studien sehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Diese Länder setzen auf ein vielgliedriges, differenziertes Schulsystem und wir nicht mehr.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Wir versuchen, das abzuschaffen. Diese Länder haben Erfolg und wir nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Bei PISA!)

Frau Eisenmann ist auf dem richtigen Weg. Ich weiß nur nicht, wie weit sie auf diesem Weg innerhalb der Landesregierung vorankommt,

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Stefan Räßle AfD: Frau Boser, da schütteln Sie den Kopf! – Gegenruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ja! Es stimmt auch nicht!)

zu sagen: Wir müssen da wieder hin.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nein, das stimmt nicht!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

– Doch, das stimmt. Wir müssen wieder an die Spitze. Dass Sie vielleicht nicht dahin wollen, das mag ja sein. Aber wir müssen da wieder hin.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Für das Land Baden-Württemberg ist es notwendig, jungen Menschen eine Spitzenbildung anzubieten und sich nicht zunehmend im nationalen Ranking nach unten zu wirtschaften, hin zu Ländern, über die man früher gelacht hat.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Dort wirtschaften Sie uns hin.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb ist es notwendig, dass etwas passiert. Deshalb hoffe ich, dass die Kultusministerin etwas erreicht. Sie werden auf jeden Fall – Kollege Röhm und andere – die Chance haben, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen, der die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung zum Ziel hat.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das löst alles! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Darüber müssen wir noch mal reden!)

– Herr Röhm, ich freue mich schon heute auf Ihre Begründung, warum Sie das hier vom Pult des Landtags von Baden-Württemberg aus ablehnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die kann ich Ihnen gleich geben!)

– Sie haben noch nie etwas davon gehalten, stimmt's?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist eine andere Frage! – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Als Ruheständler hat er es jetzt einfacher!)

Zum Thema Wohnraum hat der Kollege Stoch völlig recht – nicht mit seinen Vorschlägen, aber mit dem Verweis darauf, Herr Ministerpräsident, dass Sie sich dazu im Wesentlichen ausgeschwiegen haben.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Katzenstein zu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Danke, Herr Dr. Rülke. – Ich möchte noch einmal auf Ihre Äußerungen mit den 150 000 km und der Klimabilanz zurückkommen. Ich habe nur abgewartet, bis Sie das Kapitel wechseln.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Er musste googeln!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich erinnere mich noch daran.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Gut, ich auch. – Mich würde interessieren, was genau Ihr Referent, Herr Professor Steinbeis – so hieß er, glaube ich – verglichen hat.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er heißt nicht Steinbeis. Steinbeißer ist etwas anderes. Das erkläre ich Ihnen hinterher.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Ja, ich weiß. Ich glaube, das ist jetzt nicht so wichtig. – Ich möchte wissen, welche Fahrzeuge genau er miteinander verglichen hat. Das ist sehr entscheidend. Wenn ich einen schweren Tesla, Modell S, mit einem leichten Kompaktdiesel vergleiche, dann kann es sein, dass die Zahlen zutreffen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Reden wir mal über Reichweiten!)

Ich habe hier eine jüngere Studie vom IFEU Heidelberg vorliegen. Da werden Fahrzeuge gleicher Gewichtskategorien und Größen miteinander verglichen. Zu dem konkreten Beispiel der Kompaktklasse: Der Break-even, also der Punkt, ab dem ein batterieelektrisches Fahrzeug sinnvoller ist, wird beim aktuellen Strommix schon bei 60 000 km erreicht. Bei reinem Ökostrom liegt der Break-even bei 40 000 km, also deutlich früher als bei den von Ihnen genannten 150 000 km.

Meine konkrete Frage: Welche Fahrzeuge wurden bei Ihrem Referat miteinander verglichen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hängt vom Gewicht des Fahrers ab! – Heiterkeit bei der CDU und der AfD)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Kollege Katzenstein, der Mann heißt Staiß. Ich gebe Ihnen nachher die Adresse, und dann fragen Sie ihn. So machen wir es.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe)

Ich kann die Frage, was er verglichen hat, nicht beantworten. Das muss er ihn selbst fragen.

(Abg. Emil Sänze AfD: Nicht Halbwissen verbreiten!)

Wenn er mich etwas fragt, dann gebe ich auch die Antwort. Wenn er zu jemand anderem etwas fragt, muss ich auf diesen verweisen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das war aber Halbwissen!)

Kommen wir zurück zum Thema Wohnraum. Sie, Herr Ministerpräsident, haben ja zu Recht gesagt, ohne privates Kapital werde es nicht gehen. Das ist richtig. Wenn es aber ohne privates Kapital nicht geht, dann hilft eine Wohnungsbau-gesellschaft oder eine Landesentwicklungsgesellschaft bedingt, dann muss man dieses private Kapital auch anreizen. Deshalb, Herr Schwarz, kann man den Vorschlag einer Absenkung der Grunderwerbsteuer auch nicht einfach so abtun. Denn es ist ja völlig klar: Wenn wir Investitionen haben wollen – Und wir wollen diese Investitionen, wir brauchen sie auch. Herr Stoch, Sie sprachen von der Notwendigkeit der Errichtung von 500 000 Wohneinheiten bis 2025. Sie werden nicht im Ernst glauben, dass allein mit staatlichen Förderprogrammen oder staatlichen Mitteln diese 500 000 Wohnungen entstehen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das sagt niemand!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Also müssen wir ans Kapital der Investoren heran. Die Zeiten sind ja günstig, um an das Kapital der Investoren heranzukommen, weil Herr Draghi und andere dafür gesorgt haben, dass der Sparer kaum mehr Zinsen bekommt und dass jetzt zunehmend für größere Vermögen sogar Negativzinsen drohen. Die Banken haben ein wunderbares Vokabular entwickelt: Verwahrentgelt. Wer über 100 000 € Vermögen hat, dem droht in absehbarer Zeit Verwahrentgelt.

In dieser Situation wäre es doch klug, sich zu überlegen, wie wir diese Vermögenswerte, die ja in Baden-Württemberg bei vielen Menschen unbestreitbar vorhanden sind, so kanalisieren, dass Wohnraum entsteht. Das können Sie aber nicht mit einer Hochsteuerpolitik,

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

und das können Sie auch nicht mit Maßnahmen wie Mietpreisbremse, Zweckentfremdungsverbot und was da sonst noch alles im Schwange ist. Jenem, den Sie als Investor gewinnen wollen, müssen Sie auch deutlich signalisieren: Du bist als Investor willkommen; wir brauchen dein Geld; es ist auch in Ordnung, wenn du eine gewisse Rendite – keine übertriebene, kein Wucherzins – mit dem investierten Kapital erwirtschaftest.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn man ihm dies nämlich nicht signalisiert, wird er nicht investieren.

Deshalb gilt: Wenn Sie das Wohnraumproblem in Baden-Württemberg lösen wollen, wenn Sie – wie Sie sagen, Herr Ministerpräsident – privates Kapital für die Lösung dieses Wohnraumproblems aktivieren wollen, dann würde ich an Ihrer Stelle doch noch einmal intensiv darüber nachdenken, ob es nicht klüger wäre, mit einem moderateren Grunderwerbsteuersatz ein Signal zu setzen. Da sollte auch aufseiten der Landesregierung überlegt werden, ob dirigistische Maßnahmen, die das gegenteilige Signal setzen, nämlich das Signal: „Investiere nicht in Mietwohnraum; die Politik steht nicht auf deiner Seite; wir betrachten dich zunächst einmal nicht als Investor, sondern als einen gewinn gierigen Haifisch“, das Richtige sind oder ob es nicht besser wäre, eine Wohnungsbaupolitik in Baden-Württemberg zu machen, die investorenfreundlich ist. Die Politik, die diese Landesregierung macht, ist dies nicht, und deshalb fehlt Wohnraum.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Wort hat jetzt Herr Fraktionsvorsitzender Schwarz für die Grünen.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident Kretschmann hat sehr deutlich gemacht, vor welchen Herausforderungen Baden-Württemberg steht. Gleichwohl gilt: Baden-Württemberg ist ein starkes Land. Damit Baden-Württemberg ein Land mit einer guten Zukunft bleibt, müssen wir den Strukturwandel aktiv gestalten. Denn es ist doch klar: Ohne Gestaltung des Strukturwandels gibt es künftig keinen Wohlstand. Deswegen greifen wir die Ideen auf, mischen uns ein und gestalten den Strukturwandel in Baden-Württemberg aktiv.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Der Ministerpräsident hat davon gesprochen, dass wir vor einem tief greifenden Wandel stehen, dass wir uns mitten in komplexen, teilweise auch schwierigen Umbrüchen befinden. In dieser Großen Transformation braucht es eine Politik, die Orientierung gibt – den Menschen und der Wirtschaft.

Gleichzeitig ist diese Große Transformation eine ökologische Transformation, und sie muss es auch sein. Der Erhalt unserer Lebensgrundlagen ist existenziell, deshalb haben Klima- und Naturschutz eine solche Bedeutung, und deshalb denken wir Grünen Wirtschaft und Umwelt immer zusammen.

Daher sind Innovation und Weiterbildung für uns zentral, um den Strukturwandel zu gestalten. Herr Kollege Stoch, die Maßnahmen, die ich jetzt gleich aufführe, sind im Haushalt konkret unterlegt: das Forum Gesundheitsstandort, um den Gesundheits- und Medizinstandort Baden-Württemberg voranzubringen – auch die Themen, die Sie angesprochen haben, als Sie über Pflege gesprochen haben –, der Strategiedialog Automobilwirtschaft, um die Fragen, die der Kollege Rülke erörtert hat, mit Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam zu besprechen.

Damit Baden-Württemberg im Strukturwandel stark bleibt, setzen wir auf verlässliche Rahmenbedingungen und eine gute Infrastruktur. Dazu nenne ich den Breitbandausbau, weil er eine Grundlage ist, um stärker in die Digitalisierung einzusteigen. Gerade bei diesem Thema hat die Regierung, die Koalition ihre Hausaufgaben gemacht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Wir haben für das schnelle Internet so viel Geld hinterlegt, wie noch nie in Baden-Württemberg dafür zur Verfügung stand.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Rüdiger Klos AfD: Wie das, Herr Schwarz?)

Um auf den Strukturwandel reagieren zu können, bedarf es auch der Förderung der Hochschulen und der vielfältigen Forschungseinrichtungen. Dies betrifft die Themen „Künstliche Intelligenz“, Quantencomputing, die Fraunhofer-Institute, die wir haben, die Hochschulen in ihrer Breite. Die 1,8 Milliarden €, die wir für den neuen Hochschulfinanzierungsvertrag zur Verfügung stellen, sind eine Tatsache. Herr Kollege Stoch, Sie können nicht negieren, dass wir hier kraftvoll investieren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Das habe ich sogar bestätigt!)

Es ist ja in einer solchen Generaldebatte das alltägliche politische Geschäft, dass um die Fragen gestritten wird: Was sind die richtigen Mittel, was sind die richtigen Maßnahmen? Aber wenn die AfD wieder und wieder unverhohlen das angreift und streichen möchte, was eine weltoffene, moderne und demokratische Gesellschaft ausmacht, dann ist das weder neu noch standfest.

(Abg. Emil Sänze AfD: Aber innovativ!)

Sie kämpfen gegen politische Bildung, gegen Integration und gegen Gleichstellung.

(Abg. Carola Wolle AfD: Was für ein Quatsch! – Abg. Anton Baron AfD: Herr Schwarz, waren Sie schon mal in diesem linken Kuratorium?)

(Andreas Schwarz)

Sie wenden sich sogar gegen das neue Maßnahmenpaket, das der Innenminister erstellt hat, um den Rechtsextremismus zu bekämpfen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie wenden sich gegen Maßnahmen, die wir für die Bekämpfung des Antisemitismus hinterlegt haben. Sie kämpfen einfach gegen den sozialen Zusammenhalt.

(Abg. Carola Wolle AfD: Was für ein Quatsch!)

Sie hetzen und spalten die Gesellschaft; das muss man hier einmal transparent machen. Aber wir werden Ihnen das nicht durchgehen lassen, meine Damen und Herren von der AfD.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Rüdiger Klos AfD: Oh! Da zittern wir aber!)

Der Ministerpräsident und auch Kollege Rülke haben richtigerweise aufgeführt, dass Sie Ihr Verhältnis zu den Fakten mal wieder überprüfen sollten.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das sagt der Richtige, Herr Rülke!)

Wenn man dann Ihre Haushaltsanträge anschaut, dann sieht man, dass das doch abstruse Anträge sind. Ich habe sie mir einmal durchgelesen; vielleicht hätte ich es lieber bleiben lassen sollen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Sollen wir mal Ihre durchlesen? Schon mal was von Kultur gehört?)

Sie wollen tatsächlich einen Landesflügel beschaffen. Das ist ja wohl Schwachsinn hoch zehn. Sie wollen tatsächlich ein Piano, also einen Flügel, auf dem man spielen kann.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Sie meinen den anderen Flügel! – Abg. Carola Wolle AfD: Ein anderer Flügel!)

– Nein, es geht nicht um den rechten Flügel der AfD. Es soll tatsächlich ein Piano, also eine Art Klavier, beschafft werden, das zwischen Brüssel, Berlin und Stuttgart hin und her gefahren wird.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ein Flügel, nicht ein Klavier!)

Mit Verlaub: So wenig Sachverstand habe ich in dieser Haushaltsdebatte noch nie erlebt. Sie haben sich wieder einmal disqualifiziert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Baden-Württemberg, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Autoland. Auch die drei Punkte, die Sie, Herr Rülke, angesprochen haben, sind richtig. Ich würde sie aber noch um einen vierten Punkt ergänzen, nämlich, dass die neuen Geschäftsmodelle, was die Mobilität der Zukunft betrifft – Stichworte „Automatisiertes Fahren“ und „Vernetzung der Verkehrsträger“ –, bei uns in Baden-Württemberg entwickelt werden sollen. Das gehört in meinen Augen noch dazu, um qua-

si das Autoland Baden-Württemberg gut auf den Strukturwandel vorzubereiten, damit wir hier auch im Jahr 2030 hochkarätige Arbeitsplätze und Wohlstand haben. Ich denke, da muss man diese Punkte nochmals ergänzen.

Ich stelle mir aber schon die Frage – da werde ich aus Ihren Reden nicht schlau –: Wo steht eigentlich die FDP, wenn wir über das Auto reden?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das habe ich doch gesagt!)

Denn Sie reden ja die batteriebetriebenen Fahrzeuge schlecht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die sind schlecht!)

Sie reden sie schlecht. Dabei geht es uns darum, dass die Autos, die hier erforscht, entwickelt und gebaut werden, nicht nur hier gefahren, sondern auch von hier aus exportiert werden.

(Abg. Emil Sänze AfD: Ja, genau! – Abg. Stefan Räßle AfD meldet sich.)

Wir dürfen nicht nur an den heimischen Markt denken, sondern müssen auch an andere Absatzmärkte denken. Die grüne Fraktion möchte, dass Autos aus Baden-Württemberg exportiert werden. Sie werden dann in anderen Regionen gefahren. Für Arbeitsplätze und Wohlstand hier ist das wichtig. Das verkennen Sie. Aber wir sind dafür.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Sie wissen schon, dass China die Förderung von E-Autos eingestellt hat? – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Fraktionsvorsitzender Schwarz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zu?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie wissen schon, dass China die Förderung von E-Autos eingestellt hat?)

Ich bin sehr froh, dass sich heute die Unternehmensleitung von Daimler und der Betriebsrat in Untertürkheim darauf verständigt haben, dass Daimler den Antrieb für das Elektroauto künftig in Untertürkheim selbst bauen wird.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Wo wird eigentlich das Kobalt abgebaut? Lithium, Kobalt?)

– Hören Sie doch einmal zu. – Daimler wird dazu morgen eine Pressekonferenz durchführen

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

und die Details verkünden. Ich finde, es ist für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ein gutes Signal, dass sich Arbeitgeber und Betriebsrat darauf verständigt haben, künftig die Antriebe für das Elektroauto

(Abg. Stefan Räßle AfD: Klimaschutz vor Menschen!)

(Andreas Schwarz)

hier selbst zu fertigen. Das stärkt den Standort Baden-Württemberg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Jetzt ist der Kollege Rülke gerade am Gehen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, nein, ich werfe nur etwas in den Papierkorb!)

Aber Sie sollten auch ein paar Hinweise mitnehmen. Ich würde mir wünschen, Herr Kollege, dass Sie die neueren Studien und die Aktivitäten der Landesregierung zur Kenntnis nehmen würden. Denn es ist gerade Minister Hermann gewesen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er hat gesagt, er will nicht noch mehr Automobilindustrie!)

der sich mit den „reFuels“ sehr intensiv auseinandergesetzt hat. Es wird ja noch eine Debatte über den Einzelplan 13 – Ministerium für Verkehr – geben. Aber ich will einfach voranstellen, Herr Minister: Ihr Haus hat eine Initiative für die „reFuels“ entwickelt. Sie haben schon Absichtserklärungen – Letters of Intent – mit der Industrie zusammen erstellt; die sind unterzeichnet. Der Vorwurf, den Sie, Herr Rülke, dem Verkehrsminister machen, geht dezidiert ins Leere.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist der schlimmste Ideologe, den es gibt!)

Der Verkehrsminister hat hier ein gutes, vorzeigbares Projekt entwickelt.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt werfen Sie der Regierung vor, sie sei nicht technologieoffen. Aber sind Sie denn technologieoffen? Wenn Sie die batteriebetriebenen Fahrzeuge so schlechtreden, dann ist doch klar: Sie sind gar nicht technologieoffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Lachen bei Abgeordneten der AfD)

– Genau. Die Einzigen, die in diesem Feld tatsächlich technologieoffen sind – das muss ich schon einmal sagen – bei der SPD, Herr Stoch, weiß ich es nicht genau. Aber Grüne und CDU sind in diesem Feld technologieoffen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir sind es definitiv! Nicht nur verbal!)

Allerdings müssen wir jetzt den Strukturwandel gestalten. Dort, wo emissionsfreie Technologien marktreif sind, muss der Hochlauf auf die Straße kommen. Deswegen ist die Industrie auch bei der Technik der batteriebetriebenen Fahrzeuge so stark unterwegs.

Dort, wo noch weiter geforscht werden muss, investieren wir in die Zukunft. Die „reFuels“ habe ich angesprochen. Gerade für den Flugverkehr kann das eine sinnvolle Sache sein.

Und beim Wasserstoff fangen wir damit an, die notwendige Infrastruktur in Pilotregionen auszurollen. Das Programmvolumen beträgt, wenn man alles zusammenzählt, rund 100 Millionen €. Wir investieren in das Leuchtturmvorhaben – ein

Wasserstoffprojekt – „zero emission“ am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Lampoldshausen. Da geht es um Infrastruktur für grünen Wasserstoff in der Region Heilbronn. Wir unterstützen die Erprobung von Brennstoffzellenlastkraftwagen. In mehreren Städten gibt es Machbarkeitsstudien zur Nutzung von Wasserstoff im öffentlichen Personennahverkehr. Wir fördern die Forschungsfabrik „HyFab-Baden-Württemberg“.

Wenn Sie mit Professor Staiß gesprochen haben, wird er Ihnen exakt diese Forschungsfabrik HyFab vorgestellt haben, weil nämlich das ZSW dahintersteckt, weil die Fraunhofer-Institute für Solare Energiesysteme dahinterstecken.

Ziel dieser Forschungsfabrik ist es, die industrielle Produktion von Brennstoffzellenstacks zu unterstützen, diese Technologie serientauglich zu machen. Ich bin sehr froh, dass der Umweltminister einen klaren Plan vorgelegt hat, um hier aktiv zu werden.

Im Rahmen des Strategiedialogs wird intensiv daran gearbeitet, die Tankinfrastruktur für einen emissionsfreien öffentlichen Nahverkehr auf der Basis von Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnik auf die Beine zu stellen.

Das sind nur einzelne Punkte, aber daran sehen Sie: Die Landesregierung ist hier sehr aktiv. Wir sind da vorn mit dabei. Klar ist für mich immer: Wer Wasserstoff sagt, muss auch Ja zu erneuerbaren Energien aus Sonne und Wind sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der Kollege Stoch hat jetzt wieder einmal den Vorwurf von „hohlen Phrasen“ erhoben. Das ist ja quasi schon eine hohle Phrase von Ihnen, weil Sie das hier immer wieder bringen.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Die Karawane ist längst weitergezogen, nur die SPD hat es nicht gemerkt. Aber vielleicht hat man sich bei der SPD in den letzten Monaten auch sehr intensiv mit sich selbst beschäftigt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Kommen Sie doch mal zum Inhalt!)

– Das mache ich gern, Herr Kollege, denn bei jedem Themenfeld, das Sie angesprochen haben, handeln wir längst kraftvoll und konsequent: Wohnraumförderung auf Rekordniveau. 250 Millionen € haben wir pro Jahr wieder in diesem Haushalt hinterlegt.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, das muss auch verbraucht werden!)

Wir haben zum ersten Mal einen Kommunalfonds „Wohnraumoffensive“ eingeführt. Dieser geht nächstes Jahr an den Start. Millioneninvestitionen in die Projekte des Strategiedialogs; Klimaschutzinvestitionen auf Rekordniveau; wir werden nächstes Jahr im Landtag die Novellierung des Klimaschutzgesetzes beraten und auf den Weg bringen; Bildungsinvestitionen auf Rekordniveau.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Die Kultusministerin hat noch einmal deutlich mehr Mittel erhalten. Finanzierung der Hochschulen: 1,8 Milliarden € in den

(Andreas Schwarz)

kommenden Jahren. Finanzausstattung der Kommunen auf Rekordniveau: über 6 Milliarden € mehr.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die Ausgaben steigen stärker als die Einnahmen!)

Sie haben die frühkindliche Bildung angesprochen. Da haben Sie wahrscheinlich nicht mitbekommen, was wir gemacht haben: Wir haben einen „Pakt für gute Bildung und Betreuung“ abgeschlossen. Das sind Gelder des Landes. Das sind keine Gelder des Bundes. Da setzen wir originäre Landesmittel ein für den „Pakt für gute Bildung und Betreuung“, um die frühkindliche Bildung zu verbessern.

Wir gehen in die Sprachförderung. Es war diese Koalition, die die Leitungszeit für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten verbessert hat.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Also, Sie sehen: All diese Maßnahmen sind hinterlegt.

Jetzt schauen wir uns an, was die SPD machen möchte. Sie möchte das Forum Frühkindliche Bildung streichen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wahnsinn!)

Dieses Forum war der Wunsch vieler Träger, und es war der Wunsch vieler Pädagoginnen und Pädagogen, dieses Forum einzurichten. Sie wollen es streichen. Das heißt, Sie wollen hier bei der frühkindlichen Bildung sparen. Da machen wir nicht mit.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir wollen in Qualität investieren! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Beitragsfreiheit hat nichts mit Qualität zu tun!)

Ich habe jetzt dargestellt, dass wir all diese Bereiche und alle Vorhaben mit Geld hinterlegt haben. Sie dagegen wollen streichen. Ich glaube, damit sind Sie nicht klug beraten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Richtig!)

Jetzt haben Sie noch mal den öffentlichen Nahverkehr angesprochen. Sie haben auch einen Antrag gestellt. Da haben Sie unsere Idee des landesweiten Schülertickets aufgegriffen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wenn Sie die Idee haben, dann setzen Sie sie doch um!)

Sie wollen da gleich einmal 190 Millionen € via Gießkanne ins Land geben. Doch wie dieser Betrag von 190 Millionen € für ein landesweites Schülerticket zusammenkommt, weiß niemand.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie wissen es nicht!)

Für ein landesweites Schülerticket sind keine 190 Millionen € notwendig.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Lesen Sie doch mal: Das ist für Schüler, Studenten, Auszubildende und Senioren! Können Sie lesen?)

Ich bin sehr froh, dass der Verkehrsminister die Vorarbeiten für ein solches landesweites Schülerticket angegangen ist. Er

wird es unter dem Dach der Baden-Württemberg-Tarif GmbH umsetzen. Ich bin froh, dass er zugesagt hat, dass es für die Schülerzeitkarten schon im Schuljahr 2021/2022 gelten wird. Das heißt, er hat ein vernünftiges, ein zielgerichtetes Konzept entwickelt. Das setzen wir um. Ihr Modell ist nicht finanzierbar, Herr Kollege Stoch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Jetzt habe ich mir weitere Ihrer Anträge angeschaut. Da muss ich schon sagen: Die Zeit, als die SPD den Finanzminister stellte, liegt wohl weit zurück.

(Zuruf: Wie hieß der noch einmal?)

Auf der einen Seite wollen Sie die Risikorücklage streichen. Sie wollen ein hartes Stelleneinsparprogramm für die Häuser auflegen. Und auf der anderen Seite geben Sie das Geld mit vollen Händen aus, beispielsweise für gebührenfreie Kindergärten.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das nennen Sie „mit vollen Händen“!)

Nachher beklagen Sie sich, wenn in der Verwaltung zu wenig Personal ist, auch in den Bereichen Polizei, Schule, Straßenbau, Umweltverwaltung. Das ist keine seriöse Haushaltspolitik, die Sie hier betreiben. Zielgenaue Lösungen stelle ich mir anders vor. Da sollten Sie noch einmal über Ihre Politik nachdenken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Unruhe bei der SPD)

Sie sprachen den CO₂-Preis an. Das Konstrukt des CO₂-Preises ist doch klar: Wer mehr CO₂ emittiert, der zahlt auch mehr. In unseren Vorstellungen gibt es da natürlich eine soziale Komponente. Über ein Energiegeld wird das, was zusätzlich vereinnahmt wird, an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben.

Das heißt, das Modell für die CO₂-Bepreisung, das wir entworfen haben, ist aufkommensneutral. Unter dem Strich werden Bürgerinnen und Bürger hier nicht mehr belastet.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Sie haben das Thema Weiterbildung angesprochen. Für uns ist Weiterbildung präventive Strukturwandelpolitik. Deshalb haben wir auch die Grundförderung der Weiterbildungseinrichtungen verdoppelt. Insbesondere die Volkshochschulen sind hier wichtige Akteure.

Das wird es aber nicht gewesen sein. Wir werden in den nächsten Jahren nochmals einen stärkeren Fokus hierauf legen müssen. Aber in diesem Bereich, was die Weiterbildungsakteure und die Volkshochschulen angeht, hat die Koalition ihre Hausaufgaben gemacht.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja-wohl! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, dass die meisten Menschen in unserem Land, in unserem vielfältigen und

(Andreas Schwarz)

lebendigen Land, optimistisch sind, wenn sie nach der Zukunft des Landes gefragt werden. Ich finde, das ist ein gutes Zeichen. Das zeigt auch, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Für uns gehören der solidarische Zusammenhalt, die soziale Sicherheit und eine freiheitliche Politik untrennbar zusammen. Das sind Werte, die eine moderne demokratische und vielfältige Gesellschaft ausmachen.

Wir setzen auf Bildung und Innovation. Das ist unsere Antwort auf den Strukturwandel, in dem sich das Land befindet.

Wir wissen um die existenzielle Notwendigkeit, die mit dem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, unseres Klimas und der Arten verbunden ist. Aus diesem Dreiklang haben wir diesen Haushalt der Verantwortung geschnürt.

In der heutigen Debatte haben uns einige Mehrausgaben vorgeworfen, andere wiederum haben Mehrbedarfe geltend gemacht. Ich glaube, mit unserer Politik von Maß und Mitte sind wir hier auf dem richtigen Weg. Das gehört zu einer Politik, die Verantwortung für das Ganze, Verantwortung für morgen übernimmt, und ich glaube, das haben wir ganz gut hinbekommen. Zumindest ich kann sagen: Ich gehöre zu den 80 %, Herr Ministerpräsident, die mit Zuversicht ins neue Jahr schauen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Wort hat jetzt Herr Abg. Professor Dr. Reinhart, Fraktionsvorsitzender der CDU.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es wurde zu Recht die große Herausforderung des kommenden Jahrzehnts, der Strukturwandel, der heute debattiert wurde, angesprochen. Mehrfach ist jetzt auch – auch vom Ministerpräsidenten – der Chef von Bosch, Herr Denner, zitiert worden. Dann wird hier u. a. aufgebracht, es gäbe einen Gegensatz zwischen Elektromobilität und traditioneller Mobilität.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Eines müssen wir sehen: Die Automobilindustrie in Baden-Württemberg ist seit hundert Jahren, ob bei Daimler, Porsche oder Audi, der Innovationstreiber der Automobilindustrie weltweit. Deshalb geht es darum, dass wir diesen Spitzenplatz auch in Zukunft behalten. Insoweit will ich die Überschrift in der „Stuttgarter Zeitung“ vom Interview des Bosch-Chefs zitieren, die da lautet:

„Technisch ist der Diesel rehabilitiert“

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Deshalb geht es darum – da haben wir überhaupt keinen Gegensatz –, dass uns die Arbeitsplätze genauso am Herzen liegen wie das Ansinnen, dass Baden-Württemberg Innovationstreiber und Innovationsführer bleibt.

In diesem Interview wird auf die Green-New-Deal-Pläne hingewiesen, auf die übrigens auch die neue Kommissionspräsidentin, Frau von der Leyen, in ihrer Antrittsrede im Europaparlament Bezug nimmt – ich gebe es sinngemäß wieder –: „Wir wollen, dass dieser Kontinent der erste sein wird, der klimaneutral ist.“

Die große Entwicklung lautet im Grunde genommen – wir haben in den letzten Wochen die Bevölkerungsprognosen gehört –, dass die Bevölkerung in Europa in diesem Jahrhundert von 700 Millionen auf 600 Millionen Menschen zurückgehen wird, während die Bevölkerung in Afrika und Asien jeweils auf über fünf Milliarden Menschen, das heißt insgesamt auf über zehn Milliarden, angewachsen wird.

Das sind die großen Themen, die uns heute bewegen. Deutschland war lange Jahre, Jahrzehnte Exportweltmeister. Diesen Titel haben wir abgegeben, und zwar an China.

Deshalb ist die große Frage, vor der wir stehen: Wird die zukünftige Welt, auch in der Standortfrage, bipolar oder tripolar sein? Das heißt: Wird die Musik nur noch in China und in Amerika gespielt, oder spielt Europa weiterhin vorn die erste Geige, statt hinten die Triangel zu schlagen? Diese Fragen stellen sich. Dazu gehört: Bleibt Baden-Württemberg in Deutschland Exportland Nummer 1?

Deshalb ist es richtig, dass wir mit diesem Haushalt auf Innovation, auf Forschung und Entwicklung setzen. Insoweit sind das die großen Themen, mit denen wir uns befassen müssen. Die Automobilwirtschaft ist eine Schlüsselindustrie, nicht nur für Baden-Württemberg, sondern für Deutschland und weltweit. Ein Viertel der Arbeitsplätze im deutschen Fahrzeugbau befinden sich in diesem Land. Wir haben allein tausend Zulieferbetriebe, und der Mittelstand ist im Grunde genommen das starke Rückgrat, das uns trägt und prägt. Deshalb müssen wir doch die Herausforderungen der gesamten Branche ernst nehmen.

Diese Regierung – das will ich deutlich unterstreichen – hat sich in den letzten drei Jahren zur Hauptaufgabe gemacht, die Themen zu bündeln, Technologien und Handlungsansätze im Strategiedialog Automobilwirtschaft fortzuführen. Das ist übrigens bundesweit vorbildlich und einmalig. Für diesen Strategiedialog haben wir weitere 20 Millionen € auch im Haushalt etatisiert, weil wir uns dieser Zukunftsaufgaben annehmen und sie ernst nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Fraktionsvorsitzender, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Da hat Herr Rülke schon schlechte Erfahrungen gemacht!)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wenn er begrenzt in 30 Sekunden seine Frage stellt und hier nicht ein Koreferat ablässt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Bitte testen!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Herr Professor Reinhart, vielen Dank. 30 Sekunden reichen. Die Frage habe ich ja schon an Herrn Dr. Rülke vorformuliert. Er hat sie nicht beantwortet. Die Frage ist: Sind Sie bereit oder werden Sie das fördern und fordern, dass hier in diesem Plenum eine offene Debatte stattfindet zur Frage,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da wäre ich vorsichtig!)

(Dr. Heinrich Fiechtner)

inwieweit der Klimawandel, den es immer gab, menscheninduziert ist oder nicht, was für eine Rolle CO₂ hat oder nicht – eine offene wissenschaftliche Debatte?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da geht es eher um eine Fortbildungsveranstaltung für die AfD! – Abg. Winfried Mack CDU: Man kann über alles reden!)

Würden Sie das Angebot des Ministerpräsidenten auch begrüßen, unterstützen und durchsetzen?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Kollege Fiechtner, zunächst einmal unterstützen wir den Ministerpräsidenten nicht nur in dieser Frage, sondern in allen Fragen. Das weiß er.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Wenn einem das nicht mal auf die Füße fällt! – Abg. Andreas Stoch SPD: Auch ein wichtiges Zitat! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Herr Kollege Fiechtner, wir in diesem Land fördern technologieoffen sowohl Batterieforschung, die Brennstoffzelle, synthetische Kraftstoffe als auch Wasserstoffforschung. Für uns ist unabdingbar, dass ein Sowohl-als-auch im Vordergrund steht, dass es der clevere Mix macht, dass wir bei Forschung und Entwicklung vorn sein wollen. Es wurde zu Recht zitiert: Dieses Land investiert aktuell – damit liegen wir übrigens sogar vor den USA, die 2,9 % ihres Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investieren – 5,6 % in FuE. Damit stehen wir an der Spitze aller 16 Bundesländer, und wir liegen auch über dem Schnitt der Bundesrepublik sowie über dem europäischen Durchschnitt. Wir wollen, dass Baden-Württemberg die Innovationsregion Nummer 1 bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist es seit Jahrzehnten, und daran arbeiten wir.

(Beifall bei der CDU)

Nun wird hier ja auch viel getan. Wir müssen sehen: Wir haben beispielsweise das Testfeld Autonomes Fahren in Karlsruhe. Da setzen wir Maßstäbe für die Mobilität der Zukunft, für Spitzentechnologie und Innovation. Mit der e-mobil BW haben wir eine vorbildliche und thematisch breit aufgestellte Innovationsagentur aufgebaut, die gerade diese Transformation fachlich und technisch eng begleitet. Interessanterweise haben Ihre früheren Kollegen von der AfD beantragt, sämtliche Mittel für die e-mobil BW GmbH im Einzelplan 13 zu streichen mit der Begründung, ein Markthochlauf der E-Mobilität sei nicht nötig. So kann man sich der Realität und der Entwicklung auch verweigern. Das ist ein Weg, der nicht in die Zukunft führt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Professor Dr. Reinhart, möchten Sie eine weitere Zwischenfrage von Herrn Abg. Dr. Fiechtner zulassen?

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Dürfen wir jetzt mit einer solchen Debatte hier rechnen, ja oder nein?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Jetzt muss ich Ihnen einmal sagen – es wurde auch Ihnen, zu Recht, angeboten –: Sie können jeden Tag wissenschaftliche Veranstaltungen durchführen – jeden Tag!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Genau darum geht es! Fortbildung für die AfD war gemeint!)

Übrigens gilt das für jede Fraktion; jederzeit kann der Dialog geführt werden. Ich muss Ihnen sagen: Das halte ich im Grunde genommen für eine überflüssige Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Rombach CDU: Sehr gut!)

Denn natürlich werden wir uns ständig damit befassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es wurde zu Recht betont: Gerade der Einsatz von „reFuels“ im Luftverkehr, in Kooperation mit der Zementindustrie – Bei der Zementproduktion entsteht durch den chemischen Prozess CO₂; dies kann abgeschieden und genutzt werden, um damit und mithilfe erneuerbarer Energien sogenannte „reFuels“, also klimaneutrale synthetische Kraftstoffe, zu erzeugen. Das ist Innovation für die Zukunft.

(Abg. Anton Baron AfD: Der Wirkungsgrad?)

Ich will hinzufügen: Ich habe selbst ein Gespräch mit Vertretern des Landkreises Heilbronn geführt, auch dazu, was den Standort Lampoldshausen betrifft. Das war ja gerade unsere Idee. Dort stehen 13 Windräder im Harthäuser Wald.

(Abg. Anton Baron AfD: Haben Sie gesehen, wie da gerodet wurde?)

– Ach!

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Die haben die Idee, dass man die regenerative Energie transformiert und damit in Zukunft Wasserstoff auch für Omnibusse, Lkws etc. herstellt. Das unterstützen wir; denn wir sagen: Wir müssen alle innovativen Ansätze fördern, die uns in die Zukunft führen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es! – Abg. Anton Baron AfD: Ja, aber der Wirkungsgrad!)

Insoweit: Von der Opposition ist natürlich viel Kritik geübt worden. Man hat gesagt, es gebe keinen Plan für die Zukunft, man verliere sich im Klein-Klein etc. Wir haben aber keine konstruktiven, wegweisenden und innovativen Vorschläge für die Zukunft gehört.

(Abg. Anton Baron AfD: Da wurde ja von uns alles abgewiesen!)

Ich habe kein Wort über die 1 000 neuen Lehrerstellen gehört. Das haben Sie verschwiegen. Sie haben keinen Satz dazu gesagt, dass wir 3 000 neue Stellen im Rahmen der Einstellungsoffensive der Polizei sowie 400 neue Stellen zur Stärkung der Justiz schaffen. Sie haben kein Wort zur Cybersicherheitsagentur gesagt, die wir neu einrichten. Sie haben kein Wort

(Dr. Wolfgang Reinhart)

zu KI und zu Zukunftstechnologien gesagt. Sie haben kein Wort zu der Meisterprämie gesagt, die wir einführen wollen, kein Wort zur Digitalisierungsprämie, kein Wort zur Stärkung der Schulleitungen, kein Wort zum Wiedereinstieg in die Landesförderung der kommunalen Ganztagsbetreuung.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Was ist das für eine Opposition?)

Es scheint, dass Sie all das entweder überlesen oder nicht gesehen oder nicht erkannt haben. Das aber ist Zukunftsgestaltung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die Kultusministerin investiert in den „Pakt für gute Bildung und Betreuung“ 80 Millionen €. Wir verdoppeln die Kindergartenförderung und die Förderung der Kleinkindbetreuung. Wir verdoppeln übrigens auch beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz die Mittel, stärken also gerade den Bereich Verkehr durch Investitionen in Straße, Schiene etc.

Außer vom Ministerpräsidenten wurden von niemandem unsere dreistelligen Millionenbeträge für den Notfallplan Wald angesprochen. Wenn darüber gesprochen wird, was Klimaschutz und Klimabegleitung angeht, dann ist das im Grunde genommen einer der wichtigsten Faktoren. Es wird immer nach der Wissenschaft gefragt. Ich will noch einmal die Wissenschaftler der ETH Zürich zitieren.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, genau!)

Sie haben gesagt, wir haben weltweit 2 700 Millionen ha bewaldete Fläche. Wenn wir zu diesen 2,7 Milliarden ha nur 900 Millionen ha zusätzlich auf diesem Planeten bepflanzen würden und damit als zusätzlichen CO₂-Speicher hätten, dann würden wir sogar die 1,5-Grad-Grenze unterschreiten und nicht überschreiten.

Ich vertraue solchen Wissenschaftlern. Die haben sich jahrzehntelang damit befasst. So viel zur Wissenschaft in diesem Bereich.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Anton Baron AfD: Im Kreistag haben es die Kollegen anders gesehen!)

Insoweit will ich Ihnen schon sagen: Wir machen natürlich nicht nur Klein-Klein, sondern wir gehen die Zukunftsaufgaben entschlossen an. Wir investieren kraftvoll in die Innovationsfähigkeit, vor allem auch in die Bildung und in den Ausbau der digitalen Infrastruktur. Wir haben jetzt doch – das wurde auch von der Regierung betont – über 1 Milliarde € für den Glasfaserausbau, für den Breitbandausbau etatisiert. Das wird der ganzen Fläche in diesem Land zugutekommen und damit übrigens auch den Kommunen.

Herr Kollege Stoch, ich habe fast den Eindruck gehabt, Sie waren ein bisschen enttäuscht darüber, dass gestern vollends eine Einigung mit den Kommunen gefunden wurde.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein, das war überfällig!)

So ist es durchgeklungen. Sie mussten natürlich die Kritikpunkte, die gestern noch von Ihren Mitarbeitern aufgeschrieben wurden, redigieren oder streichen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das stand nicht im Papier!
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das war schon letzte Woche!)

– Ja. – Im Grunde genommen haben wir eben eine Einigung. Ich will das hier deutlich sagen. Die Finanzministerin und der Innenminister sind da. Die kommunalen Landesverbände sind einig mit diesem Land. Deshalb will ich noch mal sagen: Wir haben eine exzellente Partnerschaft mit den Kommunen.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir haben Haushalte in den Kreisen beschlossen!)

Das ist und bleibt uns ein Herzensanliegen. Das wird bei dieser Regierung und bei diesen Regierungsfractionen auch in den kommenden Jahren so bleiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Anton Baron AfD: Wir haben jetzt Haushalte mit hohen Zuschüssen beschlossen!)

Ja, wir gehen sehr verantwortungsvoll mit den Ressourcen des Landes um. Wir pflegen und vermehren das Vermögen. Wir handeln, wir lösen Probleme, wir weisen Wege in die Zukunft und eröffnen Chancen – und all das ohne neue Schulden.

Die Zahlen wurden angesprochen. Wir haben in den letzten drei Jahren nicht nur eine Tilgung expliziter Schulden von 1,4 Milliarden € gehabt, sondern wir haben in Wahrheit über 6 Milliarden € explizite und implizite Schulden getilgt. Insofern ist das schon ein Weg in eine andere Richtung, den wir in diesen Jahren mit Vorsorge und Verantwortung gegangen sind.

Dass wir neben der konkreten Etatisierung von Aufgaben natürlich auch Rücklagen bilden, ist eine selbstverständliche Vorsorge. Das macht jeder vernünftige Hausbesitzer. Das machen auch wir, weil wir die dunklen Wolken am Konjunkturm Himmel sehen. Wir haben zehn Jahre lang einen exzellenten Aufschwung gehabt. Ich kann nur sagen: 2008/2009 lagen die Bruttoeinnahmen in diesem Landeshaushalt bei 23 Milliarden €. Die sind jetzt auf 38 Milliarden € gestiegen. Deswegen haben wir auch mehr Gestaltungsspielräume. Aber die nehmen wir verantwortungsvoll wahr, indem wir zum Ersten investieren, unser Geld zum Zweiten auch in Forschung, Entwicklung und Innovationen geben, aber zum Dritten auch vorsorgen, nämlich Rücklagen für schwierigere Zeiten bilden.

Das heißt, wenn die Lage schwieriger wird, dann sind wir gewappnet. Dann haben wir unsere Zukunftsfähigkeit durch Vorsorge vorbereitet und können auch in ein, zwei oder drei Jahren reagieren, wenn es nötig ist, ohne dass wir gleich wieder ständige Nachtragshaushalte einbringen müssen.

Teilweise wurde auch mit anderen Ländern wie Rheinland-Pfalz verglichen. Dazu kann ich nur sagen: Rheinland-Pfalz steht weder bei der Qualität der Betreuung an erster Stelle, noch ist das Land bei anderen Punkten vorn. Wir haben da durchaus auch beim Umfang von Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen und beim Bruttoinlandsprodukt Vorrang.

(Abg. Sascha Binder SPD: Wir haben auch von der Windkraft geredet!)

– Bitte?

(Dr. Wolfgang Reinhart)

(Abg. Sascha Binder SPD: Wir haben auch von der Windkraft geredet!)

– Moment. Bei der Windkraft haben wir in diesem Land einen wichtigen Energiekonzern. Das ist die EnBW. Daran ist das Land, wie Sie wissen, erheblich beteiligt. Die EnBW ist sehr innovativ, was regenerative Energien angeht. Ich kenne keinen anderen Konzern, der in diesem Bereich nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland und vor allem auch auf hoher See so intensiv investiert. Ich nenne nur Baltic 1 und 2 – was gibt es da alles?

Das Problem ist momentan, dass die Zurverfügungstellung der Netze zu langsam vorangeht. Das ist keine Frage. Das müsste schneller gehen. Deshalb ist auch zu Recht die Überlegung der Gesetzgebung, dass man die Verfahren der Planungsfeststellung und vor allem auch der Genehmigung beschleunigen muss.

Das Zweite ist: Natürlich müssen wir auch in der Speichertechnik innovativ vorankommen. Ich glaube aber schon, dass wir mit Fug und Recht sagen können: Der EnBW-Konzern ist auf einem guten Weg. Er ist übrigens auch in der Gewinnzone. Vor allem im Bereich der regenerativen Energien investiert er sowohl onshore als auch offshore intensiv.

Natürlich haben all diejenigen recht, die sagen, dass man dort, wo es wirtschaftlich ist, investieren muss. Eines stimmt aber auch, selbst bei der Windenergie: Wir haben einen rasanten technologischen Wandel. Ein Zehntel der Erzeugung von vor 20 Jahren kann heute mit der zehn- bis zwanzigfachen Leistung der modernen Ingenieurtechnik schon an einem einzigen Standort erzielt werden. Deshalb bietet die regenerative Energieerzeugung heute auch ganz andere Chancen.

Es gehört aber auch ein Mix dazu – Fotovoltaik im Süden, Sonnenenergie, Biomasse und Wasserenergie. Der Mix macht es aus. Insoweit sind wir auch in diesem Bereich mit den Investitionen in diesem Haushalt innovativ unterwegs.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Sascha Binder SPD: Deshalb haben wir also nur ein Windrad bei uns! Jetzt habe ich es verstanden! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Insoweit können Sie beruhigt sein.

Wir hatten auch insgesamt – das Thema wurde angesprochen, sowohl vom Kollegen Stoch als auch von anderen – einen Dissens bei der Frage: Wie lösen wir die Herausforderungen beim Wohnungsbau? Natürlich haben wir zu wenige Wohnungen. Natürlich brauchen wir in den nächsten Jahren mehr Wohnungen. Das geht allein in Baden-Württemberg in die Hunderttausende.

Der Unterschied liegt im Ansatz der Lösung. Wir sagen: Wir werden das Problem nicht lösen können, indem wir einfach wieder eine Landesgesellschaft gründen. Damit ist keine einzige Wohnung gebaut.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Wir brauchen unstreitig auch private Investitionen. Was wir aber vor allem brauchen, sind Bauland und kostengünstiges Bauen. Das sind die Themen, die uns bewegen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Tobias Wald CDU: Sehr gut!)

Deshalb fängt das Ganze natürlich vor Ort bei den Kommunen an. Es muss dort investiert werden können, wo es Sinn macht. Insoweit sorgen wir mit dem Kommunalfonds „Wohnraumoffensive Baden-Württemberg“ dafür, dass die Wohnraumfördermittel in voller Höhe für den Wohnungsbau im System bleiben und vor Ort gegen den Wohnraumangel wirksam werden.

Wir haben mit der Reform der Landesbauordnung das Bauen einfacher, schneller und billiger gemacht. Der Haushaltsansatz – die Wohnungsbauministerin ist hier in unseren Reihen – für die Landeswohnraumförderung ist mit jährlich 250 Millionen € einer der größten in der Landesgeschichte. Schwerpunkte sind hierbei die Mietwohnraumförderung und der soziale Mietwohnraum.

Insoweit tragen wir genau dem Rechnung, was Sie hier vortragen. Dem widmen wir uns. Ich will heute nicht zum zehnten Mal wiederholen – es schmerzt euch doch genauso –, dass 2012 die LBBW-Wohnungen verkauft wurden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber Sie wissen doch auch, warum das gemacht werden musste! Dann werfen Sie es uns nicht immer wieder vor! – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

– Herr Kollege Gall, es gehört nun mal einfach dazu, dass ich es wiederhole, weil ich weiß, wie Sie reagieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Genau! Das ist doch das Schöne bei Herrn Gall, dass man weiß, wie er reagiert!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Reinhart, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Natürlich, Herr Dr. Schweickert. Selbstverständlich.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Reinhart. – Sie haben gerade die Landesbauordnung, die ja geändert worden ist, angesprochen. Jetzt kommt aus Ihren Reihen, aus den Reihen der CDU, der Vorschlag, den schon die Grünen gebracht haben, Fotovoltaik verpflichtend aufzunehmen.

Erste Frage: Warum haben Sie das dann nicht gleich in die Landesbauordnung mit hineingeschrieben?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Muss man vielleicht gar nicht hineinschreiben!)

Dann wäre es klar gewesen.

Zweite Frage: Konterkariert das nicht das, was Sie gesagt haben, dass Bauen einfacher und billiger werden muss und dass man den Kommunen freie Hand geben muss?

(Abg. Anton Baron AfD: Sehr gute Frage!)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Kollege Schweickert, es ist sehr schön, dass Sie ein so wichtiges Thema ansprechen. Zunächst einmal wissen Sie ja, wie der Minister-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

präsident gesagt hat, dass man nicht jedes Wort auf die goldene Waage legen muss.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD, der AfD und der FDP/DVP)

Ich will jetzt schon der Ernsthaftigkeit halber sagen: Das Thema bewegt uns, und wir diskutieren das auch – übrigens auch mit den Partnern. Es gibt verschiedene Vorschläge. Natürlich wird es darum gehen, wie wir in der Zukunft sozusagen energiearm bauen. Dazu gehört auch die steuerliche Abschreibung der Wärmedämmung – darüber reden wir übrigens seit zehn Jahren: 2009, 2010 hatte ich das Thema schon in Berlin als Bundesratsminister behandelt.

(Abg. Anton Baron AfD: Energieeinsparverordnung, Herr Reinhart!)

Die Einigung zwischen Bund und Ländern war immer nur an der Frage, wer die Steuerausfälle trägt, gescheitert.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Das war der einzige Dissens. Dazu gehört auch ein ganzes Bündel, ein ganzer Katalog. Natürlich gehört im Süden auch dazu: Wo kann man, auch mit der Fotovoltaik, sinnvoll regenerative Energieerzeugung bewerkstelligen?

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Aber wir haben hier weder einen Gesetzesvorschlag noch abschließende Ergebnisse. Wir diskutieren; wir sind eine kluge, in die Zukunft gerichtete Partei,

(Abg. Anton Baron AfD: Das kann sich nicht jeder leisten!)

die alle Punkte diskutiert, abwägt und erst dann entscheidet. Insoweit: Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Das kann sich nicht jeder leisten, Herr Reinhart!)

Natürlich ist es so, dass wir übrigens auch, meine ich, eine gute Partnerschaft haben, in der wir die Kommunen, wie gesagt, nicht alleinlassen, enorm viel investieren und damit auch Pläne für die Zukunft haben, wo wir in die Bildung investieren und uns mit allen Ländern vergleichen können.

Insoweit, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Ich denke, dieses Land ist auf einem guten Weg. Wir stehen vor großen Herausforderungen. Diese müssen wir alle gemeinsam bewältigen. Da hilft auch kein Klein-Klein-Streit über die Frage des Klimawandels. Natürlich ist dieser vorhanden.

Die Frage ist, wie wir damit klug umgehen, wie wir damit in die Zukunft gerichtet klug investieren, und zwar auch mit dem Haushalt. Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik. Es ist das Geld des Steuerzahlers. Wie verantwortungsvoll wir mit diesem Geld in die Zukunft investieren, zeigen wir mit diesem Haushalt. Deshalb ist er gut für das Land, für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerpräsident Kretschmann das Wort.

(Oh-Rufe – Abg. Winfried Mack CDU: Da kommt die dritte Runde!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es stimmt, ich habe nicht zu allen wichtigen Themen etwas gesagt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das sind die wichtigsten!)

Ich hatte jetzt nicht den Eindruck, dass meine Rede zu kurz war.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir auch nicht! – Abg. Andreas Stoch SPD: Gerade deshalb haben die wichtigen Themen gefehlt! – Abg. Sascha Binder SPD: Man hätte die Themen einbinden können! – Abg. Carola Wolle AfD: Auf den Inhalt kommt es an, nicht auf die Länge!)

– Es ist eine Entscheidung, die man treffen muss, ob man zu wenigen Themen etwas vertieft redet. Wenn ich noch länger geredet hätte, hätten Sie sich wahrscheinlich nicht gefreut.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dafür freuen wir uns jetzt über die dritte Runde!)

Wenn man alles nur anreißt, dann wird mir das auch wieder vorgehalten.

(Abg. Anton Baron AfD: Eijeije! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war schon recht so! – Vereinzelt Heiterkeit)

Jetzt will ich noch etwas zum Wohnraum sagen. Natürlich bereitet dieses Thema uns allen Sorge. Das ist gar keine Frage. Immer mehr Menschen haben Schwierigkeiten, in großen Städten eine neue Wohnung zu finden, die sie sich leisten können.

(Abg. Anton Baron AfD: Nicht nur zu finden, zu kaufen!)

Es ist natürlich klar, dass es wirklich ein Alarmsignal ist, wenn in einer Gesellschaft die Sorge grassiert, ob man noch bezahlbaren Wohnraum findet. Darüber sind wir uns völlig einig.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Deswegen stecken wir in diesem Doppelhaushalt wieder eine halbe Milliarde Euro in die Wohnraumförderung – das ist fünf Mal mehr als zu Beginn des Jahrzehnts –, davon allein über 370 Millionen € in den sozialen Wohnungsbau. Wir sehen aber natürlich das Problem, dass wir das mit Geld allein nicht lösen können,

(Zuruf: Fehlbelegung! Fehlbelegungen, Herr Kretschmann!)

weil eben viele Bauherren lieber in hochpreisige Wohnungen investieren, statt mit in den sozialen Wohnungsbau zu investieren. Deswegen haben wir die Wohnraumoffensive gestartet, Herr Stoch, gerade weil wir der Ansicht sind, dass der Markt allein dies nicht regelt. Genau deswegen machen wir das, sonst würden wir das ja gar nicht machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Das heißt, wir haben uns klar entschieden: Wir stärken gezielt jene Akteure, die sich tatsächlich auf bezahlbares Wohnen konzentrieren. Das sind die Kommunen und die Wohnungsbaugenossenschaften.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Warum nicht die Vereine?)

Genau die sind es, genau darauf werden die Fördermittel konzentriert. Wir unterstützen die Gemeinden beim Kauf von Flächen und helfen ihnen, diese zu entwickeln. Deswegen schaffen wir ein neues Kompetenzzentrum für den Wohnungsbau, weil wir nach vielfältigen Überlegungen – Herr Fraktionsvorsitzender Reinhart hat es gesagt – davon abgekommen sind, eine eigene Wohnungsbaugesellschaft zu gründen. Das hätte ja nur dann Sinn, wenn wir selbst große eigene Landesflächen hätten, auf denen wir bauen könnten.

(Abg. Tobias Wald CDU: Richtig!)

Das ist aber nicht der Fall. Deswegen macht es keinen Sinn. Aber einen Sinn macht solch ein Kompetenzzentrum vor allem für kleinere Gemeinden, die es sonst allein nicht stemmen könnten, diese Bauflächen zu entwickeln. Übrigens sind insgesamt genügend Bauflächen da;

(Abg. Anton Baron AfD: Was?)

die müssen eben für baureifes Bauen nur auch umgesetzt werden. Ich will noch einmal sagen: Das machen wir in diesem Haushalt. Insofern, finde ich, geht dieser Vorwurf etwas ins Leere.

(Abg. Anton Baron AfD: Es sind keine Bauflächen vorhanden, Herr Kretschmann, selbst im ländlichen Raum nicht!)

Es ist auch richtig, ich habe auch zu anderen Dingen nichts gesagt. Ich will noch einmal sagen: Sie müssen natürlich bei Fragen wie denen zur Pflege schon darauf achten, wofür wir zuständig sind und wofür der Bund zuständig ist.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wie z. B. für Tages- und Kurzzeitpflege!)

Nach dem dualen System sind wir für die Investitionen zuständig und der Bund für die anderen Angelegenheiten. Aber trotzdem machen wir auch dort sehr viel. So wollen wir z. B. mit der Quartiersstrategie Nachbarschaften, Stadtviertel und Dörfer so gestalten, dass Jung und Alt gut zusammenleben. Wir sorgen dafür, dass pflegebedürftige Menschen möglichst selbstbestimmt in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können, nehmen auch dafür viele Mittel in die Hand. Oder wir schauen beim Landärzteprogramm darauf, dass auch Ärzte auf dem Land in Zukunft erreichbar sind. Auch das wird gemacht.

Ich habe also in der Tat viele Themen nicht angesprochen, aber es kommen ja noch alle Ressorts zu Wort; da können Sie die einzelnen Punkte noch vortragen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eben! – Zuruf: Wir wollen auch noch etwas sagen!)

Jetzt erscheint es mir doch sinnvoll, Herr Rülke, dass ich noch einmal auf die Fragen, die Sie angesprochen haben, eingehe.

Denn diese Fragen sind in der Tat von großer strategischer Bedeutung. Da habe ich mit Ihnen keine Differenz. Ich bin im Grundsatz auch ganz mit Ihnen einig – mein Verkehrsminister übrigens genauso, trotz all Ihrer Polemik –: Wir wollen eine klimaneutrale Mobilität, wir wollen die Arbeitsplätze erhalten, und wir wollen die individuelle Mobilität erhalten.

In diesen Grundfragen bin ich mit Ihnen einig, und ich nehme an, dass außer der AfD auch alle anderen Fraktionen dies sind.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Jetzt geht es um die Lösungen!)

Jetzt gehen wir diese Themen so an, wie wir das mit unseren Möglichkeiten können. Das habe ich dargelegt, das muss ich nicht wiederholen. Aber ich überschätze mich auch nicht. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg kann nicht global agierenden Konzernen erzählen, wie nun ihre Strategie aussieht, und das machen die dann einfach. Das wird nicht der Fall sein.

(Zuruf von der AfD: Gott sei Dank!)

Wenn Sie das Portfolio aller Automobilfirmen in ganz Deutschland, in Europa, weltweit anschauen, dann sehen Sie, dass diese alle ihr Portfolio in Bezug auf batterieelektrische Antriebe ausweiten.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das müssen sie ja auch!)

Auch die deutsche Automobilindustrie macht das jetzt in großen Schritten. Sie haben es gerade über den Ticker gehört: Der elektrische Antriebsstrang von Daimler soll in Untertürkheim produziert werden. Die Produktpaletten aller Firmen weisen im nächsten Jahr erheblich größere Angebote batteriebetriebener elektrischer Fahrzeuge auf. Herr Rülke, Sie können doch nicht allen Ernstes davon ausgehen, dass ich als Ministerpräsident eines Automobillands das ignorieren kann. Das ist doch ein Ding der Unmöglichkeit. Das können Sie doch nicht ernst meinen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Es heißt, der Markthochlauf bei alternativen Antrieben wird jetzt erst einmal batterieelektrisch stattfinden. Daran kann überhaupt kein Zweifel bestehen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Doch! Das bestreite ich!)

Was die Energieversorgung betrifft: Für eine Million batterieelektrischer Fahrzeuge brauchen wir ein halbes Prozent mehr Energie. Das ist überhaupt noch nicht das Problem beim ersten Markthochlauf. Die Probleme kommen dann später. Ich habe schon gesagt, dass wir uns da committen müssen. Ich denke, das ist klar. Die Entscheidungen sind in den Automobilkonzernen gefallen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum?)

Aber natürlich sind die strategischen Fragen damit nicht beantwortet. Wohin es zum Schluss wirklich führt, das wissen wir heute in der Tat alle nicht genau.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Doch! Zur Verlagerung der Arbeitsplätze! Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Deswegen – das haben die Fraktionsvorsitzenden Schwarz und Reinhart deutlich dargelegt – investieren wir auch kräftig in die Wasserstofftechnologie und in die regenerativen Kraftstoffe. Das machen wir beides, und das machen wir aus Überzeugung. Das machen wir schon richtig.

Wir müssen jetzt erst einmal schauen – das machen die Automobilkonzerne auch –, für welche Kohorte von Fahrzeugen langfristig welches die richtige Strategie ist. Erst einmal spricht alles für die Batterie bei Pkws. Warum? Sie haben die Batterie von heute kritisiert. Aber die Batterie von heute wird nicht die Batterie von morgen sein.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Deswegen muss man warten! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Haben Sie die Glaskugel, Herr Ministerpräsident?)

Wir haben uns so intensiv um eine Batteriezellenforschungsfabrik bemüht, weil die Batterie durch Innovationen ständig verbessert wird, ihre Leistungsdichte zunimmt, der Raum abnimmt und der Preis nach unten geht.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Pippi Langstrumpf!)

Deswegen ist im gesamten Forschungsplafond klar: Es wird auch ganz andere Batterien geben, die vielleicht ganz andere Rohstoffe benötigen als heute.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Woher wissen Sie das?)

Das alles ist im Forschungsstrang enthalten. Das, was wir haben, wird laufend verbessert. Der Kobaltbedarf der Batterien ist schon drastisch gesenkt worden. Das wird so weitergehen. Wenn das alles der Fall ist – und davon muss man ausgehen –, dann wird sich natürlich auch der ökologische Fußabdruck der Batterieelektrik dauernd verbessern. Das geschieht fortwährend.

Dazu kommt: Wir investieren mit diesem Haushalt in eine Demontagefabrik für Batterien, damit wir die Rohstoffe wieder zurückgewinnen können. Wenn Sie recyceln, sinkt sofort der ökologische Fußabdruck. Sie können also die Batterieelektrik nicht einfach vom heutigen Stand der Technik aus fortschreiben. Dieser Fehler wird leicht gemacht. Wir müssen davon ausgehen, dass es Innovationen gibt.

Obwohl wir jetzt die Gelder vom Bund nicht bekommen haben, werden wir trotzdem kräftig weiter in die Batterieforschung investieren. Ich denke, das ist der richtige Weg. Das sagt uns der Markt, und die Automobilfirmen gehen diesen Weg. In einer solchen Situation kann ich doch nicht sagen: „Ich baue einfach keine Ladesäulen, eure Strategie ist falsch.“ Das kann nicht ernsthaft Ihre Meinung sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der Kollege Reinhart hat schon zitiert, dass Herr Denner heute gesagt hat: „Technisch ist der Diesel rehabilitiert.“ Das heißt, der neue Diesel emittiert keine Schadstoffe mehr, die irgendwelche Probleme aufwerfen, jedenfalls nicht mehr als andere auch.

Deswegen wird er auch in Zukunft noch eine wichtige Rolle spielen für die ganze Logistik usw. Natürlich werden wir „re-Fuels“ brauchen – z. B. um den Flugverkehr zu ökologisieren – oder auch Wasserstoff; das ist gar keine Frage. Aber Sie müssen sehen: Im Moment ist das ökonomisch überhaupt nicht darstellbar, wenn der Energieverbrauch das Fünffache beträgt. Deswegen kommt es jetzt erst einmal darauf an, in Forschung, in Pilotprojekte zu investieren. Genau das machen wir sowohl beim Wasserstoff als auch bei den regenerativen Kraftstoffen. Das wird gemacht. Aber im Moment ist es ökonomisch nicht darstellbar. Deswegen gehen derzeit die Automobilunternehmen in ihrem Portfolio diesen Weg nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Genau so ist es!)

Mein Rat ist also, dass wir genauer schauen, für welche Kohorte von Fahrzeugen – Individualverkehr, Logistik, Schiffsverkehr, Flugverkehr, schwerer Lastverkehr – welche Antriebsart die richtige Strategie ist. Da wird der Diesel als Übergangstechnologie noch eine wichtige Rolle spielen.

Ich bin auch bei Folgendem ganz bei Ihnen. Sie haben das Projekt DESERTEC erwähnt. Ich bin der Meinung, die Europäische Union muss dieses Thema aufgreifen. Denn es ist ja ganz einfach: Von hinten her gedacht kann der Klimawandel nur gestoppt werden, wenn die großen Mengen von Kohle, Öl und Gas unter dem Boden bleiben. Sonst nützt das alles nichts, was wir hier machen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Fake News!)

Wir müssen also den Nationen, die bisher gut von der Ölförderung und dem Ölverkauf gelebt haben, andere Perspektiven bieten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist Rattenfängerei, was Sie hier betreiben!)

Da es sich um sonnenreiche Länder, um Wüstenstaaten handelt, bietet es sich geradezu an, das dorthin zu projizieren. Denn wenn es um größere Mengen geht – die wir natürlich brauchen, nicht nur beim Hochlauf, sondern auch später –, werden wir gar nicht umhinkommen. Also auch da bin ich mit Ihnen ganz einig.

Ich habe auch großen Respekt vor den Automobilunternehmen, die da vor schweren strategischen Entscheidungen stehen. Sie brauchen jetzt sehr viel Mittel, um in die verschiedenen Strategien zu investieren. Aber sie müssen selbst entscheiden, in welche Strategie sie jetzt prioritär investieren. Die Antwort darauf habe ich Ihnen zu geben versucht.

Zum Schluss will ich noch etwas zu den Klimaleugnern hier auf der rechten Seite sagen.

(Abg. Anton Baron AfD: Herr Kretschmann, wir sind keine Klimaleugner! Das ist doch völliger Quatsch! Sie haben es doch vorhin gehört! – Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Das ist ein Diagramm der Entwicklung der mittleren Temperatur seit 1860.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wo haben Sie denn diesen Fake geklaut? – Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Da zeigt schon der Augenschein, wohin die Entwicklung geht.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Das zu leugnen ist einfach nackte Realitätsverweigerung.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Das ist Tatsache! Das leugnet doch niemand!)

Auf so etwas muss man sich nicht einlassen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Zweitens können wir feststellen, dass sich die Klimaerwärmung in den letzten 20 Jahren enorm beschleunigt hat.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Überhaupt nicht!)

Auch das ist eine Tatsache, die durch die Wissenschaft gestützt wird.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das sind doch Fake News!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stein zu?

(Zurufe: Nein! – Bitte nein!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein. – Sie haben im Bundestag eine Anfrage gestellt, wie wissenschaftlich valide das ist. Es gab nämlich zuerst die Antwort, dass 97 % der Wissenschaftler, die sich mit dem Thema befassen,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Auch Fake News!)

den Klimawandel für menschenverursacht halten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist Rattenfängerei!)

Die Bundesregierung musste das korrigieren. Denn es sind inzwischen 99 % der Wissenschaftler, die das so sehen.

(Lachen bei der AfD)

Konkret verweist die Bundesregierung auf eine Studie von James Powell aus dem Jahr 2016, die 54 195 wissenschaftliche Artikel aus dem Zeitraum 1991 bis 2015 untersucht habe. Demnach bejahten im Durchschnitt 99,94 % den menschengemachten Klimawandel.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Und Mickymaus war auch dabei! – Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Herr Fraktionsvorsitzender Gögel, Sie haben vollkommen argumentationsfrei gesprochen.

(Beifall bei den Grünen)

Sie haben kein einziges Argument ins Feld geführt,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

um das wissenschaftlich zu bearbeiten. Das ist erst einmal Ihre Aufgabe; wir werden das nämlich nicht tun. Bei 99,94 % der Wissenschaftler, die das für richtig halten, sehen wir darin keine Notwendigkeit; aber Sie müssten es einmal tun.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Ich will einmal sagen: Dass Wissenschaft Fakten öffentlich klärt und wir seit dem ausgehenden Mittelalter ein System haben, bei dem jeder Wissenschaftler öffentlich nachvollziehbar darlegen muss, was er erforscht hat, sodass es von anderen nachgeprüft werden kann, gehört zu den allergrößten Errungenschaften der Menschheit.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Udo Stein AfD: Warum denn keine 100 %? – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein, seid ihr einfältig!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Gedeon zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu.

(Abg. Anton Baron AfD: Wegen was?)

Das verneinen Sie, und darum sind Sie eine gefährliche Gruppierung,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Udo Stein AfD: Bleiben Sie doch mal bei den Fakten!)

die sich weigert, wissenschaftlichen Fakten zu folgen, sich auf einen wissenschaftlichen Diskurs einzulassen und wissenschaftlich dargelegten Thesen andere, überprüfbare entgegensetzen. Sie legen die Axt an eine freie Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist doch Ideologie und hat mit Wissenschaft nichts zu tun! – Abg. Anton Baron AfD: Weit hergeholt!)

Es ist nämlich so: Die Menschen sind verschieden. Wir sind eine plurale Menschheit, und jeder Mensch ist anders als der andere. Er denkt und glaubt anders und hat in vielen Dingen seinen eigenen Kopf und seine eigenen Ansichten, und das ist auch gut so.

(Vereinzelte Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Ja, richtig!)

Aber wenn wir in einer Demokratie zu Konsensen kommen wollen, uns einigen wollen, was wir als Nächstes für die Gesellschaft, die Gemeinschaft und ihren Zusammenhalt tun wollen,

(Abg. Udo Stein AfD: Noch mehr Steuern!)

dann müssen wir uns immer auf Tatsachen und Wahrheiten stützen; über etwas anderes können wir uns nämlich nicht ei-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

nigen. Wir können uns nicht über Gefühle und auch nicht über unseren Glauben einigen. Dabei ist Toleranz gefragt. Aber worauf wir uns einigen können, ist, dass wir Tatsachen und Wahrheiten anerkennen, und dann können auch z. B. Parteien miteinander koalieren, die verschieden sind, sonst wären es ja keine verschiedenen Parteien. Das ist immer schwierig. Aber auf der Suche nach Tatsachen und Wahrheiten können wir das. Es heißt, es ist der Grundbestand der Demokratie, dass wir Tatsachen und Wahrheiten ernst nehmen und uns ernsthaft damit auseinandersetzen. Anders kann man überhaupt nicht regieren, und anders kann man in einer modernen Welt nicht sinnvoll leben. Zum Schluss schlugen wir uns mit Verschwörungstheorien und allem Möglichen die Köpfe ein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: In Amerika gibt es das doch schon!)

Es zeichnet bürgerliche Parteien aus, dass sie Tatsachen und Wahrheiten ernst nehmen. Dazu gehören diese vier Parteien. – Sie sind keine bürgerliche Partei, weil Sie das ablehnen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Was dann? Wir sind zutiefst bürgerlich, und Sie schreiben mir meine Bürgerlichkeit nicht ab! – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Damit machen Sie deutlich, dass Sie auf Teufel komm raus diese Gesellschaft spalten wollen. Sie sind überhaupt nicht daran interessiert, Grundlagen zu schaffen, auf denen man sich vernünftig streiten kann.

(Abg. Udo Stein AfD: Lassen Sie doch mal Fragen zu!)

Sie beschwören alles andere, nur nicht die Tatsachen. Deshalb kann man mit Ihnen z. B. über den Klimaschutz nicht vernünftig diskutieren. Das ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit.

(Abg. Udo Stein AfD: Sie lassen ja gar keine Diskussion zu!)

Der Kollege Rülke hat ebenfalls auf Ihre Widersprüchlichkeiten hingewiesen. Auf einmal fallen Ihnen dann doch der Wasserstoff und die „reFuels“ ein. Da fragt man sich, was das eigentlich soll. Ihre Ideologie macht also überhaupt keinen Sinn. Nun fragt man sich natürlich: Warum sind die Rechtspopulisten auf der ganzen Welt Klimaleugner?

(Lachen bei der AfD)

Eigentlich besteht ja gar kein Sinnzusammenhang, dass man, wenn man nationalistisch ist, fremdenfeindlich ist, auch ein Klimaleugner sein kann. Es ist ganz einfach:

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Den Klimawandel kann man nur global bekämpfen, denn dem CO₂-Molekül ist es egal, woher es kommt. Es ist nur da und hat einen Effekt.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Da Sie das wissen, müssen Sie das leugnen, weil sonst Ihre nationalistische Politik stante pede zusammenbrechen würde.

(Abg. Udo Stein AfD: So ein Blödsinn!)

Das ist der Grund, warum Sie das nicht machen können.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Darum sage ich Ihnen: Weil das so ist, wird keine dieser Parteien jemals ernsthaft mit Ihnen zusammenarbeiten.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Denn das wäre der Untergang der Demokratie, und den wollen wir nicht.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir wollen die Demokratie stärken und sie nicht mit solchen Thesen, wie Sie sie vertreten – das sind nur Verschwörungsthesen –, schädigen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir wollen den Konsens nicht unmöglich machen. Deswegen gibt es mit Ihnen keine Zusammenarbeit.

(Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, nachdem Herr Ministerpräsident Kretschmann das Wort ergriffen hat, löst dies – theoretisch – die Fraktionsvorsitzendenrunde aus. Wir müssen sie natürlich nicht abhalten, wenn kein Bedarf dafür besteht. – Ich sehe keinen Bedarf. Doch.

(Zurufe – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Also, da muss man jetzt reagieren! – Unruhe)

Herr Fraktionsvorsitzender Gögel, bitte.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich hätte uns jetzt gern eine kleine Mittagspause gegönnt, aber die haben Sie uns im Moment gestrichen.

Zunächst einmal war die Frage, warum wir uns für Wasserstoff, für Brennstoffzellen und für E-Fuels einsetzen. Wir wollen genauso wie viele andere die Unabhängigkeit von den Rohstoffen, von den Ölröhrstoffen, über die wir hier in Deutschland nicht oder nur in begrenztem Umfang verfügen. Deshalb stehen wir hier selbstverständlich dahinter.

Zu Ihren Äußerungen, wir würden den Klimawandel leugnen. Ich schwitze bei 42 Grad Celsius so wie Sie, und ich friere im Winter bei minus 15 Grad Celsius so wie Sie. Niemand, der ein bisschen normal denkend unterwegs ist, wird den Klimawandel leugnen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, eben! – Lachen des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: „Normal denkend“! – Abg. Andreas Stoch SPD: Es gibt auch rechtsdrehende Milchsäure!)

Wir liegen aber komplett auseinander und sind konträrer Ansicht, was die Frage betrifft, inwieweit der Mensch Einfluss auf diesen Wandel nimmt. Da können Sie mir noch 99,9 Wissenschaftler bringen, die sagen: „Der Anteil des Menschen ist

(Bernd Gögel)

erheblich.“ Und wir können Ihnen Wissenschaftler bringen, die sagen: „Das ist völliger Unsinn.“

Als Allererstes müssen wir bei folgendem Punkt einen Konsens finden: Deutschland kann das Weltklima nur im Bereich von 0,00 – – Wenn ich Ihre These annehme, liegt das Maß, in dem wir den Temperaturanstieg beeinflussen können, im Bereich von 0,004 %. Selbst wenn wir nicht mehr atmen, können wir als Deutsche nicht mehr erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie müssen mir wirklich einmal erklären, wieso Sie das nicht anerkennen. Wir brauchen uns nicht über die Frage auseinanderzusetzen, welches Tempo das Ganze angenommen hat. Sie können hier jetzt die Entwicklung des Hockeyschlägers in den letzten 150 Jahren vorstellen. Wir können Ihnen hier die Entwicklung der letzten Zehntausenden von Jahren vorlegen.

Wissen Sie, wie lange es auf diesem Planeten Eisbären gibt? Seit 600 000 Jahren gibt es auf diesem Planeten Eisbären. In Grönland haben die gegrast, haben die gelebt. Und die wird es auch in 100 000 Jahren noch geben,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

wenn die Durchschnittstemperatur auf diesem Planeten um fünf Grad höher ist als jetzt. So lange wird es Eisbären geben.

Erzählen Sie uns nicht, wir würden uns hier nicht mit wissenschaftlichen Dingen auseinandersetzen.

(Unruhe)

Wir reden jeden Tag über diese Themen, und wir lesen jeden Tag. Wir lesen aber auch mal andere Dossiers und andere Arbeiten. Ich empfehle Ihnen, sich vielleicht auch einmal ein bisschen in der Schweiz umzusehen. Lesen Sie auch einmal Unterlagen, die in der Schweiz über das Klima veröffentlicht werden.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die Fraktion ist begeistert!)

Die AfD-Fraktion hat den Klimawandel niemals bestritten. Nur: In Bezug auf den Anteil, den der Mensch an diesem Wandel hat, bestreiten wir, dass das, was Sie hier ausführen, richtig ist.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hat einen gewissen Unterhaltungswert, Herr Gögel!)

Das möchte ich hier noch einmal richtigstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): In § 84 der Geschäftsordnung – Bemerkungen zur Geschäftsordnung – heißt es:

Zur Geschäftsordnung wird das Wort auf Verlangen außerhalb der Reihenfolge erteilt. Bemerkungen zur Geschäftsordnung müssen sich auf die geschäftliche Behand-

lung des zur Beratung stehenden Gegenstandes oder auf die Anwendung der Geschäftsordnung beschränken. Sie dürfen die Dauer von fünf Minuten nicht überschreiten.

Entsprechend diesem Paragraphen möchte ich mich auf die Anwendung der Geschäftsordnung beziehen, nämlich speziell die §§ 82 b und 82 c der Geschäftsordnung zu den Themen „Persönliche Erklärungen“ und „Sachliche Richtigstellung“.

Ich möchte hier beantragen, dass wir jetzt im Anschluss in eine Debatte eintreten über die Handhabung dieser Bestimmungen. Die Präsidentin dieses Landtags hat mich in unbilliger Weise, in geradezu totalitärer Weise gerügt

(Zurufe)

bei der Verwendung von bestimmten Sachverhalten und Zuschreibungen, als ich die Politik des Ministerpräsidenten als faschistoid bezeichnet habe – was sie ist. Er hat totalitäre Allüren. Ich habe ihm gesagt, er sei ein trojanisches Pferd für das ganze Gift der grünen und kollektivistisch-linken Ideologie.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Dass dies einer grün geprägten Landtagspräsidentin nicht gefällt, ist vollkommen klar. Aber das darf niemals Maßstab sein, mir, einem freien Mandatsträger, deswegen eine Rüge zu erteilen oder eine Art zensierende Beurteilung meiner Wortwahl vorzunehmen. Ich muss als Abgeordneter frei bleiben.

Ich fordere den Landtag auf, jetzt darüber abzustimmen,

(Zuruf: Bravo! – Abg. Reinhold Gall SPD: Passiert nicht!)

dass in Zukunft kein Abgeordneter mehr wegen irgendeiner Wortwahl unterbrochen wird.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es reicht!)

Denn wir erleben es auch auf der anderen Seite, dass Zuschreibungen aus dem NS-Feld gegenüber bestimmten Gruppierungen, Parteien oder Parlamentariern anstandslos hingenommen werden. Demzufolge müssen auch andere Zuschreibungen natürlich akzeptiert werden im Rahmen eines offenen, zugegeben kontroversen, oftmals sehr zugespitzten Meinungsaustauschs. Alles andere hat Platz in Nordkorea, in Andalusien oder sonst wo, aber bitte nicht in dem Parlament in Baden-Württemberg.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Zum Zweiten stelle ich, wenn diesem ersten Antrag nicht zugestimmt wird, den Antrag auf Ende der Debatte, weil der freie Meinungsaustausch offensichtlich gebrochen wird und deswegen die weitere Behandlung der Tagesordnungspunkte des heutigen Tages eigentlich nicht in einer Manier stattfinden kann, wie es einem freien, demokratischen Parlament entspricht.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag von Herrn Abg. Dr. Fiechtner gehört. Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Präsidentin Muhterem Aras)

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Räßle und Fiechtner!)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der zweite Antrag von Herrn Abg. Dr. Fiechtner lautet: Ende der Debatte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Welche Debatte?)

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt, und wir können fortfahren. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 02: Staatsministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/7202.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe Abschnitt I Nummer 1

Kapitel 0201

Staatsministerium

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der SPD, drei Änderungsanträge der Fraktion der AfD und zwei Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP vor.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7302-5, zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten –, der im Betrags- und Stellenteil den Aufwuchs reduzieren soll. Wer diesem Antrag der FDP/DVP-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7302-9, verlangt eine ersatzlose Streichung der Titelgruppe 65 – Normenkontrollrat –, da aus Sicht der Antragsteller der Mehrwert des im Jahr 2018 neu eingerichteten Gremiums nicht in einem angemessenen Verhältnis zu den anfallenden Kosten stehe. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7302-1, verlangt eine ersatzlose Streichung der Titelgruppe 80 – Umsetzung der Donauraumstrategie –, da aus Sicht der Antragsteller angesichts einer Unterfinanzierung anderer Aufgabenfelder keine finanziellen Mittel für diese transnationale Politik eingestellt werden sollten. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 546 82 – Sonstiger Sachaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7302-2, vor, der fordert, die Mittel für die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit zu streichen. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 546 84 – Sonstiger Sachaufwand – liegen je ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD und der Fraktion der FDP/DVP vor, die die Streichung der Mittel für den Strategiedialog Automobilwirtschaft fordern.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7302-3, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7302-6, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7302-10, verlangt die komplette Streichung des Titels 546 87 N – Sonstiger Sachaufwand – bei der Titelgruppe 87 – InnoLab_bw –, da sich aus Sicht der Antragsteller die Schaffung einer ressort- und disziplinübergreifenden Denkfabrik ohne konkrete Verortung und Aufgabenstellung nicht erschließe. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0201 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0201 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe

Kapitel 0202

Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf.

Zu diesem Kapitel liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD, ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD und zwei Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP vor.

Zwei Änderungsanträge betreffen Titel 531 04: Öffentlichkeitsarbeit für Baden-Württemberg. Zunächst stelle ich den weiter gehenden Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7302-11, zur Abstimmung, der unter Hinweis auf die Fachkräfteallianz Baden-Württemberg und das Fachkräftezuwanderungsgesetz des Bundes eine Reduzierung der Haushaltsmittel in den Jahren 2020 und 2021, eine Streichung der Verpflichtungsermächtigungen und eine Änderung der Erläuterung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Präsidentin Muhterem Aras)

– Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Nun stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7302-7, zur Abstimmung, der ebenfalls eine Mittelkürzung unter Hinweis auf Anstrengungen anderer Institutionen wie z. B. von bw-i fordert. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 683 01 – Zuschuss zur Förderung regionaler Fernsehangebote in Baden-Württemberg – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7302-8, vor, der eine weitere Mittelhöhung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 972 10 – Globale Minderausgabe für den Einzelplan 02 – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7302-4, vor, der im Hinblick auf hohe Ausgabereiste Kürzungen begehrt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0202 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0202 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 3 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0204

Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund

Wer stimmt Kapitel 0204 zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0204 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 4 auf:

Kapitel 0208

Führungsakademie Baden-Württemberg

Wer stimmt Kapitel 0208 zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0208 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 30. Oktober 2019, Drucksache 16/7174, soweit diese den Einzelplan 02 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 02 und treten in die Mittagspause ein. Wir setzen die Sitzung um 16:15 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 15:18 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 16:16 Uhr)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen und die Türen zu schließen; dann bleibt es hier drin nämlich schön warm. Wir haben eine sehr späte Mittagspause gehabt; es kam zu Verzögerungen im zeitlichen Ablauf.

Ich darf nun **Punkt 1 b** der Tagesordnung aufrufen:

Einzelplan 03: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7203

Berichterstatter: Abg. Stephen Brauer

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 03 – Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich frage zunächst den Berichterstatter, ob er das Wort wünscht. –

(Abg. Stephen Brauer FDP/DVP: Nein!)

Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Allgemeinen Aussprache. Zuerst hat das Wort für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Sckerl.

(Minister Thomas Strobl: Gut, dass der Kollege da ist! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist das Highlight der heutigen Debatte!)

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um die innere Sicherheit in Baden-Württemberg muss man sich, Herr Innenminister, wenig Sorgen machen. Das Parlament ist ganz offensichtlich der Auffassung, es ist alles wohlbestellt. Die Fachkolleginnen und -kollegen sind da. – Aber im Ernst: Es gibt natürlich doch immer noch etwas zu besprechen, auch wenn wir, glaube ich, mit diesem Doppelhaushalt einen guten Haushalt und hinter dem Haushalt eine gute Bilanz – lieber Kollege Binder – vorlegen können.

Der Einzelplan ist jedenfalls nach unserer Überzeugung, nach Überzeugung meiner Fraktion, Ausdruck unserer vielfältigen Bemühungen, das Leben der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land Baden-Württemberg so sicher wie nur irgend möglich zu gestalten. Das ist unsere DNA; dafür arbeiten wir, dafür überlegen wir uns geeignete Maßnahmen, dafür stärken wir die Polizei, und dafür erarbeiten wir auch neue Konzepte – so, wie wir es dieser Tage mit einer neuen Konzeption für sichere öffentliche Räume tun.

Die Entwicklung der letzten Jahre gibt uns recht: Die Rede vom Sicherheitsland Nummer 1 im bundesdeutschen Vergleich ist in der Tat keine hohle Phrase, sondern beschreibt die Realität. Es wurde heute Morgen vom Ministerpräsidenten – zu Recht – schon angesprochen: Die Kriminalitätsrate ist beständig gesunken; sie ist derzeit so niedrig wie seit 30

(Hans-Ulrich Sckerl)

Jahren nicht mehr. Das schützt uns aber natürlich nicht davor, dass es dennoch viele Menschen in unserem Land gibt, die sich subjektiv durchaus unsicher fühlen können.

Es gibt daher auch immer wieder neue Phänomene und neue Herausforderungen; es gibt tatsächlich auch neue Bedrohungen, denen wir uns widmen müssen. Ich nenne ein paar Beispiele, die uns Grünen sehr wichtig sind:

Die Zunahme der Zahl von Sexualstraftaten – ein ganz elementarer Erschütterungsresonanzboden im öffentlichen Raum – beschäftigt nicht nur Frauen – die betroffen sind oder betroffen sein könnten –, sondern dies geht uns alle an. Es sind zum Teil Entwicklungen, die wir nicht akzeptieren können; es geht gesellschaftlich nicht, dass solche Taten im öffentlichen Raum wieder vermehrt stattfinden.

Daneben beobachten wir eine Zunahme von häuslicher Gewalt. Auch hier sind in erster Linie Frauen die Opfer, oft gehen es aber auch Kinder an.

Daneben gibt es Bedrohungen – auch das ist sehr real – durch neue Formen, neue Organisationsformen, insbesondere des Rechtsextremismus und des Antisemitismus – wobei der Antisemitismus bei Weitem nicht nur rechtsextrem motiviert ist; in vielen Fällen ist er aber tatsächlich rechtsextrem motiviert.

Das heißt, im Mittelpunkt unserer Überlegungen steht immer auch die Frage, wie wir den Aufenthalt im öffentlichen Raum möglichst sicher gestalten können. Das können wir heute noch nicht ausführlich diskutieren, weil die neue Konzeption für sichere öffentliche Räume erst nächste Woche im Kabinett besprochen wird und dann auch eine größere Öffentlichkeit haben wird. Ich glaube, das ist eine gute Konzeption und ein gutes Angebot an die Zivilgesellschaft, aber auch an die Sicherheitsbehörden, die Sozialämter und alle, die in Baden-Württemberg mit öffentlichem Raum beschäftigt sind. Wir können das sehr gern im neuen Jahr diskutieren.

Ich glaube, die Zusammenstellung und Komposition von Maßnahmen sowohl der Prävention und der Hilfen als auch des Verfolgens von strafbarem und ordnungswidrigem Verhalten ist in dieser Form einmalig in der Bundesrepublik. Wir sind relativ stolz auf dieses Konzept, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wie gesagt, biete ich gern an, das mal ausführlich zu diskutieren.

Wir haben in diesem Doppelhaushalt natürlich eine Vielzahl weiterer Maßnahmen, um an dem Ziel festzuhalten, auch weiterhin in einem sehr sicheren Bundesland zu leben. Die größte Einstellungsoffensive bei der Polizei in der Geschichte des Landes wird fast unvermindert fortgesetzt. Selbstverständlich ist immer noch mehr möglich. Aber unter den haushalterischen Gegebenheiten ist, glaube ich, die Zahl von 3 000 weiteren Stellen für Anwärter, für Auszubildende, sehr gut. Dies versetzt uns in die Lage, den Aufwuchs bei der Polizei fortzusetzen. Dazu gehört auch die Reform des Bachelorstudiums, dazu gehört die Aufhebung der Stellenbesetzungssperre im Tarifbereich.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wenn wir diese beibehalten hätten, meine Damen und Herren, würden wir die Bemühungen zur „Aufforstung“ der Polizei im Gegenzug quasi zunichtemachen. Deswegen ist es konsequent, das zu tun. Die Stärkung der Einsatzmittel für die Präsidien und viele weitere Dinge gehören dazu.

Wir sagen den Polizeiangehörigen auch gern zu, dass wir uns in den nächsten zwei Jahren mit den Themen „Lageorientierte Dienste“ und Überstunden auseinandersetzen, Herr Innenminister, und schauen, ob und wo es da Handlungsbedarf in den Reihen der Polizei gibt. Auch das ist für uns ein wichtiges Thema.

Aber auch die Stärkung der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder, für die wir uns in Höhe von 8 Millionen € z. B. beim sogenannten Polizei-IT-Fonds engagieren, ist ein wichtiger Beitrag zu mehr Sicherheit, meine Damen und Herren.

Wir diskutieren in diesen Tagen auch ein neues Polizeigesetz.

(Vereinzel Beifall)

Das will ich ganz offen ansprechen. Wir werden das in der Koalition in einer anständigen und fairen Art und Weise zu Ende diskutieren, wie wir das in sicherheitspolitischen Fragen in den letzten Jahren immer gemacht haben. Wir Grünen haben dazu einen relativ klaren Standpunkt geäußert. Wir sind dort für gesetzliche Veränderungen, wo die Polizei Menschen in Not noch besser helfen kann und klare Regeln für ihr Handeln braucht. Deswegen gibt es in der öffentlichen Diskussion im Moment die Themen „Erweiterung der Einsatzbereiche für die Bodycam“ oder auch „Durchsuchungen oder Identitätsfeststellungen bei gefährdeten Großveranstaltungen“.

Über weitere Eingriffsbefugnisse der Polizei und der anderen Sicherheitsbehörden muss nach unserem Verständnis nicht geredet werden. Wir glauben, dass wir da auch im Bund-Länder-Vergleich sehr, sehr gut aufgestellt sind.

Wir würden uns lieber anderen wichtigen Herausforderungen stellen; Stichworte sind die Cyberkriminalität – eine große Herausforderung – oder die Gefahren des Rechtsextremismus und des Antisemitismus. Wie schon erwähnt, sind der Antisemitismus und der Rechtsextremismus keine Gespenster. Spätestens der Mord an Walter Lübcke, der Anschlag in Halle und die ganzen Erkenntnisse, dass dies erst die Spitze eines Eisbergs über neue Zellen und Netzstrukturen von rechtsextremistischen Gruppen ist, die bisher nicht auf dem Schirm waren und auch nicht in einer der klassischen rechtsextremistischen Parteien organisiert sind, sind ein Alarmzeichen.

Dass wir uns dem in Baden-Württemberg mit einem neuen Programm, mit 30 zusätzlichen Stellen insbesondere beim Landeskriminalamt, aber auch 25 neuen Stellen für das Landesamt für Verfassungsschutz sowie Sachmitteln für Technik und weitere Ausstattung widmen, ist eine wichtige Antwort. Denn solche Erkenntnisse gibt es eben auch in Baden-Württemberg.

Wir erhoffen uns, Herr Innenminister, in den nächsten zwei Jahren natürlich Erfolge beim Aufspüren sowie beim polizeilichen und dann auch strafrechtlichen Vorgehen gegen solche Strukturen. Dem Rechtsextremismus sagen wir in aller Entschiedenheit den Kampf an.

(Hans-Ulrich Sckerl)

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Wir unternehmen einiges zum Schutz der jüdischen Einrichtungen in Baden-Württemberg – mit insgesamt 3 Millionen € in verschiedenen Programmen. Da geht es um das Thema Sicherheit. Jüdisches Leben in Baden-Württemberg gehört zur DNA dieses Bundeslands. Wir werden alles dafür tun, dass jüdisches Leben in Baden-Württemberg möglich bleibt.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Dafür treten wir ein. Dafür kämpfen wir. Wir hoffen, dass wir uns für den Schutz jüdischen Lebens in Baden-Württemberg immer und ewig fraktionsübergreifend gemeinsam einsetzen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD, Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Udo Stein AfD: Heuchler!)

Es ist heute schon viel über die Anstrengungen im Bereich der Cybersicherheit gesagt worden. Die Cybersicherheitsagentur halten wir für eine wichtige Einrichtung. Wir hoffen, dass das Zusammenspiel von Staat, Behörden, Privaten und Wirtschaft auch funktioniert und dass wir im nächsten Jahr da vorankommen.

In der Debatte über den Einzelplan 02 ist auch schon das Wesentliche gesagt worden. Die Zahlen für die Grundlage all dieser Tätigkeiten, der Schaffung einer digitalen Infrastruktur im Bereich der Breitbandverkabelung, wurden schon genannt. Die Gelder, die wir dafür in die Hand genommen haben und noch in die Hand nehmen werden, lassen sich tatsächlich sehen. Herr Minister, da stehen wir gemeinsam im Wort, dass im Jahr 2025 auch der letzte Bauernhof im Schwarzwald mit einem Breitbandkabel versehen sein wird. Daran werden wir uns gegenseitig messen lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Abschließend tun wir wie in jedem Doppelhaushalt auch einiges im Bereich des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes. Darauf kann ich jetzt nicht mehr sehr ausführlich eingehen. Wir werden aber den Rettungsdienst zeitgemäß fördern, die Ausbildung der Feuerwehr weiter fördern, die Feuerweherschulen personell stärken und uns um eine endgültige Organisation und Neuordnung der Leitstellen kümmern. Das sind wichtige Aufgaben, die wir im Jahr 2021 angehen werden.

Das sind aus unserer Sicht die wesentlichen Schwerpunkte eines gelungenen Haushalts für den Bereich Inneres. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU spricht Herr Abg. Thomas Blenke.

(Abg. Norbert Beck CDU: Guter Mann!)

Abg. Thomas Blenke CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration umfasst große Teile des

hoheitlichen Handelns des Landes und erfüllt mit der Digitalisierung eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Ich möchte heute einmal mit den Kommunen beginnen.

(Abg. Ulli Hockenberger CDU: Sehr gut!)

Land und Kommunen arbeiten eng zusammen, um das Beste für die Menschen in Baden-Württemberg zu bewirken. Für uns, die CDU-Landtagsfraktion, ist das Subsidiaritätsprinzip ein hohes Gut. Wir stehen zu unserer Verantwortung den Kommunen gegenüber, und die Unterstützung durch das Land funktioniert auch.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Zuruf von der SPD: Na ja!)

Die CDU-Landtagsfraktion hat großen Wert darauf gelegt, dass alle strittigen Fragen zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden noch vor den Haushaltsberatungen geklärt werden.

(Zuruf von der SPD: Gerade so!)

Wir begrüßen, dass es auf der Zielgeraden gestern Abend, Herr Innenminister und Frau Finanzministerin, nun zur Einigung mit den kommunalen Landesverbänden in den strittigsten Punkten – das BTHG, die Geduldeten, aber auch der Integrationskostenausgleich und weitere Punkte – gekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Ein Scheitern, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre fatal gewesen.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Das hätte auch unserem Verständnis einer wertschätzenden Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen nicht entsprochen. Dass diese Zusammenarbeit in Baden-Württemberg funktioniert, zeigt sich schon daran, dass die baden-württembergischen Kommunen die geringste Schuldenlast bundesweit haben.

Meine Damen und Herren, im Kommunalwahljahr möchte ich auch ein Wort des Dankes an all diejenigen sagen, die sich im Mai dieses Jahres bei den Kommunalwahlen als Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung gestellt haben; Dank an alle, die sich als Kreisräte, Gemeinderäte, Stadträte, Ortschaftsräte ehrenamtlich für das Wohl ihrer Heimat einbringen. Meine Damen und Herren, das ist die Mensch gewordene Subsidiarität.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

– Ein schöner Satz, gell?

(Heiterkeit – Abg. Nicole Razavi CDU: Fleisch geworden! – Weitere Zurufe)

– Ich weiß, das ist ein Satz für die Ewigkeit. So war es auch geplant.

(Heiterkeit – Zurufe)

– Herr Kollege, da können Sie noch etwas lernen.

(Thomas Blenke)

(Abg. Klaus Dürr AfD: Ich beantrage den Literatur-nobelpreis dafür!)

Die digitale Infrastruktur ist heute faktisch so wichtig wie Strom und fließendes Wasser. Wir haben – Herr Kollege Sckerl hat es bereits ausgeführt – in dieser Legislaturperiode bereits 1 Milliarde € bereitgestellt. Wir werden mit diesem Doppelhaushalt weitere 600 Millionen € an Verpflichtungsermächtigungen für den Ausbau der digitalen Infrastruktur aufbringen. Dieses Geld geht direkt in die Ausgestaltung vor Ort, in den Städten, aber insbesondere auch im ländlichen Raum. Es ist Geld, das für gleichwertige Lebensverhältnisse und für die wirtschaftliche Entwicklung sorgt – auch im Schwarzwald, auf der Alb, in Hohenlohe und, Herr Kollege Haser,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Im Allgäu!)

im Allgäu.

(Beifall des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Zuruf von der CDU: Bravo!)

So haben wir es in dieser Legislaturperiode geschafft, dass zum Jahresende 2018 für mehr als 87 % aller Haushalte ein Internetanschluss mit mindestens 50 Mbit/s verfügbar war. Das war eine Verbesserung um immerhin 16 Prozentpunkte gegenüber Anfang 2016.

Bevor Sie jetzt irgendwelche Einwände erheben – falls Sie es tun wollen –: Darauf ruhen wir uns natürlich nicht aus. Wir werden auch in Zukunft keine Schwarzwaldtäler – die berühmten – zuwachsen lassen.

(Abg. Norbert Beck CDU: Sehr richtig!)

Digitale Chancen brauchen auch digitale Sicherheit. Wir schaffen mit der Cybersicherheitsagentur und mit der Cybersicherheitsstrategie wichtige Verbesserungen für die Sicherheit im IT-Bereich im Land.

Auch beim Thema Spätaussiedler hat sich der eben schon erwähnte Kollege Haser intensiv eingesetzt, und es ist gelungen, dass wir die Förderung der Kulturarbeit nach dem Bundesvertriebenengesetz fortführen und einen Zuschuss – das war uns wichtig; es war auch ihm sehr wichtig – für die Landsmannschaft der Deutschen in Russland zur Verfügung stellen können.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das glaube ich, dass es wichtig war!)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich komme zur Feuerwehr, lieber Kollege Gall.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Unter anderem!)

– Unter anderem.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

– Ich weiß, die Landwirtschaft gehört neuerdings auch dazu.

Zur Sicherheit gehört auch der Bevölkerungsschutz. Die Feuerwehren in Baden-Württemberg müssen rund um die Uhr voll einsatzfähig sein. Dies sicherzustellen ist Aufgabe der Kom-

munen. Das Land hilft dabei. Deswegen stärken wir auch im jetzt kommenden Doppelhaushalt erneut die Feuerwehren.

Was die Feuerschutzsteuer angeht, erwarten wir für das Jahr 2020 ein weiter steigendes Aufkommen auf dann 68 Millionen € und im Jahr darauf sogar auf 69 Millionen €. Die Feuerschutzsteuer wird 1 : 1 für Zwecke der Feuerwehr vor Ort verwendet, vor Ort, in den Kommunen, für die Gemeindefeuerwehren und für den Ausbau der Landesfeuerweherschule in Bruchsal. Diese Landesfeuerweherschule in Bruchsal, lieber Kollege Hockenberger

(Abg. Ulli Hockenberger CDU: Sehr gut!)

als Abgeordneter aus dem Wahlkreis, ist das Modernste, was es im Bereich der Feuerwehren gibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Ulli Hockenberger CDU: Sehr gut! – Der Redner trinkt aus dem bereitgestellten Wasserglas.)

– Das war jetzt, glaube ich, das Wasser vom Kollegen Sckerl, aber das macht nichts.

Die Kapazität der Landesfeuerweherschule werden wir nämlich, obwohl sie modern aufgestellt ist, noch einmal um 25 % erhöhen. Das gewährleistet beste Aus- und Fortbildung.

Für uns, die CDU-Landtagsfraktion, ist es ein großes Anliegen, das Ehrenamt in den Blaulichtorganisationen zu stärken. Schon in früheren Haushalten haben wir hier Akzente gesetzt. Für uns gehören die Helfer vor Ort zu den wirkungsvollsten und wertvollsten Ehrenamtlichen schlechthin. Die Helfer vor Ort verkürzen nämlich die Zeit bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wenn es um Sekunden geht, werden so Leben gerettet. Es handelt sich hier um eine rein ehrenamtliche Aufgabe. Wir, die CDU-Fraktion, haben die Initiative gestartet, und sie findet im Haushalt Niederschlag, indem wir für die Helfer vor Ort einmalig rund 800 000 € zur Verfügung stellen. Damit kann sich jede Helferguppe im Land vor Ort Ausstattung, beispielsweise einen Defibrillator oder was sonst noch benötigt wird, beschaffen. Das ist Stärkung und Förderung des Ehrenamts pur.

Kommen wir zur inneren Sicherheit, zur Polizei. Wir setzen die größte Sicherheitsoffensive in der Geschichte des Landes auch mit diesem Haushalt fort. Die 1 500 zusätzlichen Stellen aus dem Koalitionsvertrag sind bereits in Umsetzung. Im Frühjahr nächsten Jahres, in wenigen Monaten, kommen die ersten fertig ausgebildeten zusätzlichen Polizisten, Herr Minister, aus der Ausbildung in die Dienststellen, in die Reviere im Land.

Damit nicht genug: Wir sorgen mit mehr Polizeibeamten sichtbar für mehr Sicherheit. Die Bürger sollen objektiv sicher leben und sich subjektiv auch sicher fühlen.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

In den nächsten beiden Jahren werden wir 3 000 Polizeianwärter einstellen, deutlich mehr, als Ersatzbedarf nötig ist. Das heißt, wir schaffen mehr und zusätzliche Stellen. Ich kann

(Thomas Blenke)

mich nicht erinnern, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass jemals so viele neue Polizisten eingestellt wurden wie in dieser Legislaturperiode seit 2016 von der grün-schwarzen Koalition.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wer mehr Polizei will, muss mehr Nachwuchs ausbilden, anders geht es nicht. Wir gehen ans Limit – wirklich ans Limit! – der Ausbildungskapazitäten, die wir haben. Wir stocken ferner bei der Polizei die Mittel für die Betriebskosten um rund 9 Millionen € im Jahr auf. Wir investieren kräftig in moderne und hochwertige Ausrüstung und Technik.

Dann gibt es seit über zehn Jahren – Kollege Sckerl hat es bereits angesprochen – für die Polizisten, die rund um die Uhr zum Schutz der Bevölkerung da sind, die Zulage für den lagerorientierten Dienst. Ich kann mich dem Kollegen anschließen: Wir haben dieses Thema auf der Tagesordnung.

(Zuruf von der FDP/DVP: Wir auch! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

– Das wissen wir; dazu komme ich gleich. – Wir haben es auf der Tagesordnung. Wir wollen diese Erschwernisse besser vergüten, lieber Kollege Binder. Das hat auch mit Wertschätzung für die zu tun, die immer für uns da sind. Wir müssen nur aufpassen, dass der Schuss nicht nach hinten losgeht. Denn es kann passieren, dass ein Beamter, wenn er eine Zulagenerhöhung bekommt, dann steuerrechtlich in die nächste Progressionsstufe kommt und unter dem Strich weniger hat als vorher.

(Abg. Carola Wolle AfD: Ach nee! Das betrifft auch jeden anderen Bürger! Das ist doch wohl der Hammer!)

Das darf nicht passieren, das wollen wir nicht, und deswegen muss dies gründlich abgewogen werden.

Die Fraktion der SPD hat im Finanzausschuss einen Änderungsantrag eingebracht, die Fraktion der FDP/DVP hat heute einen eingebracht. Das hat die GdP schon im Jahr 2014 gefordert. Damals hießen die Minister meines Wissens Gall und Schmid, beide von der SPD. Warum haben Sie es damals nicht gemacht?

An die FDP/DVP-Fraktion: Wir werden Ihren Änderungsantrag ablehnen. Sie haben da ein bisschen von Bayern abgeschrieben, was die Zulagenhöhe angeht.

(Zuruf des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP)

Dummerweise haben Sie dabei übersehen, dass die Bayern im Gegenzug aber die Wechselschichtzulage, eine andere Zulage, abgeschafft haben. Deswegen war es nur halb kopiert und somit nicht richtig.

(Abg. Stephen Brauer FDP/DVP: Irgendeinen Grund findet man immer!)

Meine Damen und Herren, die Zahl von Straftaten mit rechts-extremem Hintergrund nimmt beängstigend zu. Wir haben ein Sonderprogramm zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Der Anschlag auf eine Synagoge in Halle hat das Sicherheits-

gefühl der Menschen im Land stark erschüttert. Zwei unbeeilte Menschen verloren ihr Leben. Nicht auszudenken, was gewesen wäre, wenn der Täter in die Synagoge gelangt wäre. Es ist unsere Pflicht, jüdischen Mitbürgern den bestmöglichen Schutz zu gewähren. Deswegen stellen wir, Herr Minister, insgesamt 3 Millionen € zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Sie kommen jetzt bestimmt zum Schluss.

Abg. Thomas Blenke CDU: ... ich möchte mich zum Schluss – Frau Präsidentin, ich weiß, es leuchtet – im Namen der CDU-Landtagsfraktion bei allen Bediensteten des Landes für ihre geleistete Arbeit sehr herzlich bedanken. Wir wissen, was wir an ihnen haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ein ganz besonderer Dank gilt all den Tausenden von Menschen, die in ihrer Freizeit in kommunalen Mandaten ehrenamtlich tätig sind oder die in Blaulichtorganisationen ehrenamtlich tätig sind. Das ist Ehrenamt allerbesten Güte, und dafür bedanken wir uns sehr, sehr herzlich.

Wir werden dem Einzelplan 03, der eine kraftvolle Innenpolitik ermöglicht, zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich Herrn Abg. Binder für die SPD-Fraktion ans Redepult bitten.

Abg. Sascha Binder SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Blenke, jetzt haben Sie sich für alles bedankt, bei allen bedankt;

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nur bei der SPD nicht! – Oh-Rufe – Weitere Zurufe)

aber warum haben Sie sich denn nicht einfach für Ihre Kriminalpolizei und für Ihr Präsidium bedankt, dessen Existenz allein politische Gründe hat? Das wäre wenigstens ehrlich gewesen und hätte dem Haushalt auch ein bisschen mehr Wahrheit verschafft.

(Beifall bei der SPD)

Der vor kurzem verstorbene Erhard Eppler warb sein Leben lang für einen starken, aktiven Staat, um sowohl sicherheitspolitische als auch soziale Probleme zu lösen. Ein starker, handlungsfähiger Staat ist die Antwort an diejenigen, die unsere Demokratie bedrohen, die unsere Werte und unser Zusammenleben verächtlich machen oder angreifen wollen. Angriffe auf unsere Sicherheit und Freiheit werden wir nicht zulassen, egal, von welcher Seite, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ein starker Staat baut für mehr Sicherheit die Prävention aus, bekämpft Kriminalität effizienter und sorgt dafür, dass bestehende Gesetze schneller vollzogen werden. Wir brauchen ei-

(Sascha Binder)

nen starken, einen aktiven Staat, damit Sicherheit keine Frage des Geldbeutels ist.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Aufgaben eines starken Staates bei der Abwehr von Kriminalität gehört auch die Cybersicherheit. Dass das nicht nur eine Nachricht in den „Tagesthemen“ oder in der „Tageschau“ ist und nicht nur irgendwo, sondern auch bei uns stattfindet, konnten wir erleben, als wir gesehen haben, dass es ebensolche Angriffe auf Landeseinrichtungen gab. Deshalb hat das Land hier einiges nachzuholen.

Die Antwort des Innenministers ist ein großer Begriff. Genau den gleichen großen Begriff nannten der Kollege Sckerl und der Kollege Blenke. Sie beide haben noch etwas mit dem Innenminister gemeinsam: Auch Sie beide konnten uns nicht erklären, welche Aufgabe die Cybersicherheitsagentur eigentlich hat.

(Beifall bei der SPD)

Die Cybersicherheitsagentur soll 83 Stellen haben. Sie waren selbst dabei, Kollege Blenke: Das Innenministerium konnte im Finanzausschuss nicht einmal erklären, welche Aufgabe sie hat, wie die Zusammenarbeit mit dem LKA und anderen Stellen geplant ist. Es findet keine Bündelung statt. Welche Aufgaben den Stellen übertragen werden sollen, ist nicht bekannt. Das ist eine Luftblase, ein toller Titel, aber keine Antwort auf die Cybersicherheitsfragen unserer Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU:
Ich nehme an, Sie bekommen die Antwort heute noch!)

– Die Antwort haben wir bekommen. Aber wenn das die Antwort ist, lieber Kollege Blenke, muss ich sagen: Die Regierungsfractionen haben ihre Aufgaben bei der Aufstellung des Haushalts nicht unbedingt ordentlich gemacht. Das hätte mir nicht gereicht, um die 83 Stellen zu begründen.

Die Frage im Finanzausschuss war auch – vielleicht kann der Innenminister sie heute beantworten –, wie diese IT-Stellen – das ist ein Problem, mit dem wir uns alle beschäftigen – am Ende besetzt werden. Dazu gibt es aus den Reihen der Regierung überhaupt keinen Vorschlag. Wie können wir IT-Spezialisten für den Landesdienst gewinnen? Mit der Besoldungstabelle werden wir nicht arg weit kommen, weil wir uns in einem Gehaltsgefüge für Spezialisten befinden, die wir hierherholen wollen. Da tun wir uns schwer.

Der Ministerpräsident hat diese Analyse bereits vor einem Jahr angestellt und gesagt: Die Landesregierung macht einen Vorschlag, wie wir solche Fachleute in die Landesverwaltung bekommen. Bis heute gibt es keinen Vorschlag, keine Idee, wie man die Stellen besetzen kann. Ich bin gespannt, welche Rumpforganisation die Cybersicherheitsagentur am Ende wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Personalsituation bei der Polizei ist angespannt. Die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei sehen im Augenblick kein Licht am Ende des Tunnels, wenn sie Wochenenddienste schieben müssen, wenn sie Überstunden machen müssen. Auch die ersten Posten werden entweder für einige Zeit oder

dauerhaft geschlossen, wie man hört. Das heißt, die Personalsituation ist schwierig.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Aber Sie sehen schon, dass dagegen etwas getan wird!)

– Ich komme gleich dazu, Kollege Blenke.

(Zurufe von der CDU)

– Lassen Sie mich aussprechen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Stichwort Vorgängerregierung!)

– Nein, Kollege Blenke. Lassen Sie mich einfach die nächsten zwei, drei Sätze sagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ich glaube, dass sich der jetzige Innenminister mit dem gleichen Problem auseinandersetzt wie sein Vorgänger: Jahrzehnte davor ist keine Personalplanung gemacht worden.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Nee, nee!)

– Da brauchen Sie nicht den Kopf zu schütteln. Es gab Innenminister, bei denen wurden gerade einmal 150 Anwärtinnen und Anwärter ausgebildet. Es gab Innenminister in diesem Land, die Kapazitäten deutlich zurückgefahren haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, richtig! – Abg. Andreas Stoch SPD: Alles CDU-Innenminister!)

– Alles CDU-Innenminister.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Siegfried Lorek CDU)

– Kollege Lorek, Sie wissen doch ganz genau, dass man das, was über 20, 30 Jahre bei der Personalplanung versäumt worden ist, nicht binnen zehn Jahren erledigen kann.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Er sollte es eigentlich besser wissen!)

Ich glaube, dass sowohl die Vorgängerregierung als auch die aktuelle Regierung – da sind wir uns doch wohl einig – alles getan haben, dass es besser wird. Aber die Versäumnisse bei den Vorgängerregierungen waren so schwerwiegend, dass es gar nicht innerhalb von zehn Jahren möglich gewesen ist, das zu verhindern, was wir jetzt erleben, nämlich diese Personalnot bei der Polizei in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte immer daran appellieren – das habe ich von Anfang an getan –: Sie sollten den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nicht Zahlen an den Kopf werfen, von denen sie nichts haben, und sollten den Leuten draußen nicht den Eindruck vermitteln – jetzt haben Sie es auch wieder gesagt –, es sei wieder mehr Polizei da.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ja, noch nicht!)

– Nein. Sie haben vorhin gesagt: Wir werden jetzt wieder mehr Polizei auf der Straße haben, weil die Anwärtinnen und Anwärter fertig sind.

(Sascha Binder)

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ich habe gesagt, im März nächsten Jahres kommen die ersten!)

– Ja, da haben wir mehr Polizei. Das haben Sie gesagt. Aber was denken denn die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, wenn Sie das sagen? Für diese wird sich dadurch noch nicht viel ändern. Wir werden das Delta erst 2024 wirklich überwunden haben.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das Delta habt doch ihr geschaffen!)

Deshalb erzählen Sie nicht draußen irgendetwas, was mit der Realität nichts zu tun hat. Wir anerkennen Anstrengungen. Aber versuchen Sie nicht, Zahlen in den Raum zu werfen, mit denen niemand etwas anfangen kann.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Thomas Blenke: Sie hätten damit anfangen können! – Gegenruf des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Lasst ihn doch mal ausreden!)

– Wir haben damit angefangen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch zwei, drei Sätze zum Thema Polizei sagen. Es geht ja nicht nur darum, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in unserem Land wirklich einen schweren Dienst machen, viele Überstunden schieben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt sind Sie wieder richtig!)

– Ja, aber ich glaube, dass Teile der CDU oder zumindest ein Teil der CDU nicht mehr ganz richtig ist. Es geht um Angriffe gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, entweder tätliche Angriffe oder verbale Angriffe, wie wir sie am letzten Wochenende in zwei Stadien erlebt haben,

(Zuruf: Genau!)

das eine Mal in einem kleineren Ausmaß bei einem Zweitligisten aus dem Umfeld und das andere Mal in größerem Ausmaß bei einem badischen Verein. Bisher habe ich keine Distanzierung gehört, weder von der einen noch von der anderen Vereinsführung. Wenn ich sehe, dass ein Abgeordneter des Deutschen Bundestags,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: CDU!)

der gleichzeitig Mitglied der CDU ist, es bisher nicht fertiggebracht hat, zu verurteilen, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte verbal so angegangen werden, dass Polizeiführer namentlich angegangen werden, kann ich nur appellieren: Sehr geehrter Herr Innenminister, sorgen Sie dafür, dass da Ordnung hineinkommt und eine Distanzierung stattfindet, wenn es um verbale Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte geht.

(Beifall bei der SPD)

Egal, wie wir zu unterschiedlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt in Fußballstadien und darum herum stehen: Wichtig ist – ich glaube, da sind wir uns einig –,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Da sind wir uns einig!)

dass eine Distanzierung stattfinden muss, damit klar ist, dass Vereine und Vereinsführungen so etwas nicht dulden. Stattdessen wird es laufen gelassen, und es wird nichts dazu gesagt.

Lassen Sie mich noch zwei, drei Sätze zum Thema Migration sagen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Migration haben wir folgende Situation: Gut integrierte Flüchtlinge werden abgeschoben. Teilweise werden – das haben wir erlebt – Schülerinnen und Schüler aus dem Klassenzimmer heraus abgeschoben. Die führende Regierungsfraktion kritisiert dies zwar verbal, führt aber keine Änderung beim Handeln dieser Landesregierung herbei. Tun Sie uns doch einen Gefallen: Das, was Sie in Sonntagsreden sagen, liebe Grüne, ist ja nicht falsch. Aber tun Sie draußen nicht so, als ob Sie in dieser Regierung auf der Zuschauerbank säßen. Sie führen das Staatsministerium, Sie haben die Richtlinienkompetenz. Sorgen Sie dafür, dass dort mehr Menschlichkeit einzieht, und sorgen Sie dafür, dass die Richtigen abgeschoben werden und nicht die Falschen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wer sind denn die Richtigen?)

Lassen Sie mich zum Abschluss einen herzlichen Dank an die Beamtinnen und Beamten sagen, die in den Sicherheitsbehörden dieses Landes arbeiten, an die Ehrenamtlichen im Rettungs- und Sanitätsdienst, an die Feuerwehren in Baden-Württemberg und alle, die jeden Tag dafür sorgen, dass unser Baden-Württemberg so sicher ist, wie es ist.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat die AfD-Fraktion das Wort. Ich darf zuerst Herrn Abg. Rottmann aufrufen.

Abg. Daniel Rottmann AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen! Einzelplan 03 – Inneres, Digitalisierung und Migration –, dazu könnte man sagen: Aller guten Dinge sind drei – wenn es nicht um innere Sicherheit, Digitalisierung und Migration in Baden-Württemberg ginge. Ich stehe heute hier,

(Abg. Reinhold Gall SPD: ... und kann nicht anders!)

weil ich mich für das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person einsetze. Für diejenigen, die es vielleicht nicht wissen: Das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit wird in Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte garantiert.

Im Kontext der Haushaltsdebatte sieht die AfD-Fraktion für Baden-Württemberg die Sicherheit unserer Mitbürger nicht mehr gegeben, und auch unsere Rettungskräfte und alle, die sich für Sicherheit und Leben einsetzen, sind in unserem Land mittlerweile gefährdet. Allein 2018 gab es 4 767 Fälle von Gewalt gegen Polizisten,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Hört, hört!)

(Daniel Rottmann)

175 Angriffe gegen Angehörige des Rettungsdienstes und 21 Angriffe gegen Angehörige der Feuerwehr.

(Der Redner hält eine Zeitungsseite hoch.)

„Tödliche Attacke auf Feuerwehrmann schockiert Augsburg“ – das war Anfang der Woche die Schlagzeile. Augsburg ist nicht Baden-Württemberg, aber es ist nicht weit weg, und die Anschläge kommen näher. Ich möchte solche Schlagzeilen nicht wieder lesen.

(Beifall bei der AfD)

Unsere Polizei in Baden-Württemberg wird kaputtgespart.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das stimmt doch nicht!)

Bei der Polizeidichte liegt Baden-Württemberg auf dem letzten Platz in ganz Deutschland. Auf nicht weniger als 453 Bürger kommt ein Polizist. Seit drei Jahren erzählt uns der Minister von mehr Polizeibeamten, doch seitdem hat sich in der Summe kaum etwas getan. In jedem Jahr gehen mehr Polizisten in den wohlverdienten Ruhestand, als solche, die neu ihren Dienst antreten, hinzukommen. Die große Wende kommt erst 2020, wenn 39 – in Buchstaben: neununddreißig – Polizisten mehr in den Dienst kommen, als in den Ruhestand gehen. Das ist die Innenpolitik von Minister Strobl und der Landesregierung. Herzlichen Dank!

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie verstehen es überhaupt nicht! Die müssen doch erst ausgebildet werden!)

Der Innenminister gefällt sich in Sonntagsreden und Durchhalteparolen. Seine Polizeistatistik als Kernbestandteil der Innenpolitik aber ist krachend gescheitert. Seit Tagen berichten die Medien, dass kriminelle Clans Polizisten einschüchtern – vielleicht noch nicht hier in Baden-Württemberg, aber auch das ist nur eine Frage der Zeit.

Über zugewanderte Straftäter und Gefährder will ich hier gar nicht groß reden. Wer die Tageszeitung liest oder das neue „Westfernsehen“, die Medien aus der Schweiz und Österreich, verfolgt, der weiß, wovon ich rede.

(Beifall bei der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Vor allem „Russia Today“!)

– Die „Neue Zürcher Zeitung“, Herr Sckerl, kann ich Ihnen sehr empfehlen.

Zur Stärkung der Polizei in Baden-Württemberg bzw. der inneren Sicherheit und zur Anerkennung der großen Leistung unserer Polizeibeamten setzt sich die AfD für die Einführung der zweigeteilten Laufbahn ein. Zum Selbstschutz der Polizeibeamten fordert die AfD die flächendeckende Einführung von Distanz-Elektroimpulsgeräten bei der Polizei, den sogenannten Tasern. Dafür muss der Betrag aufgestockt werden, der bisher in den Haushalt eingestellt wurde. Dies dient dem Eigenschutz der Beamten und ist wichtig.

(Beifall bei der AfD)

Dieses Geld müssen uns unsere Polizisten wert sein.

Aber auch im Bereich der Migration wollen wir die Sicherheit unseres Landes erhöhen und Kosten für Fehlentwicklungen

reduzieren. Die frei werdenden Gelder können und sollen in die Verbesserung der Sicherheit und die Stärkung der Polizei investiert werden. Die entsprechenden Anträge liegen vor.

Für die Haushaltsjahre 2020/2021 fordert die AfD-Fraktion im Bereich der Migration eine Reduzierung der Ausgaben um 40 %; denn der Rückgang der Asylanträge führt auch zu geringeren Kosten und weniger Ausgaben. Außerdem schlägt die AfD eine Komplettumstellung auf Sachleistungen statt Geld für die Asylbewerber vor. Dies würde einen Pullfaktor der unerlaubten Zuwanderung ausschalten.

Der Landesflüchtlingsrat erhält noch immer zu viel Geld, obwohl er in der Vergangenheit regelmäßig Abschiebungen sabotierte und dies weiterhin zu tun scheint und damit den Rechtsstaat unterminiert.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Im Sinne der rechtsstaatlichen Verfassungsordnung ist der Staat zur Wahrung der Bürger- und Grundrechte verpflichtet. Deshalb fordere ich Sie, Herr Innenminister, auf: Hören Sie auf mit ideologisierten Kriminalitätsstatistiken. Ausländer mit doppelter Staatsbürgerschaft werden als deutsche Straftäter in der Statistik geführt. Die ausländische Herkunft der Täter wird aber nicht angegeben. Hier brauchen wir eine Differenzierung, eine neue Kategorie. Doppel- und Mehrfachstaatsbürgerschaften müssen ausgewiesen werden. Sie tun das im Bereich des Antisemitismus, wo Sie sich für eine stärkere Differenzierung einsetzen. Das ist zu begrüßen. Aber auch an dem Punkt der Mehrfachstaatsbürgerschaften muss eine genauere Differenzierung erfolgen.

Stärken Sie unsere Sicherheitskräfte, stärken Sie sie finanziell und personell. Stellen Sie sich hinter die Polizei, um ihr den Rücken zu stärken. Aber stellen Sie sich bei Angriffen auch vor sie, um sie zu verteidigen. Manchmal hat man den Eindruck, dass Sie sich hinter der Polizei verstecken, gerade wenn es um die Aufklärung schwerer Straftaten geht.

Nicht selten riskieren Polizeibeamte ihr Leben für die Sicherheit aller Mitbürger. Herr Innenminister, schützen Sie Baden-Württemberg. Tun Sie das aufrichtig, denn es ist unser Bürger- und Menschenrecht: sicher in Baden-Württemberg leben.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Dann darf ich für die Fraktion der FDP/DVP Herrn Abg. Weinmann aufrufen.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist erfreulicherweise eines der sichersten Länder in Deutschland. Dies ist insbesondere dem erfreulichen Wirken unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu verdanken. Ihnen sagen wir an dieser Stelle ganz herzlich Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Doch wie umfänglich spiegelt sich die Wertschätzung, spiegelt sich die Anerkennung abseits der Sonntagsreden wider? Lassen Sie mich die Personalsituation beleuchten.

(Nico Weinmann)

Heute haben wir auf den Straßen weniger Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte als 2016. Die fehlende Polizeipräsenz spiegelt sich auch in dem subjektiven Sicherheitsgefühl vor Ort in den Kommunen wider. Erst 2022 werden wir den Stand von 2016 erreichen, und erst 2024/2025 werden wir tatsächlich 1 500 zusätzliche Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auf den Straßen haben. Zu spät haben wir die bestehenden Ausbildungskapazitäten genutzt, haben wir die Kapazitäten entsprechend ausgebaut.

(Beifall bei der AfD)

Während in anderen Bereichen personell üppig aufgerüstet wurde, fällt dies in den Kernbereichen des Landes – beispielsweise beim Landesamt für Verfassungsschutz – sehr, sehr spärlich aus. Zunächst erfolgte nur eine Aufrüstung um sechs Stellen, dann auf 25 weitere Stellen zur Beobachtung des Rechtsextremismus. Bleiben diese sechs Stellen zur Wahrnehmung der zahlreichen übertragenen Aufgaben – ob bei der Überwachung des linken bzw. des religiösen Extremismus, der Cyber- oder der klassischen Spionage oder bei den weiteren Aufgaben, die wir an das Landesamt für Verfassungsschutz übertragen haben; denken Sie an die Sicherheitsüberprüfung –, fällt dies schlechterdings zu gering aus.

Das setzt sich fort, denn viele Projekte in dem Haushalt zeigen, dass eigentlich Geld vorhanden ist – allerdings keine 5 Millionen € für die Erhöhung der Zulagen für den lageorientierten Dienst. Für Hunderte Beamtinnen und Beamte, die an den Wochenenden, an Feiertagen, in Nachtschichten auf den Straßen unterwegs sind, um für unsere Sicherheit zu sorgen – in Fußballstadien, auf Weihnachtsmärkten –, gibt es eine mickrige Zulage, die je nach Anlass bei 88 Cent die Stunde liegt.

(Beifall des Abg. Stephen Brauer FDP/DVP)

Kein Wunder, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass jeder sechste Polizist einer Nebentätigkeit nachgeht. Wir sollten, um hier einen motivierten Nachwuchs, um motivierte Polizistinnen und Polizisten zu haben, Geld in die Hand nehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Kollege Blenke, mit Verlaub: Ein Verweis auf die Progression hilft da nicht.

Denken Sie an die Ausstattung. Nicht einmal jede Polizeidienststelle hat WLAN. Unvorstellbar! In Baden-Württemberg rühmen wir uns, wenn für 25 000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte 1 000 Smartphones angeschafft werden. Nordrhein-Westfalen hat im September ein neues Programm auf den Weg gebracht, das bis März nächsten Jahres umgesetzt werden soll: 20 000 Smartphones für 42 000 Polizisten. Jeder Zweite bekommt ein Smartphone – in Baden-Württemberg ist es nicht einmal jeder Zehnte. Auch hier können Sie entsprechend korrigieren. Stimmen Sie unserem Antrag auf Erhöhung der Sachmittel für die Digitalisierungsmaßnahmen bei der Polizei zu, damit zumindest in jedem Streifenwagen ein Smartphone vorhanden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auch bei der objektiven Sicherheit zeigen sich mitunter Lücken. Nach den schrecklichen Anschlägen in Halle und den

offenkundigen Defiziten bei der Sicherheitsausstattung von jüdisch-israelischen Einrichtungen hat die Landesregierung 1 Million € pro anno zur Verfügung gestellt. Warum letztendlich in diesem Haushalt 50 % der Mittel, die klassisch sicherheitspräventiv sind, aus dem Haushalt des Kultusministeriums kommen, lasse ich einmal dahingestellt. Aber es wird deutlich, dass die 1 Million € klar hinter dem tatsächlichen und plausiblen Bedarf, den die israelitischen Gemeinden mit 2,3 Millionen € vorgelegt haben, zurückbleibt.

Wir fordern Sie auf, liebe Kolleginnen und Kollegen, unserem Antrag zuzustimmen, den wir angepasst haben, damit hier auch ein Signal an unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ausgesandt wird, dass wir in diesem Haus geschlossen hinter ihnen stehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zum Thema „Cybercrime und Digitalisierung“ wird in der zweiten Runde der Kollege Karrais sprechen. Aber als erstes Fazit kann ich festhalten, dass, egal, ob bei den Strukturen, den rechtlichen Grundlagen oder der materiellen Ausstattung, dieser Haushalt ambitionslos und in einigen Bereichen enttäuschend ist und weiter hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Mir liegt jetzt noch eine Wortmeldung von der AfD vor. Herr Abg. Dürr, Sie haben das Wort.

Abg. Klaus Dürr AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit dem Thema Spitzabrechnung an die Rede meines Kollegen Daniel Rottmann anknüpfen. In vielen Gesprächen mit den Kommunen – Sie haben sich zwar mit ihnen geeinigt, aber diese haben ganz deutlich etwas an mich adressiert – nehme ich ein Murren im Zusammenhang mit der sogenannten Spitzabrechnung wahr. Frau Kollegin Wölfe hatte dies ja auch in der letzten Befragung thematisiert und für meine Begriffe nicht besonders erfreuliche Antworten bekommen: 2021 wollen Sie mit der Sache fertig sein.

Ich frage Sie, Herr Strobl, als selbst ernannten Kommunalminister: Wie kann das sein? Die Gemeinden und Kreise haben aufopferungsvoll die von Berlin herabdelegierte „Wir schaffen das“-Aufgabe an- und wahrgenommen. Beenden Sie endlich die kleinkarierte Prüferei. Sie müssen wirklich nicht jeden einzelnen Kassenbon überprüfen, den die Ihnen einreichen, und selbst kontrollieren.

(Beifall bei der AfD)

Oder vertrauen Sie den öffentlichen Verwaltungen nicht? Wir tun das. Ich gehe davon aus, dass diese nach Recht und Gesetz handeln. Sie etwa nicht?

(Zuruf von der CDU: Den Rechnungshofbericht lesen!)

Als Digitalminister haben Sie doch sicherlich ein entsprechendes IT-geschütztes Prüfverfahren implementiert, das die digitalen Massendaten durch Plausi-Prüfungen jagt. Danach genügen dann ja wohl Stichproben. Da fallen Ihnen schon die

(Klaus Dürr)

Dinge auf, die herausfallen. Dann überweisen Sie es einfach sofort. Dann ist das ganze Administrative für dieses Thema wohl Mitte nächsten Jahres erledigt.

Aber mir drängt sich hier eher der Verdacht auf, dass Sie vor der nächsten Landtagswahl keine transparenten, umfassenden Kostenübersichten über dieses Themenfeld veröffentlichen wollen. Es ist ja immer besser, es ist noch nicht fertig.

(Heiterkeit der Abg. Carola Wolle AfD)

Kommen wir zum Rettungsdienst. Unser Antrag liegt vor. Den Antragsstau mit 20 Millionen € abzubauen, das halten wir für sinnvoll. Ich verstehe nicht, dass der Antrag bisher abgelehnt wurde. Zur Wertschätzung der Einsatzbereitschaft unserer Ehrenamtlichen schlagen wir vor, Richtung „Löschrente“ etwas zu tun oder wenigstens einmal das Symbol zu geben, zum Ausgleich kostenlosen Eintritt in die vom Land bezuschussten öffentlichen Einrichtungen zu gewähren oder bei Veranstaltungen gern auch für die Familienangehörigen etwas beizusteuern. Wir bezahlen eh den Anteil des Landes. Dass Sie und andere in diesem Haus dies bockig wie kleine Kinder ignorieren und ablehnen, lässt tief blicken – vor allem in den Wahrheitsgehalt der Sonntagsreden.

Nun zum digitalen – sagen wir einmal – Scherbengericht. Deutlich zu erkennen ist jedenfalls: Das Drehbuch des Haushalts schrieben vermutlich grüne Koblode, die schon einmal aus dem fernen Berlin Gigawatt mit Gigabyte verwechseln und den Menschen dann mit viel Charme und Lächeln weismachen wollen: „Die Stromnetze fungieren als Speicher. Das ist ja alles ausgerechnet.“

(Abg. Thomas Blenke CDU: Habt ihr einen neuen Redenschreiber?)

Da reiht sich hervorragend ein die unsichtbare Frau – ich nenne sie die digitale Bär –, im Bundeskanzleramt verantwortlich für Digitales. Ich habe die Frau noch nie gesehen; die nimmt man nicht wahr. Ich glaube, die Leistungen sind, so sagen wir mal, einfach entbehrlich.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Auch Frau Esken ist eine digitale Kapazität in der Bundesregierung. Auch davon habe ich noch nie etwas gehört. Währenddessen träumt die selbst ernannte Digital-First-Partei von einem Digitalministerium. Mit Verlaub, Herr Rülke, was Sie bisher hier zu diesem Thema geliefert haben, erinnert eher an ein Digital-Mysterium. Wäre es Ihnen wirklich ernst, ginge es Ihnen um die Sache, dann hätten Sie längst einigen unserer Anträge zugestimmt. In der letzten Haushaltsdebatte bestand die Digitalisierung ja für Sie teils aus Funklöchern. Die Kompetenz auf diesem Gebiet liegt in diesem Haus eher bei uns, liegt eher rechts von der Mitte.

Beim Breitbandausbau ist der ländliche Raum aus unserer Sicht auch weiterhin stark benachteiligt. Daraus folgt für uns: Die Mittel für die Breitbandförderung müssen massiv aufgestockt werden, und zwar vor allem im ländlichen Raum.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Allein der Enzkreis beantragt 50 Millionen €. Sie waren beim Breitbandgipfel in Calw nicht anwesend; das war klar adres-

siert. Nebenbei möchte ich in diesem Fall noch daran erinnern: Allein das Stuttgarter Projekt „Stern“ braucht 500 Millionen € aus kommunaler Hand und damit auch Förderungen.

Ich komme zum Schluss und prophezeie Ihnen: So, wie das aufgerufene 50-Mbit-Ziel 2018 gescheitert ist, wird auch das neue plakative Ziel der flächendeckenden Gigabitversorgung bis zum Jahr 2025 krachend scheitern. Begleitet von KI aus dem Ausland und nicht vorhandener digitaler Souveränität im Bereich der sicherheitsrelevanten Hard- und Software ist diese Regierung eher nicht die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der AfD)

Für den Energie- und Automobilsektor ist die Analyse ähnlich zerstörerisch; leider ist die Entwicklung bereits voll im Gang.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun liegt mir noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Karrais von der FDP/DVP vor.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist sehr schade, dass wir nur zehn Minuten Redezeit zur Verfügung haben, um über den Einzelplan 03 zu sprechen. Meine Vermutung war: Man wollte vermeiden, dass man auch über Digitalisierung spricht, und wollte, dass man sich auf das Hauptthema „Innere Sicherheit“ fokussiert. Denn zur Digitalisierung gibt es auch einiges zu sagen. Daher ist es schön, dass ich die Gelegenheit dazu habe. Ich werde die knappe Zeit, die wir dafür zur Verfügung haben, jetzt auch nutzen.

Herr Kollege Dürr, Sie haben hier gerade behauptet, die FDP/DVP-Fraktion würde im Bereich Digitalisierung nichts liefern. Das ist völliger Quatsch. Ich glaube, Sie haben die Anträge einfach nicht gelesen, auch nicht die Anträge, die wir unterjährig regelmäßig in den Innenausschuss einbringen und auf deren Grundlage wir der Landesregierung verschiedene Fragen stellen und auch kritisch nachfragen. Das ist eine digitale Arbeit. Von den anderen Fraktionen kommt zu diesem Thema wenig bis gar nichts. Das ist sehr schade. Da wird auf jeden Fall etwas gemacht.

Wir haben auch zum Breitbandbereich entsprechende Anträge gestellt, z. B. zur Einführung einer Glasfaserprämie, mit der wir die Nachfrage nach Glasfaseranschlüssen fördern könnten. Denn es sind nicht nur der Staat und die Unternehmen, die ausbauen sollen, sondern es muss auch eine entsprechende Nachfrage vorhanden sein. Dazu haben wir entsprechende Anträge gestellt. Wir hoffen, dass sich die Landesregierung dann auch in diese Richtung bewegt, auch wenn es zunächst abgelehnt wurde.

Damit sind wir bei einem weiteren wichtigen Punkt: Die Breitbandinfrastruktur in Baden-Württemberg ist leider sehr schlecht. Die atene KOM hat einmal im Auftrag des BMVI erhoben, wie viele Anschlüsse mit hoher Bandbreite denn in Baden-Württemberg verfügbar sind. Das sind 6,2 % der Hausanschlüsse. Damit belegt Baden-Württemberg zusammen mit Sachsen die Plätze 15 und 16 in Deutschland. Das ist sehr schlecht, aber es ist auch kein Wunder, dass sich die Landesregierung rühmt; denn sie spricht davon, dass schon 50 Mbit/s

(Daniel Karrais)

das schnelle Internet seien. So haben wir das öfter einmal vom Ministerpräsidenten gehört, der immer wieder behauptet hat, Baden-Württemberg stelle sich ja gar nicht so schlecht, hier seien irgendwie 95 % mit 50 Mbit/s und damit mit schnellem Internet versorgt. Das ist kein schnelles Internet, sondern das ist einfach nur eine Krücke im 21. Jahrhundert.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Da wünschen wir uns mehr Engagement.

Es gibt die Digitalstrategie, die auch hier gerühmt wird. Es ist schon einmal ein guter Ansatz, dass man sich überlegt: Wohin wollen wir eigentlich? Das sind gute Ideen, die aber von der Landesregierung in diesem Haushalt leider nicht so hinterlegt werden, wie sie hinterlegt werden müssten. Das ist der eigentliche Knackpunkt. Die Ideen sind da, und die Einsicht, dass der Bedarf vorhanden ist, ist auch gegeben. Aber bei der Landesregierung fehlt die Konsequenz, das umzusetzen. Das ist sehr bedauerlich; denn gerade da haben wir große Baustellen, wenn wir davon sprechen, dass sich die Wirtschaft umbaut und es in diesem Bereich eine Transformation gibt. Dann müssen wir eben auch eine digitale Transformation vorbereiten und den Weg bereiten.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Gegenruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Der Unsinn kam ja von der Seite da drüben!)

Wir haben auch noch – das wurde von Herrn Kollegen Binder angesprochen – die Cybersicherheitsagentur, die geschaffen werden soll.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich darf jetzt um Aufmerksamkeit für den Redner bitten.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Vielen Dank. – Leider hat zum Zeitpunkt der Ausschusssitzung noch ein konkreteres Konzept, was genau passieren soll, gefehlt. Plötzlich wurde die Zahl der Stellen von 46 auf 83 ausgebaut – ohne wirkliche Begründung. Diese wurde dann zwar nachgeliefert, aber so richtig schlüssig ist das für uns noch nicht. Deshalb sind wir da sehr skeptisch, auch wenn natürlich jede Anstrengung im Bereich Cybersicherheit extrem notwendig ist. Das haben wir an den Ereignissen der vergangenen Jahre definitiv gesehen, wobei auch Landeseinrichtungen angegriffen wurden. Wir sind sehr gespannt, was da kommt.

Wir sehen es aber sehr kritisch, dass eine Behörde geschaffen werden soll, die die bisher schon vorhandenen Aktivitäten lediglich koordinieren soll, aber keine operativen Kompetenzen hat, und dies mit 83 Stellen. Das ist schon ein ganz schönes Wort, vor allem, wenn wir andernorts darüber reden, dass es in anderen Haushaltsbereichen – gerade auch bei der inneren Sicherheit – zu wenige Stellen gibt.

Wir haben – das ist sehr erfreulich, weil in diesem Zusammenhang auch die Frage aufgeworfen wurde, woher man die Fachkräfte bekommt – den Antrag eingebracht, IT-Zulagen für Bedienstete des Landes einzuführen. Danach können Fachkräfte, die entsprechende Qualifikationen aufweisen, zu ihrem Ge-

halt zusätzliche Gelder bekommen, damit man den öffentlichen Dienst für IT-Fachkräfte attraktiver macht.

Erfreulich war, dass die Regierungsfractionen unserem Antrag beigetreten sind und damit jetzt ein Konzept ausgearbeitet werden soll. Das ist ja schön. Die Landesregierung bzw. die Regierungsfractionen sind leider selbst nicht auf diese Idee gekommen.

(Abg. Tobias Wald CDU: Einfach machen!)

Das zeigt auch, lieber Kollege Dürr: Die FDP/DVP-Fraktion wirkt im Bereich Digitalisierung. Da geht etwas voran, und wir können da auch stark weitermachen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir stehen weiterhin vor großen Herausforderungen im Bereich der Digitalisierung, was das E-Government betrifft, was den Breitbandausbau als Grundlage des Ganzen betrifft, und die Forderung nach einem eigenen Digitalisierungsministerium kann man immer nur wiederholen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn es gibt hier einen Flickenteppich an Zuständigkeiten: Die für den Mobilfunk liegen beim Wirtschaftsministerium, die für das Breitband beim Innenministerium, und die Verwaltung ist komplett aufgedröselst. Da braucht man einfach mehr Konsequenz und mehr Tatendrang – gebündelt in einem Haus, unter einer Verantwortlichkeit.

Mit diesen Worten schließe ich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Das war doch jetzt aber eine ordentliche Redezeit!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 03.

(Zurufe, u. a.: Da gibt es auch noch eine Regierung! – Unruhe)

– Entschuldigung, bitte. Danke. Es sind so viele Fragen aufgeworfen worden. Lieber Herr Minister, lieber Thomas Strobl, Entschuldigung.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin! Ich war selbst etwas überrascht, dass es aus den Reihen der Opposition nicht mehr Bemerkungen gibt.

(Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Bei zehn Minuten wird es schwierig!)

Aber ich nehme das als einen Ausweis dafür, dass im Innenressort offensichtlich auch vieles gut und in Ordnung zu sein scheint.

(Beifall des Abg. Karl Rombach CDU)

(Minister Thomas Strobl)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, als Erstes möchte ich das Parlament zeitnah über etwas informieren. Der Einzelplan 03 umfasst auch Mittel für die Kommunen. Sie alle haben mitbekommen, dass es in der Gemeinsamen Finanzkommission außerordentlich schwierige Verhandlungen gegeben hat. Wir waren nun vorgestern und gestern unter zehn Augen – Frau Kollegin Finanzministerin, die Spitzen der kommunalen Landesverbände – gemeinsam zusammengesessen. Ich darf Ihnen sagen: Der gordische Knoten ist durchschlagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Wir lassen die Kommunen nicht allein, weder beim BTHG noch bei den geduldeten Flüchtlingen noch beim Integrationskostenausgleich. Das ist auch richtig so. Wir haben das in den vergangenen beiden Jahren nicht getan – nicht im letzten Jahr, nicht in diesem Jahr.

Wir werden mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 auch fest an der Seite der Kommunen stehen – und wir gehen noch darüber hinaus: Baden-Württemberg hat die stärksten Kommunen in dieser Republik; sie sind stärker als die in Bayern. Wir stellen mit diesem Doppelhaushalt die Weichen dafür, dass dies bis weit in das nächste Jahrzehnt hinein so bleiben wird, und das ist gut für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

„Baden-Württemberg – mit Sicherheit erfolgreich“, das ist eine Losung, die wir uns mit Stolz auf die Fahnen schreiben können. Die innere Sicherheit ist ein Markenzeichen dieser Landesregierung, dieser Koalition, dieses Landes Baden-Württemberg. Es zeichnet dieses wunderbare Land, es zeichnet unsere Heimat aus, dass die Menschen hier so sicher leben wie im Grunde genommen nirgendwo anders in dieser Republik, in Europa, ja, auf dem ganzen Globus.

Aber dass Baden-Württemberg in allen Vergleichen so gut dasteht, ist freilich kein Selbstläufer, und es ist auch nichts, worauf man sich ausruhen dürfte. Der Philosoph Karl Popper, von dem das poppersche Paradoxon stammt, hat gesagt:

Es gibt eine Paradoxie im Wohlergehen der Menschheit: Das Wohlergehen der Menschheit beruht auf einer wirklichen Wachsamkeit gegen eine Menge Gefahren, aber das Wohlergehen vernichtet auch die Wachsamkeit.

Genau darum geht es. Die Sicherheit – ja, auch das Sicherheitsgefühl der Menschen – ist ein hohes und sehr sensibles Gut, das man, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, jeden Tag neu erarbeiten muss.

Es sind nun über drei Jahre, in denen ich Verantwortung für die Sicherheit der Menschen in Baden-Württemberg tragen darf – im Übrigen nicht nur für die Menschen in diesem Land, sondern speziell auch für die Angehörigen der baden-württembergischen Landespolizei, 33 000 an der Zahl. Das eine bedingt das andere: Nur eine starke Polizei kann eine stabile Sicherheitslage in unserem Land gewährleisten und auch die zahlreichen neuen Herausforderungen und Aufgaben stemmen. Damit die Polizei das auch morgen noch leisten kann, müssen wir uns heute Gedanken machen. Es ist mein fester Wille, die Polizei zukunftsstark zu machen, damit sie frühzeitig auf die Herausforderungen einer sich ständig verändernden Sicherheitslage eingehen kann.

Zukunftsfähig machen wir im Übrigen mit diesem Doppelhaushalt die baden-württembergische Landespolizei bis weit in das nächste Jahrzehnt hinein. Das ist unsere Aufgabe. Wir machen uns für eine bürgernahe und gut ausgestattete Polizei stark – und wir machen uns nicht nur stark, sondern wir handeln entsprechend. Geleitet werden wir bei unserer Arbeit mit der Polizei und für die Polizei immer von einem Dreiklang aus einer guten Personalausstattung, einer guten Rechtsetzung und einer modernen sächlichen Ausstattung.

Unsere Polizei in Baden-Württemberg steht vor großen Aufgaben. Die aktuelle Sicherheitslage und die anhaltende Bedrohung durch den islamistischen Terror, aber auch durch den Rechtsextremismus offenbaren, wie wichtig eine angemessen ausgestattete und funktionierende Polizei sowie ein gut ausgestattetes Landesamt für Verfassungsschutz sind,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Und der Linksextremismus?)

um die Sicherheit in unserem Land gewährleisten zu können.

Der Mord an Walter Lübcke und der Anschlag in Halle haben sehr deutlich und auf schreckliche Weise gezeigt, dass wir den Kampf gegen den Rechtsextremismus weiter verschärfen müssen. Es ist nicht so, dass wir in den letzten drei Jahren nichts getan hätten, doch bin ich dem Haushaltsgesetzgeber außerordentlich dankbar, dass für das Sonderprogramm Rechtsextremismus, das ich vorgeschlagen habe, strukturell, also Jahr für Jahr,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Was ist mit Linksextremismus? Gar nichts!)

5 Millionen € für Personal und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden. Damit verstärken wir das Landesamt für Verfassungsschutz und die Polizei in diesem Bereich zielgenau. So können die Sicherheitsbehörden das rechtsextremistische Personenpotenzial und davon ausgehende Gefahren und Straftaten noch besser aufspüren, identifizieren und dagegen vorgehen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Auf dem linken Auge sind Sie blind! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ganz konkret werden z. B. beim Verfassungsschutz – Herr Kollege Weinmann, das finde ich schon wichtig – 25 zusätzliche Stellen geschaffen, um Hinweise auf rechtsextremistische Verdachtsfälle und Radikalisierungsprozesse bearbeiten

(Zuruf des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP)

und Hinweisen im Netz auf radikalisierte Einzeltäter sowie extremistische Hassbotschaften und Gewaltaufrufe verstärkt nachgehen zu können. Natürlich kann es immer ein bisschen mehr sein. Ich möchte nur daran erinnern, dass wir seit 2016 auch im Landesamt für Verfassungsschutz einen kontinuierlichen Aufbau der Personalstellen hatten. Ich finde, diese 25 Stellen –

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

darüber bin ich mir im Übrigen mit der Präsidentin des Landesamts hundertprozentig einig – müssen erst einmal besetzt

(Minister Thomas Strobl)

werden. Da wir gerade für das Landesamt für Verfassungsschutz hoch qualifiziertes Personal benötigen, ist das nicht trivial.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Ich bin sehr froh darüber, dass der Landtag von Baden-Württemberg in diesem Bereich einen Schwerpunkt setzt und wir das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz signifikant stärken können.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Die Stasi ist auch systemrelevant!)

– Das ist auch wegen solcher Zwischenrufe dringend notwendig.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Stefan Räßle AfD: Das sind die Blockparteien wie in der DDR! Die Blockflöten! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sind auch schon eine Flöte! – Gegenruf des Abg. Stefan Räßle AfD: Sie sind die Blockflöten! – Glocke der Präsidentin)

Die Polizei verstärken wir insbesondere mit Ermittlungsassistenten, mit Datenanalysten sowie mit IT-Spezialisten. Zusätzlich stehen im Rahmen des Sonderprogramms knapp 1,3 Millionen € an einmaligen Mitteln für die technische Ausstattung zur Verfügung. Mit diesem Sonderprogramm Rechtsextremismus

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

sind die Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg noch besser für den Kampf gegen Rechtsextremismus ausgerüstet. Den Extremisten rufen wir zu: Wir sind eine wehrhafte Demokratie.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Ja, noch!)

Wir werden uns wehren, und wir schützen unsere Bürger. Das machen wir in Baden-Württemberg dank unserer Polizistinnen und Polizisten sowie ausgezeichnete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sicherheitsbereich in einer hervorragenden Art und Weise. Ihnen möchte ich an dieser Stelle herzlich für ihre Arbeit während des ganzen Jahres danken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Bei der Polizei, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir die größte Einstellungsoffensive in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg in die Tat umgesetzt.

Herr Kollege Weinmann, Sie haben gesagt, das sei alles zu spät. Das ist das gute Recht der Opposition. Ich möchte nur daran erinnern, dass das für mich vom ersten Tag an das entscheidende Thema gewesen ist. Wir haben im Grunde genommen von den ersten Haushaltsberatungen an so viele junge Frauen und Männer bei der Polizei eingestellt, wie es von den Ausbildungskapazitäten her möglich war. Es war das Mögliche dessen, was wir auf dem Markt akquirieren können, und dessen, was wir an Lehrerinnen und Lehrern aus der Polizei akquirieren können.

(Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: 2018!)

Deswegen ist das jetzt die größte Einstellungsoffensive, die es bei der Landespolizei Baden-Württemberg jemals gegeben hat.

Wir haben gesagt, wir werden am Ende des Tages 1 500 zusätzliche Stellen bei der Landespolizei haben. Das haben wir längst erfüllt. Wir legen mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 noch einmal drauf und sorgen damit dafür, dass die Landespolizei in Baden-Württemberg bis weit in die Mitte des nächsten Jahrzehnts, bis weit in die Zwanzigerjahre hinein eine gute und verlässliche Personalentwicklung haben wird. Das ist gut für die Landespolizei in Baden-Württemberg. Daran hat es vor dieser Legislaturperiode leider immer wieder etwas gefehlt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Ob Herr Binder das jetzt verstanden hat?)

Deswegen werden wir in den nächsten beiden Jahren 3 000 weitere Polizeianwärterinnen und -anwärter bei der Landespolizei in Baden-Württemberg einstellen. Herr Kollege Binder, ich weiß nicht, warum Sie sich und Ihren Kolleginnen und Kollegen das jedes Mal wieder antun.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Aber wenn Sie es jedes Mal machen, dann muss ich Ihnen jedes Mal die gleiche Antwort geben. Sie hatten in der Zeit Ihrer Regierungsbeteiligung 700 bis 800 Anwärterinnen und Anwärter. Wir haben nun 1 800!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist schlicht und ergreifend nicht wahr! – Abg. Sascha Binder SPD: Das stimmt doch nicht!)

Sie haben Polizeiausbildungsstellen geschlossen, wie beispielsweise in Wertheim. Ich habe diese Ausbildungsstellen wieder eröffnen müssen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber keine Plätze!)

Es sind Ihre Versäumnisse, die wir jetzt beheben; Sie es haben es verbosselt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sollten sich einfach mal im eigenen Haus informieren, statt einen solchen Stuss daherzureden! – Weitere Zurufe)

Ich verstehe nicht, dass Sie das hier immer wieder aufs Tapet bringen.

(Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe – auch auf der Regierungsbank.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Wenn Sie mit einem Finger auf die Landesregierung zeigen, sind leider drei Finger auf Sie selbst zurückgestreckt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sollten es einfach besser wissen!)

(Minister Thomas Strobl)

Um die Funktionsfähigkeit der Polizei zu gewährleisten, brauchen wir aber auch die Bereitstellung von dauerhaft auskömmlichen Haushaltsmitteln. Wir benötigen schlicht und ergreifend mehr Mittel für den laufenden Betrieb der Polizei. Gestiegene Ermittlungskosten, gestiegene Kosten für Sachverständige, Dolmetscher und gestiegene Kosten für technische Ausstattung, Kraftfahrzeuge, Reparaturen fordern ihren Tribut.

Ich bin dem Landtag von Baden-Württemberg, insbesondere den Koalitionsfraktionen, außerordentlich dankbar, dass wir – beginnend mit dem letzten Nachtragshaushalt, verstetigt durch diesen Doppelhaushalt – nun auch bei den Betriebsmitteln für die Polizei auskömmliche Gelder haben. Dass im Herbst der Polizei das Benzin ausgeht und dann Streifenfahrten nicht mehr durchgeführt werden können, ist Vergangenheit.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! So ist es!)

Das verdanken wir dieser Koalition und dieser Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wir müssen die Polizei außerdem für die Verbrechensbekämpfung im Zeitalter der Digitalisierung fit machen. Bereits vor wenigen Monaten habe ich entschieden, dass gezielt 6,5 Millionen € in die Digitalisierung der Kriminaltechnik und der Datenanalyse fließen. Mit dieser Investition in künstliche Intelligenz im polizeilichen Bereich machen wir die Kriminalisten im Landeskriminalamt fit für die Zukunft. Sie können auf dieser Basis Tatzusammenhänge schneller erkennen, Ermittlungszeiten verkürzen und Straftaten besser aufklären.

Schnelles Internet, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Lebensader der Digitalisierung. Freilich ist schnelles Internet nicht die gesamte Digitalisierung. Aber ohne diese digitale Infrastruktur bringen alle anderen digitalen Errungenschaften nichts.

Damit alle Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung uneingeschränkt genutzt werden können, unterstützt die Landesregierung den Breitbandausbau der Landkreise und Gemeinden überall dort, wo die wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen privatwirtschaftlichen Netzausbau nicht gegeben sind.

(Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, einen Moment, bitte. – Es wird hier einfach zu laut. Es ist dann auch für die Protokollanten schwierig, mitzuschreiben.

Ich bitte Sie alle, sich nach vorn zu wenden und aufmerksam zu sein. Der Geräuschpegel steigt immer weiter an. – Danke schön.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Unsere Fördermittel werden uns von den Landkreisen und den Gemeinden inzwischen förmlich aus der Hand gerissen. Das zeigt, dass wir den richtigen Weg gegangen sind. Die Breitbandkulisse, die wir aufgebaut haben, ist ein absolutes Erfolgsmodell für die Fläche.

Es ist richtigerweise gesagt worden: 100 % dieses Geldes gehen in die Hände von Bürgermeistern und Landräten. Das ist auch eine herausragende Kommunalförderung, insbesondere für die Fläche des Landes Baden-Württemberg. Das ist für ein Flächen- und Technologieland wie Baden-Württemberg entscheidend. Wir stärken die Kommunen, wir stärken die Digitalisierung. Etwas Besseres können wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, für Baden-Württemberg nicht tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Ja, wir wollen jedem Schwarzwaldhof das schnelle Internet bringen. Ich weiß noch, dass es, als ich das 2016 hier in diesem Hohen Haus zum ersten Mal als Ziel ausgegeben habe, viel Gelächter, Hohn und Spott gegeben hat. Jeden Tag, verehrte Kolleginnen und Kollegen – jeden Tag! –, kommen wir diesem Ziel Stück für Stück ein bisschen näher. Ich freue mich immer wieder, wenn ich draußen im Land beispielsweise Förderbescheide und anderes mehr überbringe und mir dann ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin glücklich sagt: Jetzt können wieder mehrere Dutzend Schwarzwaldhöfe in die Gigabitwelt kommen.

Wir kommen in dieser Legislaturperiode unserem wichtigen Ziel einen sehr großen Schritt näher. Das war das Ziel. Mit dem, was im Doppelhaushalt 2020/2021 stehen wird, wird das Land Baden-Württemberg zwischen 2016 und 2021 über 1 Milliarde € in die Breitbandinfrastruktur in Baden-Württemberg investiert haben. Das sind, meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesen sechs Kalenderjahren – 2016 bis 2021 – jeden Tag eine knappe halbe Million Euro – an Weihnachten, am ersten Feiertag, am zweiten Feiertag, an Ostern, am Karfreitag. Jeden Tag gibt das Land dem Bürgermeister einer Gemeinde, einem Landrat eine knappe halbe Million Euro

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das reicht aber noch nicht!)

als Kofinanzierung für die Breitbandinfrastruktur, insbesondere in der Fläche – jeden Tag! Das ist großartig, das ist Kommunalförderung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

So bringen wir unser Land in die Zukunft und machen das Flächen- und Technologieland Baden-Württemberg fit für die Zukunft.

Ich bin dem Parlament, insbesondere den Koalitionsfraktionen, aber auch der Frau Kollegin Finanzministerin dankbar, dass wir diese Zukunftsinvestitionen tätigen. Ganz, ganz sicher gibt es überhaupt kein Vertun, dass dies richtige und notwendige Investitionen sind. Wenn wir sie so schnell, wie es nur irgendwie geht, in die Umsetzung bringen – also tatsächlich durch das Graben von Gräben –, ist das für unser Land hervorragend.

Ich freue mich im Übrigen darüber – es ist ja in den vergangenen Jahren immer wieder behauptet worden, wir täten in diesem Bereich zu wenig; es ist immer gesagt worden, das, was ich plane, werde durch die Finanzministerin nie genehmigt –, dass all diese Sprüche Makulatur sind. Das muss ich einmal sagen. Ich bin dankbar dafür, dass wir das jetzt in der Tat so machen.

(Minister Thomas Strobl)

Zum Jahresende 2018 – das sind die aktuellsten Zahlen, die uns vorliegen – war für mehr als 87 % aller Haushalte ein Internetanschluss mit mindestens 50 Mbit/s verfügbar. Das ist eine Verbesserung um rund 16 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 2016. Ich bin mir sicher: Im Jahr 2019 wird sich das noch einmal deutlich steigern, sodass deutlich über 90 % der Haushalte in Baden-Württemberg einen Internetanschluss mit mindestens 50 Mbit/s haben. Das ist natürlich noch nicht das Ende.

Dass wir in der Breitbandinfrastruktur vorankommen, ist – ich sage es noch einmal – entscheidend für das Land der Weltmarktführer, die insbesondere auch im ländlichen Raum ihren Sitz haben, aber auch für die Handwerker, die Familienbetriebe, den Mittelstand sowie die Bürgerinnen und Bürger. Es ist ein entscheidender Punkt. Das Flächen- und Technologie-land Baden-Württemberg braucht eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur. Wir tun im Grunde genommen alles, was wir tun können, damit diese so schnell wie nur irgend möglich kommt.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Ich danke im Übrigen den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in diesem Land, den Landrätinnen und Landräten, dass sie das zu ihrem Thema gemacht haben.

Klar ist: Im Schwarzwald – „Black Forest“, ein Markenzeichen in der ganzen Welt –

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

liegen die Schwarzwalddörfer weit auseinander. Es sind Berge und Täler dazwischen.

(Zurufe der Abg. Bernd Gögel und Stefan Räßle AfD)

Die Glasfaserkabel kann man nicht in die Luft spannen, man muss sie in den Boden verlegen. Der Untergrund ist hart und steinig.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Die Chinesen machen es besser! Sie verlegen Kabel im Himalaya!)

Das ist nicht trivial, das ist teuer. Deswegen müssen wir die Landkreise und Gemeinden unterstützen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Es ist schön im Schwarzwald, Herr Minister!)

Das machen wir milliardenschwer. Sie haben im Übrigen in den vergangenen fünf Jahren in diesem Bereich gar nichts zustande gebracht.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Aber schön ist es im Schwarzwald! – Gegenruf des Abg. Klaus Dürr AfD: Stimmt, Herr Blenke, da stimme ich zu!)

Für die Cybersicherheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden im Doppelhaushalt 2020/2021 insgesamt 13 Millionen € zur Verfügung stehen. Die betreffende Einrichtung wird alle Behörden vernetzen, die im Land mit Cybersicherheit zu tun haben. Wichtig ist mir dabei: Die Cybersicherheitsagentur ko-

ordiniert die Aufgaben zentral, die Aufgabenwahrnehmung wird aber weiterhin dezentral erfolgen. Das sorgt im digital vernetzten Bereich für höchste Effizienz. Herr Kollege Binder, dass Sie mit ihrem zentralistischen Denken

(Abg. Sascha Binder SPD: Na, na, na!)

es nicht gut finden, dass wir bei der Cybersecurity die Aufgaben weiterhin dezentral wahrnehmen, kann ich verstehen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Nein! Das habe ich gar nicht gesagt! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch gar nicht wahr! Das ist einfach falsch!)

Trotzdem ist es richtig, dass wir das so tun.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Es ist aber auch richtig, dass wir die dezentralen Stellen besser koordinieren und vernetzen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Aber Sie wissen es nicht! Das ist das Problem!)

Baden-Württemberg wird durch ein Mehr an Koordination und Abstimmung die Schlagkraft im Bereich der Cybersicherheit steigern. Das ist sehr, sehr wichtig. Dafür schaffen wir 32 neue Stellen im Jahr 2020 und 51 neue Stellen im Jahr 2021.

Als Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration trägt mein Haus neben den vorgenannten Themen auch Sorge für die Flüchtlingsunterbringung im Land. Herz und Härte, das sind hier unsere Leitlinien. Es ist eine humanitäre Aufgabe, Menschen, die zu uns geflüchtet sind, zunächst einmal aufzunehmen. Im nächsten Schritt gilt es dann, schnellstmöglich die Bleibeperspektiven festzustellen. Im Doppelhaushalt verankert sind in erster Linie Sachmittel und Ressourcen zur Deckung der Personalbedarfe rund um die Erstaufnahmeeinrichtungen, z. B. für die Durchführung von ausländerrechtlichen Verfahren.

Der weitere Ausbau der regionalen „Sonderstäbe gefährliche Ausländer“ ist gleichfalls ein großes Anliegen von mir. Wir müssen in der Lage sein, mit der notwendigen Manpower diejenigen zu identifizieren, die unter dem Schutz des Asylrechts kriminelle Handlungen begehen, und diese dann auch konsequent wieder abschieben. Das sind wir vor allem der Bevölkerung in Baden-Württemberg schuldig. Das sind wir aber auch den Menschen schuldig, die sich zu Recht auf das Asylrecht berufen, die hier eine Bleibeperspektive haben und die sich anständig benehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mit dem kommunalen Bereich begonnen und möchte mit dem Thema Feuerwehren einen krönenden Abschluss machen. In der gesamten Legislaturperiode haben wir ohne Abstriche das gesamte Aufkommen der Feuerschutzsteuer unmittelbar für das Feuerschutzwesen, für das Feuerwehrwesen verwendet. Auch das war in der Vergangenheit nicht immer so.

Ich freue mich, dass mit der letzten Steuerschätzung nun noch eine weitere Erhöhung des Aufkommens aus der Feuerschutzsteuer prognostiziert wurde und wir die Mittel von 66 Millionen € auf 68 Millionen € im Jahr 2020 und noch einmal auf 69 Millionen € im Jahr 2021 erhöhen konnten. Die Erhöhung wird zum einen für den personellen Ausbau der Landesfeuer-

(Minister Thomas Strobl)

wehrscheule und damit für die Erhöhung der Ausbildungskapazität für die Gemeindefeuerwehren verwendet und zum anderen den Kommunen als Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zufließen.

Es ist sehr wichtig, dass damit bereits parallel zur Planung und zum Ausbau der Landesfeuerwehrscheule der dort notwendige zusätzliche Personalbedarf mitentwickelt und aufgebaut werden kann. Gleichzeitig stehen mehr Finanzmittel für Investitionen, Fahrzeuge und Feuerwehrrhäuser in den Gemeinden zur Verfügung.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, auch das ist noch einmal eine zusätzliche Kommunalförderung für unsere Feuerwehren, für unsere Kommunen – so viel wie noch nie. Dazu unterstützen wir das Ehrenamt, über 100 000 ehrenamtliche Feuerwehrrfrauen und Feuerwehrrmänner im Land Baden-Württemberg. Wir gestalten Zukunft. Das ist bestens investiertes Geld durch diese Koalition und diese Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit der Aufstellung des Haushalts schlägt die Stunde des Parlaments. Dies wird der letzte Doppelhaushalt in dieser Legislaturperiode sein. Und es ist ein kraftvoller Doppelhaushalt. Im Einzelplan 03 werden insbesondere die Kommunen, die Polizei, die Digitalisierung und die Feuerwehren kräftig unterstützt. Das ist gut und richtig. Mit diesem Haushalt haben wir, die Regierungskoalition, wichtige Schritte unternommen, um unseren Koalitionsvertrag weiter zum Wohl des Landes abzuarbeiten. Das gelingt uns ausweislich.

Der Einzelplan 03 legt hier Zeugnis davon ab, dass wir die Herausforderungen unserer Zeit angehen und die für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes notwendigen Investitionen anpacken und umsetzen.

Ich danke diesem Hohen Haus, namentlich den Koalitionsfraktionen, für eine starke und stete Unterstützung. Genauso danke ich übrigens weiten Teilen der Opposition, die viele unserer Vorhaben in Wahrheit unterstützen,

(Lachen des Abg. Rüdiger Klos AfD)

wengleich sie diese Unterstützung in ihren Reden und in ihrem Abstimmungsverhalten nicht immer so zum Ausdruck bringen können.

Lassen Sie uns zum Wohle Baden-Württembergs weiterhin an der Sache orientiert arbeiten und dabei um den besten Weg ringen. Wir schaffen Zukunft: „mit Sicherheit erfolgreich“. So führen wir Baden-Württemberg in die Zwanzigerjahre dieses Jahrhunderts.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und vielen Dank für die Unterstützung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich darf jetzt auch noch einmal um Ihre Aufmerksamkeit bitten und sagen: Es war extrem laut, und ich glaube, so halten wir die

nächsten drei Stunden nicht durch. Ich bitte auch, wichtige Gespräche nach außerhalb des Plenarsaals zu verlagern. Jetzt während der Abstimmung bitte ich noch einmal um Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit.

(Abg. Klaus Dürr AfD unterhält sich.)

– Herr Abg. Dürr, bitte. Kommt das bei Ihnen an? Ist die Mikrofonanlage kaputt, oder was ist los?

Wir kommen jetzt zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 03: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/7203.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die Änderungsanträge und Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Zuerst rufe ich Nummer 1

Kapitel 0301

Ministerium

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer Kapitel 0301 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Kapitel 0301 mehrheitlich zugestimmt.

(Unruhe bei der SPD)

– Was ist jetzt? Gibt es ein Problem?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nein! Alles gut! Weiter!)

– Alles gut. Dann machen wir weiter.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wir haben noch abzustimmen, Herr Abg. Blenke, über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7303-12, der auch 17 weitere Kapitel betrifft und mit dem die Landesregierung ersucht wird, die Zulage für den lagerorientierten Dienst in einer Höhe von mindestens 5 € je Stunde zu gewährleisten. Sind Sie damit einverstanden, dass ich den Entschließungsantrag insgesamt zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Ist das nicht 13?)

Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Danke sehr. Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Schweren Herzens!)

Dann rufe ich Nummer 2

Kapitel 0302

Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Der hierzu vorliegende Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7303-13, begehrt bei dem neuen Titel 894 01 N – Zuschuss an die IRG Baden und die IRG Württembergs zur Gebäudesicherung – Mittelerhöhungen. Wer dem Änderungsantrag der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr. Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Schaufensterantrag!)

Wer Kapitel 0302 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0302 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 3

Kapitel 0303

Digitalisierung

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion der AfD und ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag Drucksache 16/7303-1 zur Abstimmung. Dieser Antrag fordert, den neuen Titel 686 01 N – Zuschüsse für Digitale Hausmeister für die Schulen – aufzunehmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag Drucksache 16/7303-2 begehrt die Aufnahme des neuen Titels 633 70 N – Zuweisungen an Gemeinden für Digitalisierungsmanager – und will die zeitlich befristete Einstellung von Fachleuten ermöglichen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag Drucksache 16/7303-3, der den Titel 883 70B – Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Breitbandinfrastruktur im Ländlichen Raum – betrifft, abstimmen. Der Antrag, der Änderungen der Verpflichtungsermächtigung und der Zweckbestimmung beinhaltet

(Abg. Stefan Räßle AfD unterhält sich mit Abg. Dr. Heiner Merz AfD an dessen Schriftführerplatz.)

– Herr Abg. Räßle –, will durch zusätzliche Mittel den Breitbandausbau voranbringen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0303 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Kapitel 0303 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben jetzt noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7303-14, abzustimmen. Mit dem Antrag wird die Landesregierung ersucht, die Ein-

führung einer sogenannten Voucher-Förderung für Einzelanschlüsse bei privaten Haushalten oder Unternehmen zu priorisieren. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Danke. Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich schlage Ihnen jetzt vor, die nächsten vier Nummern, die die Regierungspräsidien betreffen, gemeinsam aufzurufen und zur Abstimmung zu stellen. Hierbei geht es um Nummer 4

Kapitel 0304

Regierungspräsidium Stuttgart

in der Fassung der Beschlussempfehlung, Nummer 5

Kapitel 0305

Regierungspräsidium Karlsruhe

in der Fassung der Beschlussempfehlung, Nummer 6

Kapitel 0306

Regierungspräsidium Freiburg

in der Fassung der Beschlussempfehlung und Nummer 7

Kapitel 0307

Regierungspräsidium Tübingen

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Sind Sie mit dem Vorschlag, das zusammenzufassen, einverstanden? – Vielen Dank.

Zu diesen vier Nummern liegt jeweils ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor. Das sind die Drucksachen 16/7303-15 bis 16/7303-18. Damit soll der Stellenaufwuchs in den Bereichen Ökomobil und „Umsetzung des Strahlenschutzgesetzes“ jeweils reduziert werden.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, sind Sie damit einverstanden, dass ich diese vier Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP gemeinsam zur Abstimmung stelle? – Vielen Dank. Dann bitte ich um das Handzeichen, wer den vier Änderungsanträgen zustimmt. – Danke sehr. Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Danke sehr. Diese Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP sind mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur gemeinsamen Abstimmung über die Nummern 4 bis 7 bzw. die Kapitel 0304 bis 0307. Wer stimmt den Kapiteln in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0304 bis 0307 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 8 auf:

Kapitel 0309

Zentrale Informationstechnik Landesverwaltung

Wer Kapitel 0309 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Kapitel 0309 ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich rufe Nummer 9

Kapitel 0310

Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst,
Krisenmanagement

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7303-4, begehrt zusätzliche Mittel unter dem neu aufzunehmenden Titel 429 01 N: Freier Eintritt in alle vom Land voll- und teilfinanzierten öffentlichen Einrichtungen, Ausstellungen, Museen etc. für Angehörige der Polizei, Feuerwehr und Bundeswehr und ihre Angehörigen (BOS).

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das muss sie nicht vorlesen! Das haben wir schriftlich vorliegen!)

Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 883 72 – Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7303-5, vor, der eine Erhöhung der Mittel für die Ausrüstung und Unterhaltung der kommunalen Feuerwehren fordert. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich darf noch einmal um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Es geht jetzt um Titel 893 74: Beschaffungen für den Katastrophenschutz. Hierzu hat die FDP/DVP-Fraktion den Änderungsantrag Drucksache 16/7303-19 gestellt, der zusätzliche Mittel für die Waldbrandbekämpfung verlangt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0310 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0310 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 10

Kapitel 0311

Ausbildung für den Verwaltungsdienst

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt Kapitel 0311 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist Kapitel 0311 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 11 auf:

Kapitel 0312

Landratsämter

Wer stimmt Kapitel 0312 zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Jeweils keine. Damit ist Kapitel 0312 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 12

Kapitel 0314

Zentrale Veranschlagungen Polizei

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7303-6, begehrt unter dem neu aufzunehmenden Titel 422 06 N – Einführung der zweigeteilten Laufbahn – zusätzliche Haushaltsmittel. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7303-7, fordert unter dem neu aufzunehmenden Titel 511 02B N – Beschaffung für eine flächendeckende Einführung von Distanz-Elektroimpulsgeräten („Taser“) – zusätzliche Haushaltsmittel. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 812 73 – Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7303-20, vor, der zusätzliche Mittel fordert, um jeden Streifenwagen der Polizei mit einem dienstlichen Smartphone ausstatten zu können. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Ich verstehe es auch nicht!)

Es geht noch eine Weile. – Wer Kapitel 0314 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0314 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 13

Kapitel 0315

Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer Kapitel 0315 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0315 ist einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 14:

Kapitel 0316

Polizeipräsidium Einsatz

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Wer Kapitel 0316 zustimmt, Herr Abg. Schwarz, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0316 ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich rufe Nummer 15 auf:

Kapitel 0317

Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Wer Kapitel 0317 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0317 einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 16

Kapitel 0318

Landeskriminalamt

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter – und Titel 525 69 – Aus- und Fortbildung – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7303-21, vor. Der Antrag fordert, durch Erhöhungen im Betrags- und im Stellenteil die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu stärken. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0318 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0318 ist einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 17

Kapitel 0319

Landesamt für Verfassungsschutz

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer Kapitel 0319 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0319 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 18 auf:

Kapitel 0320

Logistikzentrum Baden-Württemberg

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0320 ist einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 19

Kapitel 0330

Ausländer und Aussiedler

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer Kapitel 0330 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0330 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 20 auf:

Kapitel 0331

Migration

Hierzu liegen vier Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zu Titel 684 01 – Zuschüsse an soziale Einrichtungen – liegt der Änderungsantrag Drucksache 16/7303-8 vor, der die Streichung der Mittel für den Landesflüchtlingsrat verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun stelle ich den Änderungsantrag Drucksache 16/7303-9 zur Abstimmung, der begehrt, Herr Abg. Räßle, den neuen Titel 686 01 N – Zuschüsse für eine Projektstudie für ein Rückkehrprogramm „Fit for Return“ – aufzunehmen und finanzielle Mittel einzustellen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 75 – Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale Einrichtungen – liegt der Änderungsantrag Drucksache 16/7303-10 vor, der eine Kürzung der Mittel für die landeseigene Beratung fordert. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Schließlich kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 16/7303-11, der die Aufnahme des neuen Titels 972 10 N – Globale Minderausgabe für den Bereich Migration – begehrt. Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0331 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0331 ist mehrheitlich zugestimmt.

Für die nächsten elf Nummern bzw. Kapitel liegen keine Änderungsanträge vor, sodass Zusammenfassungen bei den Abstimmungen möglich sind. Ich verfare wie bei den Abstimmungen im Finanzausschuss und rufe die nächsten drei Nummern – 21 bis 23 – und somit

Kapitel 0335

Polizeipräsidium Aalen

Kapitel 0336

Polizeipräsidium Freiburg

und

Kapitel 0337

Polizeipräsidium Heilbronn

gemeinsam auf und stelle sie zusammen zur Abstimmung. – Sie sind damit einverstanden. Wer den Kapiteln 0335 bis 0337 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Den genannten Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Auch die nächsten beiden Nummern – 24 und 25 –, also

Kapitel 0338

Polizeipräsidium Karlsruhe

und

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Kapitel 0339

Polizeipräsidium Konstanz

fassen wir, wie das auch im Finanzausschuss der Fall war, zusammen. Wer stimmt diesen beiden Kapiteln in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diesen beiden Kapiteln mehrheitlich zugestimmt.

Die nächsten drei Nummern – 26 bis 28 –, also

Kapitel 0340

Polizeipräsidium Ludwigsburg

Kapitel 0341

Polizeipräsidium Mannheim

und

Kapitel 0342

Polizeipräsidium Offenburg

können wir ebenfalls zusammenfassen. Wer also diesen Kapiteln in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 0340 bis 0342 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 29

Kapitel 0343

Polizeipräsidium Reutlingen

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt Kapitel 0343 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0343 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 30

Kapitel 0344

Polizeipräsidium Stuttgart

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer stimmt Kapitel 0344 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0344 ist einstimmig zugestimmt.

Wir haben es dann gleich geschafft. Ich rufe Nummer 31 auf:

Kapitel 0345

Polizeipräsidium Tuttlingen

Wer stimmt Kapitel 0345 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0345 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE unterhält sich mit Abg. Reinhold Pix GRÜNE an dessen Abgeordnetenplatz.)

– Herr Abg. Dr. Rösler, nehmen Sie bitte Platz, und nehmen Sie an der Abstimmung teil.

(Heiterkeit)

Ich rufe Nummer 32

Kapitel 0346

Polizeipräsidium Ulm

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt Kapitel 0346 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0346 einstimmig zugestimmt.

Die nächsten beiden Nummern – 33 und 34 –, also

Kapitel 0347

Polizeipräsidium Pforzheim

und

Kapitel 0348

Polizeipräsidium Ravensburg

rufe ich wieder gemeinsam auf und stelle sie zusammen zur Abstimmung. Wer stimmt diesen beiden Kapiteln in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diesen beiden Kapiteln mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung abzustimmen. Der Finanzausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 30. Oktober 2019, Drucksache 16/7174, soweit diese den Einzelplan 03 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu. Es gibt keinen Widerspruch.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 03 angelangt und schließen diesen Tagesordnungspunkt ab.

Ich rufe **Punkt 1 c** auf:

Einzelplan 05: Ministerium der Justiz und für Europa

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7205

Berichterstatter: Abg. Manfred Kern

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 05 – Ministerium der Justiz und für Europa – eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir jetzt gleich zur Allgemeinen Aussprache. Zuerst hat das Wort für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Filius.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Justizetat für den Doppelhaushalt 2020/2021. Mit unseren Maßnahmen für die kommenden zwei Jahre knüpfen wir an die vergangenen Haushalte mit wichtigen Weichenstellungen an. Mehr noch: Unter dem ersten grün geführten Finanzministerium Baden-Württembergs haben wir die Justiz innerhalb ei-

(Jürgen Filius)

ner Legislaturperiode mit über 1 050 neuen Stellen gestärkt wie nie zuvor in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Allein in diesem Haushalt sind es über 300 Stellen. Damit zeigen wir: Bei den Grünen sind die Justiz und ein funktionierender Rechtsstaat in guten Händen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jawohl!)

Für die Unterstützung danke ich der Finanzministerin sehr. Ebenfalls danke ich dem Justizministerium und dessen Hauspitze für die sehr gute Ausarbeitung der Bedarfe in der Justiz, die das Finanzministerium daher sehr gut nachvollziehen konnte.

In diesem Haushalt kommen wir auch einem zentralen Versprechen unseres Koalitionsvertrags nach. Erstmals ist die hundertprozentige Abdeckung von PEBB§Y erreicht, dem System zur Personalbedarfsplanung für die deutschen Justizbehörden. Wir statten die Justiz so aus, wie es das Berechnungssystem erhoben hat. Gerichte und Staatsanwaltschaften werden mit 101 neuen Stellen verstärkt.

Ganz besonders liegt mir als Strafvollzugsbeauftragtem meiner Fraktion der Justizvollzug am Herzen. In der Haft sollen Gefangene befähigt werden, ein Leben in sozialer Verantwortung und ohne Straftaten zu führen. Sie sollen also resozialisiert werden. Das ist viel mehr als die Verwahrung von Menschen. In der grünen Rechtspolitik steht das Ziel der Resozialisierung im Vordergrund. Denn der beste Schutz vor weiteren Straftaten ist, wenn Straftäterinnen und Straftäter künftig straffrei leben. Das erfordert große Anstrengungen. Ich möchte allen Menschen danken, die im Vollzug unter oft schwierigen Bedingungen arbeiten. Ihr unermüdlicher Einsatz für die gute Sache ermöglicht es erst, einen humanen und an der Resozialisierung ausgerichteten Strafvollzug zu betreiben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir wollen, dass die Leistung honoriert wird; wir wollen auch, dass der Beruf des Vollzugsbediensteten attraktiv bleibt, und sichern die Personalgewinnung für die Zukunft. Ich freue mich daher besonders, dass wir bei den Haushaltsverhandlungen beim Thema „Höhere Besoldungsstufen von Bediensteten in Justizvollzugsanstalten“ erfolgreich waren. 375 Stellen im mittleren Dienst werden höher besoldet. Insgesamt profitieren 390 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von den Stellenhebungen.

Die Rahmenbedingungen für die Justizberufe müssen verbessert werden. Um das zu erreichen, sind wir einem lang gehegten Wunsch des Bundes der Strafvollzugsbediensteten nachgekommen. Wir wollen die Wahloptionen zwischen freier Heilfürsorge und Beihilfe einführen. Damit erhalten die Vollzugsbediensteten, die oftmals körperlich und psychisch stark beansprucht werden, hier die gleichen Rahmenbedingungen wie die Polizeibeamten.

Wir setzen uns für konstruktive Haftkonzepte ein, die präventiv wirken und die Rückfallwahrscheinlichkeit effektiv reduzieren. Dazu gehören der Ausbau des offenen Vollzugs sowie

Konzepte zur Haftvermeidung wie „Schwitzen statt Sitzen“. Es ist aber auch klar: Wir müssen es endlich schaffen, die Ersatzfreiheitsstrafen zu reduzieren und unnötige Haftstrafen wie beim Schwarzfahren abzuschaffen.

Im Interesse eines humanen Strafvollzugs sorgen wir auch quantitativ dafür, dass ausreichend Personal in den Anstalten vorhanden ist. Denn effektive Betreuung ist personalintensiv. Mit 175 zusätzlichen Stellen für den Justizvollzug setzen wir hierfür die richtigen Zeichen.

Zu einem humanen Strafvollzug gehören für uns auch vielfältige Resozialisierungsstrukturen. Perspektivisch möchten wir eine gesetzliche Festschreibung von Resozialisierungsangeboten und -ansprüchen. Wir verstetigen mit diesem Haushalt wichtige Resozialisierungsprojekte. Dazu gehören die beiden Projekte ReSo in der Jugendvollzugsanstalt Adelsheim

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

und ZAP in Ravensburg. Ziel beider Projekte ist es, junge Strafgefangene bei der Wiedereingliederung nach der Haft zu unterstützen. Wir brauchen dringend mehr solcher Projekte. Sie entlasten auf Sicht den Justizvollzug und sind wichtig für unsere Gesellschaft, da sie Jugendlichen helfen, eine wirkliche Alternative zur Straffälligkeit zu entwickeln.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit der Verstetigung des Projekts „Wiedereingliederung von älteren Gefangenen“ setzen wir ein weiteres wichtiges Zeichen für einen humanen Strafvollzug. Insbesondere bei älteren Gefangenen gestaltet sich der Übergang von der Haft in die Freiheit schwierig,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Andersherum auch, von der Freiheit in die Haft!)

da die Situation häufig von körperlichen Einschränkungen sowie gesundheitlichen und psychischen Problemen gekennzeichnet ist. Eine rechtzeitig einsetzende und standardisierte Entlassungsvorbereitung ist für diesen Personenkreis für ein würdevolles Leben in Freiheit unerlässlich.

Erfolgreich gekämpft haben wir für die Verstetigung der Schuldnerberatung im Justizvollzug. Viele Gefangene sind über Jahre hinweg hoch verschuldet und haben den Überblick über ihre Schulden verloren. In der Schuldnerberatung müssen sich die Gefangenen mit den begangenen Taten und den Interessen der Opfer auseinandersetzen. Neben der angestrebten Entschuldung dient die Schuldnerberatung auch der Resozialisierung der Tätergruppe.

Besonders freue ich mich auch über die Haushaltsmittel für die sogenannten Häuser des Jugendrechts. Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe arbeiten hier bei der Bearbeitung von Straftaten, die von Minderjährigen verübt werden, unter einem Dach zusammen. Dies ermöglicht es, die Verfahrensdauer in Jugendstrafverfahren zu verkürzen und zeitnah abgestimmte Lösungen sowie Hilfsangebote für junge Straffällige vor Ort zu entwickeln.

Derzeit bestehen Häuser des Jugendrechts in vier Städten: Stuttgart, Pforzheim, Mannheim und Heilbronn. An weiteren Standorten wie in meinem Wahlkreis Ulm sowie in Offenburg,

(Jürgen Filius)

Ludwigsburg und Karlsruhe werden weitere solcher Einrichtungen entstehen. In Ulm steht dies unmittelbar bevor.

Ein wichtiger Baustein für einen Justizvollzug, der seine Re-sozialisierungsziele erreicht, sind bauliche Maßnahmen. Auch wenn es den Einzelplan 12 betrifft, will ich nicht unerwähnt lassen, dass wir auch in diesem Bereich erheblich investieren. Zuallererst möchte ich den Neubau eines Justizvollzugs-krankenhauses in Stuttgart-Stammheim nennen. Ein zeitgemäßes und leistungsfähiges Krankenhaus sind wir hier den Bediensteten und Inhaftierten schuldig. Es freut mich sehr, dass wir nun Planungsraten einstellen können.

Seit den Sechzigerjahren ist man bemüht, dieses Justizvollzugs-krankhaus neu aufs Gleis zu setzen, und nun ist dies tatsächlich gelungen. Ich glaube, das ist ein großer Erfolg.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Karl Zimmermann CDU:
Eine lebenslange Aufgabe!)

Das Bauprogramm betrifft aber auch den Aufwuchs an Haft-plätzen, etwa durch Neubauten in Modulbauweise an den Standorten Heimsheim, Ravensburg, Schwäbisch Hall und den großen Neubau in Rottweil. Notwendig sind aber auch Sanierungsmaßnahmen wie in Bruchsal, Schwäbisch Gmünd und Heilbronn.

Eine weitere wichtige Errungenschaft dieses Haushalts ist die Einrichtung eines Opferschutzbeauftragten in unserem Land. Der Opferschutzbeauftragte soll eine zentrale Stelle sein, an die sich von Gewalttaten Betroffene wenden können; er soll ihnen helfen, passende Unterstützungsangebote für ihre Situation zu finden. Für uns Grüne ist es ein wichtiges Anliegen, dass diese Stelle für alle Opfer zur Verfügung steht, unabhängig davon, ob sie Betroffene eines gewalttätigen Großereignisses oder einer individuellen Gewalterfahrung sind.

Mit dem vorliegenden Landeshaushalt stärken wir die Bürgerrechte. Mit diesem Haushalt wird Baden-Württemberg das zweite Land bundesweit sein, das Bürgerinnen und Bürger darüber informiert, ob sie Betroffene einer Mobilfunkzellenüberwachung wurden. Das stärkt den gerichtlichen Rechtsschutz und die Transparenz im Staat. Die Senatsverwaltung für Justiz in Berlin ist hier vorangeschritten. Ich bin Ihnen, Herr Minister Wolf, sehr dankbar, dass Sie sich bereit erklärt haben, dies in Baden-Württemberg – als zweitem Bundesland – mit auf den Weg zu bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Anbetracht der Ereignisse, die sich derzeit in vielen Ländern, aber auch bei uns vollziehen, ist es besonders wichtig, dass wir unsere dritte Gewalt nach bestem Wissen und Gewissen schützen und ausstatten. Wir brauchen sie als verlässlichen Garant für unsere demokratischen Grundwerte. Eine zuverlässige Justiz kann es nur mit genügend und gut ausgebildetem Personal geben. Dafür setzen wir das richtige Zeichen in diesem Haushalt. Auch einem modernen, humanen Strafvollzug kommen wir in diesem Haushalt einige Schritte näher.

Doch es gibt noch viel zu tun. Dafür werden wir uns auch in den kommenden Jahren weiterhin starkmachen.

Nochmals möchte ich allen Bediensteten in der Justiz, im Vollzug oder auch bei der Gerichtsbarkeit für ihren großen Einsatz danken. Denn dies ist, wie gesagt, eine unserer wesentli-

chen Stützen: die dritte Gewalt, die wir mehr denn je benötigen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Vereinzelt Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

In der zweiten Runde wird dann mein Kollege Reinhold Pix noch zum Thema Tourismus sprechen.

Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. von Eyb.

(Zuruf von der CDU: Bravo!)

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen, geehrte Kollegen! Manchmal ist es vielleicht ganz gut, wenn man in Bildern spricht. So will ich meine heutigen Ausführungen zur Plenardebatte über den Haushalt mit der Frage beginnen, warum der von 1954 bis 1955 erbaute Fernsehturm von Stuttgart noch nicht umgefallen ist.

Damals hat es in der Nachbarschaft Menschen gegeben, die dies befürchteten; manche sollen sogar ihre Grundstücke verkauft haben. Es wird das Bonmot erzählt, die Frau des Architekten Fritz Leonhardt solle ihrem Mann morgens immer nach einem Blick aus dem Fenster zugerufen haben: Der Turm steht noch!

Der Stuttgarter Fernsehturm ist nicht umgefallen, und er wird auch nicht umfallen. Warum ist das so? Weil er auf einem ganz besonders konstruierten Fundament ruht. Dieses Fundament ist nicht sichtbar, und doch ist es tragend notwendig für das Wahrzeichen der Stadt Stuttgart.

So ähnlich verhält es sich mit unserem Rechtssystem. Eine Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn die Menschen sich auf die Funktionsfähigkeit des Justizwesens verlassen können und Vertrauen in dieses haben. Dies setzt voraus, dass die Akteure das Rechtssystem aus innerer Überzeugung mittragen. Grundlage hierfür wiederum ist das Grundgesetz, dessen 70. Geburtstag wir in diesem Jahr gefeiert haben. Wir Deutschen sind mehrheitlich stolz auf dieses Grundgesetz und werden von vielen Menschen auf der ganzen Welt um dieses Gesetz beneidet.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Über Justiz zu reden ist mühsamer als beispielsweise über die Polizei, über Schulen oder Sozialsysteme. Wir setzen nämlich die Funktionsfähigkeit der Justiz schlichtweg voraus und machen uns viel zu wenig Gedanken, worum es eigentlich geht und wie das System innerlich zusammenhängt. In den Fokus der Öffentlichkeit gelangen meist nur die hauptberuflichen Damen und Herren Richter und Staatsanwälte und natürlich, besonders prominent, der oder die Täter oder der oder die Kläger bzw. die Beklagten.

Ich möchte deshalb gleich zu Beginn meiner Ausführungen all jenen im Justizbereich besonders danken – allen anderen danke ich natürlich auch, aber diesen danke ich besonders –, die für dieses Funktionieren eminent wichtig sind, jedoch nicht so sehr im Rampenlicht stehen. Dabei denke ich z. B. an

(Arnulf Freiherr von Eyb)

Rechtspfleger, Gerichtsvollzieherinnen, Notare, Bewährungshelferinnen, Schöffen und die Beschäftigten im Justizvollzug und im Justizsozialdienst. Sie alle gemeinsam bilden das Fundament dieses Rechtsstaats.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP)

Das Ziel, diesen Bereich zu stärken, stand für die CDU von vornherein fest, als wir 2016 wieder Regierungsverantwortung mit übernommen haben. Die Bilanz kann sich sehen lassen: Zusammen mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 werden wir seit Beginn der Wahlperiode über 1 000 neue Stellen für die Justiz geschaffen haben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Gewaltig!)

Ideal ist das in der Justiz eingerichtete Personalbedarfsberechnungssystem PEBB§Y, wenn es die 100 % erfüllt. Ein Schwerpunkt dieser Anstrengungen lag deshalb in der Schaffung neuer Richterstellen, die dringend notwendig waren, um einen Verfahrensstau zu bewältigen.

Weiter haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Zahl der Stellen in den Justizvollzugs- und Fachdiensten angemessen erhöht wird. Hier werden 175 Neustellen geschaffen und zusätzliche Sachmittel für Sicherheitstechnik und Resozialisierungsprojekte bereitgestellt.

Seit 2016 wurden somit über 400 neue Stellen im Justizbereich geschaffen; hinzu kommen 1 000 Stellenhebungen im mittleren Dienst und über 600 Entfristungen im Unterstützungsbereich. – Diese Liste könnte ich nahezu beliebig fortsetzen.

All diese Maßnahmen dienen zum einen der Personalsicherung und Personalgewinnung, sollen zum anderen jedoch auch deutlich machen, wie wichtig es den Regierungsfractionen ist, den Justizbereich verstärkt in den Blick zu nehmen – insbesondere auch, um den dort tätigen Menschen die ihnen gebührende Wertschätzung entgegenzubringen.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Einige weitere Maßnahmen möchte ich explizit ansprechen. Zu nennen wäre etwa der Ausbau der Häuser des Jugendrechts, die Förderung von Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Strafgefangenen, die Einrichtung eines Opferbeauftragten nebst zentraler Anlaufstelle oder die Förderung eines Projekts zur webbasierten Vermittlung in der professionellen Grundlagenforschung zur Entwicklung einer gemeinsamen Sprache im Kinderschutz, zudem die Erarbeitung einer Konzeption und Entwicklung des elektronischen Aktenaustauschs zwischen Justiz und Polizei oder auch die Förderung des Foto- und Informationsprojekts „Absitzen in Freiburg“.

Zu diesen Maßnahmen verweise ich auf die Anträge der Regierungsfractionen im Finanzausschuss, denen in der Sitzung des Finanzausschusses vollumfänglich zugestimmt wurde.

Bei den vielen Besuchen in Vollzugsanstalten in den letzten Jahren haben wir uns davon überzeugen können, welche enormen Anstrengungen notwendig sind, um mit den Herausforderungen im Justizvollzug fertig zu werden. Diese reichen von dem Anstieg der Zahlen psychisch auffälliger Inhaftierter bis

zu einer Vielzahl von unterschiedlichen Sprachen und Mentalitäten sowie körperlichen und geistigen Voraussetzungen.

Dafür, diese Aufgaben noch besser zu bewältigen, können die geschilderten Maßnahmen zumindest einen nennenswerten Beitrag leisten. Hierfür danke ich den Mitgliedern meiner Fraktion, meinem Arbeitskreis, dem Strafvollzugsbeauftragten unserer Fraktion Jimmy Zimmermann

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!)

– ja, Jimmy, man darf das auch mal sagen –, aber auch unserem Koalitionspartner, den wir in diesem Ziel an unserer Seite wissen, im Besonderen dem Arbeitskreisvorsitzenden Jürgen Filius, der im Detail beschrieben hat, was alles gemacht wurde. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ein besonderer Dank gilt abschließend natürlich unserem Minister Guido Wolf, der sich diesem tragfähigen Fundament, von dem ich eingangs sprach, in besonderem Maß verpflichtet fühlt und auch entsprechend handelt. Lassen Sie mich dazu einen ganz kleinen Bericht geben:

Ich war am vergangenen Sonntag bei einem Frühstück in Schwäbisch Hall. In Schwäbisch Hall gibt es eine Justizvollzugsanstalt. Ein Beirat, ein pensionierter Apotheker, ist auf mich zugekommen und hat gesagt: Stellen Sie sich vor, bei einer Feier in der JVA hat der Anstaltsleiter kürzlich als Erstes darauf hingewiesen, dass sie froh sind, dass die Justiz in der Politik wieder eine größere Rolle spielt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Weirauch das Wort.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns muss es mit Sorge erfüllen, dass 70 Jahre nach der feierlichen Verkündung des Grundgesetzes der Rechtsstaat und die ihn tragenden Institutionen nicht mehr von allen Menschen gleichermaßen als Eckpfeiler und Garanten unseres demokratischen Gemeinwesens geschätzt werden. Diese Entwicklung zeigt, dass wir in Deutschland offenbar noch viel, viel stärker als bisher für unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie im Allgemeinen eintreten müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU)

Unser Rechtsstaat lebt neben seiner institutionellen Legitimität insbesondere auch vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Um es mit den Worten des Präsidenten unseres Bundesverfassungsgerichts, Professor Voßkuhle, zu sagen:

Wer dem Recht misstraut, geht den Rattenfängern populistischer Bewegungen schnell auf den Leim. Jede Investition in den Rechtsstaat ist daher auch eine Investition in die Demokratie.

(Dr. Boris Weirauch)

Für die SPD-Landtagsfraktion ist klar: Unser Rechtsstaat, unser starker Staat, unser aktiver Staat muss institutionell, personell und auch finanziell enorm gestärkt werden. Es wird zukünftig nicht mehr ausreichen, lediglich Recht zu sprechen, sondern gerichtliche Entscheidungen und Verfahren müssen in der Mediendemokratie auch zunehmend stärker erklärt und der Bevölkerung vermittelt werden.

Wir müssen wohl oder übel damit leben, dass in Zeiten von Fake News eine Information allein über den Tenor eines Urteils oder mit seitenlangen Urteilsbegründungen in der Anlage nicht mehr ausreicht. Die Bereitschaft, sich z. B. mittels einer Tageszeitung unter Pro- und Kontra-Gesichtspunkten einmal mit einem Thema auseinanderzusetzen, schwindet von Tag zu Tag. Instagram, Facebook oder Twitter lassen nur Platz für kurze Botschaften. Deshalb braucht es hier ein Umdenken. Insbesondere bei Verfahren, die im Fokus der Öffentlichkeit stehen, muss ein verständliches und vom Umfang her verdauliches Angebot gemacht werden, damit auch Nichtjuristen in die Lage versetzt werden, justizielle Entscheidungen besser nachzuvollziehen.

Dies fördert Verständnis und Akzeptanz und somit eben auch Legitimation – und zwar dauerhafte Legitimation – und Legitimität der Strafverfolgung und der Rechtsprechung im Allgemeinen.

Die Justiz des Landes steht insofern vor großen Herausforderungen. Wir, der Landtag, stehen als Haushaltsgesetzgeber in der Pflicht, die Justiz unseres Landes finanziell und personell in die Lage zu versetzen, diese Herausforderungen zu meistern. Ich denke, dass wir mit dem kommenden Doppelhaushalt diesbezüglich einen Schritt in die richtige Richtung gehen.

Lassen Sie mich zunächst einmal auch unseren Dank als Fraktion aussprechen. Sowohl im Ständigen Ausschuss als auch bei der Beratung im Finanzausschuss war die Diskussion aus unserer Sicht im Wesentlichen wirklich konstruktiv und respektvoll. In meinen Dank möchte ich Sie, Herr Minister Wolf, ausdrücklich einbeziehen. Dass Vorschläge unserer Fraktion aufgegriffen und diese auch ausdrücklich anerkannt werden, ist für eine Landesregierung, gerade auch für die grün-schwarze Landesregierung, nicht selbstverständlich und verdient unsere Anerkennung.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir sind uns deshalb auch einig, dass die neu geschaffenen Stellen in der Justiz und im Strafvollzug absolut notwendig sind. Aber insbesondere die jetzt im Strafvollzug vorgesehenen 175 neuen Personalstellen können aus unserer Sicht nur ein erster Aufschlag sein. Unsere Justizvollzugsanstalten platzen aus allen Nähten. Die Beamtinnen und Beamten arbeiten am Limit – oftmals auch darüber hinaus.

Die SPD hat schon im Finanzausschuss klargemacht, dass der Stellenaufwuchs auch in den bereits bestehenden Anstalten ankommen muss und eben nicht nur in neuen Einrichtungen.

Aber nicht nur quantitativ bereitet uns der Anstieg der Gefangenzahlen Sorgen, auch die Insassen selbst stellen den Vollzug vor immer größere Herausforderungen. Neben immer

mehr psychisch auffälligen Gefangenen dürfen wir auch die zunehmende Radikalisierung in den Anstalten keineswegs aus den Augen verlieren.

Aktuell ist in den Justizvollzugsanstalten landesweit verteilt jeweils eine halbe Stelle für die sogenannte Strukturbeobachtung zur Extremismusprävention vorgesehen. Wir haben große Zweifel, dass diese Aufgabe mit dieser geringen Personalausstattung angemessen erfüllt werden kann.

Im Hinblick auf die vielfältigen Herausforderungen, die der Strafvollzug aktuell und auch künftig zu meistern hat, werden wir unseren Entschließungsantrag zur Weiterentwicklung des Justizvollzugs – sowohl, was die Zielmarke der erforderlichen 400 Personalstellen insgesamt, als auch, was die Anpassung im Bereich der Stellenobergrenzenverordnung angeht – heute noch einmal hier im Plenum zur Abstimmung stellen.

Der Justizvollzug braucht eine verlässliche Perspektive, sowohl, was die Anzahl der benötigten Stellen, als auch, was die Möglichkeiten der Beförderung angeht. Gerade der mittlere Dienst braucht die realistische Aussicht, nach jahrelangem Einsatz an einer entscheidenden Stelle unseres Rechtsstaats nicht in derselben niedrigen Besoldungsstufe pensioniert zu werden, in der die berufliche Laufbahn begonnen wurde. Was in anderen Landesbehörden gilt, muss auch für den Justizvollzug gelten.

Es wäre daher ein starkes Zeichen an den Justizvollzug, wenn Sie, die grün-schwarze Regierungskoalition, Ihre ablehnende Haltung im Finanzausschuss nochmals überdenken und unserem Entschließungsantrag zustimmen. Sie sind dazu herzlich eingeladen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Keck FDP/DVP)

Neben dem Justizvollzug erhält auch die Justiz insgesamt mehr Stellen. Auch das ist richtig und wichtig. Der Überlastung der Gerichte, beispielsweise durch die Dieselverfahren, aber auch der zunehmenden Belastung bei den Staatsanwaltschaften muss personell entsprechend entgegengewirkt werden.

Was bei diesem Doppelhaushalt leider auch ins Auge fällt: Der nachgeordnete Bereich – die Geschäftsstellen in den Gerichten, die bei der Abarbeitung der Fallzahlen enorm wichtig sind – hat bei diesem Doppelhaushalt das Nachsehen, da er nicht im personellen Gleichklang mit den Strafverfolgungsbehörden, auf den Richterbänken mit aufwächst. Mehr Staatsanwälte und Richter bedeuten natürlich auch noch mehr Arbeit für die Geschäftsstellen. Wir sollten uns einig sein, dass auch hier dringend nachgesteuert werden muss. Denn ein Urteil, das zwar „im Namen des Volkes“ ausgesprochen wird, aber wegen Arbeitsüberlastung in den Geschäftsstellen nicht zeitnah vollstreckt werden kann, ist wenig geeignet, das Vertrauen in unseren Rechtsstaat zu stärken.

Wir wären nicht die Opposition, wenn wir nicht klare Forderungen an die Verwendung des Personalaufwuchses stellen würden. Das werden wir auch weiterhin tun. Die Landesregierung muss die Justiz in Baden-Württemberg als einen der zentralen Eckpfeiler unserer freiheitlichen und wehrhaften Demokratie stärken. Wir erwarten ein noch härteres Vorgehen

(Dr. Boris Weirauch)

der Strafverfolgungsbehörden bei Straftaten mit antisemitischer Motivation sowie die konsequente Ahndung von strafbewehrten Hasskommentaren im Internet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Das muss im Prinzip auch bei der Strafverfolgung eindrucksvoll dokumentiert bleiben.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Der feige Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der Anschlag auf die Synagoge in Halle, aber auch zahlreiche Bedrohungen und Angriffe auf ehrenamtliche Aktive der Zivilgesellschaft, in der Kommunalpolitik, in der Kulturszene, in der Jugendarbeit, zeigen, dass ein wehrhafter Staat deutlichere Signale setzen muss. Es muss klar sein: Ihr seid nicht allein; wir schützen euch und euer Eintreten für unser demokratisches Gemeinwesen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Auch im Bereich der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung besteht Handlungsbedarf. Die Landesregierung musste kürzlich auf unsere Anfrage zugestehen, dass bereits bestehende Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung gemäß der Strafprozessordnung in Baden-Württemberg bislang so gut wie niemals zur Anwendung gelangen.

Die vom Justizminister selbst in Auftrag gegebene Studie „Paralleljustiz“ von März 2019 hat aufgezeigt, dass die Möglichkeit einer schnelleren Aburteilung von Tätern im Zuge des beschleunigten Verfahrens gemäß der §§ 417 ff. der Strafprozessordnung in Baden-Württemberg nur in knapp 0,2 % der Fälle zur Anwendung gelangt – 0,2 % der Fälle! Das ist auch weitaus weniger als im Bundesdurchschnitt.

Der Justizminister hat jetzt angekündigt, zumindest in Freiburg, Mannheim und Stuttgart in Modellversuchen eine konsequentere Anwendung zu gewährleisten. Als Mannheimer Abgeordneter muss mich dies natürlich freuen, aber als Rechtspolitiker bin ich schon ziemlich verwundert, dass bundesweit einheitliche Vorschriften der Strafprozessordnung in Baden-Württemberg offenbar nicht flächendeckend, sondern nur in Modellversuchen zur Anwendung gelangen.

Für die SPD ist klar: Wenn die Voraussetzungen vorliegen, müssen Täter beschleunigt abgeurteilt werden – überall in Baden-Württemberg und nicht nur in den Großstädten.

Zum Schluss möchte ich noch den Blick auf ein Thema lenken, das uns, der SPD, besonders wichtig ist: den Opferschutz. Vor fast genau einem Jahr haben wir im Landtag die Handlungsempfehlungen des Untersuchungsausschusses „NSU II“ beraten, u. a. mit der gemeinsam vorgetragenen Forderung nach einem Opferbeauftragten in Baden-Württemberg. Auch Sie, Herr Minister Wolf, haben vor mehr als einem Jahr hier an dieser Stelle eine zentrale Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und Gewalttaten gefordert. Im Haushaltsentwurf der Landesregierung war jedoch nicht ein einziger Cent für eine solche Stelle vorgesehen.

Der Antrag der SPD – mein Kollege Jonas Weber hat es hier im Parlament erwähnt – zu diesem Thema hat dann offenbar

doch noch einmal Dynamik in die Sache gebracht, sodass wir im Finanzausschuss sogar gemeinsam mit den Regierungsfractionen finanzwirksame Anträge zur Einrichtung einer solchen Stelle eines Opferbeauftragten auf den Weg bringen konnten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Daniel Born SPD: Sehr gut!)

Jetzt sind wir natürlich gespannt auf ein inhaltliches Konzept. Sie haben uns ja eingeladen, daran mitzuwirken. Das werden wir sehr gern tun; Sie werden uns im Ausschuss sicher dazu hören.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir haben ein Opferschutzkuratorium und in jedem Präsidium einen Opferschutzbeauftragten!)

Abschließend möchte ich im Namen der gesamten SPD-Fraktion all den Menschen danken, die sich täglich in den Justizvollzugsanstalten, in den Gerichten und Staatsanwaltschaften, in der Bewährungshilfe oder als Gerichtsvollzieher oder Gerichtsvollzieherin, hauptberuflich oder ehrenamtlich, in unserem und für unseren Rechtsstaat einsetzen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Ohne dieses weit über das normale Maß hinausgehende Engagement hätte die baden-württembergische Justiz nicht diesen zu Recht exzellenten Ruf. Wir, die SPD, werden jedenfalls alles dafür tun, dass es trotz der großen Aufgaben, die es zu bewältigen gilt, dabei bleibt. Deshalb werten Sie unsere Zustimmung zum Einzelplan 05 auch als Dank und Anerkennung für die Justiz in Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Bravo!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Sänze.

(Abg. Karl Zimmermann CDU zur SPD: Konstruktive Opposition!)

Abg. Emil Sänze AfD: Immer! Immer!

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ah, nee, ich habe die anderen gemeint! Sie kommen da plötzlich von rechts daher! – Vereinzelt Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Herr Zimmermann, Sie haben doch Eier! – Gegenruf: Von links! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn ich so rum stehe, kommen Sie von rechts! – Gegenruf der Abg. Carola Wolle AfD: Das ist immer eine Frage des Blickwinkels!)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wer wissen will, ob die Landesregierung in ihrer Politik Schwerpunkte setzt und zielorientiert arbeitet, muss sich nur den Aufgabenbereich des Ministeriums ansehen: Justiz, Europa und Tourismus. Sicherheit und Recht gehören zusammen; Justiz ist integral für

(Emil Sänze)

den Bereich des Inneren, Tourismus ist ein Bereich der Wirtschaft. Statt einer klaren Schwerpunktsetzung verwaltet die Landesregierung ein Sammelsurium, einen Flickenteppich von „Einzeltätern“.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Das haben Sie aber früh entdeckt!)

Europa haben die Mitglieder der Landesregierung mal so eben zur Justiz dazugegeben. Haben Sie Mut, verlagern Sie die Politikfelder! Schon hätten wir ein komplettes Ministerium eingespart.

Entscheidendes Handeln und Sparen war jedoch nicht Ihr Ziel, als Sie den neuen Staatshaushaltsplan aufgestellt haben. Der Staatshaushalt ist nach dem Prinzip „Augen zu und durch, alles mit der Gießkanne, von allem mehr und am besten für alle und jeden“ aufgestellt worden.

Dieses Land schlittert in eine Rezession, und diese Landesregierung verfeiert die nachlaufenden Steuereinnahmen vergangener Zeiten zur zusätzlichen Aufblähung des Staatshaushalts. Verehrtes Kabinett, sparen Sie. Sparen ist anscheinend generell ein Fremdwort in Ihrem Wortschatz.

(Beifall bei der AfD)

Großzügigkeit leisten sich ja gern die „Family and Friends and Sleaze“ – zu Deutsch Filz. Es ist ja nicht ihr Geld, sondern das der Steuerzahler, das sie freigiebig verprassen. Beispiel gefällig?

Wir von der AfD haben für die Bürger nachgefragt. Im Rahmen der Tourismuskonzeption Baden-Württemberg fördern Sie Luxushotels und geben viel Geld für externe Beraterleistungen aus – sehr viel Geld, wie unsere Anfrage ergeben hat. dwif-Consulting und Tourismuszukunft haben 168 750 € bekommen, um die Tourismuskonzeption zu erstellen. Für die Aufstellung Ihrer Konzeption hätten durchaus ministeriale Kräfte und Kreisverwaltungen sowie Kommunen befragt werden können. Eine Projektgruppe aus Landesmitarbeitern hätte all diese Akteure eingebunden und hätte sicherlich ein gleichwertiges, wenn nicht besseres Ergebnis erbracht.

Ein Wort an Sie, geehrte Toskana- und Montalcino-Freunde von der grünen Regierungsbank – der durchschnittliche Baden-Württemberger leistet sich übrigens nicht ein Fünf-Sterne-Hotel, weshalb diese Luxuswerbung reichlich fehl am Platz erscheint –: Eine Förderung des Tourismus in Baden-Württemberg ist zu begrüßen, doch sollte dies weder den kommunalen Investitionsfonds noch den kommunalen Finanzausgleich belasten. Was nottut, sind Infrastrukturmaßnahmen im Land der Funklöcher und der Verkehrsstaus. Außerdem scheinen die Firmen dwif-Consulting und Tourismuszukunft doch reichlich politiklastig zu sein. Auffällig ist: Auf Fotos von Empfängen und Parteiveranstaltungen sind die Herren der Geschäftsführung immer häufiger zu sehen. Oder gehört dies zu dem neuen Geschäftsmodell und dem Regierungshandeln: Outsourcing?

Dazu fällt mir die neue, transparente Kommissionspräsidentin ein. Hat ihr Sohn im Sinne einer internen Familienberatung die Mutter beraten – Fragezeichen, Ausrufezeichen? Ganz so dreist waren Sie dann doch nicht, Herr Minister, aber es geht in die falsche Richtung.

Ähnlich verhalten auch Sie sich, Herr Hofelich, indem Sie Ihre Herkunft nicht verleugnen können – jetzt ist er nicht da, tut mir leid – und einen Antrag über 10 Millionen € eingebracht haben, um die Gaststätten und Gasthöfe zu retten.

Lieber Herr Wolf, bezüglich Ihrer Justizpolitik könnten wir Sie ja fast loben; denn Sie haben die Zahl der Richterstellen in den Verwaltungsgerichten erhöht, um Asylverfahren zu beschleunigen. Allerdings fehlen noch immer 220 Richterstellen, damit die Asylverfahren schneller bearbeitet werden können.

Doch der Kern in der Sache ist ein ganz anderer: Warum gibt es so viele Klageverfahren im Asylbereich? Weil die asylsuchenden Wirtschaftsmigranten von Ihnen, von den ideologisch verbrämten und grünen Vertretern der Zivilgesellschaft, allzu oft aufgefordert werden, bei der Ablehnung sofort zu klagen. Das dauert und kostet. Der Wirtschaftsmigrant muss weiter im Land Baden-Württemberg bleiben und damit vom Steuerzahler alimentiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dadurch ist der Herr Wirtschaftsmigrant seinem Ziel, die ersehnte unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, wieder ein Jahr näher gerückt. Bei einem laufenden Klageverfahren kann derjenige aus humanitären Gründen natürlich nicht abgeschoben werden. In den meisten Fällen wird die Klage abgelehnt, was natürlich kaum Konsequenzen hat, denn der top ausgebildete Wirtschaftsmigrant wird die nächsten Jahre geduldet, bis er schlussendlich seinen deutschen Pass erhält, um dem deutschen Steuerzahler weiterhin auf der Tasche zu liegen.

Wie Sie wissen, ist die Regierung des roten Blocks in Dänemark beim Thema Asyl ganz offen: Einwanderung ja, aber nicht aus islamischen Ländern. Ihre Wähler aus der Arbeiterschaft hatten einfach genug von der Bevorzugung der Wirtschaftsmigranten. In Dänemark gibt es ein breites gesellschaftliches Bekenntnis: keine Einwanderung aus islamischen Ländern. Das ist ein sehr gutes Bekenntnis, wie ich meine.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Würden wir diese Erkenntnis für uns erlangen, hätte es viele Menschen in Deutschland und natürlich auch in Baden-Württemberg nicht das Leben gekostet.

Die Änderungsanträge der AfD-Fraktion im Bereich der Justiz – die Erhöhung der Zahl der Verwaltungsgerichtsstellen um 220 Stellen sowie die Streichung der Aufwandsentschädigung von 100 000 € für islamische Seelsorger – wurden abgelehnt. Wir fragen uns: Was bezahlen Sie den islamischen Seelsorgern für 100 000 €? Die Fahrtkosten aus der Türkei und aus Syrien? Oder etwa die Halal-Mahlzeiten? Vermutlich bleibt der Seelsorger auch gleich hier und stellt einen Asylantrag, damit er seine Schäfchen besonders freitags über die Ziele des politischen Islams informieren kann.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, das ist das Ergebnis für Baden-Württemberg.

Doch der Hauptmotor dieser Politik ist ganz klar Ihre heiß geliebte Europäische Union. Dies bestätigte in diesen Tagen ein

(Emil Sänze)

Parteikollege aus Brüssel, als wir uns anlässlich eines Arbeitstreffens dort trafen: „Die ganz großen Schweinereien passieren hier auf den Fluren.“ Ganz genau. Dem Interesse der Baden-Württemberger, unser Land zu schützen, kommen sie nicht nach. Die Sicherheit der Baden-Württemberger ist ihnen anscheinend völlig egal.

Dies kommt besonders dann in einer schizophrenen, zynischen Weise zum Tragen, wenn ihr Parteikollege, Herr Wolf, hier in Baden-Württemberg Härte beim Durchgreifen gegen straffällig gewordene Flüchtlinge herausposaunt und die Vertreter derselben Partei in Brüssel und Straßburg wieder für Projekte wie das Solidaritätskorps, Erasmus+ und Kreatives Europa stimmen, in denen Milliardenbeträge für die Betreuung von Wirtschaftsmigranten beschlossen werden. Was für eine Zielsetzung ist das?

Aber dieser Zusammenhang ist beispielhaft für die Entmachtung aller deutschen Parlamente, in unserem Fall des Bundesrats und des Landtags.

(Zuruf des Abg. Wilhelm Halder GRÜNE)

Es geht nur noch darum, die UN-Agenda 2030 umzusetzen. Sie betonen es wieder in Ihrem Schreiben an die Europäische Kommission. Wussten Sie, dass die Agenda 2030 eigentlich aus Deutschland kommt? Kennen Sie den Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, WBGU? Dieser Beirat mit seinen Politikern – Sie nennen sie Wissenschaftler – flüstert der Bundesregierung seit 1992 die große Veränderung ein. Wir, der Westen, sind schuld an der Klimaveränderung. Deshalb müssen wir unseren wirtschaftlichen Reichtum mit der Welt teilen, und zwar so lange, bis alle gleich sind. Bemerken Sie die Ideologie? Ja, genau richtig.

Einen Hauptvertreter dieser Ideologie sehen Sie – bzw. wir sehen ihn nicht mehr, er ist schon nach Hause gegangen und erholt sich vom heutigen Morgen – hier auf der Regierungsbank. Ja, ich bringe Ihre Gedanken auf den Punkt. Die Klimalüge wird durchdringend unter dem Deckmantel der Demokratie umgesetzt, um den Kommunismus 2.0 zu erreichen.

(Vereinzelt Lachen bei der SPD – Zuruf von den Grünen: Sauber!)

Wer nicht funktioniert, wird kontrolliert: siehe China, Sozialpunkte, wenn Sie reisen möchten; siehe EU, künstliche Intelligenz mit Algorithmen, die Sie überprüfen und Ihnen demnächst wahrscheinlich das Konto sperren. Da können Sie ruhig lachen. Die EU ist ein argumentativer Schuldkomplex, das willfähige Legislativ-, Exekutiv- und Judikativorgan, alles in allem königliches Dekret – jetzt heißen sie eben EU-Verordnungen –, das direkt auf die unterste Kreisebene der Länder durchregiert.

(Beifall bei der AfD)

Da wird überhaupt nicht kontrolliert, wie subsidiär das ist. Es kommt ja von der heiligen EU.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Es ist interessant, dass Sie die EU als heilig bezeichnen!)

Ich möchte Ihnen auch erklären, geehrte Zuhörer, wie die parteiübergreifenden Globalisierungswege zustande kommen.

Für die einen – das sind die Grünen, Linken und SPD – ist das sogenannte Weltbürgertum eine Notwendigkeit des CO₂-freien Klimas, für die anderen – das sind CDU/CSU und FDP – ist der Weltkonsument im Vordergrund. Durch den völligen Wegfall der Grenzen soll dies erreicht werden.

Natürlich ist für beide Globalisierungsfreunde die Grenze ein besonders störender Faktor; denn die Grenze ist ein Zeichen von Nationalstolz, von Identität, von Standortsicherheit und Zusammenhalt. Die Grenze ist ein Zeichen zum Schutz der eigenen Bevölkerung. Die Bewohner fühlen sich hinter der Grenze noch sicher, obwohl diese schon längst zu einer Illusion geworden ist. Deswegen versuchen Sie auch mit allen Mitteln, die Grenzen aufzulösen.

Staatssekretär Ratzmann von den Grünen möchte schnellstmöglich den Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau als Region der gemeinsamen Gesundheitsversorgung eröffnen. Haben wir das wirklich nötig?

Doch die Globalisierung ist zum Scheitern verurteilt. Das zeigen eindeutig und klar die Politiken von China, Russland, den USA, der Türkei, Großbritannien und vor allem unseres direkten Nachbarn, der Schweiz.

(Abg. Josef Frey GRÜNE: Wenn Sie mal den Rettungshubschrauber aus Frankreich brauchen, sind Sie froh!)

Die Menschen wollen Ihre Szenarien vom identitätslosen Weltbürger nicht. Sie wollen Ihre zivilgesellschaftlich finanzierte Räterepublik nicht, wie es Ihre Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen fordert, mit einem Zukunftsrat, der als kriminologischer Aufsichtsrat und Bewacher der Klimalüge über der Bundesregierung steht.

Die Zukunft ist die Selbstbetonung des Eigenen, das Land der gemeinsamen Sprache, der gemeinsamen Tradition, die Region, die allesamt Multiplikator der greifbaren Nähe sind.

Baden und Württemberg sorgten für diesen Zusammenhalt und die Gemeinschaft. Die herkömmlichen Tugenden in unserer Familie, auch ohne Ihr Zutun gelebt – Respekt, Strebsamkeit, Pünktlichkeit, Erfundergeist und vieles mehr –, sind die Garanten für unseren Staat.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

In Brüssel, Straßburg, Luxemburg und Frankfurt, in allen Delegationen der europäischen Gleichmachungspolitik sitzen die Zerstörer des humanistischen Geistes, der dieses Europa so weit hat kommen lassen. Dieser Humanismus hat Europa zu dem werden lassen, was es heute ist: eine Gemeinschaft von Staaten, die sich freiwillig – ich betone: freiwillig – dazu entschieden hatten, zusammenzuarbeiten. Deshalb betonen wir in unseren Anträgen den Standort Baden-Württemberg.

Wir haben eingebracht, im Landtag von Baden-Württemberg einen wissenschaftlichen Dienst nach dem Vorbild anderer Parlamente in Deutschland einzurichten, damit der Landtag rechtzeitig erkennt, welche EU-Vorhaben in die Kompetenz des Landes Baden-Württemberg eingreifen. Resultat: abgelehnt. Im EU-Ausschuss kommen Dokumente an, die schon längst im Bundesrat beschlossen wurden. Das ist keine staatliche Souveränität, das ist keine Abgeordnetenverantwortung.

(Emil Sänze)

Wir von der AfD wollen beim impotenten Abnicken und Zurkenntnisnehmen nicht mittun.

(Beifall bei der AfD)

Gedeckt wäre ein wissenschaftlicher Dienst allemal. Wir haben Deckungsvorschläge gemacht: Zusammenstreichen der Ideologearbeit der Landeszentrale für politische Bildung, Wegfall der Versorgungsposten der Bürgerbeauftragten, das Zusammenstreichen der EU-Veranstaltungen sowie das Maßhalten bei Gerätebeschaffungen der Landesvertretung in Brüssel – Kostenersparnis ca. 9 Millionen €.

Seltsam ist, dass die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen, die den Landtag von Baden-Württemberg stärken, allesamt abgelehnt wurden. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, wenn Sie sowieso mit Ihrer Politik die Selbstaufgabe beschlossen haben: Laden Sie am besten direkt die neuen EU-Kommissare nach Baden-Württemberg ein. Sie können dann umgehend dieses Parlament übernehmen. Dann hätten wir endlich klare Verhältnisse, und alle wissen, wer für die ganze Misere verantwortlich ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Weinmann das Wort.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ohne einen funktionierenden Rechtsstaat ist unsere Demokratie nicht vorstellbar. Insofern ist die auch von Ihnen, geschätzter Herr Kollege Weirauch, zitierte Aussage von Andreas Voßkuhle absolut zu unterstreichen. Denn jede Investition in den Rechtsstaat ist auch eine Investition in die Demokratie.

Die FDP/DVP-Fraktion unterstützt daher ausdrücklich die Stärkung der Justiz durch die Stellenschaffungen im gesamten Justizbereich, angefangen bei den Richtern und Staatsanwälten über die Rechtspfleger bis hin zu den Justizwachtmeistern.

(Beifall des Abg. Jürgen Keck FDP/DVP)

Der Haushaltsentwurf ist eine gute Weichenstellung, um rechtsstaatliche Verfahren vom Beginn bis zum Ende sicherzustellen. Bemerkenswert ist sicherlich, dass die Stellenschaffungen von der Justiz durch Vermögensabschöpfungen selbst erwirtschaftet wurden. Das ist aber sicherlich die Ausnahme. Dennoch ist es für uns von besonderer Bedeutung, sicherzustellen, dass die Justiz als tragende Säule des Rechtsstaats auch in den nächsten Jahren die Finanzierung erhält, die sie verdient, die sie aber auch benötigt, um den zahlreichen Herausforderungen, auf die ich nachfolgend noch eingehen werde, zu begegnen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

So spielt die Vermögensabschöpfung sicherlich auch in der Zukunft eine bedeutende Rolle, auch wenn im Haushalt – Herr Minister, vielleicht können Sie nachher noch etwas näher darauf eingehen – hierfür lediglich 2 Millionen € eingestellt sind, was eine Halbierung gegenüber 2017/2018 bedeutet, und das

trotz der medienwirksamen Gründung der Zentralstelle für Vermögensabschöpfung bei der Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe.

Vermögensabschöpfung ist aber auch wichtig. Denn es muss klar sein: Verbrechen darf sich nicht lohnen. Das Abschöpfen von Erträgen entzieht den Tätern den Anreiz, aber auch die finanzielle Basis für die Begehung weiterer Straftaten.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Diese Mittel werden aber auch dringend benötigt. Denn die Herausforderungen sind groß. Herr Kollege Weirauch – ich gehe mal davon aus, dass ich Sie da falsch verstanden habe; in Bezug auf das Thema Antisemitismus ist mir dies bei Ihrer Aussage aber zumindest aufgefallen –: Die Politik kann viel leisten, aber sie kann über die Legislative hinweg sicherlich nicht den Gerichten Vorgaben machen, wie sie Straftaten zu ahnden haben.

Wir beobachten auch eine Verlagerung der Kriminalität ins Internet. Seit 2017 haben wir Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Cyberkriminalität in Stuttgart und in Mannheim, die allerdings nur eine geringe zweistellige Zahl von Planstellen vorweisen können. Das ist nach unserer Überzeugung schlechterdings zu wenig in Anbetracht der erheblichen Anstiege der Planzahlen und der großen Dunkelziffer, die in diesem Bereich vorherrscht.

Auch das Thema Hasskriminalität – das Bundeskriminalamt hat 200 Stellen geschaffen, um in diesem Bereich voranzukommen, und wenn sie ihre Arbeit ordentlich machen, dann wird auch einiges in der Justiz ankommen – wird uns ein zusätzliches Aufkommen an Fallzahlen bescheren. Wenn die Justiz hier nicht Schritt hält, wird sie immer mehr zum Nadelöhr bei der strafrechtlichen Ahndung von Cyberkriminellen.

Insofern ist es geboten, dem Beispiel Nordrhein-Westfalens folgend, auf Landgerichtsebene eine besondere Zuständigkeit für Cybercrime im engeren Sinn bei einer großen Strafkammer eines Landgerichts zu schaffen. Durch eine solche Expertise, die im Übrigen auch bei der Staatsanwaltschaft notwendig ist, erreichen wir – auch das ist gesagt worden –, dass das Internet eben nicht zum rechtsfreien Raum verkommt.

Wir müssen auch in diesem Bereich dazu beitragen, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Rechtsstaat keinen Schaden erleidet. Stichworte sind genannt worden, etwa das Thema E-Akte. Hierbei ist sicher zu berücksichtigen, dass deren sukzessive Einführung zunächst mehr Personal kosten wird, dass insofern also Einsparungen, wenn überhaupt, erst mittel- bis langfristig erzielt werden können.

Das Thema Servicekräfte ist angesprochen worden. Auch das Haus des Jugendrechts, das weiterentwickelt und im Land weiter vorangebracht werden soll, wird von uns ausdrücklich begrüßt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Besorgniserregend ist aus unserer Sicht allerdings die Situation in den Justizvollzugsanstalten. Nicht nur steigt die Zahl der Häftlinge von Jahr zu Jahr, sondern es steigt auch der Anteil der Personen mit schlechten Deutschkenntnissen sowie

(Nico Weinmann)

anderen Auffälligkeiten. Wir brauchen einen Masterplan Justizvollzug, um nicht nur die Justizvollzugsbeamtinnen und -beamten zu entlasten, sondern auch dem in § 2 des Strafvollzugsgesetzes formulierten Ziel gerecht zu werden:

Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.

Kollege Filius hat es bereits zitiert. Wenn wir uns allerdings ernsthaft fragen, ob der Justizvollzug dieses Ziel tatsächlich mit den heute vorhandenen Mitteln erfüllen kann, müssen wir, denke ich, ehrlich sagen: nur sehr eingeschränkt. Insofern braucht es eine bessere personelle Ausstattung. Das ist ein erster Schritt, der eingeleitet wurde. Diesem muss aber ein weiterer folgen, gerade auch vor dem Hintergrund der anstehenden Pensionierungsentwicklung.

Gestatten Sie mir noch einen Satz zum Datenschutz. Wir haben jetzt das erste Jahr seit Inkrafttreten der Datenschutz-Grundverordnung, und während am Anfang noch die Beratung im Vordergrund stand, kommen nun sukzessive auch die Kontrolle und die Sanktionierung. Zahlreiche Stellen wurden geschaffen. Das begrüßen wir; denn es ist auch ein Zeichen dafür, dass Datenschutz ein Wettbewerbsvorteil sein kann, wenn klare und verlässliche Regeln bestehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wichtig ist dabei, dass wir auch eine Akzeptanz in der Bevölkerung erreichen; denn nur dort, wo der Datenschutz entsprechend und in einem pragmatischen Umfang kontrolliert wird, steigt auch die Akzeptanz.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir wollen dort, wo Datenverarbeitung im Vordergrund steht, die Kontrollen haben. Die Vereine sowie die kleinen und mittleren Unternehmen wollen wir allerdings nicht über Gebühr belasten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Jochen Haußmann
FDP/DVP: So ist es! Hört, hört!)

Hierbei haben wir jedoch großes Vertrauen in die Arbeit unseres Landesbeauftragten für den Datenschutz, Herrn Dr. Brink. Wir glauben, dass er die ausgewogene Mitte finden wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Insgesamt ist es ein solider Haushalt, dem wir gern zustimmen werden. Es ist aber gleichzeitig die Aufgabe – über die richtige Weichenstellung hinaus –, sich nicht auf dem Erreichten auszuruhen, sondern konsequent weiter voranzugehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Jürgen Filius GRÜNE und Dr. Boris Weirauch SPD – Zuruf:
Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Pix das Wort.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch aus tourismuspolitischer Sicht lohnt sich ein Blick auf den kommenden Doppel-

haushalt. Mit der neuen Tourismuskonzeption liegt ein strategischer Leitfaden vor, um die touristischen Herausforderungen der kommenden Jahre anzupacken. Wir haben Maßnahmen beschlossen, die den Tourismusstandort Baden-Württemberg in besonderem Maß stärken und die Branche als Leitökonomie etablieren werden.

Warum eine gute Tourismuspolitik aber so wichtig ist: Fast 400 000 Angestellte, 11,5 Milliarden € Wertschöpfung, über 2,3 Milliarden € touristisches Steueraufkommen allein im Jahr 2018, Edith, verdeutlichen die herausragende Bedeutung des Tourismus für unser Land.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Außerdem – das halte ich vor dem Hintergrund einer schwächelnden Konjunktur für besonders wichtig – gelten diese Arbeitsplätze als besonders krisenfest und lassen sich auch nicht so einfach wegrationalisieren.

Aber, werte Kolleginnen und Kollegen, die Tourismuserfolge der vergangenen Jahre sind kein Selbstläufer. Wir bewegen uns in einem extrem dynamischen Wettbewerbsumfeld mit schnelllebigen Trends und massiven gesellschaftlichen Entwicklungen. Wer seinen Betrieb heute nicht auf die Trends von morgen anpasst, der guckt allerspätestens übermorgen in die Röhre. Deshalb brauchen die vielen kleinen und mittleren Betriebe in Baden-Württemberg die starke Schulter des Landes. Der eine benötigt eventuell eine Beratung im Bereich der Digitalisierung, die andere einen Zuschuss für die Renovierung der Gaststätte.

Aber eines muss uns allen klar sein: Die Konkurrenz schläft nicht. Ein wichtiger und sehr bedeutender Touristiker im Land hat mir einmal gesagt: Jedes Tal in Südtirol verfügt über mehr Geld als unsere Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg. Dort habe ich übrigens die Auskunft bekommen, dass den Tourismusorganisationen der österreichischen Bundesländer – z. B. Kärnten und Steiermark – das acht- bis zehnfache Budget zur Verfügung steht. Wenn ich nun an die Naturparke, die Biosphärengebiete oder den Nationalpark Schwarzwald in unserem Land denke, kann ich nur sagen: Wir haben hier nicht minder naturnahe und attraktive Kulturlandschaften.

Die neue Tourismuskonzeption des Landes stellt sich den genannten Herausforderungen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das Landesmarketing wird neu ausgerichtet. Die Mittel werden stärker auf erfolversprechende Themen und Projekte konzentriert. Wir wollen die Organisationsstrukturen im Tourismus optimieren und durch Anreize dafür sorgen, dass sich kleine Tourismusorganisationen zu wettbewerbsfähigen Einheiten zusammenschließen. Und wir wollen dafür sorgen, dass die Förderprogramme auch entsprechend angepasst und ausgestattet sind.

Der vorliegende Haushalt setzt diese Maßnahmen sehr konsequent um. Wir werden für die Umsetzung der Tourismuskonzeption 4,5 Millionen € pro Jahr bereitstellen, und wir werden die Mittel für die Tourismusförderung bei den Kommunen um 3 Millionen € auf nun 10 Millionen € pro Jahr erhöhen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Reinhold Pix)

Gleichzeitig haben wir die Mittel für das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum, ELR, deutlich auf nun 90 Millionen € aufgestockt.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Der Förderschwerpunkt des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum liegt auf der lokalen Grundversorgung. Über das Programm werden Gaststätten, Bäckereien oder Metzgereien bezuschusst. Es trägt so zu attraktiven ländlichen Räumen bei – eine Grundvoraussetzung für unseren Baden-Württemberg-Tourismus, Herr Minister Wolf.

Im Prozess haben ich laufend gesagt, dass sich Klimaschutz auszahlt. Die Klimaschutzkomponente in dem neuen Tourismusprogramm hat Wirkung entfaltet und hat die Finanzministerin überzeugt, worüber ich sehr froh bin.

Außerdem haben wir den Fördersatz im ELR von 20 auf 30 % erhöht, und weitere 5 % Zuschuss gibt es für die Verwendung von CO₂-speichernden Baustoffen, also Holz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Klimawandel und das Artensterben sind die größten Herausforderungen unserer Zeit. Wir Grünen setzen uns deshalb für eine Klimaprüfung aller Förderprogramme des Landes ein. Genau aus diesem Grund sieht das ELR auch einen Zuschuss für klimafreundliches Bauen vor. Und genau aus diesem Grund haben wir in der Tourismuskonzeption festgeschrieben, dass wir Anreizstrukturen für umwelt- und ressourcenschonende Maßnahmen in der Tourismusförderung einführen wollen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Analog zu unseren bewährten Bio-Musterregionen wollen wir Modellregionen für einen nachhaltigen Tourismus aufbauen sowie die klimafreundliche Anreise mit Bus und Bahn voranbringen.

Intakte Landschaften und die Natur sind neben attraktiven Städten unser größtes touristisches Kapital. Wir Grünen sorgen dafür, dass dies so bleibt. Darauf können Sie sich verlassen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Kößler.

Abg. Joachim Kößler CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem Herr Sänze über die „heilige EU“ gesprochen hat, kann ich dem nur zustimmen. Die EU ist eine heilige Organisation,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das sagte er ironisch!)

die wir in Baden-Württemberg brauchen. – Ich weiß, dass es ironisch war. Aber ich will es nochmals betonen – auch wenn das ironisch war –: Baden-Württemberg steht zur EU.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat zu Europa Folgendes gesagt:

Zusammen ... sind wir 500 Millionen und machen wir 40 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts aus. ... Europa kann Trendsetter werden.

Weiter sagte sie, Europa könne Vorreiter für vieles in der Welt sein.

Unser Ziel muss es sein, in Baden-Württemberg die richtigen Stellschrauben für Europa zu setzen. Wir stärken mit diesem Haushalt auch auf der Ausgabenseite unsere nachhaltige Europapolitik.

Wir haben im vergangenen Jahr ein hervorragendes Europa-Bild für Baden-Württemberg geschaffen, in einem sehr umfassenden Prozess, in den wir viele Menschen, viele Bürger mit einbezogen haben. Aber in Zukunft müssen wir dafür sorgen, dass das, was wir hier beschlossen und auf den Weg gebracht haben, mit in den europäischen Prozess eingeht. Unser Ziel muss sein: Stärkung des Wettbewerbs der europäischen Unternehmen, Entwicklung einer digitalen Transformation, die für ganz Europa zu gelten hat, ein fairer Welthandel, keine Handelskriege, wie sie z. B. China und die USA zurzeit veranstalten. Die Rechtsstaatlichkeit Europas muss gesichert werden.

Und natürlich das Thema Klimaschutz: Hier haben wir eine wichtige Aufgabe in Europa. Wir können auch als Baden-Württemberger zeigen, dass erfolgreiches Wirtschaften und Klimaschutz zusammengehen. Ich will Ihnen nur einmal die Umsatzzahlen von Unternehmen nennen, die in der Umwelttechnik in Baden-Württemberg tätig sind: 12,5 Milliarden € werden dort erzielt, 45 % davon durch Exporte.

Ich will nur eines sagen: Wir brauchen in Zukunft in Brüssel eine gute Vertretung. Ich darf dem Minister und auch der Landesvertretung dafür danken, dass dies in hervorragender Weise gelingt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Kößler, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zu?

Abg. Joachim Kößler CDU: Nein. Ich will jetzt einfach meine Gedanken weiterführen. Wenn ich am Schluss noch Zeit habe, können wir das machen, aber vorher nicht.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Ich warte darauf!)

Meine Damen und Herren, wir sind in der Landesvertretung prima aufgestellt. Wir haben dort Erweiterungen sowohl personeller Art als auch bei den Räumlichkeiten und Dienstleistungen vorgenommen. Das brauchen wir in der Zukunft verstärkt. Wir müssen unsere Ideen in Europa gut einbringen.

Wenn Herr Sänze von „Schweinereien auf den Fluren“ spricht, dann sage ich:

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Wenn für Sie Netzwerken und Interessenvertretung in Brüssel Schweinereien sind, dann liegen Sie vollkommen falsch.

(Joachim Kößler)

Wir brauchen im kommenden Jahr natürlich eine noch stärkere Vertretung, weil dann Deutschland die europäische Präsidentschaft hat.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zur Frankreich-Konzeption sagen, weil die Frankreich-Konzeption ein wichtiger Teil unserer Europapolitik in Baden-Württemberg ist. Wir wollen diese Frankreich-Konzeption auch in Zukunft leben, wie wir es in der Vergangenheit schon getan haben. Auf der Grundlage des Aachener Vertrags wollen wir, dass die grenzüberschreitende Bildung vorankommt, dass die Städtepartnerschaften noch verstärkt werden, dass Umwelt- und Wissensschaftsprojekte vorangetrieben werden. Wir stellen in diesem Haushalt weitere 5,6 Millionen € hierfür zur Verfügung.

Der Kollege Pix hat schon sehr viel über die Tourismuskonzeption gesagt. Ich will einfach noch ein paar Zahlen einbringen, weil sie mir wichtig sind. Ich will sie Ihnen ins Gedächtnis mitgeben, weil Sie natürlich auch draußen für unseren Tourismus werben können. 55 Millionen Übernachtungen gibt es in Baden-Württemberg, und der Umsatz beträgt im Augenblick – ich weiß nicht, ob Kollege Pix es schon gesagt hat – 25 Milliarden €. Das ist natürlich ein bedeutender Wirtschaftsfaktor sowohl von der Umsatzzahl her als auch von der Jobzahl her. Wenn vorhin die Rede davon war, der Tourismus sei nicht wichtig für Europa, für Deutschland und für Baden-Württemberg, kann ich nur eines sagen: Ohne diesen Tourismus würden wir sehr viel schlechter dastehen.

Wenn man die Beschäftigungszahlen von Automobilindustrie und Tourismus miteinander vergleicht, muss man sagen: Im Tourismus wird im Augenblick sehr viel mehr Beschäftigung geschaffen als in anderen Bereichen. Wir müssen also darauf achten, dass uns diese Branche erhalten bleibt, weil sie natürlich auch standortnah ist. Ein Hotel wird nicht vom Schwarzwald irgendwohin in die Alpen ziehen, sondern wird dort bleiben, wo es ist, und dort werden Arbeitsplätze geschaffen.

Für die Umsetzung der Tourismuskonzeption stehen im Doppelhaushalt insgesamt 9 Millionen € zur Verfügung. Wir haben damit eine gute Zukunftsperspektive für den Tourismus in Baden-Württemberg geschaffen. Ich freue mich, dass wir uns hier im Haus, was den Tourismus anbetrifft, sehr einig waren, und ich erwarte eine gute Ausgestaltung dessen, was wir beschlossen haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Wölfle.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gute Europapolitik bedeutet für unser Bundesland vor allem gute Nachbarschaft mit Frankreich. Ministerpräsident Kretschmann hat daher gleich zu Beginn seiner Amtszeit das Thema Europa zur Staatsräson erhoben. Dennoch ist Baden-Württemberg bei der Umsetzung grenzüberschreitender Projekte nicht wirklich vorangekommen. Ich möchte da ein paar Beispiele nennen.

Das sind zum einen die Entsenderichtlinie und die Hemmnisse für baden-württembergische Unternehmen, insbesondere

das Handwerk und das Dienstleistungsgewerbe. Eine IHK-Umfrage – Freiburg, Südlicher Oberrhein – hat gezeigt, wie sehr die grenzüberschreitende Zusammenarbeit durch eine enorme Bürokratie erschwert wird. Es gibt viele Unternehmen, die sich aus diesem Geschäftsbereich zurückziehen, weil sie sagen: Es hat einfach keinen Sinn mehr. Hier erwarten wir von der Landesregierung deutlich mehr Engagement.

(Beifall bei der SPD)

Bei den grenzüberschreitenden Beziehungen geht es aber nicht nur um Handel, Wirtschaft und Verkehr, sondern vor allem auch um den Austausch zwischen den Menschen diesseits und jenseits des Rheins. Hierzu bedarf es entsprechender Sprachkenntnisse. Dass der Französischunterricht auf deutscher Seite in Baden-Württemberg jetzt erst ab Klasse 3 beginnt, ist da kontraproduktiv. Die Landesregierung – insbesondere das Kultusministerium – sendet hier ein völlig falsches Signal. So kommt am größten Freiburger Gymnasium inzwischen nicht einmal mehr der Leistungskurs Französisch zustande. Was jahrelang mühevoll aufgebaut wurde, ist jetzt in Gefahr.

Aber gerade im Hinblick auf den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt ist die Sprache des Nachbarn extrem wichtig, und es scheint, dass die Landesregierung hier nicht wirklich eine aktive Rolle einnimmt.

Es gäbe noch weitere Beispiele, die beweisen, dass die Frankreich-Konzeption bis dahin lediglich ein Papiertiger ist und faktisch nicht funktioniert.

Zur Frankreich-Konzeption sagte Frau Staatsrätin Erler kurz vor der Unterzeichnung des Aachener Vertrags – ich zitiere aus den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 4. Januar dieses Jahres –:

Wir machen nicht einfach geradlinig weiter; das wird vielmehr ein qualitativer Sprung.

Heute muss man feststellen: Der angekündigte Quantensprung ist bisher nur ein kleiner Hüpfen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Denn im Mai dieses Jahres musste die Frankreich-Konzeption im Kabinett zurückgezogen werden, weil sich die einzelnen Ministerien nicht über die ressortübergreifende Finanzierung der geplanten Projekte einigen konnten. Auch heute ist die Konzeption im Haushaltsentwurf nur zur Hälfte finanziert, u. a. mit Fraktionsmitteln von Grünen und CDU. Hier rächt sich einmal mehr, dass zwei Ministerien für das Thema Europa zuständig sind. Doppelt genäht hält in diesem Fall nicht besser; im Gegenteil. Gesplittete Zuständigkeiten und Kompetenzgerangel ergeben nun mal keine Europapolitik aus einem Guss.

(Beifall bei der SPD)

Auch deshalb ist der Anspruch des Ministerpräsidenten, Europapolitik sei hierzulande Staatsräson, ein reines Lippenbekenntnis.

Ein paar Worte zum Tourismus. Die neue Tourismuskonzeption des Landes zeigt u. a. auf, wie enorm wichtig eine gut funktionierende Infrastruktur mit Hotels und Gaststätten ist. Aber was nützen attraktive Wander- und Radwegekonzeptionen

(Sabine Wölfle)

nen und andere tolle Konzepte, wenn die Gäste nirgendwo mehr übernachten oder einkehren können? Wir haben deshalb in den Haushaltsberatungen einen Antrag für ein Sonderprogramm vorgelegt, das gezielt die Modernisierung und den Erhalt von Gaststätten im ländlichen Raum unterstützen soll. Natürlich wurde der Antrag abgelehnt, u. a. mit der Begründung, dass es im Förderkatalog des ELR für das Jahr 2020 jetzt eine Sonderlinie „Dorfgastronomie“ geben soll; diese wird auch entsprechend beworben.

Ministerin und CDU-Spitzenkandidatin Eisenmann kündigte bei der DEHOGA-Delegiertenversammlung an, dass für die Rettung der Gasthäuser im ELR zweimal 10 Millionen € bereitgestellt werden. Was sie aber nicht sagt, ist erstens, Gasthäuser konnten schon bisher über das ELR gefördert werden, und zweitens, die Aufstockung um 20 Millionen € heißt nicht, dass das Geld auch bei den Gaststätten ankommt. Denn der Zuschuss ist auch von anderen Mitspielern, z. B. der Kommune, abhängig. Wird der Antrag der Kommune abgelehnt oder passt er nicht in die LEADER-Konzeption, dann gibt es eben auch kein Geld. Tatsächlich haben wir hier nur eine pauschale Aufstockung des ELR-Programms und eben kein zielgerichtetes Programm gegen das Gasthaussterben.

(Beifall bei der SPD)

Das zusätzliche Geld fließt voll in den ELR-Topf, dessen Budget im Jahr 2020 allein schon zu 40 % an den Förderschwerpunkt Wohnen gebunden ist. Die Enttäuschung der Antragsteller ist damit vorprogrammiert.

Wir wollen etwas Ähnliches haben wie die Bayern. Die Bayern haben ein klares Programm mit über 30 Millionen € gemacht, das in kürzester Zeit ausgeschöpft war. Ich denke, dass unser Änderungsantrag ein ganz zielgerichtetes Angebot gegen das Gasthaussterben darstellt. Deswegen bitten wir Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Sänze.

Abg. Emil Sänze AfD: Frau Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe jetzt gehört, die CDU will Trendsetter sein, Herr Kößler.

(Abg. Joachim Kößler CDU: Europa will Trendsetter sein!)

Wir wollen auch Trendsetter sein, aber für Bürgerrechte, für Subsidiarität, für Freiheit und für eigene Entscheidung. Da sind wir Trendsetter.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen Trendsetter sein für die Standortansiedlungen, und wir begeben uns nicht in die Obhut eines Herrn Macron, der noch nicht mal seine Gesetze in seinem eigenen Land durchsetzen kann, und werden keinesfalls – keinesfalls! – unter dieser Führung in die Verteidigungsunion hineingehen. Niemals und nimmer!

(Beifall bei der AfD)

Wir stehen da mit einer Überzeugung, die die Bürger des Landes Baden-Württemberg wieder in die Möglichkeit versetzt, dass sie auch 4 Milliarden € abweisen können, die wir ausgeben, ohne dass wir ein wirkliches Ziel setzen außer Bevormundung.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben die Befürchtung, dass demnächst 7 Milliarden € auf uns zukommen. Wie wollen Sie das in so einer rezessiven Phase den Bürgern in Baden-Württemberg verkaufen, wenn bei Mahle und Marquardt Kurzarbeit eingeführt wird?

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Die werden Sie schier aus Ihrem Parlament hinaustreiben; nichts anderes wird geschehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Abg. Bernd Gögel AfD: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Schweickert.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die AfD in Europa Trendsetter werden will, schwant mir Böses für Baden-Württemberg, insbesondere da dieses Land so exportorientiert aufgestellt ist.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Herr Minister, Sie haben in diesem Einzelplan, der die Bereiche Europa und Justiz enthält, die komplette Europapolitik, die wir in einem eigenen Ausschuss „Europa und Internationales“ parlamentarisch begleiten; er umfasst aber auch den Bereich Tourismus.

Was die Europapolitik betrifft, haben wir natürlich die Situation, dass das Land Baden-Württemberg ein bisschen im Schatten steht. Das ist gar kein Vorwurf; aber wenn der Brexit jeden Tag oder zumindest doch sehr oft im Fernsehen ganz vorn rangiert und die Brüsseler Entwicklungen nach der Europawahl die Menschen irgendwo natürlich schon in ihren Bann ziehen – „Wie geht es jetzt weiter mit dieser Kommission?“ –, dann ist es schwierig, in diesem Bereich weiter nach vorn zu denken. Das gebe ich zu.

Allerdings geht natürlich trotzdem in Brüssel die Arbeit weiter. Deshalb ist es sicherlich nicht falsch, wenn man jetzt diesen Haushaltsansatz, den Sie gewählt haben, verstetigt, sich auf sich selbst konzentriert und die Mittel in diesem Bereich im Prinzip weiterführt. Aber ich würde mir schon wünschen, dass man sich, gerade wenn man die jetzt eingestellten Mittel betrachtet – z. B. hatte man zum Thema „Kampagne für Europa“ im Vorfeld der Europawahl ja auch schon Mittel eingesetzt –, überlegt: Wie setze ich die denn in Zukunft ein? Die sind da. Und da fehlt mir noch ein bisschen die Ausrichtung, was man denn mit diesen Mitteln machen will.

Denn es wird auf europäischer Ebene ja nicht einfacher. Frau Kollegin Wölfle hat völlig zu Recht die Frankreich-Konzeption angesprochen. Natürlich ist da noch deutlich Luft nach oben. Man hat ein bisschen den Eindruck, man stolpert hier

(Dr. Erik Schweickert)

dem Aachener Vertrag der Bundesrepublik hinterher, so nach dem Motto: Jetzt sind wir halt direkter Nachbar, jetzt müssen wir auch was tun. Aber auch da fehlt mir ein bisschen das Vorangehen.

Ich bin wirklich gespannt, wie Sie die jetzt bereitgestellten Mittel einsetzen. Frau Erler ist heute leider nicht da; sie war bei uns im Ausschuss und hat darum gebeten, das dementsprechend auszustatten. Die Regierungsfractionen haben das getan. Das ist sicherlich auch richtig. Aber jetzt werden wir einmal schauen, was Sie denn mit diesen über 5 Millionen € anstellen.

Sie können sicher sein, dass wir, die FDP/DVP, genau darauf schauen werden, wie Sie diese Mittel verwenden. Denn es ist sinnvoll, dass man hier vor Ort bestehende, funktionierende Strukturen stärkt, dass man z. B. im Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau etwas fördert, statt irgendwelche Ideen zu fördern, deren Realisierung außerhalb Ihres Hauses liegt.

Ich glaube, das ist der Hauptkritikpunkt, den man anbringen muss: Die Zuständigkeiten sind einfach viel zu stark vermischt. Wer ist zuständig? Mal ist es das Stami, mal ist es Ihr Haus. Da gehört eine klare Kompetenz in Fragen der Zuständigkeit hinein, damit man sicher sein kann, dass das Geld auch gut angelegt ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Gespannt bin ich auch, wie das Thema der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 von dieser Landesregierung angegangen wird. Denn bisher war es ja so: Wir konnten immer auf einen baden-württembergischen Kommissar zurückgreifen. Das hat man auch getan; da hat man gut genetzt – das war gut, Herr Sänze –, indem man genau diese Kontakte in Brüssel genutzt hat.

Jetzt steht der Mehrjährige Finanzrahmen ins Haus, der genau während dieser Ratspräsidentschaft entschieden werden muss, und da erwarte ich, dass wir in Baden-Württemberg – weil wir natürlich nicht nur in wirtschaftspolitischen Fragen das „Powerhouse“ sind, wie Sie, Frau Wirtschaftsministerin, immer sagen – uns auch europapolitisch einbringen. Hier sind es besondere Anstrengungen, die diese Landesregierung in Ihrer Person, aber auch in Person des Ministerpräsidenten in Brüssel unternehmen muss, damit die baden-württembergischen Interessen auch vertreten werden. Hier darf es definitiv nicht schlechter werden, als es ist.

Ich bin einmal gespannt, wie sich der Zugang zur neuen EU-Kommissionspräsidentin gestaltet. Wir sind nicht das Saarland. Ich bin mir sicher, bei der CDU hätte man aus dem Saarland heraus deutlich mehr Zugang nach dort oben, aber ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass man zumindest probiert, hier nach vorn zu kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn wir nun mit dem Thema Europa abschließen, hätte ich zum Schluss noch eine Frage zu dem Arbeitsprogramm, das aus dem Programm „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“, Herr Minister Wolf, entstanden ist; es geht um diese 86 000 €. Der Haushaltstitel heißt „Europa in Baden-Württemberg“. Ich glaube, früher hieß der Titel „Baden-Württemberg in Europa“. Jetzt kann das eigentlich nur ein Dreher sein; aber viel-

leicht hat man ja auch etwas anderes vor mit der Konzeption. Ich wäre dankbar, wenn das von Ihnen gleich noch kurz dargestellt wird.

Ansonsten muss man sagen: Wir haben mit einer neuen Stelle in Brüssel für den Erweiterungsbau und mit den zwei Stellen, die ab 2021 im Bereich Sekretariat und Übersetzung anstehen, Dinge, die wir auch mitgetragen haben.

Um zu den Neustellen bei der Umsetzung der Tourismuskonzeption zu kommen: Da meinen wir im Gegensatz zu anderen, die der Meinung sind, das könne man mit Bordmitteln aus dem Haus machen: Es schadet nicht, wenn man sich gerade im Bereich Tourismus, wo Baden-Württemberg international ausgerichtet ist, wo die Benchmark nicht die Schwäbische Alb gegenüber dem Schwarzwald ist – da ist es Südtirol; da sind es andere Regionen –, die Kompetenz hinzukaufen. Das war richtig; es war richtig, das Ganze jetzt nach vorn zu bringen.

Zu dem, was Frau Kollegin Wölfler angesprochen hat: Ja, man kann vielleicht mehr bei dem Thema Gasthausprogramm tun. Aber immerhin ist das jetzt da. Wir wollen mal schauen, wie diese zusätzliche Förderung wirkt. Ich bin schon der Meinung, dass wir das im Bereich Tourismusförderung on top rechnen können. Allerdings ist auch hier das Thema, dass wir noch ein anderes Haus haben, das eigentlich mehr oder minder für den ländlichen Raum zuständig ist.

Auch dazu, Herr Minister – das sind vielleicht die Kritikpunkte –: Arbeiten Sie trotz dieser unterschiedlichen Zuständigkeiten, die aufgrund eines wirklich nicht zu erklärenden Zuschnitts im Koalitionsvertrag zustande gekommen sind – – Wer ist im ländlichen Raum für das Gasthaus zuständig? Ist es Frau Gurr-Hirsch? Ist es Herr Wolf, der hier sitzt?

(Zurufe)

Wenn man es strukturell schon so aufgestellt hat, muss man darauf achten, dass man wenigstens in der Geschäftsverteilung klare Zuständigkeiten hat. Ich finde, da haben Sie noch Luft nach oben und können in diesem Bereich deutlich vorangehen.

Ansonsten muss man sagen: Es wurde substanziell gearbeitet. Allerdings müssen wir schauen, wie man mit diesen wohlklingenden Projekten umgeht, die ganz zum Schluss noch in den Haushalt geschoben worden sind. Wenn man mit unerwarteten Steuereinnahmen Projekte im Bereich Tourismus finanziert, dann ist das gut. Allerdings lässt es auch den Stellenwert erkennen, den das Gesamtkabinet dem Tourismus zuerkennt, wenn man da nur die zusätzlichen Steuereinnahmen einplanen kann. Ich würde mir wünschen, dass man der Situation deutlich mehr und deutlich substanziellere Aufmerksamkeit widmet.

Sie sprechen immer von einer Leitökonomie. Das ist der Tourismus sicherlich. Aber für eine Leitökonomie gehört es sich, dass man nicht bloß Steuermehreinnahmen verwendet, sondern dass man wirklich strukturell sagt, was einem das Ganze wert ist, meine Damen und Herren.

Vor diesem Hintergrund wird die FDP/DVP-Fraktion diesem Einzelplan nicht bloß im Bereich der Justiz, sondern auch in den Bereichen Europa und Tourismus zustimmen. Verstehen

(Dr. Erik Schweickert)

Sie diese Zustimmung aber bitte nicht so, als könnten Sie sich auf dem ausruhen, was geleistet worden ist. Bei den Punkten, die wir aufgeworfen haben, erwarten wir vollen Einsatz.

Wir freuen uns, wenn die Leitökonomie in Baden-Württemberg in Zukunft genauso dasteht, wie sie jetzt ist. Die Vorzeichen sind nicht schlecht. Eines sollte aber auch gesagt werden: Wenn es Baden-Württemberg insgesamt schlechter geht, wird das irgendwann auch im Tourismus ankommen. Auf dem Bestehenden können wir uns also nicht ausruhen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Wolf das Wort.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich ist man geneigt, mit Blick auf eine weitgehende Zustimmung zu den Themen, über die wir hier sprechen – ich sage bewusst: eine weitgehende Zustimmung –, einerseits und mit Blick auf die Uhrzeit andererseits den Beitrag überschaubar zu halten.

Trotzdem gibt es natürlich ein paar Punkte, die ich ansprechen möchte. Wir sind uns in vielem einig. Ich finde, das ist eine gute Botschaft für den Rechtsstaat. In diesem Landtag von Baden-Württemberg gibt es eine große fraktionsübergreifende Übereinstimmung – ich beziehe ausdrücklich Oppositionsfraktionen mit ein –, was die Stärkung und Ausstattung des Rechtsstaats angeht. Dafür will ich diesem Hohen Haus herzlich danken.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Es ist übrigens ein gutes Signal an den Rechtsstaat und an die Bürgerinnen und Bürger, dass wir uns in Sachen Rechtsstaat einig sind. Der Rechtsstaat eignet sich eben nicht, sich parteipolitisch auseinanderdividieren zu lassen. Es ist auch meine ganz persönliche Intention in Sachen Rechtsstaat, hier parteiübergreifend um Unterstützung zu werben, wengleich ich mich natürlich bei den Regierungsfractionen in besonderer Weise für die Unterstützung bedanke.

Wir sind uns einig, dass die baden-württembergische Justiz seit Jahrzehnten hervorragende Arbeit leistet und einen exzellenten Ruf genießt. Der Rechtsstaat kann immer nur so gut sein, wie die Menschen gut sind, die ihn leben und mit Leben erfüllen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nicht nur das Gesicht unseres Rechtsstaats, sondern sorgen durch ihren Einsatz für Rechtssicherheit und sind somit der Garant für ein friedliches Miteinander bei uns im Südwesten.

Wir sind uns einig, dass den Richterinnen und Richtern, den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern, den Servicekräften und Justizvollzugsmitarbeitern, den Gerichtswachtmeistern und allen, die in der Justiz tätig sind, für ihr großes Engagement und hohes fachliches Können unser besonderer Dank gebührt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Unsere Anstrengung muss dem Ziel gewidmet sein, dass Baden-Württemberg ein sicheres Bundesland bleibt und dass wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Rechtsstaat dauerhaft gewährleisten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das alles gibt es nicht zum Nulltarif. Ein funktionierender Rechtsstaat hat seinen Preis.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dass wir diese Übereinstimmung zum Ausdruck bringen, das zeigt dieser Haushalt in ganz besonderer Weise. Er ist, was den Justizhaushalt angeht, ein Rekordhaushalt. Meine Damen und Herren, die Zahlen sind genannt: Seit unserem Regierungsantritt Mitte 2016 konnten zusammen mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 über 1 000 echte Neustellen geschaffen werden. Das hat es in der Justiz dieses Landes in dieser Form noch nicht gegeben.

248 Neustellen für Richter in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwälte: PEBB§Y 100 erreicht. Das haben wir uns mal, lieber Herr Filius und lieber Arnulf von Eyb, offensiv in den Koalitionsvertrag geschrieben. Ich wage die Prognose: Da war keinem so ganz genau klar, was das für die Umsetzung tatsächlich bedeutet. „PEBB§Y 100“ kommt niedlich daher. Wir haben es in den Haushalten dieser Legislaturperiode Stufe um Stufe mit Leben, vor allem aber mit Stellen ausgefüllt. Insofern haben wir Wort gehalten gegenüber der Richterschaft und den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten dieses Landes: Das Ziel PEBB§Y 100 wird mit diesem Doppelhaushalt erreicht.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir haben 110 Neustellen für Justizwachtmeister als Beitrag für mehr Sicherheit an den Gerichten. Ich sage einmal ganz vorsichtig: Wir tun das in einer Zeit, in der wir nicht reflexhaft auf extrem sicherheitsrelevante Vorfälle an den Gerichten und Justizeinrichtungen reagieren müssen. Wir haben zwar von Jahr zu Jahr mehr sicherheitsrelevante Rückmeldungen – das stimmt uns nachdenklich –, aber wir wollen mit dem Zuwachs an Personal zur Sicherheit in den Gerichten nicht so lange warten, bis Schlimmes passiert. Auch dafür ein herzliches Dankeschön.

Wir haben 423 Neustellen im Justizvollzug als Reaktion auf steigende Gefangenzahlen. Über den Justizvollzug ist heute hier schon vieles gesagt worden. Ich füge hinzu: Zu Recht ist über den Justizvollzug heute und hier schon vieles gesagt worden. Diejenigen, die dort unter erschwerten Bedingungen bei Überbelegung der Justizvollzugsanstalten und bei immer größer werdender Heterogenität – die Anzahl der Kulturen der Häftlinge in unseren Haftanstalten und die Bandbreite der Sprachen nehmen zu; das sind riesengroße Herausforderungen; das Aggressionspotenzial nimmt zu – ihren Dienst tun, leisten eine herausragende Arbeit. Auch das muss an einem solchen Tag gewürdigt werden. Es ist unsere Pflicht, für diese Menschen etwas zu tun.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie der Abg. Dr. Boris Weirauch SPD und Rüdiger Klos AfD)

Ich will durchaus dem Kollegen Dr. Weirauch beipflichten. Er hat hier die Servicekräfte, die Geschäftsstellen erwähnt. Diese Landesregierung war nicht untätig, was Servicekräfte und

(Minister Guido Wolf)

Geschäftsstellen angeht. Als wir kamen, lieber Kollege Dr. Weirauch, wurde im Finanzausschuss noch über einen vom Rechnungshof vorgegebenen Abbaupfad debattiert.

(Abg. Rainer Stickleberger SPD: Ja!)

Danach hätten wir in dieser Legislaturperiode über 300 Stellen im Service abbauen müssen. Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, wie das bei der Basis angekommen wäre. Dieser Landesregierung ist es zumindest gelungen, diesen Abbaupfad erst einmal auf null zu stellen.

Ich stimme Ihnen aber zu: Wenn man die Zahl der Stellen für Richterinnen und Richter erhöht, wenn man zusätzliche Staatsanwälte einstellt und wenn man angesichts der Vielzahl von Dieselklagen, von Asylklagen in die Geschäftsstellen schaut, dann ist völlig klar, dass denen unser Augenmerk jetzt in besonderer Weise gelten muss und dass es in kommenden Haushalten auch darum gehen muss, die Geschäftsstellen unserer Justizeinrichtungen weiter zu stärken. Denn Justiz funktioniert nur, wenn alle, die zu dieser Familie gehören, in gleicher Weise unterstützt und gestärkt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Es gibt natürlich noch weitere positive Weichenstellungen, die der Justiz gutgetan haben. Die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung von Tarifergebnissen, die rund 1 400 Stellenhebungen im mittleren Dienst und die über 600 Entfristungen im Unterstützungsbereich zeigen, dass die Verbesserungen alle Bereiche der Justiz umfassen.

Gleichzeitig kümmern wir uns um den Nachwuchs: Zusammengekommen über 600 Neustellen und k.w.-Verlängerungen für Referendarinnen und Referendare, Rechtspfleger- und Gerichtsvollzieheranwärterinnen und -anwärter; das sind ebenso Investitionen in die Zukunft der Justiz wie die Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung für neue Kolleginnen und Kollegen. Baden-Württembergs Justiz kann damit auch in Zukunft im Wettbewerb um die besten und klügsten Köpfe ganz vorn mitspielen. Das ist echte Nachhaltigkeit in Sachen Rechtsstaat, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Beifall des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

Lassen Sie mich einige wenige Sätze ganz konkret zum Doppelhaushalt 2020/2021 sagen. Er trägt mit nochmals fast 400 Neustellen, davon 101 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte, seinen Teil zu der genannten Bilanz bei. Wir sichern durch die Verlängerung von 53 k.w.-Vermerken – der geplante Wegfall von Stellen wird weiter aufgeschoben – die bereits erfolgte Verstärkung der Verwaltungsgerichte mindestens bis ins Jahr 2023.

Natürlich haben wir ein großes Interesse daran, dass die Fülle von Asylklagen an unseren Verwaltungsgerichten jetzt auch absehbar abgearbeitet werden. Die vielen Neustellen, die wir dort geschaffen haben, sind zwischenzeitlich besetzt. Wir spüren nach und nach, dass die Erledigungszahlen steigen und wir den großen Berg von dort anhängigen Verfahren sukzessive abgearbeitet bekommen.

Mit 75 Neustellen für Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter sowie dem Erhalt der bereits geschaffenen Stellen re-

agieren wir auf den unverändert großen Bedarf im Bereich der Grundbuchämter in Nachlass- und Betreuungssachen sowie bei der Vermögensabschöpfung. Wo sich Probleme zeigen, dort reagieren wir.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist auch insofern ein außergewöhnlicher, als er einen Kostendeckungsgrad von 140 % erbringt. Üblicherweise erbringt die Justiz eine Kostendeckung von 40 %. In diesem Haushaltsjahr sind es 140 %; das heißt, wir haben 500 Millionen € mehr eingenommen, als wir tatsächlich an Kosten produzieren.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Einmaleffekt!)

Wir haben 1,5 Milliarden € aus der Ihnen hinreichend bekannten Vermögensabschöpfung generiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sollten mich nicht falsch verstehen. Ich wünsche mir vergleichbare Vorgänge für die kommenden Jahre nicht; denn sie sind geeignet, das Vertrauen der Bevölkerung in die Seriosität der Automobilindustrie zu zerstören.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja!)

Deswegen kann es nicht unser Interesse sein, dass wir bei diesem Thema dauerhaft besonders „erfolgreich“ unterwegs sind. Aber wenn es darum geht, Vermögen abzuschöpfen, das unzulässigerweise angehäuft wurde, dann muss der Rechtsstaat handeln. Der Rechtsstaat hat gehandelt, hat entsprechende Maßnahmen getroffen. Das zeigt, er funktioniert. Auch deshalb wollen wir unseren Rechtsstaat im Rahmen des aktuellen Haushalts gebührend stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Deswegen bin ich dankbar, dass es uns gelungen ist, auf der Zielgeraden auch noch die Häuser des Jugendrechts durch zusätzliches Personal, das wir jetzt geschaffen haben, zu erweitern, dass es gelungen ist, die Personalstellen für einen Opferschutzbeauftragten im Haushalt auszubringen. Wenn man sich vor Augen führt, dass wir im letzten Nachtragshaushalt die Zuwendungen für die Opferschutzstiftung von 400 000 auf 800 000 € verdoppelt haben, dass wir jetzt die Mittel für die Schaffung eines Opferschutzbeauftragten eingestellt haben, wird deutlich, dass das Justizministerium nicht einseitig den Blick auf die Täter richtet, sondern dass es uns in ganz besonderer Weise auch darum geht, etwas für die Opfer zu tun. Dieser Antrag wurde im Finanzausschuss – zumindest was diese vier Fraktionen angeht – fraktionsübergreifend gestellt; das ist ein wichtiges Signal, dass Opferschutz uns allen ein wertvolles Anliegen ist.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Lassen Sie mich einige Sätze zu den weiteren Zuständigkeiten unseres Hauses sagen, zu Europa und Tourismus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Doppelhaushalt stärkt nicht nur die Justiz im Land, sondern enthält auch ein kraftvolles Bekenntnis zu Europa und zum Tourismusland Baden-Württemberg. Die deutlich gestiegene, hohe Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 2019 hat gezeigt, welchen Effekt eine effektive und intensive Europa-Öffentlichkeitsarbeit haben kann. Es tut Europa gut, wenn wir gut über Europa reden.

(Minister Guido Wolf)

Wir wollen deswegen die Europaarbeit des Landes und damit das Werben für ein Europa des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands gerade bei der jungen Generation weiter aufbauen. Der vorliegende Doppelhaushalt ist damit auch ein Beitrag für Baden-Württembergs Zukunft und gegen populistische Kräfte von links wie rechts.

Ein besonderes Augenmerk, lieber Kollege Dr. Schweickert, legen wir im Jahr 2020 natürlich auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Das wird die europapolitischen Aktivitäten dieser Landesregierung im kommenden Jahr prägen. Wir haben bemerkenswerte Veranstaltungen nach Baden-Württemberg gebracht. Der Telekommunikationsrat tagt in Baden-Baden, wir werden im Oktober ein europäisches Tourismusforum am Bodensee durchführen, wir planen Veranstaltungen zur Stärkung und Weiterentwicklung der deutsch-französischen Partnerschaft.

Es wird einen deutlichen Veranstaltungsschwerpunkt im Rahmen dieser deutschen EU-Ratspräsidentschaft geben. Wir, die Landesregierung, wollen hier eine aktive Rolle spielen und damit die europapolitischen Anliegen des Landes voranbringen. Es geht uns um den Austausch mit unseren Nachbarn. Ja, in der Tat, in Folge des Aachener Vertrags wird es darum gehen, auch aus Baden-Württemberg heraus Impulse zur Reaktivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu setzen.

Herr Kollege Dr. Schweickert, Sie haben das Projekt „Europa in Baden-Württemberg“ im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ angesprochen. Anliegen dieser Landesregierung ist es, die jeweiligen Communities, die in diesem Land oftmals ganz still, erfolgreich, aber vielleicht etwas zurückgezogen leben, miteinander ins Gespräch zu bringen, auch unter Einbindung der jeweiligen Konsulate, einen Dialog zu initiieren, einen Austausch zu pflegen, Chancen, Plattformen zu bieten, dass über Formen des Zusammenlebens nicht nur kritisch, sondern eben konstruktiv, hilfreich diskutiert wird. Dies ist das Anliegen dieses Projekts im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“.

Zu der zweiten Frage: In der Tat, was unseren Auftritt in Brüssel angeht, wird sich mit dem Weggang Günther Oettingers für uns manches erschweren. Das ist so. Einen Kommissar, der sich derart häufig in Europa insgesamt wie gleichzeitig in Baden-Württemberg aufgehalten hat, wird es so schnell für uns nicht wieder geben. Er hat über alle Fraktionsgrenzen hinweg große Sympathie und Zustimmung erworben.

Deswegen wird es jetzt unsere Aufgabe auch in der Landesvertretung sein, neue Zugänge zur künftigen Kommission zu schaffen. Ich habe mich mit dem Kabinettschef von Ursula von der Leyen bereits getroffen. Unser Ziel wird sein, dass wir aus dem Kabinett von Kommissionspräsidentin von der Leyen einen konkreten Ansprechpartner benannt bekommen, bei dem wir unsere baden-württembergischen Anliegen jeweils vortragen. Wir können uns aber auch Zugänge zum österreichischen Kommissar Hahn, der jetzt für Fragen der Haushaltspolitik zuständig ist, vorstellen.

Wir sind dabei, dieses künftige Netzwerk unserer Arbeit in Europa zustande zu bringen. Das wird Arbeit und Mühe kosten. Günther Oettinger wird uns da auf dem Weg auch weiterhin hilfreich zur Seite stehen.

Die laufende Erweiterung unserer Vertretung in Brüssel ist in vollem Gang. Vielleicht sind Sie im Januar beim Neujahrsempfang in Brüssel, dann können Sie selbst erleben, wie der Bau voranschreitet. Wir verdoppeln die Veranstaltungsflächen. Wir wollen unsere Präsenz in Brüssel deutlich erhöhen. Unser Ziel ist klar: Wir wollen für Europa werben, weil ein starkes Baden-Württemberg nur in einem starken Europa möglich ist. Europa gehört zu unserer baden-württembergischen DNA.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Lassen Sie mich abschließend zum Tourismus kommen. Man mag viel darüber diskutieren, ob die Zuständigkeit in dieser Form sinnvoll ist. Eines ist klar: So viel wie wir in dieser Legislaturperiode hat keine Landesregierung zuvor für den Tourismus getan.

(Beifall bei der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Insofern haben wir gemeinsam vieles richtig gemacht.

Ich war in dieser Woche bei der Jahresabschlussitzung der Tourismus Marketing Baden-Württemberg. Es wurde von allen Seiten in dieser Weise positiv bewertet. Das ist auch mal schön. Übrigens gilt in meinem Ressort sowohl für die Zielgruppe der Justiz als auch für die Zielgruppe des Tourismus: Die Leute kommen zu mir und sagen: Es ist bemerkenswert, was diese Landesregierung für uns getan hat. Dafür sind wir dankbar.

Wir erleben es zum Teil auch anders. Wir tun unheimlich viel, und die Leute sind trotzdem nicht zufrieden. Die Justiz dieses Landes und der Tourismus dieses Landes anerkennen, dass diese Landesregierung viel für sie getan hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das lässt sich auch an Zahlen ablesen. Für die Umsetzung der neu erarbeiteten Tourismuskonzeption, für das Tourismusmarketing werden wir jährlich 4,5 Millionen € draufsatteln, von 5 auf 9,5 Millionen € erhöhen – strukturell, Kollege Schweickert, nicht einmalig, ganz abgesehen von Einzelpositionen, die uns die Fraktionen im Tourismus zusätzlich gewährt haben. Sie müssen erst einmal zeigen, wo so etwas funktioniert hat. Das ist ein nennenswerter Zuwachs, um die Herausforderungen des Tourismus zu bewältigen. Wir wollen für unsere Gäste auf der Höhe der Zeit bleiben, damit unser schönes Heimatland auch morgen noch zu den beliebtesten Reisezielen Deutschlands gehört.

Natürlich leben wir im Moment von einer guten Konjunktur. Aber jetzt gilt es, den Tourismus wetterfest zu machen für die Zeit, in der der Konjunkturmotor vielleicht etwas schwächer wird. Genau das ist unsere Intention. Darum wollen wir jetzt investieren.

Dazu gehört der Ausbau der Infrastruktur. Auch diese Zahlen können sich sehen lassen. Wir haben in dieser Legislaturperiode das Tourismusinfrastrukturprogramm von zunächst 5 Millionen € im letzten Doppelhaushalt auf 7 Millionen € und in diesem auf insgesamt 10 Millionen € erhöht – also insgesamt eine Verdopplung –, um die Einrichtungen unserer Kommu-

(Minister Guido Wolf)

nen in Sachen Tourismus zu unterstützen. Das ist ein starkes Signal für den Zusammenhalt von Land und Kommunen, für die Weiterentwicklung des Tourismuslands Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Was die Unterstützung der Gastronomie angeht – Kollege Hauk wird im Zusammenhang mit dem ELR sicherlich darüber berichten –, ist dort ein klarer Schwerpunkt gesetzt. Ich hatte diese Woche Gelegenheit, mit Vertretern des DEHOGA zu sprechen. Ich hatte nicht den Eindruck, dass sie unzufrieden sind mit dem, was wir getan haben, sondern sie haben anerkannt, dass es gelungen ist, in diesem Haushalt ein deutliches Signal zur Stärkung von Dorfgastronomie, von Wirtschaftshäusern zu setzen. Es geht auch darum, einem Nachfolger die Entscheidung, den Gastronomiebetrieb der Eltern zu übernehmen, ohne einen großen Schuldenberg vor sich herschieben zu müssen, zu erleichtern. Das ist ein starkes Signal für die Gastronomie in unserem Land. Tourismus in Baden-Württemberg kann nur funktionieren, wenn wir auch eine starke Gastronomie und Hotellerie haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Weil in der Debatte behauptet wurde, wir würden im Tourismus zu viel Werbung für die Viel-Sterne-Hotels betreiben, will ich sagen: Wir machen Werbung für jedes touristische Angebot in unserem Land. Beworben wird die Besenwirtschaft ebenso wie das Sternerestaurant – alles gehört dazu. Eine ganzheitliche Werbung zeigt dieses Land in seiner Vielfalt, in seiner Bandbreite. Da hat Baden-Württemberg unendlich viel zu bieten. Unsere Aufgabe ist es, unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, sondern diese Stärken in der ganzen Bandbreite zu präsentieren, um Menschen für dieses Land zu interessieren. Das ist übrigens auch ein Beitrag zum Klimaschutz, weil vielleicht immer mehr Menschen in Baden-Württemberg auf den Gedanken kommen, dass man gar nicht in den Fliieger steigen und weit weg reisen muss, sondern es so viel Wunderbares im eigenen Land gibt. Es ist meine Aufgabe, es ist unsere Aufgabe, für dieses wunderbare Tourismusland Baden-Württemberg allüberall zu werben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD
und der AfD)

Für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und den regen Gedankenaustausch in den zurückliegenden Monaten möchte ich mich an dieser Stelle nochmals ausdrücklich bedanken. Die Erfolge der letzten Jahre waren nur gemeinsam zu erreichen. Das sage ich nicht nur in dieser Weise, das sehe ich so. Dafür bedanke ich mich bei allen, die daran mitgewirkt haben. Lassen Sie uns auch in Zukunft dafür sorgen, dass unser Rechtsstaat stark bleibt, unsere Justiz ein Aushängeschild bleibt, dass wir Baden-Württemberger in diesem wunderschönen Tourismusland immer auch eine starke Rolle in Europa spielen. Dafür steht mein Ministerium.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 05: Ministerium der Justiz und für Europa. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/7205.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge und den Entschließungsantrag werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe Nummer 1

Kapitel 0501

Ministerium

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf.

Der hierzu vorliegende Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7305-8, begehrt unter dem neu aufzunehmenden Titel 892 71 A N – Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen zur Modernisierung und zum Erhalt von Gaststätten – die Bereitstellung von Mitteln. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Wer Kapitel 0501 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0501 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 2

Kapitel 0502

Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegen vier Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7305-1, zu Titel 531 88 – Öffentlichkeitsarbeit der Vertretung des Landes bei der Europäischen Union –, mit dem gefordert wird, die Mittel für Werbekampagnen der Landesvertretung Baden-Württemberg zu kürzen, zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 812 88 – Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl. – ist der Änderungsantrag Drucksache 16/7305-2 gestellt, mit dem verlangt wird, die Mittel für die Infrastruktur der Landesvertretung zu kürzen. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 531 89 – Für die Sacharbeit zur Verbreitung des europäischen Gedankens – liegt der Änderungsantrag Drucksache

(Präsidentin Muhterem Aras)

che 16/7305-3 vor, mit dem begehrt wird, die bereitgestellten Mittel zu streichen, um aus Sicht der Antragsteller die Neutralitätspflicht zu wahren. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag Drucksache 16/7305-4, der bei Titel 685 89 – Zuschüsse zur Förderung des Europäischen Gedankens – eine Kürzung der Mittel mit Ausnahme der Förderung der deutschsprachigen Andraszky-Universität Budapest

(Vereinzelt Lachen)

und die Änderung der Erläuterung fordert.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Hat man auch zwei Stimmen?)

Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0502 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0502 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 3

(Unruhe bei den Grünen)

– meine Damen und Herren da hinten, es ist etwas zu laut; Herr Abg. Schoch! –

(Zuruf: Das sind die Stammtische in der letzten Reihe!)

Kapitel 0503

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7305-7, vor, der in einem Betrags- und Stellenteil den Ausbau eines zielgerichteten internen psychologischen Betreuungsangebots für Justizdienstmitarbeiter verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0503 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0503 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 4 auf:

Kapitel 0504

Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen

Wer Kapitel 0504 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0504 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 5 auf:

Kapitel 0505

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter – ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7305-5, gestellt, der eine Erhöhung im Betrags- und Stellenteil verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0505 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0505 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die beiden Nummern 6 und 7,

Kapitel 0506

Sozialgerichtsbarkeit

und

Kapitel 0507

Finanzgericht

gemeinsam aufzurufen und zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden. Vielen Dank. Wer den Kapiteln 0506 und 0507 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0506 und 0507 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 8

Kapitel 0508

Justizvollzugsanstalten

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegen ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD vor.

Zu Titel 534 73 – Dienstleistungen Dritter (einschließlich Reisekosten) – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7305-6, vor, mit dem begehrt wird, die Mittel für islamische Seelsorge zu streichen, da es sich hierbei nach Meinung der Antragsteller nicht um eine Landesaufgabe handelt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0508 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0508 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7305-9, der die Landesregierung ersucht, bei kommenden Haushaltsaufstellungen durch zusätzliche Stellen und Stellenhebungen die Attraktivität der Tätigkeiten im Justizvollzug zu erhöhen. Wer

(Präsidentin Muhterem Aras)

dem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Was? Oh!)

Nachdem zu den letzten Kapiteln des Einzelplans 05 keine Änderungsanträge vorliegen, schlage ich Ihnen vor, die vier Nummern 9 bis 12 und somit die

Kapitel 0509

Arbeitsgerichtsbarkeit

Kapitel 0510

Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen

Kapitel 0511

Notariate und Grundbuchämter des badischen Rechtsgebiets

und

Kapitel 0512

Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

gemeinsam aufzurufen und zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden. Vielen Dank. Wer den Kapiteln 0509 bis 0512 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0509 bis 0512 ist einstimmig zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung Drucksache 16/7205 abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 30. Oktober 2019, Drucksache 16/7174, soweit diese den Einzelplan 05 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 05. Vielen Dank.

Ich rufe **Punkt 1 d** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 07: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7207

Berichterstatterin: Abg. Susanne Bay
Berichterstatterin: Abg. Andrea Lindlohr

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 07 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich gehe davon aus, dass die beiden Berichterstatterinnen das Wort nicht wünschen.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Frau Abg. Lindlohr für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute Abend den Einzelplan des Wirtschaftsministeriums in einer Zeit des wirtschaftlichen Umbruchs. Die Konjunktur lässt nach, und unser Land befindet sich in einem Strukturwandel.

Zwei große Veränderungen sind in vollem Gang: erstens die Digitalisierung und zweitens die Transformation zur nachhaltigen, klimaneutralen Produktion. Wir, die grün-schwarze Koalition, gestalten diesen Strukturwandel, damit die Bürgerinnen und Bürger hier auch morgen gute Arbeit finden, und dafür steht dieser Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir müssen langfristig klimaneutral wirtschaften, um die Grundlage unseres eigenen Wohlstands zu erhalten. Wir als verantwortliche Politikerinnen und Politiker stehen dafür gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in der Pflicht. Darum hat die Transformation eine Richtung. Um mit den Worten von Kommissionspräsidentin von der Leyen zu sprechen, die heute in der FAZ ihr Regierungsprogramm für Europa unter „Unser grüner Deal“ zusammengefasst hat:

Der europäische grüne Deal ist nicht nur eine Notwendigkeit: Er wird eine treibende Kraft für neue wirtschaftliche Chancen sein. Viele europäische Unternehmen sind schon heute grün.

– So Kommissionspräsidentin von der Leyen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ökologische und das digitale Wirtschaften wird global mehr und mehr kommen. Aber ein Erfolg für unsere Wertschöpfung in Baden-Württemberg ist es nicht von allein. Darum brauchen wir alle Innovationskräfte unseres Landes, und wir brauchen den richtigen Ordnungsrahmen vom Bund.

Wir Grünen hören z. B., dass der VDMA, der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, einen wirksamen hohen CO₂-Preis fordert. Er fordert tatsächlich 110 € pro Tonne CO₂. Der Maschinenbau, Kernbranche bei uns in Baden-Württemberg, beklagt sich bitter über die antiinnovative Klima- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.

(Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE: Hört, hört!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Haus, auch von den teils betroffenen Fraktionen: Stärken Sie mit uns die Innovationskraft, und kämpfen Sie mit uns und dem Ministerpräsidenten bei der Bundesregierung für einen echten CO₂-Preis.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Daniel Born SPD:
Welchen Preis wollen Sie?)

Wir in Baden-Württemberg zeigen, wie man Transformationsprozesse gestaltet. Und wir wissen, dass noch niemand alle Antworten für die Mobilität der Zukunft kennt. Darum führen wir einen langfristigen Arbeitsprozess, den Strategiedialog Automobilwirtschaft. Und wir, der Haushaltsgesetzgeber, haben dafür die nötigen Mittel für die nächsten Jahre eingeplant.

Der Strategiedialog ist eine echte Arbeitsplattform. Das zeigen schon die bisherigen Erfolge, so z. B. das Projekt SAFE, das flächendeckende Sicherheitsladernetz für Elektrofahrzeuge.

(Andrea Lindlohr)

ge. Schon seit September ist Baden-Württemberg das erste Land mit einem flächendeckenden Netz – alle 10 km für einfache Ladestationen, alle 20 km für Schnellladestationen.

Das sind mehr als 450 Ladestationen. Wir lösen das Henne-Ei-Problem der Elektromobilität, und wir nehmen den Bürgerinnen und Bürgern die Reichweitenangst. Damit zeigen wir, wie der Strategiedialog arbeitet und das Land voranbringt.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die nächsten Projekte stehen an, auch im Einzelplan Wirtschaft. Hier sind drei neue Projekte bis 2024 angeplant, z. B. „U-Shift 2“ über die Chancen des autonomen Fahrens für kleine und mittlere Unternehmen, die emissionsfreie Antriebsachse und zum Thema „Feinstaubfreies Bremsen und feinstaubfreies Fahren“. Das sind sehr wichtige Projekte, die wir mit diesem Haushalt beschließen wollen.

Industriepolitik, wie man sie nicht macht, gibt es natürlich auch: bei der Bundesregierung Thema Windkraft. Sie kennen das. Es sind bereits 40 000 Arbeitsplätze verloren gegangen, in erster Linie durch eine völlig schief konstruierte Ausschreibungsvorschrift für die Windkraft.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Jetzt will Bundeswirtschaftsminister Altmaier tatsächlich mit seinen Abstandsregeln die Windkraft auf etwa der Hälfte der geeigneten Flächen verbieten. So macht man Arbeitsplätze kaputt, eine Industriebranche und das Klima. Das ist Antiindustriepolitik.

(Beifall bei den Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer keine Verbotsparterie sein will und wer Arbeitsplätze erhalten will, der steht mit uns dagegen auf.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Heiner Merz AfD:
Quatsch! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut! – Zuruf: Aber die bleiben doch sitzen!)

Der Mittelstand ist auch in den Strategiedialog Automobilwirtschaft eingebunden. Das ist eine sehr wichtige Funktion. Mittelstandspolitik ist Teil der DNA von uns in Baden-Württemberg. Beispielhaft will ich dazu das Handwerk nennen. Wir unterstützen das Handwerk bei der Digitalisierung und bei den drängenden Personalfragen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Sie müssen in einer anderen Welt leben!)

Dafür steht der Prozess „Handwerk 2025“.

Wir führen die Meisterprämie ein und damit die Anerkennung und die Wertschätzung für die Meisterfortbildung nach bestandener Prüfung. Wir werden darüber hinaus den Prozess angehen, dass die Kosten für die Meisterausbildung insgesamt geringer werden. Das Land leistet hierzu seinen Beitrag. Nun sollen die Kammern und Verbände auch ihren Beitrag dazu leisten, dass die Meisterausbildung günstiger wird für die, die sich dort fortbilden wollen.

(Beifall bei den Grünen)

Mit der Meistergründungsprämie schaffen wir ein einfaches und niedrigschwelliges Instrument für einen einfachen Weg in die berufliche Selbstständigkeit.

Was wir noch besser hinbekommen müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, dass wir den Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeistern nicht ihre besten Azubis und ihre guten Arbeitskräfte aus dem Betrieb nach sonst wohin abschieben. Auch das gehört zu guter Mittelstandspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Daniel Born SPD)

Die Digitalisierung gestalten wir. Wir holen auf. Das Cyber Valley ist ein Leuchtturm der künstlichen Intelligenz. Mit diesem Haushalt im Einzelplan Wirtschaft treiben wir die Digitalisierung bei den Mittelstandsthemen der künstlichen Intelligenz voran beim wirtschaftsnahen Forschungsprogramm „Künstliche Intelligenz“ und dem Aktionsprogramm „Künstliche Intelligenz für den Mittelstand“. Somit heben wir die enormen Wertschöpfungspotenziale der KI für die kleinen und mittleren Unternehmen hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Thomas Dörflinger und Claus Paal CDU)

Digital sind auch die meisten Start-ups, die sich gründen. Das liegt technologisch nahe. Wir haben ein hervorragendes Instrument geschaffen: „Start-up BW Pre-Seed“. Wir fördern damit Start-ups in ihrer sehr frühen Phase. Bereits 62 Start-ups sind durch dieses Programm gelaufen und konnten sich so gründen. Wir setzen dieses Programm in diesem Haushalt fort. Das ist sehr wichtig. Wir freuen uns auch über die große Wertschätzung für uns Grüne, die der Start-up-Monitor gezeigt hat, wo erfreulicherweise 44 % der Befragten gesagt haben, sie würden die Grünen gern wählen. Aber sehr wichtig ist natürlich auch, dass ein Drittel der befragten Gründerinnen und Gründer ihre Produkte und Dienstleistungen dem Bereich der Green Economy zuordnen – 4 % mehr als im letzten Jahr. Innovation braucht Start-ups. Start-ups bekommen von uns ihre Unterstützung.

(Beifall bei den Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt zeigt: Wir bringen die ökologische Modernisierung und den Erhalt guter Arbeitsplätze in diesem Land voran.

Weil uns der Wohnungsbau ein so wichtiges Thema ist, wird die Kollegin Bay dazu eine eigene Rede halten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Paal.

(Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

Abg. Claus Paal CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt des Wirtschaftsministeriums wird heute zu später Stunde beraten – vielleicht zu später Stunde, aber ganz sicher seiner Zeit voraus. Im wirtschaftlichen Wett-

(Claus Paal)

bewerb hat nur der keine Gegner mehr vor sich, der voranschreitet, der die Spitze der Entwicklung darstellt.

Wir tun dies mit diesem Haushalt. Wir packen die Zukunft kraftvoll an. Leider erleben wir auf der einen Seite aktuell Zahlen und Statistiken, Prognosen, die uns mit Sorgenfalten versehen. Wenn man Unternehmen besucht, zeigen die Gespräche auch, dass da durchaus etwas dran ist. Auf der anderen Seite aber stehen wir vor gewaltigen Veränderungen, die gigantische Chancen für den mit sich bringen, der sie auch ergreift und angeht.

Wir haben heute den ganzen Tag über in den Debatten erleben können, wer sie nicht ergreifen möchte, wer Angst streut, wer Bedenken hat oder wer im Vorgestern stehen geblieben ist. Wir tun dies nicht. Wir ergreifen diese Chancen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die Antwort der CDU-Landtagsfraktion ist eindeutig: Wir geben Vollgas

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Genau!)

bei Innovation, Technologie, Forschung, der Erprobung neuer Produkte, neuer Methoden, und auch auf die spätere Markteinführung legen wir einen großen Schwerpunkt. Wir wollen Bestehendem eine Chance geben, sich weiterzuentwickeln, und wir wollen Raum schaffen, dass sich Neues bilden kann. Und wir werden die Rahmenbedingungen verbessern, dass dies auch so geht.

Ich möchte noch kurz etwas zur SPD zum Stichwort Bürokratieabbau sagen – auch das ist eine Rahmenbedingung –: Mir fehlt jedes Verständnis dafür, dass Sie den Normenkontrollrat wieder abschaffen wollten, kurz nach der Gründung, wo er nachweislich Ergebnisse liefert.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Setzt doch das um, was da drin steht!)

Würden Sie alles vorher gewusst haben, hätten Sie Anträge stellen können, und dann hätten wir diese Punkte abgearbeitet.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Setzen Sie doch etwas um von den Vorschlägen!)

Wir haben ein Gremium geschaffen, das jetzt einmal aufzeigt, was machbar ist,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

neuerdings auch für Vereine und für das Ehrenamt. Ihre Reaktion zeigt mir, dass Sie ein schlechtes Gewissen haben.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wir wollen alle Menschen mitnehmen und teilhaben lassen. Wir nehmen Ängste auf und ernst und schüren diese nicht – das wäre verwerflich.

(Zuruf des Abg. Daniel Born SPD)

„Vollgas fürs Land“ – so könnte der Einzelplan 07 überschrieben sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Wir investieren einen dreistelligen Millionenbetrag an zusätzlichen Mitteln für mehr Innovationen, für mehr Forschung und für einen richtigen Aufbruch hier im Land. Es würde Stunden dauern, dies alles aufzuzählen.

Ich möchte einige Punkte herausgreifen, z. B. beim Thema „Mobilität der Zukunft“. Ohne Speichertechnologien werden wir keine Energiewende schaffen, werden wir keine moderne Mobilität erleben und schon gar keine CO₂-Neutralität erreichen. „ReFuels“, E-Fuels, synthetische Kraftstoffe, C.A.R.E. Diesel, Wasserstoff

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

mit dem Power-to-X-Verfahren, Brennstoffzelle, aber auch die Batterieforschung, alles ganz wichtige Bereiche. Vor allem bei der Batterie muss es – das ist heute schon mehrmals thematisiert worden – um die Weiterentwicklung der bestehenden Technologie gehen, die noch lange nicht ausgereizt ist und weiter erforscht werden kann.

Wir müssen aber auch an neuen Batterien forschen. Die Lithium-Ionen-Technologie hat Nachteile beim Thema Kapazität, beim Thema Rohstoffe, beim Thema Recycling. Die Batterie der Zukunft muss aus diesem Land kommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Da möchte ich zur FDP/DVP etwas sagen, die derzeit allerdings etwas spärlich besetzt ist. Ihr Fraktionsvorsitzender hätte es wirklich nötig, hier zu sein, weil er so gegen die Batterie und die Elektromobilität kämpft. Die Batterie ist noch lange nicht am Ende. Wer beim Elektroauto nicht Vollgas gibt, wird, wenn eine neue Batterie kommt, ganz hinten stehen und die Entwicklung verpassen.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Noch ein Hinweis, weil ihr so oft von Wasserstoff spricht: Ein Brennstoffzellenfahrzeug ist nichts anderes als ein Elektroauto mit einer Batterie. Wenn man gegen die Batterie kämpft, kann man nicht für Wasserstoff sein. Das ist nicht kongruent und nicht logisch.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei uns entstehen Leuchttürme. Ich möchte ein paar Projekte nennen: „zero emission“ im Bereich Lampoldshausen und Heilbronn – hier entsteht ein Leuchtturm mit bundesweiter Strahlkraft, den wir unterstützen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Auch die Entwicklung einer emissionsfreien Achse werden wir vorantreiben. Wir gehen technologieoffen an das Ganze heran, nicht technologieoffen nach dem Motto „von allem etwas anfangen und wenig tun“, sondern wir gehen es kraftvoll an. Jeder Bereich wird unterstützt.

Das Spannende heutzutage ist ja, dass viele Entwicklungen gleichzeitig stattfinden und unterstützt werden müssen. Und

(Claus Paal)

weil es auch schon angesprochen worden ist: Der moderne Dieselmotor ist übrigens kein Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. Auch das gehört zur Technologieoffenheit dazu.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Ich weiß, Jimmy, du fährst einen Diesel. – Zum Thema „Künstliche Intelligenz und Digitalisierung“: Beides sind Schlüsseltechnologien für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit hier im Land.

Wir fördern die Installation eines Quantencomputers, der weltweit Maßstäbe setzt. Wir müssen alles dafür tun. Und so, wie es aussieht, klappt es, dass er hier im Land installiert wird. Ganz neue Anwendungsfelder bieten sich hier für die Wissenschaft, für Ingenieure, für die Mobilität, für die Logistik, für die Pharmabranche, für die Finanzbranche und auch für den Energiebereich.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ein Quantensprung!)

Zusätzlich machen wir neue Programme für Wirtschaft und Mittelstand beim Thema „Künstliche Intelligenz“, alles richtige Maßnahmen.

Beispielhaft möchte ich hier das Projekt „Digitale Datenräume KI“ nennen – das ist ein etwas sperriger Begriff für einen genossenschaftlichen Ansatz. Ich kann jedem nur raten, sich damit mal zu beschäftigen. Hier entsteht ein Datenmodell, das den führenden Ländern in diesem Bereich heute wirklich etwas entgegensetzt und den Firmen in unserem Land hilft, eine Plattform zum Datenaustausch zu schaffen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Bravo!)

Wir fördern die Entwicklung kleiner Satelliten, eine Technologie, die jetzt kommt. Wenn wir diesen Anschluss hier im Land verpassen, werden wir beim Thema „Satellitenherstellung, Satellitenentwicklung“ keine Rolle mehr spielen. Da sind wir mit Vollgas dabei und unterstützen das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt hier bei uns.

Wir werden Erfolgreiches weiterführen. Das Förderprogramm „Digitalisierungsprämie“ – ein Tilgungszuschuss – wird fortgeführt. Es ist ein Riesenhebel für Investitionen

(Abg. Daniel Born SPD: Die macht doch Pause!)

in Höhe von 130 Millionen €, die hier getätigt werden. 4 450 Unternehmen wurden gefördert. Das ist eine Erfolgsstory, und diese wird fortgesetzt.

(Abg. Daniel Born SPD: Die macht technische Pause!)

Für den Mittelstand, das Handwerk und den Handel tun wir sehr viel. Die Projekte „Handwerk 2025“ und „Handel 2030“ gehen weiter. „Start-up BW Pre-Seed“, ein erfolgreiches Programm für den Gründerstandort Baden-Württemberg, wird fortgeführt. Baden-Württemberg ist heute ein cooler Gründerstandort, und die Gründer fühlen sich bei uns wohl; das ist auch wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von den Grünen: Cool!)

Wir fördern sie übrigens nicht, weil sie später vielleicht grün wählen, sondern weil es richtig ist, die Gründer hier zu etablieren.

Wir setzen die Afrikastrategie fort. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit ausgewählten Ländern dort ist wichtig.

Zum Thema Klimaschutz möchte ich auch noch ein paar Worte sagen. Wir werden mit einer Klimaschutzstiftung bzw. einem Fonds – der Fraktionsvorsitzende hat es schon angesprochen – ein Konzept erstellen, das nach dem Motto „Reduzieren, Substituieren und Kompensieren“ CO₂-Emissionen hier im Land abbaut. Moderne Technologien wollen wir da einführen, und was am Schluss übrig bleibt, muss kompensiert werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Nicole Razavi CDU: Super Idee! – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU – Abg. Nicole Razavi CDU zu den Grünen: Da könnt ihr klatschen! Warum klatscht ihr nicht? – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Perfekt wäre es, wenn wir bei diesem Konzept dann Dritte mitnehmen können: Kommunen, Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger, Jugendliche. Wir möchten beim Klimaschutz vorranschreiten und vor allem die Menschen mitnehmen.

Dann zum Thema „Ausbildung, Handwerk und Weiterbildung“ – Thomas Dörflinger hat schon sehnhelbst darauf gewartet. Wir setzen weiter und richtigerweise auf die duale Ausbildung, die Grundlage unseres Erfolgs hier im Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist uns wichtig, und wir zeigen dies auch. Denn wir führen jetzt für das Handwerk die Meisterprämie ein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf: Sehr gut!)

Kollegin Lindlohr hat es bereits gesagt. Kollege Grath, zusätzlich kommt eine Gründungs- und Übernahmepremie für junge Handwerksmeister, z. B. für Bäckermeister. Das ist auch ein richtiger Schritt, den wir begrüßen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

Wir stärken außerdem weiterhin die Innovationsfähigkeit im Bereich der beruflichen Weiterbildung. Die überbetrieblichen Ausbildungsstätten, die jetzt noch mehr Mittel benötigen, sind uns sehr wichtig. Denn gerade im Bereich der digitalen Transformation sind hohe Investitionen notwendig. Wir helfen deshalb den überbetrieblichen Ausbildungsstätten.

Zu guter Letzt: Wir schaffen den Landeswettbewerb „Bildungspartnerschaften digital“. Ich fordere die Schulen schon heute auf, mitzumachen.

Noch kurz zum Wohnungsbau. Bezahlbarer und vor allem verfügbarer Wohnraum bleibt auf unserer Prioritätenliste, bis dieses Problem gelöst ist. Die Förderung geht weiter und wird ergänzt, und das laufende Programm wird permanent weiterentwickelt und optimiert. Vor allem wird das Volumen vergrößert.

(Claus Paal)

Dass die SPD sagt, es genügt nicht, wundert mich, weil 250 Millionen € ein historischer Höchststand sind.

(Zuruf des Abg. Daniel Born SPD)

Sie sind zu Ihrer Zeit so etwas nicht angegangen.

Wir ergänzen es noch um den „Kommunalfonds Wohnraum-offensive BW Wohnen – Heimat – Zukunft“, um „Wohnungs-bau BW – kommunal“, „Wohnungsbau BW – Mitarbeiterwohnen“; auch der Grundstückfonds für die Kommunen kommt. Das alles sind Dinge, die richtig sind und die helfen sollen, um beim Wohnungsbau voranzukommen. Das ist Wohnungsbaupolitik, die bei den Menschen auch ankommt.

Zum Schluss, meine Damen und Herren: Der Landeshaushalt, der Einzelplan 07 beweist: Klimaschutz, Luftreinhaltung, moderne Mobilität, künstliche Intelligenz, Digitalisierung und Innovation, all das geht zusammen – geht nur zusammen. Das beweisen wir mit diesem Haushalt. Er ist eine Innovationsoffensive für mehr Arbeitsplatzsicherheit, für den Erhalt unserer Innovationskraft und unseres Standorts. Baden-Württemberg bleibt dadurch auch in den kommenden Jahrzehnten europäische Innovationsregion Nummer 1. Das ist unser Anspruch – vielleicht nicht ganz schwäbisch, aber richtig.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Bravo-Rufe von der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gute Rede!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich das Wort für die SPD Herrn Kollegen Born geben.

Abg. Daniel Born SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern war der Internationale Tag der Menschenrechte. Arbeit ist ein Menschenrecht; Wohnen ist ein Menschenrecht.

(Beifall bei der SPD)

Gute Wirtschaftspolitik stellt den Menschen in den Mittelpunkt, und eine Wirtschaftspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, braucht einen aktiven und handlungsfähigen Staat – nicht, weil der Staat der bessere Unternehmer wäre, sondern weil gutes Unternehmertum, weil innovatives und sozial verantwortliches Unternehmertum einen handlungsfähigen Staat als Partner braucht und weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit ihrem Können den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes Tag für Tag aufs Neue erarbeiten, einen handlungsfähigen, aktiven Staat verdient haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben es verdient, dass sich das Land nicht in antiquierter und längst widerlegter Marktgläubigkeit auf die Zuschauerbank zurückzieht,

(Zuruf von der AfD)

sondern wirkt, gestaltet und Ordnung schafft.

Wir wollen, dass Baden-Württemberg ein Land des wirtschaftlichen Erfolgs, der guten Arbeit, der Aufstiegschancen für alle, des bezahlbaren Wohnraums, des Klimaschutzes, der Ver-

einbarkeit von Familie und Beruf und des technologischen Fortschritts ist.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Machen wir alles!)

Mit dieser klaren Haltung machen wir Wirtschaftspolitik. Es ist bedrückend, mit welcher Bräsigkeit und Arroganz die grün-schwarze Mehrheit in diesem Haus unsere Anträge ablehnt,

(Oh-Rufe von der CDU)

ohne gleichzeitig selbst eine Antwort darauf zu finden,

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist ein Missverständnis!)

wie sich Baden-Württemberg weiter erfolgreich entwickeln kann, und zwar so, dass dieser Erfolg bei allen Menschen in Baden-Württemberg ankommt.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen Bräsigkeit und Arroganz bei den Regierungsfractionen; wir sehen Untätigkeit und fehlendes Durchsetzungsvermögen bei der zuständigen Ministerin, und durch diese toxische Kombination ist es auch zu erklären, dass trotz der guten Haushaltslage im Bereich Wirtschaft ein Haushalt der verpassten Chancen vorgelegt wird.

(Beifall bei der SPD)

Ein Beispiel für diese toxische Kombination ist tatsächlich der Expo-Pavillon. Frau Hoffmeister-Kraut ist keine Unternehmerin.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was?)

Das muss sie auch nicht sein, um Wirtschaftsministerin sein zu dürfen.

(Zurufe von der CDU)

Aber der Expo-Pavillon verlangt ministerielles politisches Management. Und genau das erfolgt eben nicht.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es!)

Man weiß nicht, wo die Zuständigkeiten liegen, man weiß nicht, wie die Funktionen zugeordnet sind und wie die Aufgaben verteilt sind. Und dann kommt sie zu ihren Regierungsfractionen und braucht dringend Mittel, um hier für eine Sicherung zu sorgen, aber sie wird abgebügelt und wird auf eine globale Minderausgabe verwiesen mit dem Ergebnis, dass ihr Haushalt im nächsten Jahr nicht sicher ist, dass man jetzt nicht weiß, welche Positionen gekürzt werden müssen, weil eben auf die Minderausgabe zurückgegriffen werden muss. Dieser Haushalt, den die Ministerin vorlegt, ist wortwörtlich auf Wüstensand gebaut.

(Beifall bei der SPD)

Eben weil es mit dem Management und der politischen Führung nicht so richtig klappen will, konnten wir in den letzten Monaten immer häufiger erleben, dass die Ministerin lieber evaluieren und überprüfen lässt – sozusagen als Consultant

(Daniel Born)

des baden-württembergischen Wirtschaftslebens durch die Lande fährt. Was aber überhaupt nicht sein kann, ist, dass, wenn sie dann die Ergebnisse ihrer Überprüfungen bekommt, sie sich nicht darum schert, solange das nicht in ihr Konzept passt.

Das Wirtschaftsministerium hat überprüft, wie viele zusätzliche Stellen es braucht, um den Arbeitsschutz in Baden-Württemberg wirksam zu stärken. Schwarz auf weiß sagt das Gutachten, es braucht 113 Stellen. Genau diese 113 Stellen beantragt die SPD. Wir hören von Grün-Schwarz und von der Ministerin nichts dazu, außer dass sie es ablehnen. Grün-Schwarz kümmert sich nicht um den Arbeitsschutz in Baden-Württemberg. Die Ministerin kümmert sich nicht um den Arbeitsschutz in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Das passt zu einem Gesamtbild, bei dem man den Eindruck hat, dass der Bereich Arbeit für die Ministerin eher ein lästiges Anhängsel ihres Ressorts ist als der Schwerpunkt, der er eigentlich sein müsste. Es gibt aus dem letzten Jahr einen kleinen Vorgang hier im Landtag, der das sehr deutlich macht:

Es gab Abfragen im Rahmen der Frage, ob die Bildungszeit und das Landestariftreuegesetz beibehalten werden können. Die Ministerin hat u. a. auch bei ihrer CDU-Mittelstandsunion angefragt. Es war ihr wichtig, was die Mittelstandsunion dazu sagt. Man kann mal die Frage stellen, ob man überhaupt Parteigruppierungen abfragen muss. Aber wenn man es macht, dann kann man doch nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in der CDA organisiert sind, nicht mit abfragen. Dann muss man doch gerade sie mit ins Boot holen, um auch deren Wissen aufzunehmen, gerade dann, wenn es um die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geht.

Das zeigt: Die Ministerin hat hier eine Schlagseite, wenn es um die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geht. Mit diesem Wegschauen kann man nie im Leben gute baden-württembergische Wirtschaftspolitik machen.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushalt der verpassten Chancen zeigt sich auch daran, dass unser Antrag auf einen Weiterbildungsfonds abgelehnt wurde. Baden-Württemberg kann Transformation. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land können Transformation. Die Politik darf sich hier nicht in einer Zuschauerrolle mit Strategiedialogen gefallen, sondern sie muss aktiv mitwirken, dass gute Arbeit und wertvolle Beschäftigung weiter ihren Platz in Baden-Württemberg haben.

Darum wollen wir durch dieses einfache, niederschwellige und direkte Unterstützungsangebot kleinen und mittleren Unternehmen helfen. Aber Sie nehmen diese Herausforderung nicht an. Sie schauen weg. Das ist fahrlässig. Das ist fahrlässige Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht ist die größte Fahrlässigkeit, dass dieser Haushalt wieder keine Wohnraumoffensive beinhaltet. Es nützt nichts, wenn der Ministerpräsident ein Marktversagen diagnostiziert und danach das Politikversagen in seinem Kabinett duldet.

Alles, was Ordnung auf dem Mietmarkt schafft, wird abgelehnt, verzögert oder verschnarcht, wo es nur geht. Das, was ein aktiver und handlungsfähiger Staat angehen könnte, wird ausgebremst.

Wir fordern eine Aufstockung der Landeswohnraumförderung für mehr sozial gebundenen Wohnraum und für mehr barrierefreien Wohnraum. Wir fordern eine Landeswohnungsbau-Gesellschaft, um eine Partnerin für die Kommunen bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in allen Städten und Gemeinden zu haben. Aber das ist eben ein Politikansatz, der handelt und der den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Sie veranstalten das Gegenteil davon.

Die Grünen haben im Herbst 2018 auf ihrem Parteitag kommunale Bodenfonds beschlossen. Die grüne Finanzministerin hat 14 Monate später der zuständigen Wohnungsbauministerin noch immer nicht gesagt, wie sie das Ganze steuerlich umsetzen kann. Hier gehen Marktversagen und Politikversagen Hand in Hand. Die nächste toxische Kombination! Die Menschen in Baden-Württemberg zahlen die Zeche dafür.

(Beifall bei der SPD)

Frau Hoffmeister-Kraut, Sie haben ein Ministerium, dessen Aufgabenspektrum der Schalterpunkt für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist und – noch viel wichtiger – mit dem man das Leben der Menschen täglich besser machen kann. Sie nutzen das nicht.

Teilweise haben Sie Glück. Die Landtagsfraktionen haben Ihnen z. B. die Meisterprämie für das Handwerk in den Haushalt diktiert. Sie haben das über Monate bekämpft. Sie wollten das überhaupt nicht. Damit ist ein Vorschlag, den auch wir von der SPD gemacht haben, jetzt endlich Teil der Haushaltspolitik.

Sie haben Ihrem Wegschauen und Ihrer Schnarcherei mittlerweile schon einen schönen Rahmenbegriff gegeben, indem Sie immer wieder betonen, Gründlichkeit ginge vor Schnelligkeit. Aber solch eine Begriffsschöpfung kann Ihre Negativbilanz nicht überschminken.

Wer sieht, wie schon jetzt wieder am Bauordnungsrecht nachgearbeitet wird, wer sieht, wie Ihnen der Meisterbonus diktiert wurde, wie Sie sich mit Ihrer verfrühten Evaluation zur Bildungszeit einmal im Kreis gedreht haben, wie Sie beim Wohnungsbau nicht vorankommen und wie Sie die Arbeitssicherheit wider besseres Wissen nicht besser machen, der bemerkt: Das hat überhaupt nichts mit Gründlichkeit zu tun. Das ist das Gegenteil von Gründlichkeit. Die ehrliche Bilanz ist: Das, was Sie tun, ist selten gründlich, ist niemals schnell und ist immer zu wenig für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Das Ergebnis ist: Jeden Tag fehlen weitere 51 Wohnungen, keine Politik für gute Arbeit, keine Förderung der Qualifizierung, kein Gesamtkonzept über die technologische Entwicklung des Landes. Die toxische Mischung aus Arroganz und Bräsigkeit bei den Regierungsfractionen, Durchsetzungsschwäche und Untätigkeit bei der Ministerin liefert einen Haushalt der verpassten Chancen. Baden-Württemberg steht vor großen Herausforderungen. Viele Familien machen sich große Sorgen, wie es mit der Arbeit in unserem Land weitergeht.

(Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Genau!)

(Daniel Born)

Baden-Württemberg muss diese Herausforderungen annehmen. Baden-Württemberg kann sich einen Wirtschaftshaushalt der verpassten Chancen nicht erlauben.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Wolle spricht für die AfD-Fraktion.

Abg. Carola Wolle AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Zweifelsohne verfolgt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau mit dem Einzelplan 07 ein zentrales Ziel, nämlich die Stärkung der Wirtschaft, insbesondere die Erhaltung und den Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen.

Meine Damen und Herren, diesem Ziel genügt der hier vorliegende Haushalt insgesamt nicht. Ihr Regierungshandeln ist von Wirtschafts- und Arbeitnehmerfeindlichkeit geprägt und macht insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen das Leben schwer. Während sich das Wirtschaftsministerium um die Stärkung der Wirtschaft bemüht, bewirkt das Handeln der Landesregierung insgesamt genau das Gegenteil, nämlich die Schwächung der heimischen Wirtschaft.

Beginnen wir mit der Automobilindustrie und den Zulieferern – die Schlüsselbranche in unserem Land. Was wurde im Land und in der EU nicht alles erdacht, um diesen Industriezweig zu schwächen und ihn seiner Wettbewerbsfähigkeit zu berauben? Nach dem Thema Feinstaub kamen irrwitzige Grenzwerte für Stickoxide und damit Fahrverbote. Dann der Angriff auf die Dieseltechnologie: Eben noch war der Diesel eine umweltfreundliche, weil effiziente Antriebsart. Jetzt plötzlich ist von „Dreckschleudern“ und „Dieselstinkern“ die Rede. Und das, obwohl Deutschland und insbesondere unsere Anbieter hier in Baden-Württemberg führend in der Dieseltechnologie sind. Der neue Euro-6d-Diesel reinigt so ganz nebenbei die Luft von Feinstaub.

Während die Kunden jetzt irritiert auf Benziner ausweichen, kommt schon die nächste Attacke: das Aus des Verbrennungsmotors; die mobile Zukunft ist elektrisch.

Verschärft wird das jetzt durch den sogenannten Green Deal der EU-Kommission, der laut dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Bosch GmbH, Volkmar Denner, einen Strukturbruch bedeutet, den die Industrie nicht bewältigen kann. Und Sie, liebe Landesregierung, finden das auch noch gut.

(Beifall bei der AfD)

Das ist schlecht für den Automobilstandort Baden-Württemberg, für die Arbeitnehmer und die Arbeitsplätze. Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit, meine Damen und Herren, sehen völlig anders aus.

Das Wirtschaftsministerium sorgt sich ausdrücklich um die kleinen und mittleren Unternehmen, und das ist richtig so. Bilden diese Unternehmen letztlich nicht das Rückgrat der heimischen Wirtschaft hier in Baden-Württemberg? Doch setzt sich diese Landesregierung dafür ein, dass unsere Unternehmen aus dem Würgegriff der EU-Bürokratie befreit werden? Fehlanzeige. Sie setzen mit dem Bildungszeitgesetz sowie

dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz sogar noch eines darauf.

Darüber hinaus hat die Gender- und Gleichstellungsbildungspolitik der Landesregierung katastrophale Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation in unserem Land.

Die Überhöhung des Abiturs und des Studiums führt zu teilweise sinnloser Akademisierung in allen Bereichen. Fachkräfte, die Hand anlegen wollen, werden beispielsweise im Handwerk und auch in der Pflege dringend gesucht. Doch durch das zunehmend schlechter werdende Bildungsniveau sind weniger Schüler der Haupt- und Realschulen überhaupt ausbildbar.

Die Einführung der Meisterprämie, wie von uns, der AfD, schon lange gefordert, ist jetzt mit lediglich 1 500 € angedacht. Das hilft nicht wirklich, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir, die AfD, haben dagegen zum aktuellen Haushalt einen Änderungsantrag eingebracht, der die Meisterausbildung finanziell dem Studium gleichstellt.

(Beifall bei der AfD)

Auch der stationäre Handel kann sich über mangelnde Unterstützung der Landesregierung nur beklagen. Eines muss klar sein: Wenn die Autos aus den Innenstädten verbannt werden, dann merkt auch der letzte Kunde, dass Onlinebestellungen einfacher und manchmal auch wesentlich günstiger sind. Dumm dabei ist nur, dass ein großer Teil der Onlinehändler im Ausland beheimatet ist und in Deutschland keine Steuern zahlt. Erhaltung und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit hier in Baden-Württemberg und in Deutschland sehen anders aus, meine Damen und Herren.

Als Dank warten viele KMUs im ländlichen Raum auch heute noch auf den versprochenen Mobilfunk- und Breitbandausbau. In den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 21. Januar dieses Jahres war zu lesen: „In keinem anderen Bundesland gibt es so viele Funklöcher wie in Baden-Württemberg.“ Verfügbarer Mobilfunk, Breitbandausbau und damit schnelles Internet sind elementare Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im ländlichen Raum. Fehlt dies, führt dies unweigerlich zum wirtschaftlichen Ausbluten des ländlichen Raums. Der dadurch ausgelöste Zuzug in die Städte verschärft die dortige Wohnungsnot enorm.

Hinzu kommt, dass die Vielzahl ideologisch bedingter Verteuerungen beim Bau in der aktuellen Situation nicht sonderlich hilfreich ist. Ebenso wie die Energieeinsparverordnung spielt die unsinnige Begrünungspflicht eine unrühmliche Rolle.

(Beifall bei der AfD)

Diese wollten Sie ja unbedingt bei der Novelle der Landesbauordnung beibehalten. Zukunftsfähiger Wohnungsbau sieht anders aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Sagen Sie einmal, wie! Sagen Sie einmal, wie Ihre Lösung aussieht! Ich wollte schon lange einmal wissen, wie eine AfD-Wohnung aussieht!)

(Carola Wolle)

Die Beibehaltung des erhöhten Grunderwerbsteuersatzes aus dem Jahr 2008 ist in der aktuellen Wohnungsnotsituation beinahe unverschämte, meine Damen und Herren. Die AfD-Fraktion beantragte bereits mehrmals die Rückführung des Grunderwerbsteuersatzes auf 3,5 %. Zusätzlich beantragt die AfD-Fraktion die aktuelle Einführung eines Einkommenszuschlags, der Familien mit mittleren Einkommen beim Bau und Erwerb einer Immobilie unterstützt.

Meine Damen und Herren, keine Woche vergeht, in der nicht die Schließung oder Verlegung von Firmen ins Ausland in den Medien nachzulesen ist, dass darüber in Presse und Fernsehen informiert wird.

(Abg. Winfried Mack CDU zu Abg. Martin Grath GRÜNE: Weißt du jetzt, wie eine AfD-Wohnung aussieht? – Abg. Claus Paal CDU zu Abg. Martin Grath GRÜNE: Martin, das kostet ein Biobrot!)

Der Arbeitsplatzabbau hat begonnen und wird nicht zuletzt wegen der hier erwähnten Ursachen gewaltig an Fahrt aufnehmen. Schon vorher hat dank der Schröderschen SPD-Gesetzgebung die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse deutlich zugenommen. Die Zahl sogenannter prekärer Arbeitsverhältnisse wie Minijobs und Werkverträge ist deutlich gestiegen. Diese Entwicklung wird sich im Abschwung fortsetzen und weiter verstärken.

Wie Sie sehen, ist das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau nicht das einzige Ministerium, das unmittelbar Einfluss auf Wirtschaft und Arbeit und damit letztendlich auf die Lebensbedingungen der Menschen in diesem Land hat.

Diese Landesregierung beeinträchtigt mit ihrer zum Teil desaströsen Politik insgesamt die Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Handelns in unserem Land. Keine noch so gute Wirtschaftsförderung kann das Porzellan kitten, das hier zerbrochen wird. Gute Wirtschaftspolitik ist Aufgabe der ganzen Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Lassen Sie der heimischen Automobilindustrie wieder die Freiheit, die Produkte herzustellen, die effizient, umweltfreundlich, konkurrenzfähig und von den Verbrauchern gewünscht sind. Befreien Sie die Unternehmen, vor allem die kleinen und mittleren, von jeder Art überflüssiger Bürokratie.

Erhalten Sie die gewachsenen Strukturen von Handel und Gastronomie in unseren Innenstädten. Erschweren Sie den Bürgern den Zugang in die Innenstädte nicht unnötig. Setzen Sie sich dafür ein, dass der Einfluss der EU-Gesetzgebung auf Deutschland und auf Baden-Württemberg auf ein Niveau reduziert wird, das den Bürgern unseres Landes guttut und ihnen nutzt. Sorgen Sie für die Aufwertung des ländlichen Raums und den digitalen Anschluss der dort ansässigen Unternehmen. Sorgen Sie dafür, dass die Kinder in unserem Land die Schulen wieder mit einer Bildung verlassen, die sie befähigt, eine gute Berufsausbildung abzuschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Entschlacken Sie die Vorschriften zum Bau von Häusern und Wohnungen von jeglichem überflüssigen Ballast.

Diese vorgeschlagenen Maßnahmen sind für die Wirtschaft, die Arbeitnehmer und die Bürger in unserem Land wichtiger als der hier vorliegende Einzelplan 07 des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau. Erinnern Sie sich endlich daran, dass dieses Parlament, diese Landesregierung gewählt wurde, um sich für das Wohl der eigenen Bevölkerung einzusetzen.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Kollegin Reich-Gutjahr spricht für die FDP/DVP.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Wichtigste zum Schluss: Wir sprechen jetzt über den Haushalt, der sich um den Bereich unserer Gesellschaft kümmert, in dem ein überwiegender Teil des Geldes verdient wird, das wir in unseren Haushaltsplänen ausgeben.

Als ich die Regierungsfaktionen gehört habe, habe ich den Eindruck gehabt, wir sind echt in einer guten Zeit. Da ist Aufbruchstimmung. Das Blöde ist bloß: Wenn ich draußen auf der Straße unterwegs bin, dann nehme ich die Aufbruchstimmung nicht wahr. Ich nehme bei den Menschen etwas anderes wahr: Angst, Verunsicherung, Sorge, was kommt, natürlich auch Angst vor Veränderung und Verunsicherung, was eigentlich noch richtig ist. Denn eigentlich ist es irgendwo immer falsch, egal, wie man es macht.

Wenn wir auf die Konjunktur schauen, sehen wir: Sie wirkt gerade – die vielen internationalen Verwerfungen wurden heute schon angesprochen – dämpfend auf die Nachfrage in den Schlüsselindustrien in unserem Land. Hinzu kommen aber die hausgemachten Probleme der letzten drei Jahre, die in dieser grün geprägten Regierung liegen. Sie hat es einerseits geschafft, dass unsere Schlüsselindustrie, die Automobilindustrie, zum Problemverursacher Nummer 1 diskreditiert wurde. Egal, ob volle Straßen oder Umweltbelastung, das Auto ist der Sündenbock.

Auf der anderen Seite sind nicht so deutlich sichtbar neue Märkte entstanden, die für die Menschen einen Arbeitsplatz schaffen, die ihren Arbeitsplatz im Zuge der Transformation in den nächsten Jahren verlieren werden, oder zumindest für die neuen, die nachkommen und dort keinen Arbeitsplatz mehr finden.

Das Fraunhofer IAO spricht davon, dass wir etwa 125 000 Arbeitsplätze in Deutschland verlieren werden. Wir in Baden-Württemberg können dann damit rechnen, dass wir mit etwa 40 000 Arbeitsplätzen dabei sind. Nun gut, einem Verkehrsminister, der sagt, dass man nicht noch mehr Autoindustrie in Baden-Württemberg braucht, wird das sicherlich gefallen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dabei ist die Automobilindustrie gar nicht blöd, sondern sie weiß tatsächlich selbst, dass sie sich verändern muss. Sie hat das mit dem Begriff CASE – Connected, Autonomous, Shared, Electric – beschrieben. Diese vier Säulen der Transformation kosten die Unternehmen in unserem Land enorm viel Geld und Kraft.

(Gabriele Reich-Gutjahr)

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: „Electric“? Sagen Sie das mal Herrn Rülke mit dem „Electric“!)

Veränderungsprozesse schaffen Verunsicherung. Das weiß jeder von uns, der irgendwo einmal in einer Firma tätig war. Ankündigungen von Stellenabbau und Einfrieren der Gehälter tun ihr Übriges.

Es wurde schon gesagt: Transformation braucht Zeit. Deswegen gibt es auch im Hinblick auf das Thema Klimaziele nur eine Antwort: Wir müssen einen vernünftigen Pfad finden, damit die Zeit da ist, über die man das dann auch abbilden kann. Denn ich möchte einmal daran erinnern – wir tun immer so, als wäre das, was wir hier mit der deutschen Automobilindustrie in Baden-Württemberg besprechen, die Zukunft für die deutsche Automobilindustrie; das ist es natürlich nicht –: Die deutsche Automobilindustrie baut 18 Millionen Fahrzeuge. Von denen baut sie fünf Millionen in Deutschland. Und von den fünf Millionen gehen 75 % in den Export. Da frage ich Sie: Wie wichtig ist Deutschland eigentlich für diese Autohersteller? Mein Gefühl im Moment wäre: Die Autohersteller sind wichtig für uns, aber wir für sie immer unbedeutender.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Und wie wichtig ist die Elektroautoquote von China?)

– China hat heute kundgetan, dass sie das Elektrothema zurückweisen. Aber schauen Sie zu Daimler. Daimler hat eine Extraabteilung, die Marketingprognosen für China macht. Da brauchen wir uns nicht als Wirtschaftsabteilung aufzuspielen. Alle anderen Länder werden in einer Abteilung geplant.

Wir müssen einfach der Realität ins Auge blicken. Dieser Transformationsprozess mit der Vielfalt der Optionen in den vielen Ländern dieser Erde ist eine riesige Herausforderung für die Industrie. Dabei haben wir nur eine Aufgabe: Wir hier in Baden-Württemberg müssen der Raum sein, in dem alle vier Säulen dieser Transformation und die verschiedenen Antriebe optimal erprobt werden können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Wo denn sonst, wenn nicht hier? Mit einer Regierung, die fragt: Was braucht ihr dafür? Eine Regierung, die sagt, was sie für richtig hält, braucht kein Mensch.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wofür stand das „E“?)

Die Vielfalt der Technologien möchte ich nicht noch einmal aufzählen. Darüber haben wir heute schon gesprochen.

Sehr enttäuscht hat mich, dass die digitalen Anwendungen im Auto, das Mitfahren, das Sharing und alle diesbezüglichen Dinge in der sehr intensiven Diskussion heute Morgen gar nicht zur Sprache gekommen sind. Dabei war gestern in der Zeitung zu lesen, dass Daimler mit Bosch jetzt seine autonom fahrenden Autos in San José ausprobieren wird. Die Stadt San José hat Unternehmen weltweit dazu eingeladen, dort Testläufe zur Verbesserung der Mobilität durchzuführen. Warum haben wir nicht zur Erprobung eingeladen? Lädt hier jemand überhaupt jemanden ein, der ein Auto fährt? Mein Eindruck ist das nicht.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Wir können Lastenfahrräder!)

Ich glaube, manche hier erleben eine Illusion. Wir brauchen eine andere Politik, wenn wir die Zukunft dieses Landes nicht verspielen wollen.

Noch ein Wort zu den synthetischen Kraftstoffen, die heute auch schon mehrheitlich kamen: Unsere Regierung hat es leider versäumt, über den Bundesrat eine Änderung herbeizuführen, dass auch bei uns in Deutschland E-Fuels künftig hundertprozentig eingesetzt werden können und nicht nur als 33-prozentige Zumischung.

(Abg. Anton Baron AfD: Diesel!)

Man hätte jetzt die Möglichkeit gehabt. Aber so sind E-Fuels in Deutschland nach wie vor relativ uninteressant, während sie schon in vielen anderen europäischen Ländern im Einsatz sind. Und die Anlagen kommen aus Deutschland.

Der Maschinenbau – das haben wir schon gehört – braucht auch neues Geschäft. Auch der muss sich neu erfinden. Es gibt schöne Ansatzpunkte: bei der Dekarbonisierung, in der Umwelttechnik, in der Medizintechnik, in der IT. Aber wenn wir diese Dinge, die hier produziert werden, nicht selbst in unserem Land zulassen, dann ist das eben ein verlorenes Feld.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Um unsere Chancen zu nutzen, brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen. Ich gehe nachher noch im Einzelnen darauf ein. Das gilt für den Wohnungsbau, für die Ausbildung, für die Gründerfreundlichkeit und für die digitale Infrastruktur.

Lassen Sie mich aber nun im Einzelplan 07 einen Punkt ansprechen, der uns irritiert hat. Frau Hoffmeister-Kraut, vielleicht können Sie dazu etwas sagen. Sie haben jetzt erstmals die Marke von 1 Milliarde € Haushaltsvolumen geknackt. Dabei bauen Sie 31 Stellen auf und nehmen zahlreiche Stellenhebungen vor. Uns scheint das zu viel. Wir haben deswegen beantragt, 13 Hebungen aufzuheben und zehn Stellen zu streichen. Dennoch erklärt sich uns nicht, warum die Personalkosten von bisher 44 Millionen € auf jetzt 83 Millionen € in Ihrem Haushaltsplan steigen. Wir haben versucht, das herauszubekommen, aber niemand konnte es uns erklären. Vielleicht weiß es hier jemand.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Unerforscht bis heute!)

Solche Gehaltserhöhungen dürften selbst in der Politik nicht üblich sein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da gerade nicht!)

– Genau dort nicht.

Zum Handwerk: Wir brauchen mehr Mittelstandspolitik. Es wurde vorher mit Freude verkündet, dass Sie jetzt die Meisterprämie eingeführt haben. Wie schön, haben wir doch einhalb Jahre darum gekämpft, dass die Meisterprämie auch bei uns eingeführt wird, wie in vielen anderen Bundesländern.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Genau!)

(Gabriele Reich-Gutjahr)

Dann durften wir auch noch lesen, dass sich Herr Dörflinger und Herr Grath darum streiten, wer es als Erster gewollt hat. Das finden wir sehr amüsant.

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Nehme ich für mich in Anspruch!)

Letztendlich ist es ein richtiger Schritt, aber ein Schritt, der nicht weit genug –

(Zuruf von der SPD: Einer von beiden! – Gegenruf: Keiner von beiden!)

– Ja, genau. Gewollt haben es eigentlich wir. Das ist richtig.

(Zuruf von der SPD: Die Opposition hat es eingebracht!)

– Die Opposition hat es eingebracht, und die Herrschaften sind draufgesprungen.

(Zuruf: Aber erst verspätet!)

Aber immerhin haben sie es jetzt eingebracht, jedoch sind sie zu kurz gesprungen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn es gibt nicht nur Meisterabschlüsse, sondern auch gleichrangige Abschlüsse der Handwerkskammern und der IHKs. Auch dort gilt es, dem dualen Ausbildungsweg mehr Wahrnehmung zu verschaffen. Deswegen fordern wir – Sie haben nachher noch die Chance, dem zuzustimmen –, auch den 2 100 Industrie- und Fachmeistern sowie den 9 000 Teilnehmern der IHK- und der HWK-Fortbildungen mit einer Prämie von 1 500 € einen Beitrag zu ihrem Tun zu geben, also insgesamt 22 Millionen € und nicht 6,5 Millionen € in diesem Haushalt dafür einzustellen.

Bedauerlich ist auch, dass Sie dem Zeichen, das man mit Gebäuden gibt, kein Geld zgedacht haben. Unser Entschließungsantrag für einen Neubau für die überbetriebliche Ausbildung in der Handwerkskammer in Karlsruhe wurde im Ausschuss leider abgelehnt. Auch das ist schade. Denn wenn man sich anschaut, wie sich die Gebäude in den verschiedenen Kategorien unserer Ausbildungssysteme verändern, kann man sehr wohl sehen, dass das sehr uneinheitlich ist.

Zur Wohnraumförderung sollen wieder 250 Millionen € im Jahr eingestellt werden, und die Mittel aus den Vorjahren, die nicht verwendet wurden, sollen in einen Kommunalfonds eingebracht werden. Wir halten das zum jetzigen Zeitpunkt für falsch. Grundstücksbevorratung in Zeiten, in denen das Bauen genau daran scheitert, dass keine Grundstücke verfügbar sind, ist ja gerade kontraproduktiv.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

Deswegen haben wir dazu aufgefordert, 100 Millionen € weniger in die Rücklagen des Kommunalfonds zu nehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Kommen Sie bitte zum Schluss, Frau Abgeordnete.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Ja. Ich will noch geschwind zwei Punkte ansprechen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Schöner Dialog! – Vereinzelt Heiterkeit)

Ich komme noch zum Mobilfunkausbau. Wir haben schon gehört: Beim Mobilfunknetz ist Baden-Württemberg so löchrig wie ein Schweizer Käse. Aber eine gute digitale Infrastruktur gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Deswegen schlagen wir noch mal vor, Kommunen im ländlichen Raum, die Mobilfunkzellen aufbauen, 2 000 € Zuschuss zu gewähren, insgesamt 600 000 € pro Jahr.

Zu guter Letzt zur Digitalisierungsprämie. Auch dafür haben Sie sich gelobt. Aber am Anfang ist diese ja vergessen worden. Jetzt ist sie mit einem kleineren Betrag im Haushaltsentwurf vorgesehen. Der richtige Weg wäre, nicht 16 Millionen €, sondern 24 Millionen € bereitzustellen. Auch hier würden wir Sie bitten, unseren Antrag zu unterstützen.

Dasselbe gilt für die Gründer- und Pre-Seed-Förderung. Sie wollen jetzt 7 Millionen € bereitstellen, wir haben 8 Millionen € gefordert.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das liegt alles schriftlich vor. Sie müssen jetzt zum Schluss kommen, Frau Abg. Reich-Gutjahr.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Machen Sie mehr daraus. Sie haben jetzt bei den Abstimmungen noch eine Chance, eine gute Wirtschaftspolitik für Baden-Württemberg zu machen. Ansonsten sehen wir uns leider nicht in der Lage, diesem Haushalt zuzustimmen.

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Was?)

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut das Wort geben.

(Abg. Susanne Bay GRÜNE meldet sich. – Abg. Daniel Born SPD: Frau Präsidentin!)

– Gut. Dann gehen wir in eine zweite Runde. Entschuldigung! Das war auf meinem Manuskript schon durchgestrichen. – Frau Abg. Bay, bitte.

Abg. Susanne Bay GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch ein paar Worte zu einem sehr wichtigen Thema für die Menschen im Land, nämlich Wohnen, bezahlbares Wohnen, aber auch Bauen und Wohnen in Verantwortung für nachfolgende Generationen.

Grundsätzlich ist die Botschaft: Mit 250 Millionen € pro Jahr wird die Wohnraumförderung auf Rekordniveau verstetigt. Aber neben der reinen Zahl in Euro ist viel wichtiger, wie viele geförderte Wohnungen am Ende herauskommen. In diesem Jahr sind es bisher über 2 500 –

(Abg. Daniel Born SPD: Reichen die?)

und der Dezember kommt noch dazu.

(Susanne Bay)

Wir haben den Anspruch, die Rahmenbedingungen trotz des schwierigen Zinsniveaus immer weiter zu verbessern, und zwar in enger Absprache mit denen, die den Wohnraum bauen und nutzen.

Mit der Fördersäule „Wohnungsbau BW – kommunal“ werden die Kommunen vor Ort durch sehr gute Bedingungen gestärkt, selbst einen Wohnungsbestand aufzubauen und auch für lange Zeit zu halten. Zudem startet die Regierungskoalition mit 147 Millionen € eine Wohnraumoffensive mit Bodenfonds und Kompetenzzentrum. Denn wir brauchen geförderte Wohnungen nicht nur kurzfristig, sondern auf Dauer. Mit diesen Förderlinien und der Wohnraumoffensive tragen wir dafür Sorge, dass nicht irgendwann wieder Kräfte, die nur dem Markt huldigen, die Wohnraumversorgung gefährden.

(Beifall bei den Grünen sowie der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Herr Kollege Born, es ist Ihnen auch heute nicht gelungen, uns von den Vorteilen einer Landesentwicklungsgesellschaft zu überzeugen, die Jahre benötigt, bis sie implementiert ist, und die eine weitere Konkurrenz

(Abg. Daniel Born SPD: Das geht schneller als Ihr Bodenfonds!)

für knappe Flächen, Kommunen und Private ist. Eine weitere zielführende Neuerung ist dagegen die Gründungsförderung für neue Genossenschaften, die quasi als Starthilfe für diese wichtigen Akteure auf dem Weg zu mehr bezahlbarem Wohnraum dient.

In Sorge sind wir bei der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund zur Wohnraumförderung. Der Entwurf hat das Potenzial, unser Programm an wichtigen Stellen zu torpedieren. Hier, Herr Kollege Born, können Sie einmal Ihre offensichtlich reichlich vorhandene Empörungenergie an die Adresse der eigenen Partei als Teil der Bundesregierung – jedenfalls noch – ableiten. Das wäre doch einmal etwas, wo Sie segensreich handeln könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Daniel Born SPD: Aber das ist schön, dass Sie die ganze Zeit über Bundesgeld reden! Sie reden immer über Bundesgeld!)

Weiterhin wichtig sind für uns Grüne die Städtebau- und die Denkmalförderung. In der Städtebauförderung sind ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Kollegin, schauen Sie bitte auch auf die Uhr.

Abg. Susanne Bay GRÜNE: ... 256 Millionen € – 15 Millionen € mehr als in den vorangegangenen Jahren –, und was wir richtig gut finden: Bei jedem Vorhaben müssen jetzt Stadtgrün und ökologische Aspekte mitbedacht werden, und das ist gut so.

Wir sehen also: Der Einzelplan enthält vielfältige Instrumente, um eine Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum zu sichern. Das ist uns Grünen ein sehr wichtiges Anliegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Richtig!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Ministerin. Bitte.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben nicht nur jetzt beim Einzelplan 07, sondern auch heute Morgen beim Einzelplan 02 – Staatsministerium – über die Zukunft und die Visionen diskutiert, wohin wir unser Land führen wollen und welche Probleme und Themen wichtig für Baden-Württemberg sind. Und Ihre Rede, Herr Born,

(Abg. Daniel Born SPD: War super! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

hat sich nicht mit der Zukunft Baden-Württembergs beschäftigt.

(Abg. Anton Baron AfD: Nie wieder Sozialismus! Zweistelligkeit ist bald Geschichte!)

Die SPD beschäftigt sich mit sich selbst. Ich glaube, das können Sie auch ganz gut;

(Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

denn wenn Sie, lieber Herr Born, davon sprechen, die Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg – die ich nicht allein zu vertreten habe – sei durch Wegschauen und Schlafen bestimmt,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Hat er das gesagt? Das ist ja Quatsch!)

dann kann ich Ihnen an dieser Stelle versichern: Wir haben die Wirtschaftspolitik des Landes nach fünf Jahren SPD-Verantwortung aus dem Dornröschenschlaf erweckt.

(Lachen bei der SPD)

Wirtschaftspolitik hat in Baden-Württemberg nicht stattgefunden, sie hatte keine Stimme in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist geradezu lächerlich! Drei Jahre Dornröschenschlaf und dann meckern!)

Und Ihre Ausführungen sind von solch einer Boshaftigkeit, solch einer Ahnungslosigkeit und Ideenlosigkeit geprägt, dass ich schockiert bin. Ich bin schockiert,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, zu Recht! – Weitere Zurufe – Unruhe)

wie man so über das Thema Wirtschaftspolitik sprechen kann. Ich kann Ihnen noch einmal sagen: Sie haben mit Ihren Ausführungen auch meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beleidigt.

(Abg. Daniel Born SPD: Das stimmt nicht! Ich habe über Sie gesprochen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das stimmt überhaupt nicht! Wir sprechen über Sie, nicht über Ihre Mitarbeiter! – Weitere Zurufe – Lebhaftige Unruhe – Glocke der Präsidentin)

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

Das ist wirklich nicht angebracht, und ich kann Ihnen nur eines raten: Diskutieren Sie in der Sache, und lassen Sie sich nicht durch – Herr Born, Arroganz –

(Abg. Daniel Born und Abg. Reinhold Gall SPD:
Wahrheit tut weh!)

Ich lasse mich gern an Zahlen und Fakten messen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Genau darum geht es! Daran messen wir Sie! – Zuruf des Abg. Daniel Born SPD)

Das ist die Wahrheit, und darauf gehe ich jetzt ein. Ich hätte mich auch gefreut, wenn sich Herr Born mit der Wahrheit auseinandergesetzt hätte.

(Abg. Daniel Born SPD: Aber schauen Sie mal: Der Ministerpräsident redet über Wirtschaftspolitik und erwähnt Sie mit keinem Wort!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Born, Sie hatten Ihre Zeit. Jetzt lassen Sie die Ministerin reden.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Ich möchte das vorweg an einem Beispiel deutlich machen. Lieber Herr Born, die SPD fordert einen Weiterbildungsfonds in Höhe von einmalig 20 Millionen €.

(Abg. Daniel Born SPD: Der ist super!)

So ist Ihr Antrag formuliert.

(Abg. Daniel Born SPD: Richtig gut!)

Wir, die Landesregierung, haben einen Haushaltsentwurf vorgelegt, den wir jetzt diskutieren, der für die Förderung der beruflichen Weiterbildung einschließlich der Fördermittel für Investitionen in die überbetrieblichen Bildungsstätten und für die voraussichtlichen ESF-Fachkursförderungen, die ein erhebliches Gewicht haben und die sehr viel dazu beitragen, die Menschen im Land weiterzuqualifizieren, ein Ausgabenvolumen in Höhe von über 50 Millionen € vorsieht – und vieles davon strukturell, nicht einmalig. Das sind die Fakten, und an den Fakten lasse ich mich gern messen, aber nicht an solchen populistischen Ausführungen. Also das war wirklich –

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Daniel Born SPD: Sie reden über ESF-Mittel! Das sind doch ESF-Mittel! Wir reden über Wirtschaftspolitik!)

Jetzt widmen wir uns den tatsächlichen Herausforderungen für unser Land. Wir befinden uns im Moment in einer Phase der konjunkturellen Abkühlung. Die wirtschaftliche Entwicklung weltweit hat merklich an Dynamik verloren. Das trifft uns in Baden-Württemberg natürlich in besonderer Weise, weil der Exportanteil Baden-Württembergs mit 42 % des Bruttoinlandsprodukts sehr hoch ist und die konjunkturelle Abkühlung einen ganz wesentlichen Effekt darstellt.

Ein zweiter Effekt, der diese Entwicklung auch ganz stark überlagert, ist der tiefgreifende Strukturwandelprozess in den Bereichen Digitalisierung, „Künstliche Intelligenz“ und „Alternative Mobilität“. Dieser Prozess nimmt immer mehr an Fahrt auf, und dies auch weltweit.

Das heißt, wir müssen die Herausforderungen, denen sich unsere Wirtschaft gegenüberstellt, die zunehmend anspruchsvoller und drängender werden, stellen. Wir müssen jetzt Rahmenbedingungen schaffen, die den kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land diesen Weg erleichtern, die sie hier unterstützen, die sie begleiten. Und das tun wir. Wir setzen auf Zukunft, wir setzen auf Fortschritt, wir setzen auf Innovation. Das ist der Weg, den wir gehen müssen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Born, zuhören!)

Wir müssen unseren bestmöglichen Beitrag dazu leisten, dass die konjunkturelle Abkühlung möglichst sanft und kurz ausfällt und dass die Weichen für das erfolgreiche Bestehen der Strukturwandelprozesse möglichst schnell und effektiv gestellt werden. Das sind unsere Zukunftsaufgaben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das tun wir, und wir übernehmen Verantwortung. Wir übernehmen Verantwortung auf Landesebene, und wir haben jetzt konkrete Maßnahmen im Einzelplan 07 verankert, die die Wirtschaftspolitik unseres Landes in den nächsten zwei Jahren prägen.

Das ist zum einen eine Intensivierung der wirtschaftsnahen Forschung und des Technologietransfers. Das ist zum Zweiten die Schaffung von besseren Wachstumsbedingungen für Gründerinnen und Gründer, insbesondere auch für die Start-ups, also junge Unternehmen mit hohem Innovationspotenzial. Das ist drittens die qualitative und quantitative Sicherung des Fachkräftepotenzials. Das ist viertens – Baden-Württemberg ist ein Exportland – die Stärkung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Das ist für uns von entscheidender Bedeutung, vor allem auch gegen protektionistische Tendenzen. Und das ist fünftens die branchenspezifische Ertüchtigung der bestehenden Wirtschaftsakteure in Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen.

Eine weitere sehr anspruchsvolle Herausforderung besteht darin, die Wohnraumförderung so weiterzuentwickeln, dass wir dieses sozial- und gesellschaftspolitisch höchst bedeutsame Programm auch als Standortpolitik für unser Land, für die Menschen in unserem Land weiter voranbringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Auch das tun wir. Auch hier liefern wir, auch hier handeln wir in Baden-Württemberg.

So weit zu den Herausforderungen.

Jetzt kommen wir zum Haushalt. Die mittelständischen Unternehmen stehen im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik unseres Landes, bei der Frage, wie wir sie wettbewerbsfähiger aufstellen können, wie wir sie gezielter und effektiver fördern können. Damit haben wir uns beschäftigt, und diesbezüglich haben wir auch Maßnahmen aufs Gleis gesetzt.

Hierbei spielt natürlich der Arbeitsmarkt, hierbei spielen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine ganz entscheidende Rolle. Sie sind die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolgs und verdienen unser aller Wertschätzung – auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinem Ministerium, jeder Ein-

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

zelne von ihnen, sowie die Unternehmen und die Wirtschaft in unserem Land. Sie sind das Fundament, sind die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolgs, und das ist uns auch in diesem Haushalt ein großes Anliegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Wirtschaftsnahe Forschung und Technologietransfer: Mir persönlich war es wichtig, die Transferspezialisten in unserem Land, die 13 Institute der Innovationsallianz Baden-Württemberg, die 13 Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft und die acht Institute des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt zu stärken. Ich freue mich darüber, dass wir im Pakt für die Institute der Innovationsallianz eine Erhöhung der Grundförderung um jährlich 1,5 Millionen € und einen jährlichen Aufwuchs von 3 % umsetzen können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Zusammen mit den Investitionszuschüssen beträgt damit die institutionelle Förderung der Innovationsallianz in beiden Haushaltsjahren rund 85,7 Millionen €.

Bund und Land finanzieren Institute und Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft und des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt. Diese werden in den Jahren 2020 und 2021 mit Landesmitteln in Höhe von rund 96,6 Millionen € institutionell gefördert. Hier sind wir Partner für die Wirtschaft, für den Mittelstand in unserem Land. Hierin enthalten sind auch das DLR-Projekt „zero emission“ zur Erforschung von Wasserstoff als Energieträger und Kraftstoff mit einem Fördermittelvolumen von 16 Millionen €. Wir sind technologieoffen, wir unterstützen und finanzieren, wir fördern alle Technologien, die für die Mobilität der Zukunft im Moment relevant sind. Das ist uns ein großes Anliegen. Im Bereich der Mobilität passiert viel.

Die Automobilindustrie sowie der Maschinen- und Anlagenbau, aber auch – man kann das sagen – fast alle anderen Branchen, die in unserem Land von Relevanz sind, sind ganz stark durch die Digitalisierung geprägt – Stichwort „Künstliche Intelligenz“, eine der Basistechnologien der Zukunft. In den Bereichen der künstlichen Intelligenz und der Digitalisierung sind einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen Maßnahmen im Umfang von rund 111 Millionen € etatisiert. Das ist ein ganz klares Bekenntnis für Zukunft, für Innovation, und zwar in Baden-Württemberg und nirgendwo anders.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

In diesem Zusammenhang möchte ich besonders die 40 Millionen € für ein neues Kompetenzzentrum für Quantencomputing bei uns in Baden-Württemberg hervorheben. Das ist die große Chance und eine wesentliche Voraussetzung, diese nächste Stufe der Digitalisierung erfolgreich zu meistern. Gerade für Baden-Württemberg als starken Industriestandort wird dies von hoher Relevanz sein. Deshalb passiert auch Forschung in diesem Bereich in Baden-Württemberg. Das ist Zukunft, das steht für Innovation.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Von überragender Bedeutung sind auch die Mittel in Höhe von rund 34 Millionen € für die Forschungs- und Transferprojek-

te im Bereich der künstlichen Intelligenz. Ganz wichtig ist ebenfalls, dass wir das erfolgreiche Förderprogramm, dass wir die Digitalisierungsprämie mit 16 Millionen € fortsetzen können. 1 €, den wir an Landesmitteln geben, löst vor Ort im Schnitt ca. 6 € an Investitionen aus.

Das ist ein Innovations- und ein Investitionsförderprogramm für die kleinen Unternehmen mit bis zu 100 Mitarbeitern, das sehr erfolgreich wirkt. Darauf können wir stolz sein. Das ist eine Initiative des Wirtschaftsministeriums und meinerseits. Gemeinsam mit den Regierungsfractionen haben wir das schon im letzten Doppelhaushalt auf den Weg gebracht, und zwar sehr erfolgreich. Das beweist auch, dass die Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und nicht rückwärtsgewandt ist, wie andere sich das vielleicht wünschen würden.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Die Fakten liegen auf der Hand.

Beim Projekt Strategiedialog werden wir – einige Maßnahmen wurden heute schon genannt; „U-Shift“ beispielsweise, Stichwort „Autonomes Fahren“ – auch ein Transformationszentrum einrichten, um die kleinen und mittleren Unternehmen auf diesem Weg stärker einzubinden, mitzunehmen. Einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen stehen für diese Maßnahmen 38 Millionen € zur Verfügung. Dazu kommen noch Projektfördermittel im Bereich der Ressourcen- und Rohstoffsicherung in Höhe von rund 9 Millionen € sowie im Rahmen der Landesinitiative Elektromobilität III in Höhe von 6 Millionen €.

Es passiert etwas. Wenn man diese Summen addiert, sieht man: Das Ausgabenvolumen für die wirtschaftsnahe Forschung und die Technologietransfers beträgt in Baden-Württemberg in den Jahren 2020 und 2021 rund 375 Millionen €. Das ist viel Geld für die Wirtschaft in unserem Land.

Und auch die Gründer- und Start-up-Szene in Baden-Württemberg habe ich wachgeküsst.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Oh-Rufe – Zurufe, u. a. Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich mache nächste Woche auch ein Start-up auf! – Vereinzelt Heiterkeit)

Das ist ein Thema, das bei uns im Land Baden-Württemberg in einer Art Dornröschenschlaf verharret ist:

(Große Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Mit der Landesinitiative „Start-up BW“ haben wir hier neue Impulse gesetzt. 14 Millionen € für „Start-up BW Pre-Seed“, ein neues Programm, das eben auch private Akteure mit in die Pflicht nimmt.

(Zurufe, u. a. des Abg. Karl Zimmermann CDU – Anhaltende Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Ministerin, ich glaube, wir warten einmal einen Augenblick, bis sich die Gemüter wieder beruhigt haben. Vielleicht können wir den Geräuschpegel wieder etwas senken.

(Fortgesetzte Unruhe)

– Jetzt ist es gut. Okay?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Offensichtlich ist es hier um zehn nach neun interessanter als vor dem Bildschirm.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Herr Born macht ein Start-up-Unternehmen auf!)

– Was? Oh, Herr Born! Das ehrt mich jetzt wieder, dass Ihnen das jetzt attraktiv erscheint.

(Abg. Daniel Born SPD: Nein! Wir haben gesagt, ich bin der Frosch, der sich an die Wand geklatscht hat!
– Vereinzelt Heiterkeit – Oh-Rufe – Weitere Zurufe)

– Herr Born, ich sehe nicht aus, als wenn man mich an die Wand geklatscht hätte.

(Zurufe, u. a. Abg. Nicole Razavi CDU: Nein, er!)

– Ach, Sie!

(Vereinzelt Heiterkeit)

Okay, Einsicht ist der erste Weg zur Besserung. Das wundert mich.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aber vielleicht ist es ein Prinz!)

– Offensichtlich nicht.

(Lebhafte Unruhe)

Kommen wir wieder zurück zu unserer Start-up-Szene. Wir haben acht Acceleratoren auf den Weg gebracht. Wer sich mit der Start-up-Szene auseinandersetzt, weiß, was für eine große Bedeutung es für die Start-ups bei uns, für die Gründerinnen und Gründer im Land hat, dass sie hier Ansprechpartner haben, dass sie hier gecoacht werden, dass eine Weiterentwicklung erfolgt. Das ist erfolgreich auf den Weg gebracht worden. Das wird auch weiter fortgeführt.

Im Bereich der klassischen Gründungsförderung, die mir persönlich auch ein ganz, ganz großes Anliegen ist, setzen wir durch die Meistergründungsprämie mit insgesamt 2 Millionen € neue Akzente. Dabei geht es im Wesentlichen auch um die Nachfolgeregelung im Handwerk. Das war überfällig, das war zwingend notwendig, und hier unterstützen wir die kleinen Betriebe, damit diese eine Zukunftsperspektive haben. Das ist ein guter und richtiger Weg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Jetzt kommen wir zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unserem Land, Stichwort Fachkräfte und Fachkräftesicherung: Nur mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die auch in ausreichender Zahl – und das ist eine Win-win-Situation für alle Beteiligten – ein passgenaues Qualifikationsprofil aufweisen, können wir international wettbewerbsfähig bleiben und den Bestand sowie die Weiterentwicklung der mittleren und der kleinen Unternehmen in unserem Land unterstützen. Dazu nutzen wir im Land alle Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen: von der Aus- und Weiterbildung über die Steigerung des Fachkräftepotenzials der Frauen bis hin zu der Gewinnung

ausländischer Fachkräfte und der Integration bisher arbeitsloser Menschen. Unser Landesarbeitsmarktprogramm, der erfolgreiche Passiv-Aktiv-Tausch, der um eine Qualifizierung erweitert wurde, wurde vom Bund übernommen – ein Erfolgsmodell.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Daniel Born SPD: Von der SPD erfunden!)

Wir setzen jetzt mit BeJuga neue Akzente. Jugend und Familien werden hier mit den Arbeitslosenberatungszentren, mit dem Netzwerk Teilzeitausbildung stärker in den Vordergrund gestellt, um auch diesen Menschen eine bessere Perspektive zu verschaffen. Wir bringen zudem einen Ideenwettbewerb auf den Weg, der sich speziell auf Frauen und auf ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konzentriert, um diese in unserem Land noch besser zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stichwort Arbeitsschutz: Ich habe mich stark für eine Verbesserung des Arbeitsschutzes in unserem Land eingesetzt. Dieses Thema wurde jetzt nicht priorisiert, ich werde aber weiterhin daran arbeiten. Auf Bundesebene werden ebenfalls Verbesserungen diskutiert. Ich bleibe an dem Thema dran und treibe es weiter voran – unaufhörlich, unermüdlich.

(Abg. Daniel Born SPD: So viel zur Durchsetzungsstärke!)

– Ich habe mich in vielen Bereichen durchgesetzt, Herr Born. Man kann nicht in allen Bereichen reüssieren. Das gehört zu einer realistischen Politik dazu.

(Abg. Daniel Born SPD: Schlecht für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!)

– Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden-Württemberg werden über vielfache Maßnahmen unterstützt. Vielleicht führen wir zwei einmal ein Vieraugengespräch, damit Sie über das, was bei uns im Land tatsächlich an Maßnahmen zur Verfügung steht, mehr Wissen ansammeln können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Daniel Born SPD: Der Wissensstand ist super!)

Im Bereich der Ausbildung – darauf bin ich besonders stolz – verweise ich auf das Modellprojekt „Übergang Schule-Beruf“. Wir haben dieses Modell bereits in 21 Stadt- und Landkreisen gemeinsam mit unseren Partnern erfolgreich eingeführt. 2020 und 2021 sollen weitere acht Standorte hinzukommen. Damit setzen wir in den Planjahren über 5 Millionen € für dieses Projekt ein, das die Praxisphase mit der Schulausbildung verbindet, um dadurch jungen Menschen, die Schwierigkeiten haben, eine Ausbildung zu beginnen, die noch Unterstützung brauchen, diese Brücke zu bauen, damit sie in Ausbildung kommen.

Wir planen die flächendeckende Ausweitung auf alle 44 Stadt- und Landkreise bis zum Jahr 2025. Das ist auch ein wesentlicher Beitrag für die jungen Menschen, damit sie ein eigenverantwortliches Leben führen und gestalten können, aber auch für die Wirtschaft in unserem Land. Natürlich unterstützen wir auch die bewährten Instrumente, angefangen bei den überbetrieblichen Berufsbildungslehrgängen über die Berufs-

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

erprobungsmaßnahmen bis hin zum Einsatz von Ausbildungsbotschaftern, Ausbildungsbegleitern und Kümmerern.

(Anhaltende Unruhe)

Neben der Ausbildung legen wir den Fokus auch auf die Qualifizierung der Beschäftigten. Hier werden wir mit 8 Millionen € neue Akzente in unserer Weiterbildungsoffensive setzen, die sich mit dem digitalen Strukturwandel beschäftigt. Hier setzen wir Akzente, hier gehen wir voran. Wir setzen um, und wir liefern für die Menschen, die in Baden-Württemberg leben.

Frau Reich-Gutjahr, davon gehen 4 Millionen € auch in die Investitionsförderung von überbetrieblichen Bildungsstätten. Sie hatten es angesprochen. Damit kann der jährliche Planansatz gegenüber den Vorjahren um 1,1 Millionen € gesteigert werden. Insgesamt betragen die Ausgabenansätze für die kommenden beiden Jahre rund 14 Millionen €. Also, natürlich haben wir die überbetrieblichen Bildungsstätten im Blick.

Frau Reich-Gutjahr, Sie hatten eben richtigerweise festgestellt, dass das Volumen, also die finanziellen Mittel, die dem Wirtschaftsministerium zur Verfügung stehen – das ist auch ein großer Erfolg, den wir für die Wirtschaftspolitik im Land erreichen konnten –, jetzt auf über 1 Milliarde € angestiegen ist.

Sie hatten mich nach dem Anstieg im Bereich der Personalkosten gefragt. Dabei ging es um eine rein haushaltstechnische Angelegenheit, bedingt durch die Entflechtung des früheren Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft. Wir haben jetzt sukzessive die Versorgungsempfänger zugewiesen bekommen. Landesweit sind aber die Ausgaben für die Pensionäre nicht gestiegen; das ist also lediglich eine Verschiebung.

Ich freue mich auch sehr – auch da war ein Wortbeitrag von Unwissenheit geprägt –, dass wir jetzt in Baden-Württemberg eine Meisterprämie im Handwerk gewähren können. Wir werden jährlich 5,5 Millionen € hierfür zur Verfügung stellen. Ich habe mich von Anfang an, von Beginn der Haushaltsverhandlungen an, hierfür starkgemacht, und ich bin persönlich auch überzeugt von dieser Maßnahme. Hier geht es auch um die Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung. Das Handwerk steht hier vor besonderen Herausforderungen. Wir müssen Anreize für die Weiterbildung zum Meister schaffen, damit auch die Ausbildung im Handwerk – Meister sind ja vielfach auch Ausbilder – weiter gestärkt werden kann. Zudem sind Meister potenzielle Betriebsübernehmer,

(Große Unruhe)

und deswegen ist die Meisterprämie auch hier eine ganz wichtige Voraussetzung dafür, dass dies in größerem Umfang möglich sein wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte auch darauf hinweisen – dies wird in den Diskussionen häufig gar nicht erwähnt –, dass wir einschließlich des Landesanteils am sogenannten Meister-BAföG 17 Millionen € jährlich mehr für die Aufstiegsfortbildung ausgeben werden. Das kommt natürlich allen Berufen zugute; aber es ist auch ein wichtiges Signal vonseiten des Landes – 17 Millionen € jährlich mehr für die Aufstiegsfortbildung, um die jungen

Menschen in unserem Land zu befähigen, sich weiterzuqualifizieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Folgendes zu erwähnen ist mir ebenfalls wichtig: Auch die niederschwelligeren Maßnahmen im Bereich der Weiterbildung, die Förderung der Regionalbüros und der regionalen Netzwerke für berufliche Fortbildung, werden wir fortsetzen. Dasselbe gilt für die Förderung innovativer Weiterbildungsprojekte, ebenso wie für die Fachkursförderung im Rahmen des ESF.

Eine Fachkräfteresource, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, stellt die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen dar. Deshalb sind wir auch in diesem Bereich aktiv, und wir werden die Maßnahmen fortführen: Kontaktstellen „Frau und Beruf“, Landesinitiative „Frauen in MINT-Berufen“. Wir müssen dieses bestehende Potenzial noch besser nutzen, um auch das Humankapital für die Zukunftsthemen zur Verfügung stellen zu können.

(Anhaltende Unruhe)

Deswegen war es mir persönlich wichtig, dass wir schon junge Mädchen für MINT-Berufe begeistern. Das erfolgreiche Modellprojekt „Girls' Digital Camps“ wird von bisher sechs auf alle zwölf Wirtschaftsregionen ausgedehnt. Das ist wichtig und notwendig; dadurch mobilisieren und motivieren wir junge Frauen, sich in diesen Bereichen zu engagieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Auch ausländische Fachkräfte haben wir im Blick. Die Welcome Center haben sich bewährt und werden fortgeführt.

Das Ausgabenvolumen des gesamten Maßnahmenpakets für die Fachkräftesicherung beläuft sich in den Planjahren auf insgesamt rund 94 Millionen €. Damit sind wir in den nächsten beiden Jahren auch für diesen wichtigen Aufgabenbereich sehr gut aufgestellt.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Der vierte wichtige Bereich für Baden-Württemberg ist die Förderung internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Dies betreiben wir schon seit Jahrzehnten. Wir bauen die Förderung weiter aus und unterstützen hier die kleinen und mittleren Unternehmen bei der Erschließung von Auslandsmärkten und im Bereich Kontakte. Wir finanzieren Standortmarketing für unser Land. Das, was wir können, tun wir auch; für die Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen stellen wir in den nächsten beiden Jahren rund 21 Millionen € zur Verfügung.

(Anhaltende große Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir kommen zum Schluss!)

neben den dargelegten Handlungsfeldern müssen wir auch die branchenspezifischen Herausforderungen einzelner Wirtschaftsbereiche gezielt angehen. Wir geben für das Impulsprogramm „Industrie 4.0“ 11 Millionen €. Das tun wir auch mit der Fort-

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

setzung der erfolgreichen Programme „Dialog Handwerk 2025“ und durch die Umsetzung von Maßnahmen im Bereich des Programms „Handel 2030“.

Wohnraumförderung: Wir haben hier eine Wohnraumoffensive gestartet. Auch das scheint einigen Menschen nicht bewusst zu sein. Wir legen wieder hohen Wert auf den Bereich der Wohnraumförderung. Wir werden wieder Mittel in Höhe von 250 Millionen € zur Verfügung stellen und bleiben auf dem hohen Niveau der Vorjahre.

(Fortgesetzte Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir sind kreativ, wir gehen neue Wege. Für den Kommunalfonds „Wohnraumoffensive Baden-Württemberg“ stehen insgesamt 147,5 Millionen € zur Verfügung. Es ist richtig: Wir konnten die Zahl der beantragten Wohneinheiten im Mietwohnraumneubau von 2017 – –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE unterhält sich mit Abg. Reinhold Gall SPD.)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Entschuldigung, Frau Ministerin. – Würden Sie bitte wieder Ihre Plätze einnehmen? Wir sind noch immer bei den Haushaltsberatungen.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Es geht um den Wohnungsbau. Deswegen sollte das auch für die SPD von großem Interesse sein.

2017 waren es 1 725 neue Einheiten, 2019 waren es 2 079 Einheiten, und wir sind noch nicht am Ende. Ein Monat steht noch aus. Die kritische Menge, ab der wieder mehr gebundener Wohnraum entsteht, liegt bei 1 500 Einheiten. Wir liegen darüber. Auch dabei hat die SPD wahrscheinlich ein schlechtes Gewissen. Der Verkauf der LBBW-Wohnungen war ein großer Fehler.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Immer die gleiche Leier! Sie wissen doch, warum das gemacht werden musste!)

– Ja, das müssen Sie sich halt immer wieder anhören.

Wir kehren das wieder nach oben, wir haben wieder Steigerungen zu verzeichnen. Wir liefern, und wir lassen uns gern an den Fakten messen.

Kurz vor Ende meiner Rede möchte ich an prominenter Stelle die Städtebauförderung, die in den Debatten häufig das Nachsehen hat, in den Vordergrund rücken. Auch hier leisten wir einen ganz, ganz wichtigen Beitrag. Gegenüber dem Vorjahr werden wir diese Förderung um 15 Millionen € aufstocken.

(Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Es wurde deutlich – das ist mir auch wichtig –, dass wir die Themen anpacken, die Herausforderungen angehen, Lösungen anbieten und konkrete Maßnahmen auf den Weg bringen. Das tun wir, das tut die Landesregierung, das tun die Regierungsfractionen. Wir sind ein sehr gutes Team und arbeiten gut zusammen. Das gilt in vielen Bereichen – weit darüber hinaus –, im Parlament, im Plenum und in den Ausschüssen. Ich

möchte mich für diese gute Zusammenarbeit bedanken. Ich freue mich, gemeinsam mit Ihnen, mit dem Landtag von Baden-Württemberg, eine gute Politik für unser Land machen zu können.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es noch weitere Wortmeldungen? –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wer hat noch eine Wortmeldung? – Weitere Zurufe)

Dann liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Unruhe)

– Jetzt bitte ich noch einmal um Ruhe.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 07: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau.

(Einige Abgeordnete verlassen den Plenarsaal.)

– Sie können ruhig alle hierbleiben und mit abstimmen.

(Zurufe)

– Ja, ja.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/7207.

(Abg. Karl Zimmermann CDU unterhält sich mit Abg. Jürgen Keck FDP/DVP.)

– Herr Abg. Zimmermann, bitte nehmen auch Sie Ihren Platz ein.

(Zurufe: Jimmy!)

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung Drucksache 16/7207 auf. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge und den Entschließungsantrag werde ich bei den entsprechenden Kapiteln zur Abstimmung stellen.

Ich rufe Nummer 1 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0701

Ministerium

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7307-6, vor, der im Betrags- und Stellenteil den Stellenaufwuchs und Hebungen reduzieren soll. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7307-1, begehrt die Aufnahme des Titels 429 01 N – Nicht aufteilbare Personalausgaben –, der beinhaltet, das Einstiegs-

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

gehalten für beim Land beschäftigte Bauingenieure und Elektrotechniker schrittweise auf das Niveau der Wirtschaft anzuheben. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE unterhält sich mit Abg. Jürgen Filius GRÜNE.)

– Herr Abg. Lede Abal –, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0701 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0701 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 2

Kapitel 0702

Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf.

(Unruhe)

– Ich bitte um Ruhe. – Wer Kapitel 0702 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0702 mehrheitlich zugestimmt.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Wir kommen, Herr Abg. Sckerl, zu Nummer 3:

Kapitel 0703

Arbeit und Sozialversicherung

Zu Titel 429 78 – Personalaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7307-14, vor, der zur Stärkung des Arbeitsschutzes durch eine Mittelserhöhung die Schaffung neuer Stellen und die Einfügung einer entsprechenden Erläuterung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0703 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0703 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 4 auf:

Kapitel 0705

Baurecht, Städtebau und Landesplanung

Wer Kapitel 0705 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0705 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 5

Kapitel 0707

Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer Kapitel 0707 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke.

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0707 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 6

Kapitel 0708

Innovation und Technologietransfer

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD und drei Änderungsanträge der FDP/DVP-Fraktion vor.

Zu Titel 686 75 – Zuschüsse für Förderprogramme zur Gleichstellung in der Wirtschaft – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7307-2, vor, der eine Mittelkürzung und eine Streichung der Verpflichtungsermächtigungen verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Anton Baron AfD: Herr Katzenstein, sehr gut! Wenigstens einer!)

Zu Titel 892 79 – Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7307-7, vor, der durch zusätzliche Mittel die Beibehaltung der Digitalisierungsprämie fordert und eine Anpassung der Erläuterung vorschlägt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Unruhe)

– Ich mache jetzt einfach weiter, okay?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7307-8, fordert, die Titelgruppe 80 N – Förderung des Ausbaus der Mobilfunkversorgung – und den Titel 633 80 N – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – sowie eine entsprechende Erläuterung neu aufzunehmen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titelgruppe 83 – Strategiedialog Automobilwirtschaft Baden-Württemberg (SDA) – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7307-9, vor. Gefordert wird die Einfügung des Titels 893 83 N – Zuwendungen für Investitionen an Sonstige – und die Aufnahme einer Erläuterung beim Titel 894 83 – Zuwendungen für Investitionen – sowie die Änderung der Zweckbestimmung und des Haushaltsvermerks bei der Titelgruppe zwecks Einführung einer Landesinitiative Wasserstoff. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0708 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0708 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich rufe Nummer 7

Kapitel 0710

Mittelstandsförderung

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der SPD, zwei Änderungsanträge der AfD sowie zwei Änderungsanträge und ein Entschließungsantrag der FDP/DVP vor.

Wir kommen jetzt zu zwei Änderungsanträgen, die die Einfügung eines neuen Titels 685 72C N fordern.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7307-15, abstimmen, der u. a. eine Komplementärfinanzierung zu den Unternehmen unter dem neuen Titel „Zuschüsse für die Einrichtung eines Weiterbildungsfonds“ verlangt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7307-3, der unter dem neuen Titel „Zuschüsse für kostenlose Ausbildung zum Meister“ die Bereitstellung von Mitteln begehrt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 686 72 N – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke (Meister-Prämie Handwerk sowie Gründungs- und Übernahmeprämie) – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7307-10, vor, der hier eine Mittelserhöhung verlangt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 534 78 – Kosten für Dienstleistungen Dritter – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7307-4, vor, der zur Schaffung eines gründerfreundlichen Klimas Programme im Rahmen von „Schule und Selbstständigkeit“ ermöglichen soll. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 683 78 – Zuschüsse für laufende Maßnahmen zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit von KMU und Start-ups – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7307-11, vor, der eine Mittelserhöhung und eine Anpassung der Erläuterung verlangt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0710 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0710 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben jetzt noch abzustimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7307-12, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, entsprechend den Erkenntnissen der Machbarkeitsstudie den landesseitigen Beitrag für den Neubau einer Bildungsakademie der Handwerkskammer Karlsruhe zuzusagen. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Nummer 8

Kapitel 0711

Wohnungswesen

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu sind zwei Änderungsanträge der Fraktion der SPD, ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP gestellt.

Zu Titelgruppe 79 – Kommunalfonds „Wohnraumoffensive BW“ – liegt der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 16/7307-17, vor, der für die Gründung einer Landesentwicklungsgesellschaft für Wohnungsbau und Quartiersentwicklung unter dem neuen Titel 682 79B Haushaltsmittel fordert. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der SPD zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 892 76 – Zuschüsse für Mietwohnraum – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7307-16, vor, der eine Mittelserhöhung fordert, um den Bewilligungsrahmen der Wohnraumförderungsprogramme ausweiten zu können. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 919 79 N – Zuführungen an die Rücklage für den Kommunalfonds „Wohnraumoffensive BW“ – liegen zwei Änderungsanträge vor, die eine Reduzierung des Mittelansatzes begehren.

Ich lasse zunächst abstimmen über den weiter gehenden Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7307-5. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zu dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7307-13. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0711 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0711 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen jetzt noch kurz zu Nummer 9

Kapitel 0712

Städtebauliche Erneuerung und Denkmalpflege

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer stimmt Kapitel 0712 zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0712 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 30. Oktober 2019

(Unruhe)

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

– wir sind gleich fertig –, Drucksache 16/7174, soweit diese den Einzelplan 07 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Wir schließen diesen Tagesordnungspunkt ab.

Ich rufe **Punkt 1 e** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 16: Verfassungsgerichtshof

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7216

Berichterstatter: Abg. Klaus-Günther Voigtmann

Das Präsidium hat festgelegt, dass wir zu diesem Einzelplan keine Aussprache führen.

Wir kommen daher gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 16: Verfassungsgerichtshof. Abstimmungsgrundlage ist auch hier die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/7216. Der Finanzausschuss schlägt Ihnen vor,

Kapitel 1601

Verfassungsgerichtshof

zuzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist Kapitel 1601 einstimmig zugestimmt.

Wir haben damit den Einzelplan 16 erledigt.

Wir kommen jetzt zu **Punkt 1 f**:

Einzelplan 11: Rechnungshof

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7211

Berichterstatter: Abg. Dr. Rainer Podeswa

Das Präsidium hat auch hierzu festgelegt, dass wir keine Aussprache führen.

Wir kommen also gleich zur **A b s t i m m u n g** auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/7211. Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Nummern 1 bis 3, also

Kapitel 1101

Rechnungshof

Kapitel 1102

Allgemeine Bewilligungen

und

Kapitel 1103

Staatliche Rechnungsprüfungsämter

gemeinsam aufrufe? – Das ist der Fall. Wer den drei genannten Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den drei Kapiteln einstimmig zugestimmt.

Wir sind tatsächlich am Ende der heutigen Beratung angekommen.

(Vereinzelt Beifall – Oh-Rufe)

Wir treffen uns morgen, am 12. Dezember 2019, um 9:30 Uhr wieder.

Ich darf Sie bitten, Ihre Abstimmkarten auf den Plätzen liegen zu lassen.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 21:40 Uhr